

Horst Kahrs (Hrsg.)

GESELLSCHAFTSBILDER UND KLASSENHANDELN

ANSPRÜCHE AN BETRIEBLICHE ARBEIT
UND SOLIDARITÄT

BEITRÄGE ZUR KLASSENANALYSE (3)

32

Gesellschaftsbilder und Klassenhandeln
Ansprüche an betriebliche Arbeit und Solidarität
Beiträge zur Klassenanalyse (3)

Horst Kahrs (Hrsg.)

**GESELLSCHAFTSBILDER UND
KLASSENHANDELN**

ANSPRÜCHE AN BETRIEBLICHE ARBEIT
UND SOLIDARITÄT

BEITRÄGE ZUR KLASSENANALYSE (3)

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Dezember 2021

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Vorwort	7
Wolfgang Menz und Sarah Nies Ansprüche an Arbeit, Krisen der Legitimität und interessenpolitische Mobilisierung	10
Richard Detje und Dieter Sauer Solidarität in der Transformation Fortschrittpotenziale in Zeiten der Krise	44
Jan Dorfschmidt, Björn Helmbrecht, Lucas Kuhlmann, Justus Reber und Janna Wichern «Ihr da oben, wir hier unten?» Sozialkritik, Gesellschafts- und Staatsbilder in Deutschland Eine qualitative Untersuchung in drei Branchen	79
Yannick Pein Mobilisierung, Verbindung, Bruch Über Analysen und Ansprüche einer «Neuen Klassenpolitik»	140
Die Autor*innen	197

VORWORT

Klassenhandeln von oben wie von unten kennt viele Wege und Formen – insbesondere das Handeln «von unten», um das es hier geht. Es kennt den organisierten, zuweilen ritualisierten kollektiven Konflikt in Betrieben und Branchen um Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsschutz, Rechte und Mitbestimmung. Es kennt die politischen Manifestationen für demokratische Rechte, sozialstaatliche Regulative und Sozialeigentum, für Wohnungen, Gesundheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand. Es kennt die Arbeiterpartei, den Weg des kollektiven Wahlverhaltens, der Stimmabgabe für eine bestimmte Partei oder die gleichsam kollektive Wahlenthaltung, wenn keine Partei mehr als wirkmächtige Arbeiterpartei erkannt wird. Auch Migration, die Auswanderung auf der Suche nach Arbeit, Einkommen, Aussicht auf ein besseres Leben und sozialen Aufstieg zählen zu solchen Formen. Ebenso individuelle Kündigungen, die vielfach ausgesprochen werden, aktuell etwa von Pflegekräften in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Und schließlich gehören auch die Abwendung, die «Arbeit nach Vorschrift», die Verweigerung des Mitmachens, des guten Willens, ohne den eine komplexe Arbeitsteilung auf Dauer nicht funktionieren kann, zu diesen Formen und Wegen.

Allgemein gesprochen umfasst Klassenhandeln alle Handlungen, die unmittelbar aus der sozioökonomischen Position entspringen, die durch die ökonomische Notwendigkeit gekennzeichnet sind, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, also Budgets der eigenen Lebenszeit einem fremden Willen zu unterstellen. Unter Klassenhandeln können somit alle Handlungen verstanden werden, die mit einer bestimmten Häufung individuell oder von vorneherein kollektiv vollzogen werden. Nicht nur das organisierte Handeln als Klassenhandeln zu begreifen ist ein bleibender Verdienst der Sozialgeschichte der «anderen Arbeiterbewegung» von Karl-Heinz Roth und anderen.

Kollektives Klassenhandeln entspringt der Überzeugung, dass Fortschritte für «Leute wie uns» nicht durch Einzelaktionen, sondern nur durch kollektive und or-

ganisierte Aktionen zu erreichen sind. Ein solches Verständnis setzt in der Regel eine vergleichbare, als gemeinsame erfahrene soziale Lebenslage voraus, durch Kultur und Herkunft geprägte Trennungen von anderen Klassen (Klassenfraktionen) in Lebensstil, Kleidung, Geschmack und Lebenschancen. Vor allem aber zählt zur Voraussetzung kollektiven Klassenhandelns – darauf hat nicht nur Eric Hobsbawm im «Zeitalter der Extreme» (1995) hingewiesen –, zu lernen, sich über alle Unterschiede hinweg «als einheitliche Arbeiterklasse zu sehen», und zu beginnen, die «Klassenzugehörigkeit als das bei Weitem Wichtigste in Bezug auf ihre gesellschaftliche Position zu betrachten». Schließlich zählt dazu das Bewusstsein für soziale Öffnungen, für Wandlungen, die Raum für Hoffnungen, Chancen und Möglichkeiten bieten; und die Überzeugung, ein Anrecht auf etwas zu haben, das einem zusteht und das am Ende auch durchsetzbar sein wird.

Nichts davon ist, wie wir wissen, gegeben oder sicher. Die Welt der Lohnarbeit ist vielfältiger denn je, die Zugehörigkeit zu einer Klasse für viele nicht das «bei Weitem Wichtigste» hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Position; weitere Zugehörigkeiten wie Geschlecht, Ethnie, Herkunft, Region oder Nation stehen in den politischen Kämpfen zur Verfügung. Gleichwohl entsteht Klassenhandeln immer wieder aufs Neue. Sei es als Abwehr von Angriffen auf tradierte Rechte und Positionen, sei es als Verletzung tradierter Regeln – wie etwa der im rheinisch-katholischen Kapitalismus fortlebenden Fürsorgepflicht des Patrons, die aus der Ableistung «guter Tagewerke» entspringt. Die Arbeiterbewegungen kannten und kennen die eher paternalistisch-patronalen und die kollektivistisch-egalitären gesellschaftlichen Orientierungen und Traditionen. Michael Vester hat auf solche langen Linien im Verständnis einer guten, legitimen Ordnung im ersten Band dieser kleinen Reihe «Beiträge zur Klassenanalyse» hingewiesen. Eine andere Quelle sind Verletzungen der überkommenen betrieblichen Ordnung, etwa der Systeme der Leistungsentlohnung, wenn nicht mehr die Arbeitsleistung, sondern nur noch der (Markt-)Erfolg zählt. Verbindende Klassenpolitik versucht, dieser Diversität gerecht zu werden: Lohnarbeit ist verknüpft mit Qualifikation und Berufsethos sowie mit je spezifischen Arbeitslogiken, Zugehörigkeiten und Lebenslagen.

Dieser Band versammelt empirisch orientierte Beiträge, die sich im weitesten Sinn mit den Entstehungsbedingungen kollektiven Klassenhandelns in unterschiedlichen Betrieben und Branchen beschäftigen. Im Mittelpunkt steht dabei das «Arbeiterbewusstsein», verstanden vor allem als Bild von der Gesellschaft, der eigenen Position in ihr und den Möglichkeiten solidarischen Handelns.

Sarah Nies und Wolfgang Menz resümieren in ihrem Beitrag arbeitssoziologische Forschungen aus den zurückliegenden 15 Jahren. Betriebliche Arbeit ist immer in ein Herrschaftsverhältnis eingebunden, das – um längerfristig stabil zu sein – einer Legitimation, einer Betriebsordnung bedarf, Regeln des Umgangs, der Entlohnung und anderes mehr. Die Beschäftigten wiederum kommen mit bestimmten normativen Ansprüchen an Betrieb und Arbeit, auch mit einem Berufsethos, in den Betrieb.

Der Beitrag umreißt Prinzipien und konkrete Ansprüche, die darüber entscheiden, wie zufrieden Beschäftigte mit Arbeit und Betrieb sind, und welchem Wandel diese Ansprüche unterliegen.

Richard Detje und Dieter Sauer beschäftigen sich mit dem Solidaritätsbegriff und seiner Verwendung in der gegenwärtigen Corona-Pandemie: «Zusammenstehen in Notzeiten». Aber wer ist das «Wir», das die Krise bewältigt? Was folgt daraus für die Zukunft? Bedeutet «Solidarität» «Zusammenhalt» jenseits von Stand und Klasse, reich und arm, oben und unten? Die beiden Autoren untersuchen, was von einem widerständigen, eigensinnigen Solidaritätsbegriff in Zeiten großer Transformationsprozesse in der Arbeitswelt (Dekarbonisierung, Digitalisierung) und ungleichzeitigen Entwicklungsdynamiken bleibt.

Der Beitrag der studentischen Forschungsgruppe Jan Dorfschmidt, Björn Helmbrecht, Lucas Kuhlmann, Justus Reber und Janna Wichern stützt sich auf die qualitative Befragung von Beschäftigten in drei Branchen im Rahmen eines Lehrforschungsseminars von Thomas Goes (der als Postdoc der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Georg-August-Universität Göttingen tätig ist). Die Forschungsgruppe analysiert die Ansprüche an Arbeit und Sozialstaat und die sozialkritischen Potenziale der Gesellschafts- und Staatsbilder, an denen sich die Befragten in ihrem Verständnis der Arbeitsgesellschaft orientieren. Nachdem rechte Orientierungen in den vergangenen Jahren recht ausführlich untersucht worden sind, beschäftigt sich dieser Beitrag intensiver mit linken, egalitär-solidarischen Potenzialen.

Der abschließende Beitrag von Yannick Pein befasst sich ohne direkten Bezug zu den drei vorhergehenden empirisch ausgerichteten Beiträgen mit grundlegenden Positionen, Fragestellungen und Kontroversen, die sich unter der Überschrift «Neue Klassenpolitik» bzw. «verbindende Klassenpolitik» zusammenfassen lassen. Es handelt sich um eine ebenfalls an der Universität Göttingen vorgelegte Abschlussarbeit.

Klassenpolitik tritt mit dem Anspruch an, Subjekte auf der Basis einer Klassenzugehörigkeit anzusprechen, zu organisieren und zu politischen Subjekten zu formieren. Sie muss folglich auch den vorgestellten empirischen Befunden angemessen sein, um der durch die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse getriebenen «Diffusion der ehemals klaren Kontur vom ‹Proletariat›» (Hobsbawm) entgegenzuwirken. Denn, so das wohl zentrale Problem von Klassenpolitik heute, es ist «nicht mehr automatisch der Fall, dass alle Arbeiter von der gerechtfertigten Überzeugung ausgehen konnten, gleichermaßen von denselben politischen Programmen, Strategien und institutionellen Veränderungen profitieren zu können» (ebd.).

Horst Kahrs
Berlin, Dezember 2021

Wolfgang Menz und Sarah Nies

ANSPRÜCHE AN ARBEIT, KRISEN DER LEGITIMITÄT UND INTERESSENPOLITISCHE MOBILISIERUNG

1 Einleitung: Normative Ansprüche in der Arbeit und Legitimation betrieblicher Herrschaft

Innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ist erwerbsförmige Arbeit immer in ein Herrschaftsverhältnis eingebettet. Wie alle Herrschaftsordnungen sind Betriebe auf Legitimation angewiesen. Zumindest trifft dies zu, wenn man Max Weber folgt: Herrschaft könne nur dann stabil «funktionieren», wenn sie erfolgreich Legitimität beanspruchen kann. Legitimität und Zwang sind dabei keine Alternativen, sondern stehen in engem Zusammenhang. Gerade um Zwang zu begründen und zu stabilisieren, ist immer ein gewisser Glaube an dessen Richtigkeit und Angemessenheit notwendig, so Weber.

Wir adressieren in unserem Beitrag die Frage, welche normativen Ansprüche Beschäftigte an Arbeit und Arbeitsorganisation stellen, werfen – damit zusammenhängend – Fragen der Legitimation und Stabilität betrieblicher Herrschaft auf und skizzieren Perspektiven für Widerstandspotenziale und Kritik.

Mit der Perspektive auf Legitimation geraten sowohl strukturelle – ökonomische und organisationale – Entwicklungen als auch die Subjektperspektive von Beschäftigten in den Blick. Wir interessieren uns hier weniger für Managementideologien und Rechtfertigungsbemühungen «von oben», sondern für die normativen Erwartungen der Beschäftigten – die auf strukturelle Veränderungen und freilich auch Legitimierungsweisen reagieren. Normative Ansprüche können dabei einerseits die Legitimität einer Ordnung, hier: des Betriebs, stabilisieren. Normative Ansprüche stellen andererseits aber auch eine Grundlage für die Formulierung von Kritik dar. Sie bilden die Basis, um die Legitimität einer bestehenden Ordnung gleichermaßen zu sichern oder infrage zu stellen. Wenn Beschäftigte normative Ansprüche formulieren, die im Betrieb systematisch verletzt werden, gefährdet das auch die Legitimation betrieblicher Herrschaft. Normative Ansprüche bzw. ihre Verletzung sind so auch ein wichtiger

Baustein interessenpolitischer Mobilisierung. Gleichzeitig sind normative Ansprüche nicht statisch und ihre Herausbildung, Formulierung und Durchsetzung selbst umkämpft.

In unserem Beitrag möchten wir umreißen, was die Prinzipien und konkreten Ansprüche sind, an denen die Beschäftigten Arbeit und Betrieb messen, und welchem Wandel diese Ansprüche – und die Chancen ihrer Realisierung – unterliegen. Darüber hinaus interessieren wir uns dafür, welche Handlungsorientierungen mit den normativen Ansprüchen einhergehen, wann die Ansprüche als Kritikprinzipien fungieren bzw. wann sie umgekehrt die Legitimität der betrieblichen und gesellschaftlichen Ordnungen von Arbeit stützen und was daraus für interessenpolitische Mobilisierung, Widerstandspotenziale und politisches Bewusstsein folgt.

Der Beitrag beginnt mit einer Auseinandersetzung mit dem Legitimitätsbegriff (Abschnitt 2). Im Abschnitt 3 geben wir einen kurzen Überblick über die empirische Basis, auf der unsere Überlegungen und präsentierten Ergebnisse beruhen. Als eines dieser Ergebnisse skizzieren wir typische Muster von Legitimitätsansprüchen (Abschnitt 4) und fragen in einem sekundäranalytischen Vergleich in Abschnitt 5 nach dem historischen Wandel von Anspruchsprinzipien und ihrer Durchsetzungskraft. Daran anschließend beleuchten wir Zusammenhänge von Anspruchsverletzungen und interessenpolitischer Mobilisierung (Abschnitt 6); hierzu betrachten wir drei empirische «Mobilisierungsfälle» (Abschnitt 6.1), ziehen hieraus allgemeine Schlussfolgerungen für Mobilisierungsvoraussetzungen (Abschnitt 6.2) und diskutieren besondere Aktivierungshemmnisse jüngerer Beschäftigter (Abschnitt 6.3). Im abschließenden Ausblick diskutieren wir Politisierungspotenziale vor dem Hintergrund zweier Entwicklungstendenzen, die wir feststellen konnten: dass einerseits Ansprüche eher reduziert und begrenzt werden, dass es andererseits zu einer *Ent*-Legitimation von Herrschaft kommt (Abschnitt 7).

2 Legitimität und Handlungsorientierungen: Ein Blick «von unten» auf Herrschaft und Ungleichheiten in der Arbeit

Mit der Perspektive der Legitimation vertreten wir die Grundannahme, dass jegliche Form von Herrschaft immer auch einer normativen Unterstützung bedarf, dass also die der Herrschaft Unterworfenen in irgendeiner Form «mitgenommen» werden müssen, um die herrschaftliche Ordnung dauerhaft zu stabilisieren. Dies gilt ebenso für die Erwerbsarbeit: Auch ohne privilegierte Definitionsmöglichkeiten oder besondere Einflusschancen im Herrschaftsgefüge sind Beschäftigte keinesfalls nur Leidtragende, Objekte oder teilnahmslose Beobachter*innen von anderswo ausgehandelten, erkämpften und definierten Verhältnissen. Sie positionieren sich in bestimmter Weise im Geflecht der Machtbeziehungen und der betrieblichen Herrschaftsstrukturen und nutzen und reproduzieren damit bestehende Strukturen oder bekämpfen und verändern selbige, indem sie Kritik üben, betriebliche Regelungen unterlaufen, nichtkonforme Handlungsstrategien entwickeln oder alternative Regeln institutionalisieren.

Die Perspektive auf Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen in ihrer (Re-)Produktion und Kritik «von unten», die wir in diesem Beitrag einnehmen, schließt an eine spezifische Lesart des Begriffs von Legitimation und Legitimität an, die weberianische Wurzeln hat (ausführlicher Menz 2009 u. 2017). Mit Max Weber ist die Stabilität sozialer Ordnungen, zu denen politische Systeme ebenso zählen wie Arbeitsorganisationen, mittel- und langfristig nur dann gewährleistet, wenn ihre Mitglieder einen Glauben an die Richtigkeit der Prinzipien dieser Ordnung entwickeln. Damit definiert Weber Legitimität nicht in erster Linie als Rechtfertigungsprinzip der Herrschenden. Vielmehr konzeptualisiert er Legitimität basisbezogen, das heißt ausgehend von den Vorstellungen der Mitglieder einer sozialen Ordnung. Legitimität ist bei Weber bestimmt als Glaube an die Richtigkeit und Angemessenheit der Grundprinzipien der geltenden Ordnung, an ihre «Vorbildlichkeit» und «Verbindlichkeit» (Weber 1988: 574). Legitimierung bedeutet aus dieser Perspektive nicht lediglich, dass von oben Rechtfertigungen fabriziert und Begründungen für die geltende Ordnung angeführt würden; vielmehr beruht Legitimierung auf der Zustimmung zu den Prinzipien der Ordnung durch die Mitglieder dieser Ordnung insgesamt. Zwar können Herrschaftsordnungen zeitweise auch ohne sie unterstützende Vorstellungen von Legitimität auskommen; dauerhaft kann Herrschaft allerdings nicht ohne normative Unterstützung der Herrschaftsunterworfenen funktionieren, die Stabilität sozialer Ordnungen hängt somit wesentlich von der Erfüllung der Legitimitätserwartungen ihrer Mitglieder ab.

Prominent haben diesen im Kern weberianischen Gedanken Boltanski und Chiapello (2003) wieder aufgenommen: So bedürfe der Kapitalismus als im Kern zunächst «absurdes System» (ebd.: 42) einer mobilisierenden Kraft, um die Mitglieder der Gesellschaft an sich zu binden; der Kapitalismus benötige eine Ideologie, «die das Engagement für den Kapitalismus rechtfertigt» (ebd.: 43). Hat Weber in erster Linie die Gesellschaft als Ganzes und politische Herrschaftssysteme im Blick, fokussieren Boltanski und Chiapello vor allem auf die Arbeitswelt, der sie zugleich unmittelbare Relevanz für gesellschaftliche Legitimität des Kapitalismus insgesamt zuschreiben. Stärker als Weber, der den Legitimationsglauben als «Motiv der Fügsamkeit» begreift (Weber 1980: 122), betonen sie die *aktive* Rolle, die die Mitglieder der Gesellschaft für die Stabilität der wirtschaftlichen Funktionsweise zu spielen haben.¹ So hänge das Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise – insbesondere vor dem Hintergrund sich wandelnder Managementprinzipien, die die Eigeninitiative preisen – an der *Aktivierung* der Gesellschaftsmitglieder (Boltanski/Chiapello 2003: 42 ff.).

Analog verdeutlicht die arbeitssoziologische Forschung, dass es bei dem unternehmerischen Bestreben, die Verausgabung konkreter Arbeitsleistung der Beschäftigten

1 Mit ihrem methodischen Fokus auf die Analyse von Managementliteratur nehmen sie allerdings empirisch gerade nicht den Legitimitätsglauben von unten, sondern vor allem die Rechtfertigungsstrategien von oben in den Blick.

sicherzustellen, nicht nur um Kontrolle im Sinne repressiver Überwachung oder der Sanktionierung von Leistungszurückhaltung geht, sondern auch um Steuerung von Arbeit – um Mechanismen und Strategien, wie Beschäftigte dazu animiert werden können, aktiv «mitzuspielen» (wegweisend: Burawoy 1979).² Das gilt im postfordistischen Unternehmen umso mehr: Gerade wenn Arbeitsabläufe und Leistungsverausgabung nicht mehr über detaillierte Prozessvorgaben gesteuert werden (können), bedarf es der gezielten *Aktivierung* spezifischer Handlungsorientierungen und spezifischen Leistungsverhaltens (Menz u. a. 2011; Nies 2015). Eine solche Aktivierung der Subjekte ist nur dann gewährleistet, wenn es der Gesellschaft oder den Organisationen gelingt, auch positive Motivationen zu erzeugen, die eigenverantwortliches Handeln anleiten.³ Mit Blick auf die Funktion der «Aktivierung» wird auch deutlich, dass es sich bei normativen Ansprüchen, die die Legitimität betrieblicher Herrschaft (oder anderer sozialer Ordnungen) begründen oder infrage stellen (wir sprechen hier von «Legitimationsansprüchen»), nicht um die distanzierte Bewertung irgendwelcher abstrakter Prinzipien dreht, sondern um aktives praktisches Handeln, in dem sich Legitimitätsvorstellungen zugleich ausdrücken und bewähren.

Legitimitätsansprüche sind per Definition *normative* Ansprüche. Sie werden unter Berufung auf allgemeingültige Normen als ein legitimes Anrecht formuliert. Darin unterscheiden sich Ansprüche von Wünschen, die zwar keinesfalls weniger drängend sein müssen, die aber nicht in Form von Erwartungen formuliert werden können (vgl. Hürtgen/Voswinkel 2014: 40 ff.). Der Radius von Legitimitätsansprüchen und korrespondierenden Handlungsorientierungen kann unterschiedlich weit gezogen werden: Es sind nicht nur die organisationsweiten Strukturprinzipien oder gar darüber hinausreichende Verteilungsprinzipien und Ungleichheiten, die mit Legitimitätsansprüchen konfrontiert werden; auch im unmittelbaren Nahbereich der Beschäftigten spielen solche Orientierungen eine Rolle – etwa bei der Aufgabenverteilung in der Arbeitsgruppe, bei der Frage der Kooperation mit Kolleg*innen und bei Prozessen der sozialen Integration und Ausgrenzung. Nicht zuletzt spielen Legitimationsansprüche dort eine zentrale Rolle, wo sich Herrschaft in der konkreten Arbeitsverausgabung am deutlichsten ausdrückt: bei der Steuerung und Kontrolle von Arbeit.

- 2 Burawoy begründet seinen Ansatz nicht weberianisch, sondern marxistisch-hegemonietheoretisch. Bereits für Marx selbst war Kapitalismus nicht einfach ein bloßer Zwangszusammenhang, vielmehr war er über die Äquivalenznorm gerechtigkeitsbasiert normativ abgesichert; zudem stabilisiert er sich nach Marx über ideologische Momente (etwa in der Theorie des Warenfetischismus beschrieben). Gleichwohl hat Marx Fragen der Legitimität bzw. Ideologie *im Betrieb* kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Auch das Diktum von Gramsci, dass Hegemonie der Fabrik entspringe (Gramsci 1934: 2069), ist zunächst in der marxistischen Tradition kaum weiterverfolgt worden. Erst Burawoy hat eine systematische Analyse der «Produktion von Zustimmung» («manufacturing consent») in der Praxis des industriellen Arbeitsprozesses aus marxistischer Perspektive formuliert (Burawoy 1979).
- 3 Die Formulierung «positive Motivationen» soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese durchaus auch auf Ängsten oder Zwängen beruhen können, entscheidend ist der Glaube an die Notwendigkeit und normative Richtigkeit der eigenen Handlungsorientierung.

3 Empirische Basis: Ein Überblick

Die in diesem Beitrag dargestellten Überlegungen und empirischen Ergebnisse beruhen auf einer Vielzahl von Forschungsprojekten, die wir gemeinsam mit Kolleg*innen am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München bzw. der Universität Hamburg und teilweise in Kooperation mit weiteren Forschungsinstitutionen durchgeführt haben. Unter unterschiedlichen Themenschwerpunkten haben wir uns in den Projekten mit normativen Ansprüchen, dem Wandel von Arbeitsbedingungen, Arbeitserleben und politischem Bewusstsein von Beschäftigten sowie interessenpolitischen Mobilisierungsprozessen befasst. Alle Projekte basieren auf einer qualitativen Forschungsmethodik, die leitfadengestützte Beschäftigteninterviews, teilweise auch Gruppeninterviews, und Experteninterviews mit betrieblichen Funktionsträger*innen und Branchenkenner*innen verbindet. Insbesondere beruhen unsere Darstellungen auf folgenden Projekten:

- Brüchige Legitimationen – neue Handlungsorientierungen? Gerechtigkeitsansprüche und Interessenorientierungen in Arbeit und Betrieb vor dem Hintergrund von Krisenerfahrungen (ISF München/Soziologische Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen)
 - Förderung: Hans-Böckler-Stiftung (HBS), 2011–2015
 - 207 Beschäftigteninterviews, 19 Gruppendiskussionen (mit 113 Beschäftigten) in 25 Unternehmen
 - Branchen: Automobilindustrie, chemische Industrie, Maschinenbau, Elektroindustrie sowie industrienaher Dienstleistungen, Bau, Einzelhandel, Finanzdienstleistungen, wissensintensive Dienstleistungen sowie Öffentlicher Dienst. Qualifikation: alle Qualifikationsstufen
 - Vgl. auch: Kratzer u. a. 2019; Menz/Nies 2016
- Beteiligungsansprüche und Interessen jüngerer Erwerbstätiger. Eine Sonderauswertung des qualitativen Samples des HBS-Projekts «Brüchige Legitimationen – neue Handlungsorientierungen?» (ISF München/SOFI Göttingen)
 - Förderung: Hans-Böckler-Stiftung, 2016–2017
 - Sekundäranalyse von 34 Interviews mit Beschäftigten unter 35 Jahren
 - Branchen/Qualifikation: wissensintensive Dienstleistungen, Einzelhandel, Erzieher*innen, Produktionsbeschäftigte, kaufmännische Angestellte, Bauarbeit
 - Vgl. auch: Nies/Tullius 2017
- Autorität, Markt und Subjektivität (ISF München). Teilprojekt im Rahmen des Aufbaus des E-Labour-Forschungsdatenzentrums (Leitung: SOFI Göttingen)
 - Förderung: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), 2015–2018
 - Sekundäranalyse von 282 standardisierten Befragungen (Originalempirie 1976–1978), 28 Beschäftigteninterviews (Originalempirie 2001–2002) und 22 Beschäftigteninterviews (Originalempirie 2018)
 - Branchen/Qualifikation: Angelernte und Facharbeiter*innen in der Metall- und Elektroindustrie
 - Vgl. auch: Menz/Nies 2019

- Politische Orientierungen auf dem Hintergrund betrieblicher Krisenerfahrungen. Eine qualitative Befragung von Betriebs- und Personalräten aus Produktion und Dienstleistungen (ISF München/WISSENTransfer)
 - Förderung: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2011–2012
 - 12 Einzelinterviews und 10 Gruppendiskussionen (58 Teilnehmende) mit nicht freigestellten Betriebs-/Personalrät*innen und Vertrauensleuten
 - Branche/Qualifikation: Facharbeiter*innen und Angelernte in der Metall-, Automobil- und Textilindustrie; Fachkräfte in Pflege und Erziehung
 - Vgl. auch: Detje u. a. 2013
- Handlungs- und Interessenorientierungen in der Krise. Eine qualitative Befragung von Betriebsräten und Vertrauensleuten zu Auswirkungen, Interpretationen und Perspektiven der Wirtschaftskrise (ISF München/WISSENTransfer)
 - Förderung: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2010
 - 20 Einzelinterviews und 5 Gruppendiskussionen (32 Teilnehmende) mit nicht freigestellten Betriebsrät*innen und Vertrauensleuten der IG Metall
 - Branche/Qualifikation: Facharbeiter*innen und Angelernte in Metall-, Automobil- und Textilindustrie
 - Vgl. auch: Detje u. a. 2011

Eher für unser grundsätzliches Verständnis der diskutierten Phänomene spielen des Weiteren noch verschiedene von uns durchgeführte Studien zu Autonomie in digitalisierter Arbeit, Leistung/Belastungen, Work-Life-Balance und ständiger Erreichbarkeit eine Rolle, die sich ebenfalls quer durch alle Beschäftigtengruppen ziehen.

4 Legitimitätsansprüche in Arbeit und Betrieb: Ein qualitativ-empirischer Überblick

Grundlegend für die Identifizierung der Anspruchsmuster von Legitimationsansprüchen ist das Projekt «Brüchige Legitimationen». In diesem umfangreichen qualitativ-empirischen Forschungsprojekt zu Handlungsorientierungen von Beschäftigten vor dem Hintergrund von Umbruchprozessen und Krisenerfahrungen haben wir rekonstruiert, welche typischen Muster von Legitimitätsansprüchen den Deutungen und Bewertungen der Akteure unterliegen, mit denen sie sich ihre alltägliche Arbeitspraxis aneignen. Wir unterscheiden zunächst zwei Ausprägungen von Legitimitätsansprüchen: *Gerechtigkeitsansprüche* (moralische Ansprüche) und *Rationalitätsansprüche* (pragmatische Ansprüche). Fünf Gerechtigkeitsansprüche und drei Rationalitätsansprüche konnten wir auf Basis des Materials rekonstruieren (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Übersicht über die Legitimitätsansprüche

Gerechtigkeitsansprüche (moralische Ansprüche)	Leistung
	Fürsorge
	Selbstverwirklichung
	Beteiligung
	Würde
Rationalitätsansprüche (pragmatische Ansprüche)	Technisch-funktionale Rationalität
	Ökonomische Rationalität
	Bürokratische Rationalität

(1) Das Prinzip der *Leistungsgerechtigkeit* wurde bereits vielfach totgesagt. Die Studien zum Arbeiterbewusstsein der 1960er und 1970er Jahre betrachteten es zumeist als ein Überbleibsel bürgerlichen Bewusstseins (Hack u. a. 1979), als ein mehr oder weniger beliebiges, normativ kaum fest im Bewusstsein der Beschäftigten verankertes strategisches Argumentationsmuster (Eckart u. a. 1975) oder als eine kompensatorische Orientierung (Kudera u. a. 1979). Andere Autor*innen führten strukturelle Gründe für eine Erosion von Leistung als normativem Anspruch an. Claus Offe zufolge führe die mangelnde Zurechenbarkeit von Arbeitsaufwand und Ertrag in komplexen kooperativen Arbeitszusammenhängen dazu, dass der ideologische Charakter von Leistungsgerechtigkeit offensichtlich werde (Offe 1970). Später wurde die These aufgestellt, dass im Zuge sich verschärfender Vermarktlichungstendenzen die Kriterien Aufwand und Leistung durch das Kriterium Erfolg abgelöst würden und entsprechend aus dem «moralischen Horizont der Gesellschaft» verschwänden (Neckel 2008). All diesen Diagnosen zum Trotz bleibt Leistungsgerechtigkeit unseren Befunden nach für die Beschäftigten ein entscheidender, wenn nicht der entscheidende Legitimitätsanspruch in der Arbeitswelt. Die Beschäftigten richten an den Arbeitgeber als ihr Gegenüber bestimmte normative Erwartungen eines «gerechten Austauschs». Während sie selbst ihre Leistungsverausgabung in die Waagschale werfen, fordern sie dafür im Gegenzug materielle und immaterielle Kompensation: ein entsprechendes Entgelt, aber auch angemessene Arbeitsbedingungen ebenso wie die soziale Anerkennung und Würdigung ihrer Arbeitsleistung.

Dass das Leistungsprinzip als Maßstab und Legitimationsgrundlage noch relevant ist, steht für die Beschäftigten nicht infrage. Strittig ist vielmehr die Frage nach der Ausformung dieses Prinzips. Über die sehr unterschiedlichen Tätigkeitsfelder und Qualifikationsstufen unseres Samples hinweg teilen die von uns Befragten dabei zunächst weitgehend einhellig einen *aufwandsbezogenen*, keinen ergebnisorientierten

Leistungsbegriff.⁴ Was aber als Aufwand gilt, wird durchaus unterschiedlich ausgelegt: Die unmittelbare Anstrengung, die in der Arbeit erbracht wird und sich in einem konkreten Output niederschlägt, die Aufwendungen für die Ausbildung, körperliche und geistige Belastungen der Arbeit, die in Erfahrung geronnene Lebensarbeitsleistung oder das generelle Arbeitsengagement sind nur einige der möglichen Bestimmungen des Arbeitsaufwands. Weil zwar nicht das Prinzip, aber das genaue Ausbuchstabieren von «Leistung» und die Anwendung der Leistungskriterien häufig strittig sind und die Beschäftigten den normativen Anspruch auf Leistungsgerechtigkeit allzu oft verletzt sehen, bleibt dieses Anspruchsprinzip ein ständiger legitimatorischer Unruhe- und Krisenherd.

Typisch für die Kontroversen um Leistung ist das Kriterium «Verantwortung». Als ein typisches Begründungsprinzip etwa für eine höhere Vergütung wird es vom Gros der Beschäftigten auch niederer Qualifikationsstufen grundsätzlich anerkannt. Die praktische Umsetzung aber, also ob Führungskräfte überhaupt mehr Verantwortung als andere Beschäftigtengruppen tragen oder ob sie in ihrem Verhalten ihrer Verantwortung gerecht werden, wird deutlich in Zweifel gezogen.

«Man fragt sich dann auch, wie wird jetzt da das Gehalt bemessen, speziell jetzt bei Managern natürlich. Klar haben die eine große Verantwortung und sollten dementsprechend auch entlohnt werden. Nur gab es natürlich auch mehrere Fälle, wo Manager ihre Verantwortung missbraucht haben oder nicht gut genutzt haben. [Sie] haben [das] Volk oder die Angestellten stark geschädigt und kommen dann aber mit verhältnismäßig noch sehr glimpflicher Bestrafung aus der ganzen Sache wieder raus.» (Dreher)

(2) Das Prinzip der *Fürsorge* beinhaltet den Anspruch, entsprechend den Lebensbedürfnissen konkreter, spezifischer Personen oder Personengruppen zu agieren und selbst behandelt zu werden: Arbeitskräfte sind als Menschen mit ihren jeweiligen Besonderheiten und spezifischen Bedürfnissen zu sehen. Grundprinzip dieses normativen Anspruchs ist der angemessene «Umgang mit der Verwundbarkeit und Kontingenz des Lebens» (Aulenbacher u. a. 2015: 68). Das bedeutet unter anderem, Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit zugunsten bedarfs- oder fähigkeitsbezogener Komponenten zu relativieren.

«Jeder schuldet letztlich nur, so viel er leisten kann. Und es können nicht alle gleich viel leisten. O. k., Mitarbeiter A war früher 110 Prozent, kann jetzt aber nur noch 80. Das liegt nicht daran, dass er nicht will, sondern er kann es einfach nicht mehr.» (Mitarbeiter im öffentlichen Dienst)

⁴ Dies gilt, obwohl wir es zweifellos mit einer Restrukturierung der betrieblichen Steuerungsverfahren zu tun haben, die den Fokus weg vom Aufwand und hin zu Erfolg oder Ertrag verschieben (s. u.). Dies erscheint den Beschäftigten nicht grundsätzlich illegitim – aber es konstituiert kein eigenständiges Gerechtigkeitsprinzip.

Das Fürsorgeprinzip impliziert zudem auch Ansprüche an den Arbeitgeber hinsichtlich betrieblicher Sozialleistungen oder einer lebensphasenbezogenen oder familienorientierten Leistungs- und Personalpolitik. Allerdings sind die Beschäftigten hinsichtlich der Gültigkeit dieses normativen Anspruchs an den Arbeitgeber verunsichert. Das Modell des fürsorglich-paternalistischen fordistischen Großunternehmens, das von der Werkswohnung über die Vereinsförderung bis zur betrieblichen Gesundheits- und Altersvorsorge für sämtliche Lebensbereiche der Mitarbeiter*innen Sorge zu tragen hat, hat definitiv keine normative Gültigkeit mehr. Unseren Befragten ist aber unklar, ob aktuelle Leitsätze der Personalwirtschaft wie «Vereinbarkeit», Work-Life-Balance und Familiengerechtigkeit tatsächlich normativ eingefordert werden können oder eher als wünschenswerte, aber letztlich willkürliche Zuwendungen begriffen werden müssen. Im letzteren Fall erscheint der Betrieb eher als Ort der Leistungserbringung und der ökonomischen Notwendigkeiten, aber nicht als Feld, wo besondere Rücksichtnahme hinsichtlich persönlicher Bedürftigkeiten tatsächlich eingeklagt werden kann. Der Anspruch der Fürsorge transformiert sich hier zusehends in einen Wunsch, auf dessen Erfüllung man – eben – keinen Anspruch erheben kann. Lediglich im Nahbereich der unmittelbaren Kolleg*innen und des oder der direkten Vorgesetzten gewinnt der Fürsorgeanspruch an normativer Durchsetzungskraft.

(3) *Selbstverwirklichung*, also das Bestreben, die eigene Person und Individualität in die Arbeit einzubringen – in den 1980er und 1990er Jahren in den Debatten um den Wertewandel (Inglehart 1989) breit thematisiert –, ist auch heute noch als Leitbild virulent, und zwar bei ganz unterschiedlichen Beschäftigtengruppen. Auch haben die Inkorporierung von Selbstverwirklichung in den Managementdiskurs, wie sie Boltanski und Chiapello nachverfolgt haben (Boltanski/Chiapello 2003), und die Mutation der Selbstverwirklichung zu einem regelrechten Imperativ diesen Anspruch nicht grundsätzlich seines kritischen Potenzials berauben können. Denn ob die tatsächlichen Verwirklichungschancen ernsthaft gestiegen sind, kann durchaus bezweifelt werden – Selbstverwirklichungsforderungen können durchaus auch gegen aktuelle Managementstrategien gewendet werden (Nies 2019). Allerdings macht unsere Erhebung deutlich, dass dem Selbstverwirklichungsprinzip heute eine wichtige kritisch-soziale Kraft fehlt. Selbstverwirklichung ist unter den Beschäftigten zumeist eher *Wunsch* als *Anspruch*: ein durchaus drängender Wunsch, der aber eben nicht als Anrecht formuliert wird. Inhaltliche *Ansprüche* an Arbeit äußern sich demgegenüber zumeist weniger als Anspruch auf individuelle Selbstverwirklichung, sondern eher in Form von Fürsorgeansprüchen oder Rationalitätsansprüchen. Der Anspruch etwa, Ressourcen zu erhalten, um die eigene Arbeit fachlich gut ausführen zu können oder sich weiterzubilden, ist hier weniger als Anspruch auf die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit zu lesen, sondern eher als Form der Fürsorge gegenüber Kund*innen, Klient*innen oder auch Kolleg*innen (vgl. Nies 2015) oder auch als Ausdruck eigener Rationalitätsvorstellungen zur funktionalen und ökonomisch sinnvollen Durchführung der eigenen Arbeit (ebd.; s. u.).

(4) Auch *Beteiligung* ist eines jener Prinzipien, die, folgt man den arbeitssoziologischen Debatten, von oppositionellen Ansprüchen zu betrieblichen Anforderungen umgewidmet worden sind. In den 1990er Jahren wurden partizipative Management- und Steuerungsformen mehr und mehr zum Mainstream, Beschäftigte konnten sich ihnen kaum mehr entziehen. In den aktuellen Diskussionen um Digitalisierung und New Work kehrt Partizipation – zumindest als Rhetorik – derzeit wieder zurück.

Unsere Untersuchung zeigt, dass Beteiligungsansprüche aus der Perspektive der Beschäftigten auch heute noch wichtig sind; Beteiligungsansprüche sind eng gekoppelt an die Vorstellung, die eigene Tätigkeit gut und richtig ausführen zu können und dafür geeignete Mittel und Handlungsfreiheiten zu verlangen. Hierbei zeigen sich zugleich die Grenzen des Beteiligungsanspruchs: Die Beschäftigten beziehen diesen Anspruch in erster Linie auf die eigene Tätigkeit und das unmittelbare Arbeitsumfeld, über den eigenen Handlungsbereich hinaus werden kaum Beteiligungsansprüche erhoben.

«Was das Betriebliche insgesamt anbelangt, puh, das ist schwer zu sagen. Ich habe da jetzt nicht unbedingt so den Einfluss, glaube ich, drauf und ich glaube auch nicht, dass ich den haben möchte. Mich da zu sehr beteiligen, ich glaube, ich würde das gar nicht wollen. Im gewissen Maße ja, was jetzt unbedingt meinen Arbeitsplatz beziehungsweise die Kollegen oder meine direkte Abteilung anbelangt, wohl, aber über das andere Betriebliche würde ich das, glaube ich, gar nicht wollen.» (Bauplaner)

Wie im obigen Zitat anklingt, lehnen Beschäftigte den Beteiligungsanspruch auf Betriebs- oder Unternehmensebene teils sogar explizit ab. Dass Arbeit und Betrieb immer auch Orte der Fremdbestimmung sind, dass die Regeln und Verfahren andere sind als etwa im politischen Feld, tasten sie damit nicht an. Das gilt erst recht für das ökonomische System insgesamt. Eine weiter reichende Demokratisierung der Wirtschaft erscheint weder als halbwegs reale Option im Erwartungshorizont der Beschäftigten, noch formuliert ein relevanter Anteil der Befragten derartige Wünsche oder gar Ansprüche. Dies hat auch mit der Erfahrung zu tun, die viele Beschäftigte in der Vergangenheit gemacht haben, dass Beteiligung im Betrieb häufig heißt: Ihnen wird Verantwortlichkeit übertragen, und zwar häufig, ohne dass sie überhaupt über die geeigneten Ressourcen verfügen, wirklich Einfluss nehmen zu können. In der Ablehnung weiter reichender Partizipation steckt damit gewissermaßen auch die Abwehr dagegen, für alles und jedes haftbar gemacht zu werden.

(5) Das *Würdeprinzip* beinhaltet den Anspruch, respektvoll behandelt und in den eigenen menschlichen Grundbedürfnissen und -eigenschaften nicht beeinträchtigt zu werden. Die Beachtung der menschlichen Würde gilt zunächst oder besser: «eigentlich» als eine normative Selbstverständlichkeit.

«Ich denke, für jeden von uns ist das wichtig, dass man als Mensch angesehen wird und dass man als Mensch behandelt wird. [...] Jeder Mensch hat verdient, mit Respekt behandelt zu werden.» (Montagearbeiterin)

Stärker noch als für andere Ansprüche gilt für das Würdeprinzip, dass es in den Interviews immer nur dann thematisiert wird, wenn es verletzt wird oder in Gefahr gerät: etwa bei Übergriffen, die die Integrität der Person gefährden (z. B. Beleidigungen oder sexistischen Angriffen), bei Arbeitseinkommen nahe dem Existenzminimum, bei Arbeitsformen, die dem Urteil der Beschäftigten nach den Kriterien der Menschlichkeit widersprechen (z. B. Leiharbeit). Dort, wo in unseren Erhebungen Kritik in Würdekategorien zu finden ist, gehen entsprechend besonders massive Anspruchsverletzungen voraus: In einem unserer Fälle etwa wurde den Beschäftigten von einem Tag auf den anderen die Schließung des Betriebsstandorts verkündet und sie wurden noch am selben Tage aus dem Betrieb ausgeschlossen.

«So geht man nicht miteinander um! Wir sind Menschen, wir haben da neun Jahre gearbeitet, da kann man doch nicht einfach dir den Tritt in den Hintern geben und dich vor die Tür setzen! Ohne ein vernünftiges Wort!» (Einzelhandelskaufmann)

«... als ob wir Verbrecher wären. Wir wurden von der Security hinausbegleitet, als ob wir wirklich im Haus, was weiß ich, um Gottes Willen, Bomben gelegt hätten. Das war wirklich, ich weiß es nicht, ich weiß nicht, wie ich es beschreiben soll.» (Einzelhandelskauffrau)

Gerade weil der Anspruch auf Würde mit der basalen Anerkennung als menschliches Wesen eng verknüpft ist, wiegt die Verletzung von Würdeansprüchen besonders schwer und wirkt zugleich stigmatisierend. Besonders betroffen von Würdeverletzungen sind vulnerable Beschäftigtengruppen in prekären Arbeitsverhältnissen und mit geringem Einkommen, aber auch allgemein Beschäftigte mit niedriger oder mittlerer Qualifikation.

Beschäftigte formulieren in der Arbeit, wie eingangs angedeutet, nicht nur moralische Ansprüche wie jene auf Leistungsgerechtigkeit oder die Wahrung von Würde. Eine wesentliche Erwartung an das Unternehmen und Bedingung für seine Legitimität ist es, dass es effiziente Arbeits- und Produktionsprozesse organisiert und hierzu adäquate Bedingungen bereitstellt, (Arbeits-)Ressourcen sinnvoll einsetzt und Arbeitsplatz und Einkommen der Beschäftigten sichert, etwa indem es langfristige und nachhaltige Marktstrategien verfolgt. Hierauf gerichtete Legitimitätsansprüche fassen wir unter dem Begriff *Rationalitätsansprüche* zusammen. Ebenso wie Gerechtigkeitsansprüche stützen sich Rationalitätsansprüche auf normative Prinzipien und können die Grundlage für Legitimitätsurteile und Kritik bilden. Sie sind moralischen Ansprüchen nicht nachgeordnet und werden mit gleichem Nachdruck eingefordert. Da die

Existenzberechtigung zumindest privatwirtschaftlicher Unternehmen im Kern ökonomisch und nicht moralisch begründet ist, berührt die Verletzung von Rationalitätsansprüchen die Legitimation betrieblicher Herrschaft zuweilen sogar empfindlicher. Beide Formen von Ansprüchen – Gerechtigkeits- wie Rationalitätsansprüche – können zu gleicher Zeit formuliert werden, aber auch miteinander in Konflikt geraten. So erleben wir immer wieder, dass Beschäftigte moralische Anspruchsverletzungen (wie etwa Gehaltseinbußen, die dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit widersprechen) in Kauf nehmen, sofern sie etwaige ökonomisch rationale Begründungen dahinter akzeptieren. Umgekehrt kann aber auch die Verletzung von Rationalitätsansprüchen Gerechtigkeitsfragen aufwerfen.

Innerhalb der Gruppe der Rationalitätsansprüche konnten wir drei Muster rekonstruieren:

(1) *Technisch-funktionale Rationalität* bezieht sich auf die Effizienz und Funktionalität der internen Abläufe, auf die Sachlogik von Produktion, Entwicklung, Dienstleistungen usw. Organisatorische Dysfunktionalitäten und fachliche Fehlentscheidungen des Managements, die zu Verschwendung und Ineffizienz führen, werden in zahlreichen unserer Interviews stark kritisiert. Ebenso ist eine unsachgemäße Ausstattung mit Arbeitsmitteln, die die Ausführung der «eigentlichen» Arbeitsaufgaben erschwert oder gar unmöglich macht, Gegenstand von Kritik. Hierdurch verursachten Mehraufwand kritisieren sie nicht als «ungerecht», das heißt moralisch verwerflich, sondern eben den Prinzipien funktionaler Rationalität widersprechend. Nicht zuletzt berufen sich unsere Interviewpartner*innen auf technisch-funktionale Rationalitätsprinzipien, wenn sie ökonomisch legitimierte Entscheidungen kritisieren, die aus ihrer Sicht allzu sehr von den konkreten Arbeits-, Kooperations- und Kompetenzanforderungen abgekoppelt sind – wenn also (reale oder vermeintliche) ökonomische Anforderungen den sachlich-fachlichen Anforderungen des Arbeitsprozesses entgegenstehen. In diesem Sinne sind technisch-funktionale Rationalitätsansprüche auch eng an ein fachliches Arbeitsethos gekoppelt. Gerade in Bereichen interaktiver Arbeit, in denen Beschäftigte direkt mit Kund*innen oder Klient*innen konfrontiert sind, verbinden sich in inhaltlichen Arbeitsansprüchen (vgl. Nies 2015) derlei funktionale Rationalitätsansprüche mit moralischen Ansprüchen der Fürsorge. Der Anspruch, die Arbeit im technisch-funktionalen Sinne richtig und gut ausführen zu können, paart sich hier mit dem Anspruch, dem bzw. der jeweiligen Empfänger*in der eigenen Arbeitsleistung gerecht zu werden. Insbesondere, aber nicht nur im Care-Bereich gewinnt dies starkes moralisches Gewicht.

(2) Zugleich formulieren die Beschäftigten selbst auch Ansprüche auf *ökonomische Rationalität*. Im Gegensatz zu technisch-funktionalen Prinzipien stehen bei den Forderungen nach ökonomischer Rationalität Bezüge zu betriebs- und marktwirtschaftlichen Größen im Vordergrund. Im Kern umfasst das Anspruchsprinzip die Forderung, sich an Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu orientieren und ihnen gemäß zu handeln.

Ökonomische Rationalität fordern Beschäftigten nicht zuletzt deshalb ein, weil sie das Überleben des Unternehmens damit verbunden sehen, sodass auch ihre eigene Einkommens- und Beschäftigungssicherheit unmittelbar davon abhängig ist. Zunehmende subjektive Bedeutung, so unsere Diagnose, gewinnt ökonomische Rationalität für die Beschäftigtenperspektive im Zuge der seit Längerem zu beobachtenden «Vermarktlichung» des Unternehmens (siehe u. a. Sauer 2005). Dadurch, dass Beschäftigte unter marktorientierten Steuerungsformen unmittelbar mit Marktkennzahlen konfrontiert sind, entwickelt sich die Auseinandersetzung mit diesen Größen zu einem wachsenden Konfliktfeld. Denn obwohl unsere Befragten in großer Mehrheit ein Primat der Ökonomie vor anderen Anforderungen zumindest in Teilen akzeptieren, gibt es heftige Konflikte um die «richtige» Definition von ökonomischer Rationalität. Während die Orientierung an Absatzmarktbedingungen und Kundenbedürfnissen auf starke normative Zustimmung stößt, bewerten Beschäftigte die Orientierung der Organisation an Kapitalmärkten, Gewinninteressen der Aktionär*innen etc. überwiegend kritisch. Ein «klassisches» Thema der Mitarbeiterkritik ist in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Verknappung von Personalressourcen, die – so die Argumentation – langfristig auch ökonomisch kontraproduktiv sei. Was kurzfristig zu Einsparungen führt, gefährde langfristig die Kundenzufriedenheit und -treue und damit den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und seiner Betriebe.

(3) Unter *bürokratischer Rationalität* verstehen wir schließlich, in Anlehnung an das, was Weber unter «legaler» Herrschaft fasst, den Anspruch darauf, dass Entscheidungen und Prozesse regelbasiert und in korrekten Verfahren durchgeführt werden. Vordefinierte Abläufe und dokumentierte Richtlinien schaffen Verlässlichkeit, bilden die Grundlage für die Planung der eigenen Arbeit und verbessern auch die Nachvollziehbarkeit der Arbeit für Kooperationspartner und Kolleg*innen. Insbesondere schafft die Regelkonformität, die mit dem Anspruch an bürokratische Rationalität eingefordert wird, auch Rechtssicherheit. Festgelegte Abläufe und verallgemeinerte Prozessregeln sorgen für Vorhersehbarkeit und Verlässlichkeit im Umgang des Unternehmens mit den Beschäftigten. Damit verbunden sind zum Beispiel Erwartungen an Beschäftigungsstabilität, Einkommenssicherheit und gegebenenfalls Aufstiegsmöglichkeiten. Zudem fordern unsere Befragten bürokratische Rationalität insbesondere als Schutz vor der Willkür von Vorgesetzten.

Rationalitätsansprüche – insbesondere ökonomische – scheinen aus kritischer Perspektive auf den ersten Blick ambivalenter als Gerechtigkeitsprinzipien (obwohl auch Gerechtigkeitsprinzipien, wie im Fall der Leistungsgerechtigkeit gesehen, durchaus die herrschende Ordnung stützen können). Es liegt zunächst nahe, Rationalitätsansprüche als vorwiegend affirmativ zu deuten: Die Beschäftigten übernehmen die ökonomische Rationalität als (einzig) geltende und setzen dem keinen Eigensinn, der auf ihren Bedürfnissen, auf eigensinnigen Ansprüchen beruht, entgegen. Sie versuchen sich als der bzw. die bessere Unternehmer*in, lassen sich damit auf das Spiel

der Marktzwänge ein und bleiben damit erpressbar. Aber die Auseinandersetzung um Rationalitätsansprüche kann auch auf grundlegende systemische Widersprüche verweisen: wenn etwa mit der Begründung technisch-funktionaler Rationalität Arbeitsaufwände gegen Marktzwänge gestellt werden oder wenn eine Rationalität, die an Gebrauchswerten orientiert ist, gegen die unternehmerische Verwertungslogik eingefordert wird. Typische Widersprüche sind auch solche zwischen Markt- und Produktionsökonomie. In diesem Fall können sich die Ansprüche auf technisch-funktionale Rationalitätsprinzipien beziehen und den Markt der Irrationalität bezichtigen.

Hier treten gleichsam «inersystemische» Widersprüche auf, die zumindest den Keim einer radikalen Systemkritik in sich tragen, wenn deutlich wird, dass sie sich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht einfach auflösen lassen.

5 Anspruchsmuster und Legitimationskonflikte im Wandel

Die dargestellten Prinzipien von Anspruchsmustern sind grundsätzlich zunächst einmal als stabil zu begreifen – welche von ihnen allerdings in konkreten Arbeitserfahrungen besonderes Gewicht gewinnen, variiert zwischen Branchen, Tätigkeitsfeldern und Beschäftigtengruppen, aber auch konkreten Konstellationen, und nicht zuletzt unterliegen die Vehemenz, mit der bestimmte Ansprüche eingefordert werden, ihre Konfliktrichtigkeit und Durchschlagskraft dem Wandel der Zeit. Von Bedeutung ist dabei, dass Beschäftigte ihre Ansprüche vor allem dann geltend machen, wenn diese verletzt werden (vgl. Dubet 2008). Wenn also bestimmte Beschäftigtengruppen einen bestimmten Anspruch besonders vehement einfordern, bedeutet das nicht unbedingt, dass dieser für sie höheres Gewicht hat als für andere Beschäftigtengruppen, sondern kann auch schlicht Ausdruck dessen sein, dass die Realisierung ihrer Ansprüche stärker gefährdet ist.⁵ Gleiches gilt für veränderte Rahmenbedingungen im Zeitverlauf. Bedeutsam ist dabei insbesondere, dass sich Ansprüche in einem Kontinuum zu bloßen Wünschen bewegen – dass also aus einstmaligen einklagbaren Anrechten unter veränderten Rahmenbedingungen bloß wünschenswerte Idealzustände werden können. Ansprüche sind in diesem Sinne immer auch gekoppelt an zugeschriebene Verantwortlichkeiten (wer oder was könnte die Realisierung des Anspruchs ermöglichen oder verhindert diese?), verknüpft mit Vorstellungen der Realisierbarkeit und gebunden an Vergleichshorizonte bzw. gesellschaftliche Normvorstellungen.

5 In diesem Sinne lässt es sich auch interpretieren, wenn in Wertewandel-Studien die jüngere Generation heute verstärkt betont, dass ihnen die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben besonders wichtig ist (Hurrelmann/Albrecht 2014). Dem muss kein Einstellungswandel gegenüber früheren Generationen zugrunde liegen; es ist aus unserer Perspektive vielmehr eine Reaktion darauf, dass die Arbeitswelt heute mehr auf das Privatleben übergreift und damit bewusste Grenzziehungen zur Arbeit nötiger geworden sind.

Ein struktureller Umbruch von Arbeit, der bis heute die Legitimationsansprüche und -konflikte massiv beeinflusst, ist die Vermarktlichung des Unternehmens. Die Grundprinzipien der Vermarktlichung und ihre Wirkungen auf Arbeits- und Leistungsbedingungen haben wir in zahlreichen Projekten intensiv beforscht. In dem sekundäranalytischen Projekt «E-Labour» haben wir empirisches Material zu Produktionsbeschäftigten aus der Industrie in Studien aus den 1970er Jahren (Altmann u. a. 1982), den 1990er Jahren (Menz u. a. 2003) sowie einem aktuellen Projekt im Digitalisierungskontext (Nies 2021) dahingehend verglichen, wie sich veränderte Marktbezüge im Bewusstsein der Beschäftigten niederschlagen und welche Änderungen im Autoritäts- und Herrschaftsverständnis damit einhergehen (Menz/Nies 2019). Hieraus lassen sich einige Schlüsse für den Wandel von Legitimationsansprüchen und -konflikten ziehen, die wir im Folgenden diskutieren wollen.

5.1 Markt und Herrschaft: Wandel struktureller Rahmenbedingungen

Wir gehen von einem Umbruch von Arbeit seit den 1990er Jahren aus, der weithin als Krise des fordistischen Produktionsmodells interpretiert wird und mit einem neuen Verhältnis von Markt und Organisation einhergeht. Wenn auch in der gegenwärtigen Debatte rund um die Digitalisierung von Arbeit und die Herausbildung einer plattformdominierten Marktlogik andere Aspekte des Umbruchs von Arbeit im Vordergrund stehen, sehen wir keine Anzeichen dafür, dass die mit «Vermarktlichung» bezeichneten Entwicklungen an Wirksamkeit verloren hätten. Im Gegenteil: Vieles deutet darauf hin, dass sich die Dynamik unternehmerischer Digitalisierungsprozesse mit Reorganisationsprinzipien der Vermarktlichung verbindet (vgl. Menz u. a. 2019). Im Kern geht es bei der Diagnose der Vermarktlichung um eine Aufweichung der Grenzen zwischen Markt und Organisation. Das umfasst eine doppelte Bewegung: zum einen die Öffnung des Unternehmens zum Markt, zum anderen werden Markt- und Konkurrenzmechanismen durch die marktformige bzw. -ähnliche Organisation innerbetrieblicher Prozessabläufe in das Unternehmen hereingeholt. Beides hat – wenn auch in teils neuer Gestalt – im Kontext gegenwärtiger Digitalisierungsprozesse Bestand. Für die Beschäftigten bedeutet das, dass Marktrisiken auf sie abgewälzt werden. In der Gesamtschau ist die Entwicklung der Vermarktlichung begleitet von der Entsicherung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen, getrieben etwa durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts, die Ausweitung von Leiharbeit und einen wachsenden Niedriglohnsektor. Prägend für die Anspruchsformulierung der Beschäftigten ist in diesem Kontext insbesondere die wachsende Normalität von Krisenerfahrungen, die die Vergleichshorizonte für das Niveau der eigenen Ansprüche absenkt (s. u.).

Auf der Ebene der Leistungssteuerung zeichnet sich die Marktorientierung idealtypisch zunächst dadurch aus, dass die Grundlage der Arbeitsanforderungen nicht am leistbaren Aufwand, sondern am als erforderlich definierten (Markt-)Ergebnis bemessen wird. Kennzeichnend ist dabei eine systematische Gleichgültigkeit gegenüber

Aufwand und vorhandenen Ressourcen – Widersprüche zwischen zu erreichenden Ergebnissen und vorhandenen Möglichkeiten müssen die Beschäftigten selbst austarieren. Symptomatisch ist ferner die Rücknahme von prozessbezogenen Detailvorgaben zugunsten indirekter oder kontextbezogener Steuerung, die darauf beruht, dass Beschäftigte unter gegebenen Rahmenbedingungen eigenverantwortlich vorgegebenen Kennzahlen gerecht werden sollen. Auch wenn mit digitaler Technik eine stärker prozessbezogene Kontrolle teilweise wieder Einzug in die Unternehmen zu halten *scheint* (zur begrenzten Reichweite eines «digitalen Taylorismus» siehe Nies 2021), berührt dies allerdings nicht das Kernprinzip marktorientierter Steuerung; die Übertragung von Marktrisiken und unternehmerischer Verantwortlichkeit auf die Beschäftigten. Aus dieser werden sie auch in den Fällen nicht entlassen, die sich tatsächlich durch die Detailsteuerung des Arbeitsprozesses auszeichnen.

5.2 Herrschaftswahrnehmung und Legitimationskonflikte im Zeitvergleich

Im Vergleich des Materials von den 1970er Jahren bis heute stechen vor allem zwei Punkte ins Auge: zum einen ein Wandel der am häufigsten thematisierten Anspruchsverletzungen, zum anderen der Umgang mit verletzten Ansprüchen, insbesondere die unterschiedlichen Ursachen dafür, dass Anspruchsverletzungen *nicht* zu Konflikten führen.

In unserem Material aus den 1970er Jahren thematisieren die Beschäftigten in einem in seiner Deutlichkeit erschreckenden Ausmaß Würdeverletzungen. Massive körperliche Belastungen, hohe Unfallgefahr und belastende oder gar gesundheitschädliche Arbeitsumgebungen wie auch der rüde Umgangston der Vorgesetzten werden als massiver Verstoß gegen die Prinzipien menschlicher Würde empfunden und scharf kritisiert.

«Viele Arbeitsplätze sind unmenschlich. In der Stanzerei werden die Leute zu Invaliden.»
(Produktionsarbeiter)

Gerade die Bandarbeiterinnen erzählen, sie würden «wie Pferde» behandelt, regelmäßig würden sie ohnmächtig aufgrund der schlechten Luft. Die Verletzung von Würdeansprüchen stellt in besonderem Maße die betriebliche Legitimität infrage und verursacht nahezu zwangsläufig Kritik, denn Würdeansprüche lassen sich kaum gegen andere Ansprüche aufwiegen oder durch diese kompensieren. Dass ihre Verletzung in den untersuchten Fällen nicht in Protest umschlägt, hängt vor allem mit den Normalitätsvorstellungen der Beschäftigten und ihrer resignativen Selbstverortung im sozialen Gefüge des Betriebs und der Gesellschaft zusammen. «Es ist ein altes Lied», so ein Arbeiter eines metallverarbeitenden Betriebs, «weil du arm bist, musst du früher sterben.» Diese Diagnose ist zwar auch eine Anklage, aber vor allem eine resignative Hinnahme, die sich auch in zahlreichen anderen Aussagen in unserem Material zeigt. Die Arbeiter*innen sehen sich in einer arbeitsgesellschaftlich untergeordneten Posi-

tion, die das Erleiden bestimmter Anspruchsverletzungen zwar nicht weniger problematisch, aber unabänderlich macht.

Zwar führt in unserem empirischen Material aus den 1970er Jahren der Umstand, dass sich viele der Befragten in einer subalternen Position sehen, vielfach zur Hinnahme von Anspruchsverletzungen wie der genannten Verletzung des Anspruchs auf würdegerechte Arbeit durch inhumane Leistungsbedingungen und mangelnden Gesundheitsschutz. Aber trotz der resignativen Züge werden die Ansprüche dennoch als *berechtigte* (wenn auch nicht durchsetzbare) Forderungen wahrgenommen. Deren Verletzung wird als Folge eines grundsätzlichen Interessengegensatzes von Arbeiter*innen und Unternehmen gedeutet.

In unseren aktuelleren Fällen aus den 1990er Jahren und der Jetztzeit verschwindet das Motiv des Interesses als Interpretation von Anspruchsverletzungen nahezu völlig. Die in den beiden späteren Studien befragten Produktionsbeschäftigten interpretieren belastende Leistungs- und Flexibilisierungsanforderungen – die zwar nicht ganz so drastische existenzielle Ausmaße annehmen wie im früheren Material geschildert, aber dennoch massive körperliche und psychische Belastungserscheinungen nach sich ziehen – überwiegend als unausweichliche Reaktion des Unternehmens auf Marktzwänge. Sichtbar wird das nicht zuletzt in den sprachlichen Formulierungen: Während die Beschäftigten in den 1970er Jahren noch distanzierend von «der Firma» oder «der Fabrik» sprechen, sind die aktuelleren Interviews vorwiegend von einem inklusiven «Wir» geprägt, das Unternehmen wie Beschäftigte umfasst. Belastung erscheint in den Deutungen der früheren Befragten als Folge einer intentionalen Entscheidung des Unternehmens aus Profitinteresse – «der Betrieb will mehr verdienen», «mehr Gewinn für den Betrieb», die «Fabrik macht mehr Gewinne» sind hier die typischen Antworten auf die Frage nach den Ursachen der schlechten Arbeitsbedingungen –, in den jüngeren Interviews verwenden die Beschäftigten demgegenüber Begriffe und Ausdrücke, die die funktionalen Notwendigkeiten betonen («man muss», «wir müssen», «wenn wir den Kunden nicht verlieren wollen ...»). Was zuvor als interessengeleitet, als Ergebnis strategischen Handelns galt, erscheint nun als verobjektivierte externe Anforderung, der man sich im Betrieb gemeinsam ausgesetzt sieht.

«Mir ist das wichtig, dass die Produktivität stimmt, weil im Endeffekt so wir nur das Geld verdienen.» «Na klar kloppt sich keiner drum, auch den Samstag zu kommen. Aber wir sehen es eben ein.» «Das ist eben die Arbeit, das muss raus, es soll laufen. Besser so, wie man hat gar keine Arbeit.» «Der Termin ist da, er muss ja eingehalten werden.» (Produktionsarbeiter*innen Leiterplattenfertigung)

Parallel zur Integration der Marktanforderungen in das Bewusstsein der Beschäftigten verliert personelle Autorität, die als Belastungsfaktor in den Interviews der 1970er Jahre noch omnipräsent war, an Bedeutung. Die persönliche Kontrolle tritt in den

Hintergrund, ebenso wie die repressive Disziplinierung. Wir haben es unserer Deutung nach mit einer *Verobjektivierung* und *Entpersonalisierung von Herrschaft* zu tun.⁶

Vor dem Hintergrund der Verobjektivierung unternehmerischer Anforderungen formulieren die Beschäftigten in unserem Sample ihre Interessen immer häufiger nicht als einzuklagenden Anspruch, sondern nur noch als Wunsch, dessen Realisierung in der individuellen Verantwortung liegt. Das bedeutet allerdings keinesfalls, dass die marktorientierte Leistungs politik kritiklos funktioniert. Aber die von den Beschäftigten geäußerte Kritik bewegt sich immer häufiger außerhalb des Rahmens von Gerechtigkeitsprinzipien. Anspruchsverletzungen werden vor allem dann formuliert, wenn die betrieblich gesetzten Anforderungen oder Rahmenbedingungen nicht den *Gerechtigkeits-*, sondern den *Rationalitätsvorstellungen* der Beschäftigten entgegenstehen. Ein klassischer Fall sind Konflikte zwischen Qualitätsansprüchen (im Sinne einer technisch-funktionalen Rationalität) und kurzfristigen ökonomischen Vorgaben.

«Natürlich sagt ein Vorgesetzter, oder ich sage mal, jetzt als ganz oberste Stelle die Geschäftsleitung, das muss schneller werden, wir wollen ja Geld verdienen – mit Recht. Aber wir haben einen sehr, sehr hohen Qualitätsanspruch hier. Und das ist ja immer das Erste, was gehalten werden soll. Und wenn ich natürlich schnell, schnell [arbeite] – dann kann ich eine gewisse Qualität nicht ausliefern. Das ist Fakt. Ich kann natürlich meine Geschwindigkeit erhöhen, trotz Qualität, aber irgendwo ist eine Grenze, und dann ist Ende.» (Produktionsbeschäftigter)

Natürlich sind auch Gerechtigkeitskonflikte in den aktuellen Fällen nicht vom Tisch – vor dem Hintergrund verobjektivierter Sachzwanglegitimation scheint es uns heute aber schwieriger und voraussetzungsvoller geworden zu sein, Konflikte im Rahmen von Gerechtigkeitsansprüchen zu formulieren und auszutragen. Gleichzeitig kann auch Rationalitätskritik, die auf den ersten Blick affirmativ(er) erscheinen mag, wirkungsvolle und grundsätzliche Herrschaftskritik beinhalten. Werfen wir einen Blick auf Mobilisierungsfälle aus unserem Projekt «Brüchige Legitimationen».

6 Anspruchsverletzungen und interessenpolitische Mobilisierung

Dass Beschäftigte interessenpolitisch aktiv werden, ist keine unmittelbare Folge von «objektiven» Betroffenheiten, etwa von ökonomischer Unsicherheit oder Ungleichheit. Vielmehr ist eine notwendige Bedingung für kollektive Aktivierung, dass in der

6 Diese drückt sich auch in einem sinkenden Problembewusstsein gegenüber Kontrolle und Überwachung aus. Das gilt selbst im Kontext digital ausgeweiteter Überwachungsmöglichkeiten, die in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Debatte zumeist als Ausdruck wachsender direkter, prozessorientierter Kontrolle interpretiert werden (häufig dient Amazon hier als Beispielfall). In unseren Studien herrscht dagegen auf Beschäftigtenseite eher ein gewisser Gleichmut gegenüber digitaler (Echtzeit-)Transparenz vor (Nies 2021; vgl. auch Carls u. a. 2020) – auch weil sich Beschäftigte von der Sichtbarkeit ihrer Arbeitsverausgabung eine Rechtfertigungschance gegenüber überfordernden Vorgaben erhoffen.

erlebten Situation als legitim erachtete Ansprüche verletzt oder bedroht werden. Die angloamerikanische Mobilisierungsforschung begreift ein solches Erleben von Ungerechtigkeit durch die Verletzung normativer Ansprüche als unhintergehbare Voraussetzung für kollektives Handeln: «The sine qua non for collective action is a sense of injustice, the conviction that an event, action or situation is «wrong» or «illegitimate.»» (Kelly 1998: 27; vgl. in historischer Perspektive z. B. bereits Moore 1987)⁷

Ob normative Ansprüche zur Stabilisierung oder zur Kritik von Arbeitsordnungen dienen, ist nicht an den Ansprüchen selbst abzulesen. Als Beispiel: Beschäftigte kritisieren unter Bezug auf Leistungsgerechtigkeit ungerechtfertigte Ungleichheiten oder entziehen gar betrieblichen Verteilungsordnungen die Unterstützung. Ebenso rechtfertigen Beschäftigte aber auch Ausgrenzung und Abwertung mit Bezug auf Leistungsgerechtigkeit – etwa indem sie einzelne Beschäftigte oder Gruppen von Beschäftigten als Minderleister abqualifizieren. Rationalitätsansprüche wiederum können analog zu interessenpolitischen Strategien des Co-Managements produktivistisch beschränkt bleiben oder aber grundsätzliche Zweifel an der Rationalität der Marktökonomie befeuern.

6.1 Drei empirische Mobilisierungsfälle

In unseren Untersuchungsfällen sind es ganz unterschiedliche Anspruchsverletzungen, die den Betrieb in das Fadenkreuz der Kritik rücken und zum Gegenstand von Protest machen.

(1) Im bereits oben unter dem Gesichtspunkt des Würdeanspruchs kurz erwähnten Fall der Schließung eines Betriebs des Einzelhandels hatte die Belegschaft die Nachricht von der Standortschließung – des bis zuletzt wirtschaftlich erfolgreichen Hauses – vollkommen überraschend erhalten und musste noch am selben Tag den Arbeitsplatz räumen. Die Beschäftigten wurden mit sofortiger Wirkung von der Arbeit freigestellt, für den Abverkauf der Waren wurden Mitarbeiter*innen von anderen Standorten herangezogen; einige Wochen später folgte die formale Kündigung. Angebote für alternative Beschäftigung an einem der vielen weiteren Unternehmensstandorte erfolgten nicht. Die Beschäftigten reagierten – mit Unterstützung von ver.di und unter hohem Einsatz des Betriebsrats – mit vielfältigen Aktionen auf die Schließung, die von regelmäßigen Demonstrationen in der Stadt über gemeinsame Aktionsreisen zu anderen Standorten der Kette, tägliche Mahnwachen vor dem eigenen Standort und intensive Medienarbeit bis hin zum Einbezug weiterer lokaler und überregionaler Akteure reichten. Zudem strengten der Betriebsrat und einzelne Beschäftigte eine Vielzahl von Gerichtsverfahren an, die sich über viele Monate zogen. Streiks waren aufgrund der bereits erfolgten Freistellung naturgemäß nicht möglich.

7 Allerdings müssen nach Kelly weitere Bedingungen erfüllt sein: Nötig ist ein «addressee», an den die Forderungen gerichtet werden können, eine «group identity» (wir/sie), ein «sense of agency and power», positiv ausfallende «cost-benefit calculations» sowie erfolgreiche «leadership» (Kelly 1998).

Die normativ gespeiste Empörung, die die Aktivierung der Belegschaft antrieb, lässt sich in unserer Typisierung von Anspruchsmustern in erster Linie als Verletzung des Würdeanspruchs interpretieren. Zugleich war in den lokalen Protesten eine Verallgemeinerungstendenz angelegt: Die Beschäftigten empörten sich nicht nur über das ungerechte Verhalten der konkreten Akteure, sondern (nach und nach) auch darüber, dass innerhalb der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine solche Degradierung der Beschäftigten überhaupt möglich und legal ist. Aus dem zunächst lokalen Ungerechtigkeits erleben folgte so ein breiteres Politisierungspotenzial.

(2) Im zweiten Fallbeispiel entstand Mobilisierung aus der gleichzeitigen Verletzung von Ansprüchen der Leistungsgerechtigkeit und der Fürsorge. In diesem Aktivierungsfall handelte es sich um Erzieher*innen einer kommunalen Kindertagesstätte in einer Großstadt, die sich mit Protestaktionen und schließlich im Rahmen des bundesweiten Streiks von Erzieher*innen 2009 für bessere Entlohnung und Arbeitsbedingungen einsetzten. Hintergrund war, dass die Profession und konkrete Tätigkeit der Erzieher*innen in der Öffentlichkeit eine ideell-symbolische Aufwertung erfahren hatte, eine materielle Kompensation aber völlig oder weitestgehend ausgeblieben war. So wurde mit der Professionalisierung des Berufs, dem erweiterten Aufgabenspektrum von Betreuungstätigkeit hin zum Bildungsauftrag sowie dem gesetzlich verankerten Recht auf einen Kita-Platz die Arbeit von Erzieher*innen einerseits gesellschaftlich aufgewertet. Andererseits hat dies kaum zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt, ebenso wenig hat die Vergütung diese Aufwärtsbewegung mitvollzogen.

Für den Mobilisierungsfunkeln, der sich an dieser Diskrepanz zwischen Aufwertung und Missachtung der Bedarfe der Erzieher*innen entfachte, spielte das Prinzip der Fürsorge eine entscheidende Rolle. Das ist insofern interessant, als eine Sorgeorientierung lange Zeit als ein grundsätzliches Mobilisierungshemmnis galt. Die – insbesondere weiblichen – Beschäftigten in Care-Arbeitsfeldern seien «prisoners of love» (Folbre 2001), deren Orientierung am sozialen Gegenüber (den Klient*innen, Patient*innen usw.) das selbstbewusste Vertreten eigener Beschäftigteninteressen behindere. Unsere Befragten haben demgegenüber das Fürsorgeprinzip politisiert: Sie wurden nicht *trotz* Fürsorgeorientierung interessenpolitisch aktiv, vielmehr beriefen sie sich explizit auf die gesellschaftliche Anerkennung des Fürsorgeprinzips. Die Erzieher*innen wendeten so das Fürsorgeprinzip als Legitimitätsanspruch gegen ihren Arbeitgeber – dieser habe für die entsprechenden Bedingungen zu sorgen, damit sie dem Fürsorgeanspruch gegenüber den Kindern (und Eltern) gerecht werden könnten. Zugleich verteidigten sie ihre Fürsorgeorientierung als zentrales Element ihrer professionellen Arbeitsleistung, für die sie eine betriebliche und gesellschaftliche Gegenleistung einforderten.

Für die interessenpolitische Mobilisierung war außerdem ausschlaggebend, dass das typische Mobilisierungshemmnis der Sachzwanglegitimation in diesem Fall ins Leere lief: Die ökonomische Rechtfertigung des Sparregimes, mit der vonseiten des

Arbeitgebers beständig Ansprüche auf Anerkennung der «Fürsorgerleistung» abgelehrt worden waren, erwies sich angesichts florierender Industrie in der Region und angesichts der Verfügbarkeit von Geld für andere kommunale Zwecke als ganz und gar unplausibel. Somit entfielen für die Erzieher*innen die Gründe, die eigenen Ansprüche auf Leistungsgerechtigkeit und Honorierung der eigenen Fürsorgerleistung zurückzustellen.

Auch dieser Fall zeigt Potenziale zur Mobilisierung, die nicht nur lokal beschränkt blieben. Generelle Fragen, die politische Anknüpfungspunkte bieten, richteten sich hier auf die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung von Care-Arbeit.

(3) Normativ anders gelagert ist ein weiterer Aktivierungsfall, der ebenso wie der erste Fall auf eine Betriebsschließung zurückgeht. Es handelt sich um den Standort eines IT-Dienstleisters mit überwiegend hoch qualifizierten, mehrheitlich männlichen Beschäftigten. Auf Beschluss der Dachgesellschaft wurden sechs von neun deutschen Standorten geschlossen. Begründet wurde dies mit der Notwendigkeit technischer und organisatorischer Effizienzsteigerung, die mit einer Struktur verteilter Standorte nicht möglich sei. Die Belegschaft des IT-Dienstleisters – zuvor vollkommen protestunerfahren und nur in geringem Maße gewerkschaftlich organisiert – reagierte auf den Schließungsbeschluss des Unternehmens unter anderem mit Warnstreiks, mehreren Demonstrationen an verschiedenen Orten und aktiver Öffentlichkeitsarbeit und erstritt schließlich einen Tarifsozialplan. Unter den Beschäftigten stieg im Zuge der Protestaktionen der gewerkschaftliche Organisationsgrad sprunghaft an – die Aktivist*innen, die sich in der (neu entstandenen) gewerkschaftlichen Betriebsgruppe organisierten, spielten eine wichtige Rolle beim Aktivierungs- und Mobilisierungsprozess.

Ähnlich wie im Einzelhandelsfall wurde die Schließung des IT-Dienstleistungsstandorts von den Beschäftigten als eine tiefgreifende Anspruchsverletzung empfunden, allerdings vor dem Hintergrund einer völlig anderen Gewichtung der normativen Ansprüche: Es waren in erster Linie Rationalitätsprinzipien, die sie in ihrer Kritik in Anschlag brachten. Anstoß der Empörung war nicht allein, dass die Schließung berechtigten Beschäftigteninteressen widersprach, sondern vor allem, dass sie technisch-organisatorisch und ökonomisch irrational sei. Die Standortschließung bringe weder organisatorische Vorteile noch sei sie wirtschaftlich geboten, sondern diene einzig der persönlichen Profilierung einzelner Entscheidungsträger*innen. Die grundsätzliche Legitimität unternehmerischer Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Verlagerung der Standorte wurde dabei keineswegs angezweifelt, wohl aber die Kompetenz der handelnden Akteur*innen. Die Beschäftigten formulierten ihren Unmut also nicht in Kriterien von Gerechtigkeitsprinzipien, Anstoß waren Entscheidungen, die ihren Ansprüchen auf Rationalität widersprechen.

«Wenn es Sinn fürs Unternehmen macht, so eine betriebswirtschaftliche Entscheidung, dann hätte ich auch keinerlei Gram.» (Technischer Mitarbeiter)

Ein solcher stärkerer Fokus auf Rationalitäts- gegenüber Gerechtigkeitsansprüchen dämpft somit keinesfalls grundsätzlich das Mobilisierungspotenzial, wie wir an diesem Fall sehen können. Ob hier über den Fall hinaus breitere Politisierungsprozesse angestoßen werden könnten, ist nach unseren Befunden als ambivalent zu beurteilen. Für einen Teil der Beschäftigten ist die Auseinandersetzung mit dem Abschluss des Sozialtarifvertrags (der inhaltlich relativ günstige Regeln vorsieht) beendet. Ein anderer Teil der Beschäftigten berichtet dagegen davon, dass sich ihre persönliche Einstellung durch den Konflikt geändert hat: hin zu einer stärkeren Gewerkschaftsorientierung und einem gesteigerten kritischen gesellschaftspolitischen Interesse.

6.2 Einige Schlussfolgerungen zu Bedingungen von Mobilisierung

Anhand der Fallbeispiele wird deutlich, wie auf Basis unterschiedlicher Ansprüche (und ihrer Verletzung) Mobilisierungsprozesse entstehen können. Trotz der sehr unterschiedlichen Ausgangslagen unserer Fallbeispiele wollen wir knapp einige allgemeine Charakteristika als Basis von Aktivierung formulieren:

(1) Die untersuchten Aktivierungsfälle entzündeten sich allesamt an einem konkreten Anlass, an einer Anspruchsverletzung im Rahmen eines konkreten Geschehnisses oder Prozesses, nicht an einer abstrakten Kritik gesellschaftlicher Zustände. Auffallend ist allerdings, dass es nicht von individueller Betroffenheit abhängt, ob Beschäftigte Ansprüche verletzt sehen und ob sie dieser Anspruchsverletzung mit aktiven Protesten begegnen. So haben sich auch Beschäftigte dem Protest angeschlossen, die selbst kaum problematische Konsequenzen der kritisierten Maßnahmen und Bedingungen zu tragen hatten (z. B. wegen naher Verrentung oder eines anstehenden Arbeitgeberwechsels). Es geht bei der Frage des Aktivierungspotenzials also weniger um individuelle Interessenverletzungen und persönliche Nachteile als um den Angriff auf das hinter den Ansprüchen stehende Prinzip, das eben auch dann bedroht ist, wenn nur die Kolleg*innen negative Folgen zu tragen haben.

(2) In all unseren Fällen sind Ansprüche an gewisse Vorstellungen von Normalität und Erwartbarkeit geknüpft, rein hypothetische Forderungen hinsichtlich einer gänzlich anderen Arbeitswelt stellt niemand unserer Befragten. Das bedeutet allerdings nicht unbedingt, dass erwartet wird, dass auch der Anspruchsadressat – das konkrete Unternehmen – die normativen Vorstellungen teilt. Die «normative Normalität» (Hürtgen/Voswinkel 2014: 43) speist sich hier aus anderen Quellen: aus Vergleichen mit anderen Unternehmen, aus verbreiteten gesellschaftlichen Legitimitätsvorstellungen oder auch nur aus dem sozial geteilten Verständnis eines spezifischen Personenkreises. Gerade die gesellschaftliche Entwicklung dieser Normalitätsvorstellungen hat entscheidenden Einfluss auf Politisierungspotenziale, wie wir noch sehen werden.

(3) Wie massiv die Verletzung von Ansprüchen die Legitimität einer Ordnung angreift, hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, welches Gewicht die Beschäftigten den verletzten Ansprüchen beimessen. Die verschiedenen Ansprüche unterscheiden sich stark danach, mit welcher Vehemenz sie eingefordert werden. Die Ansprüche der

Beschäftigten bestehen zumeist aus spezifischen, komplexen Anspruchsarrangements mit unterschiedlichen Gewichtungen. Manche Ansprüche schrauben sie zurück, zum Beispiel weil diese durch die Erfüllung anderer Ansprüche kompensiert werden, weil die Rücknahme unausweichlich erscheint oder weil ein Aufbegehren der Durchsetzung anderer eigener Ansprüche (etwa von Rationalitätsansprüchen) schaden könnte. So gibt es eine Reihe unterschiedlicher Akzeptanzgründe, warum Beschäftigte zumindest temporär Anspruchsverletzungen hinnehmen, ohne die Legitimität der betrieblichen Ordnung infrage zu stellen. Ob und inwieweit Akzeptanzgründe wirksam werden, hängt vor allem davon ab, wie unhintergebar bzw. wie disponibel der verletzte Anspruch ist, wie massiv die Anspruchsverletzung empfunden wird (vgl. Nies 2015: 342 ff.) und wer für die Realisierung der Ansprüche verantwortlich gemacht wird. Als recht variabel erweist sich zum Beispiel der Anspruch auf Leistungsgerechtigkeit, denn er ist qua Definition ein relativer Anspruch – sodass sich Leistungsgerechtigkeit als stark abhängig von Vergleichshorizonten erweist. Besonders bindend sind demgegenüber Ansprüche auf Würde sowie Fürsorgeansprüche mit Bezug auf Kund*innen, Klient*innen oder Patient*innen. Lassen sich – wie häufig im Falle des Fürsorgeanspruchs – unternehmerische Versäumnisse durch Beschäftigtenhandeln kompensieren (etwa durch Mehrarbeit und erhöhtes Engagement), kann die Unhintergebarkeit des Anspruchs als Aktivierungshemmnis wirken. Der Fürsorgeanspruch wird in diesem Fall vor allem auch an sich selbst, an die eigene Arbeitsleistung gerichtet. Erst wenn sich der Adressatenbezug auf das Unternehmen verschiebt, entsteht Mobilisierung – in unserem Fallbeispiel der Erzieher*innen.

(4) Zwar können alle Ansprüche Basis von Kritik und politischer Aktivierung sein, besonders «gefährlich» für die Legitimation einer herrschenden Ordnung sind aber diejenigen Prinzipien, auf die sich die Organisation selbst beruft. Im Fall der Erzieher*innen konnten diese das Fürsorgeprinzip auch deshalb politisieren, weil der Auftrag und die Existenzberechtigung öffentlicher Kindertagesstätten explizit – und noch vor ökonomischen Zielsetzungen – an das Sorgeprinzip geknüpft ist. Die Legitimität privatwirtschaftlicher Unternehmen hängt demgegenüber zuvorderst an Kriterien ökonomischer Rationalität. Hier ruft gerade die Verletzung von Rationalitätsansprüchen somit massive Kritik aufseiten der Beschäftigten hervor, weil sie die ureigene Rechtfertigungslogik des Unternehmens betrifft. Verletzte Rationalisierungsansprüche stellen dabei nicht selten paradoxerweise das Vehikel dar, um Sachzwangmythen zu durchbrechen: Wenn eine kurzfristige Renditeorientierung einer langfristigen und nachhaltigen Unternehmensstrategie entgegensteht, wenn die finanzmarktorientierte Unternehmenssteuerung der Ausrichtung der Arbeits- und Produktionsprozesse an Kundenbedürfnissen und Absatzmärkten widerspricht, wenn die Erfordernisse des konkret-stofflichen Arbeitsprozesses der Maßlosigkeit dynamischer Marktanforderungen entgegenstehen, dann untergräbt das die Legitimation der unternehmensseitigen Entscheidungshoheit. Anders formuliert: Wenn das Unternehmen die ökonomische Rationalität nicht glaubhaft machen kann, kommt in diesem Sinne die

Interessengeleitetheit der Unternehmens- und Arbeitspolitik wieder zum Vorschein. Wenn die ökonomische Legitimationsbasis des Unternehmens wegbricht, vor deren Hintergrund Beschäftigte Gerechtigkeitsverletzungen unter Umständen noch zu akzeptieren bereit sind, beginnen Beschäftigte eher wieder, die Verletzung von Gerechtigkeitsansprüchen anzuklagen.

(5) Zu guter Letzt bedarf die interessenpolitische Mobilisierung immer auch der Vorstellung einer Handlungsperspektive. Bedeutsam sind dabei fraglos die Strategien und Verhaltensweisen der interessenpolitischen Vertreter*innen. In unseren drei untersuchten «Aktivierungsfällen» waren explizit beteiligungsorientierte Strategien von Gewerkschaften und Betriebsräten, die den Beschäftigten selbst eine zentrale Rolle bei der Organisation und Durchführung von Protest und Demonstrationen zuwiesen, höchst förderlich. Für die Entwicklung von Handlungsperspektiven muss es dabei nicht immer um messbaren Erfolg (etwa in Gestalt eines monetären Ertrags) gehen. Gerade unser Einzelhandelsfall macht deutlich, dass Aktivierung für die Beschäftigten zwar Sinn ergeben muss, dieser Sinnbezug aber durchaus weit gefasst sein kann. Er kann zum Beispiel auch darin bestehen, Öffentlichkeit zu schaffen oder eigene Handlungsmächtigkeit wiederherzustellen. Im konkreten Fall bewerteten die Beschäftigten ihren Protest aufgrund der erfahrenen Solidarität und öffentlichen Anerkennung durchaus als Erfolg, auch wenn er die Standortschließung nicht revidieren und die eigenen materiellen Bedingungen im Ergebnis kaum verbessern konnte.

6.3 Exkurs: Jüngere Beschäftigte und das doppelte Mobilisierungshemmnis

In einer Sonderauswertung unseres «Brüchige Legitimationen»-Samples haben wir gezielt die (insgesamt 34) Interviews mit Beschäftigten zwischen 25 und 34 Jahren ausgewertet, um eventuelle besondere Anspruchskonstellationen der jüngeren Beschäftigten herauszuarbeiten (vgl. Nies/Tullius 2017). An dieser Stelle wollen wir einen kurzen Blick auf ein Phänomen werfen, das uns als «doppeltes Mobilisierungshemmnis» jüngerer Beschäftigter entgegengetreten ist.

Es gibt verschiedene Gründe, warum sich die Ansprüche junger Beschäftigter von denen anderer Beschäftigter unterscheiden können: Da ist zum einen der gemeinsame Erfahrungshintergrund jeder Generation, der sich in besonderen Einstellungen ausdrücken kann. Gleichzeitig kann es natürlich lebensphasenspezifische Effekte geben – etwa in Bezug auf familiäre Gebundenheit, Zukunftsperspektiven, gesundheitliche Einschränkungen und so weiter. In unserer Untersuchung war allerdings zunächst augenfällig, dass die Unterschiede in der Gewichtung von Ansprüchen zwischen verschiedenen Tätigkeitsgruppen und Branchen⁸ größer waren als zwischen verschiedenen Altersgruppen. Unterschiede zu den älteren Beschäftigten zeigten sich aber insbesondere in der Akzeptanz von Anspruchsverletzungen.

8 Einbezogen waren jüngere Beschäftigte aus dem Maschinenbau, der Automobilindustrie, dem Einzelhandel, aus unternehmensbezogenen sowie IT-Dienstleistungen, dem öffentlichen Dienst und der Bauindustrie.

Alle der von uns befragten jüngeren Beschäftigten sind in ihrem kurzen Berufsleben schon mit Unsicherheit und Krisen in Berührung gekommen. Kaum eine*r hat direkt eine unbefristete Stelle bekommen, alle hatten schon einen oder mehrere Arbeitsplatzwechsel hinter sich. Dazu kommen vielfach Erfahrungen mit permanenter Reorganisation, lokalen Standortkrisen und den Nachwirkungen der Wirtschaftskrise 2008 ff. Für die jüngeren Beschäftigten sind der prekäre Einstieg ins Berufsleben und die Anforderung, sich permanent neu zu orientieren, zur Normalität geworden. Bezeichnend ist dabei, dass sie das kaum grundsätzlich kritisieren, sondern als mehr oder weniger unausweichlich akzeptieren – als etwas, dem man sich individuell anpassen muss. In diesem Sinne orientieren sie ihre Ansprüche an dem, was ihnen möglich erscheint – alles Weitere verstehen sie als reine Wünsche in individueller Verantwortung. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag etwa erscheint ihnen nicht als Recht, das man einfordern kann, sondern als Wunsch, dessen Erfüllung allein von Glück und individueller Anstrengungen abhängig ist. «Natürlich wäre unbefristet am besten», so ein junger Einzelhandelskaufmann, der von der Insolvenz seines Arbeitgebers betroffen ist, lakonisch, «aber das ist heutzutage nicht mehr so einfach.»

Herausstechend in den Schilderungen der jüngeren Befragten ist, dass sich viele unter ihnen trotz teils massiver Erfahrungen mit Umbrüchen und Krisen sehr selbstsicher zeigen. Und zwar nicht weil sie auf die allgemeine Wirtschaftslage vertrauen würden oder darauf, aktuelle Arbeitsverhältnisse gestalten zu können, sondern aufgrund ihres Glaubens an ihre *individuelle* Handlungsmächtigkeit in Bezug auf die eigene Biografie. Die Zukunft erscheint ihnen nicht einfach nur als unsicher, sondern zugleich auch als gestaltungsoffen. Hierbei verlassen sich die jüngeren Beschäftigten auf ihre individuelle Leistungsbereitschaft und Anpassungsfähigkeit. Die Handlungsperspektive, die auch für kollektive Aktivierung von Nöten ist, drückt sich hier vorwiegend auf individueller Ebene aus. Wenn ihre Ansprüche verletzt werden, ist die Reaktion der jüngeren Befragten in unserem Sample eher, alternative Beschäftigungsmöglichkeiten auszuloten, als innerbetriebliche Auseinandersetzungen einzugehen. Dabei geht es gar nicht darum, ob sie diese Exit-Strategie in die Realität umsetzen können, aber ihre Handlungsorientierung ist durch diese Individualstrategie geprägt. Das beinhaltet auch, dass sie sich selbst in die Verantwortung nehmen, um Ansprüche realisieren zu können: Anspruchsadressat ist weniger das Unternehmen als man selbst. Zeigt sich auf den ersten Blick somit ein Bild von krisen- oder zumindest umbruchserfahrenen jungen Menschen, die ihre (Arbeitsmarkt-)Stärke und ihr Selbstbewusstsein gerade daraus ziehen, sich flexibel und wendig den Herausforderungen des Erwerbslebens stellen zu können, werden in den Interviews doch auch die Grenzen dieses Szenarios spürbar: Zum einen beruht die durchaus zukunftsoptimistische Haltung, die uns aus dem Interviewmaterial der U35 entgegentritt, maßgeblich auf einem Vertrauen in die individuelle Handlungsmächtigkeit. Das bedeutet allerdings auch: Dort, wo den Beschäftigten das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten oder Bewältigungsstrategien fehlt, dort, wo sie sich nicht individuell handlungsmächtig fühlen, geht auch der Zu-

kunftsoptimismus verloren. Denn das Zukunftsvertrauen basiert auf lebensphasenspezifischen und damit nur temporär verfügbaren Flexibilitätsressourcen – darüber sind sich in Teilen auch die Befragten bewusst. Und zum anderen: Nicht alle der Befragten verfügen über hinreichendes Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, krisenhafte Erfahrungen im Erwerbsleben zu bewältigen, etwa dann, wenn sie schon längere Phasen von Arbeitslosigkeit erleiden mussten. Unter diesen Voraussetzungen formulieren sie viel deutlicher als ihre Kolleg*innen das Bedürfnis nach kollektiver Absicherung.

Wir haben bereits ausführlich darauf hingewiesen, dass interessenpolitische Mobilisierung im ersten Schritt darauf basiert, dass Beschäftigte die Wahrnehmung herausbilden, dass berechnete Ansprüche verletzt werden. Bei jüngeren Beschäftigten stoßen wir hier auf eine doppelte Unsicherheit: Zum einen scheint die omniprésente Markt- und Sachzwangrechtfertigung der Unternehmen bei jüngeren Beschäftigten stärker zu verfangen. Nur wenige stellen die vom Unternehmen präsentierten Notwendigkeiten grundsätzlich infrage. Wir finden die Dominanz der Marktlogik und den Glauben an ihre Unausweichlichkeit zwar, wie gesehen, unter allen Beschäftigten; im direkten Vergleich zeigt sich im Gesamtprobe aber doch, dass unter älteren Beschäftigten eigenständige Widerständigkeit gegen marktdominierte Anforderungen stärker ausgeprägt ist – was diese häufig als Ergebnis eines schmerzvollen Lernprozesses schildern. Jüngere Beschäftigte haben also eine größere Unsicherheit, ob ihre Ansprüche *unberechtigt* verletzt werden – oder ob diese Verletzungen eben unausweichlich waren. Zum anderen besteht große Unsicherheit über die Legitimität ihrer Forderungen, also darüber, was sie überhaupt einfordern können und dürfen. Lebensphasenspezifisch fehlt es ihnen an Erfahrung, um selbstsicher zu beurteilen, was von ihnen verlangt werden kann, wo sie gerechtfertigt Grenzen setzen oder Forderungen stellen dürfen. Kurz: Die Maßstäbe, an denen sich eigene Ansprüche ausbilden, sind noch unscharf und werden oft zu den eigenen Ungunsten gesetzt. Sehr deutlich ist das in Bezug auf Leistungsanforderungen zu sehen (insbesondere überall dort, wo Leistung nicht direkt messbar ist). Aus Unsicherheit stellen jüngere Beschäftigte nicht die Legitimität der an sie gestellten Anforderungen, sondern die eigene Leistungsfähigkeit infrage.

7 Fazit: Anspruchsreduktionen und Ent-Legitimierung

Die Frage der Vergleichsmaßstäbe, an denen sich das Niveau der eigenen Ansprüche orientiert, ist nicht nur für das Thema der Mobilisierung jüngerer Beschäftigter relevant, sondern für sämtliche Beschäftigtengruppen. In unseren Studien finden wir Hinweise darauf, dass diese Maßstäbe sich in einer gewissen Abwärtsbewegung befinden. Was dies für die Legitimität und Stabilität der herrschaftlichen Ordnungen der Arbeit bedeutet, möchten wir abschließend betrachten.

7.1 Sinkende Vergleichsordnungen

Normative Ansprüche, ganz besonders solche, die sich auf Verteilungsfragen und soziale Ungleichheit beziehen, werden immer auf Basis von Vergleichen entwickelt. Ob

die eigene Position, das eigene Entgelt angemessen ist oder nicht, kann nur unter Bezug auf andere Beispiele und Fälle beurteilt werden. Wenn Gerechtigkeitserwartungen formuliert werden, geschieht dies mit Bezug auf «vergleichbare» Strukturen oder Ordnungen. Diese Vergleichbarkeit kann zeitlicher, räumlicher und sozialer Art sein: Es können Früher-heute-Vergleiche sein, Vergleiche zwischen unterschiedlichen Regionen oder zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen. Je nachdem, welche Vergleichsordnungen herangezogen werden, kann sich das Anspruchsniveau unterscheiden, also gleichsam die *Höhe* der Ansprüche. Die Vergleiche ändern nichts Grundsätzliches an den *Anspruchsprinzipien* selbst, aber sie bestimmen das *Anspruchsniveau*, das komparativ hergestellt wird.

Auffällig ist, dass die überwiegende Mehrheit unserer Interviewpartner*innen der verschiedenen (neueren) Studien – und zwar unabhängig von Beschäftigungsstatus, Branche, Geschlecht oder Alter – ihren Bewertungen einen generellen gesellschaftlichen Entwicklungsprozess zugrunde legt: Sie gehen von einer anhaltenden und kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen aus. Die Befragten geben hier eine Trendeinschätzung ab, die sowohl die Vergangenheit als auch die weitere Zukunft betrifft: Die soziale Ungleichheit in Deutschland wachse, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse nähmen zu, Arbeits- und Leistungsanforderungen stiegen, während Löhne und Gehälter stagnierten oder sanken. Vom charakteristischen wachstumsorientierten Nachkriegsoptimismus in Deutschland – der Wohlstand steigt, die Arbeit wird besser abgesichert, die Chancen auf soziale und ökonomische Teilhabe erweitern sich und so weiter – ist nicht mehr viel übriggeblieben.

Folgt man Wolfgang Streeck, müsste damit der Kapitalismus insgesamt – «als Gesellschaftsordnung, die von einem Versprechen unbeschränkten kollektiven Fortschritts zusammengehalten wird» (Streeck 2015: 120) – vor ernsthaften Legitimationsproblemen stehen. Denn an ein solches Fortschrittsversprechen glaubt kaum noch jemand. Unsere Diagnose lautet allerdings, dass durch eine relativierende, über normative Vergleichsurteile vermittelte Staffelung solcher Erosionsprozesse der Ausbruch von Legitimationskrisen – jedenfalls für eine Übergangszeit – vertagt werden kann.

Unsere Interviewpartner*innen beschreiben sich interessanterweise selbst als zu meist weniger stark von den negativen Entwicklungen betroffen als diejenigen, mit denen sie sich vergleichen. Die gesellschaftliche und ökonomische Situation insgesamt verschlechtere sich, während der eigene Status eher stabil bleibe oder sich im Vergleich eben *weniger stark* verschlechtere. Das Erleben der Krise 2008 ff. hat eine solche Verschiebung der Vergleichshorizonte «nach unten» verstärkt. In unseren Untersuchungen zur Wahrnehmung der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer Folgen (Detje u. a. 2011; Detje u. a. 2013) fühlten sich die Beschäftigten persönlich *im Vergleich gesehen* eher unterdurchschnittlich betroffen. Während im öffentlichen Diskurs von massiven Einbrüchen und Einschnitten die Rede war, wurde die eigene Situation demgegenüber noch als halbwegs erträglich bewertet – interessanterweise weitgehend

unabhängig davon, ob unsere Gesprächspartner*innen persönlich von Kurzarbeit, Entgeltverlusten oder anderem krisenbedingtem Belastungsanstieg betroffen waren. Indem der (medial vermittelte) Vergleichsmaßstab sinkt, erscheint die eigene materielle Situation noch als vergleichsweise günstig. Dies galt umso öfter, wenn von den Befragten eine internationale Perspektive eingenommen wurde – etwa mit Blick auf die Eurokrise und südeuropäische «Schuldenstaaten». Noch deutlicher wurde dies in der umfangreicheren Studie «Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit» (Kratzer u. a. 2019), die auch Angestellte einbezog.

Ob Krise oder generelle Entwicklungstendenz: Die Mehrheit der Befragten vergleicht sich eher «nach unten», mit schlechtergestellten Beschäftigten.⁹ Gerade diese Vergleichsgruppen befinden sich in einem fortschreitenden Prozess der Verschlechterung ihrer sozialen und betrieblichen Situation – so relativiert sich auch das eigene Anspruchsniveau. Zunächst mag es paradox erscheinen, aber durch die Erosion des kapitalistischen Fortschrittsversprechens können – zumindest übergangsweise – die prekären Legitimationsressourcen geschont werden. Indem das Fortschrittsversprechen schneller zerfällt, als sich die wahrgenommene eigene Situation verschlechtert, relativiert sich das Anspruchsniveau. Wenn die Vergleichsordnungen erodieren, erscheint die eigene soziale Lage in besserem Licht. Daraus entstehen keine Positivmotivationen, keine tiefer gehende Arbeitszufriedenheit, zumindest wird dadurch aber Kritik gedämpft.

7.2 Ausblick 1: Ent-Legitimation statt Legitimationskrise

Zum Sinken des Vergleichsmaßstabs kommt eine weitere Begrenzung von potenziell kritischen Ansprüchen hinzu: Die Anwendungsfelder und der Adressatenkreis, an den sich die Ansprüche richten, werden offenbar zunehmend verkleinert. Beteiligung ist den Beschäftigten wichtig, wird aber nur im unmittelbaren eigenen Arbeitsumfeld erwartet, nicht mit Blick auf den gesamten Betrieb, das Unternehmen oder gar die Ökonomie als Ganzes. Leistungsgerechtigkeit ist für die Arbeitnehmer*innen ein zentrales Prinzip, wird aber vorwiegend in situativen Auseinandersetzungen in Anschlag gebracht: Bewertet werden einzelne Interaktionen, bestimmte Handlungsweisen und konkrete arbeitsplatzbezogene Konstellationen, etwa die falsche Beurteilung der eigenen Leistung, Ungleichbehandlungen zwischen einzelnen Kolleg*innen, Fehlverhalten von konkreten Führungskräften. Die Beschäftigten nehmen nur im Ausnahmefall komplexere Ungleichheitsordnungen kritisch ins Fadenkreuz. Beispielsweise stehen nicht die gesamten betrieblichen Entgeltstrukturen oder Positionshierarchien im Fo-

⁹ Eine wichtige Ausnahme bilden die prekär Beschäftigten (insbesondere Leiharbeiter*innen) sowie diejenigen, die in fragmentierten Wertschöpfungsketten eher untergeordnete Positionen einnehmen (ausführlicher: Kratzer u. a. 2019: 239 ff.). Ebenfalls trifft dies auf Teile des öffentlichen Dienstes zu. Auch diese Gruppen sehen einen allgemeinen Erosionsprozess der sozialen Lage – aber eben einen Erosionsprozess, von dem sie sich (anders als die Mehrheit der Befragten) «am eigenen Leib» besonders betroffen fühlen.

kus der Bewertung. Auch als umfassende Kritikfolie für gesellschaftliche Ungleichheit wird das Leistungsprinzip kaum herangezogen – zu aussichtslos erscheint das Unterfangen, Gerechtigkeit für die Sozialstruktur insgesamt einzufordern. Andere Prinzipien, wie etwa Selbstverwirklichung, bleiben als *Wünsche* virulent, verfügen aber nicht über die normative Kraft einklagbarer Ansprüche; entsprechend tendieren die Beschäftigten eher zu individualistischen Lösungen wie «exit» (z. B. Arbeitsplatzwechsel) statt «voice» (Skandalisierung und Politisierung etwa durch Mobilisierung) – ein Muster, das wir insbesondere bei den jüngeren Beschäftigten vorfinden. Auch bei der Fürsorgeorientierung sind entsprechende Grenzen zu erkennen, wie wir gesehen haben. Ob die Beschäftigten den Anspruch an das Unternehmen formulieren dürfen, Rücksicht auf ihre konkrete Lebenssituation zu nehmen, wird ihnen selbst zunehmend unklar. Andererseits bleibt die Fürsorgeorientierung im Verhältnis zwischen den Kolleg*innen und gegenüber Klient*innen weiterhin treibendes normatives Prinzip.

Wenn nun aber Ansprüche gegenüber Arbeitgeber und Arbeitsorganisation tendenziell zurückgenommen werden, geraten diese zwar weniger unter Rechtfertigungsdruck. Zugleich bleiben die Ordnungen der Arbeit aber auch legitimatorisch instabil. Begrifflich ließe sich dies so fassen: Legitimationskrisen entstehen aus der Entkoppelung der Struktur- und Rechtfertigungsprinzipien einer sozialen Ordnung von den normativen Ansprüchen, die an diese Ordnungen gestellt werden (*De-Legitimierung*). *Ent-Legitimierung* heißt demgegenüber: Ansprüche, die zuvor an die Ordnungen gestellt wurden, werden suspendiert. Wenn Ansprüche und Wirklichkeit also deshalb nicht in Widerspruch geraten, weil die Ansprüche relativiert werden, heißt das aber, dass die Ordnungen an Legitimität und damit an sozialer Stabilität einbüßen (siehe Tabelle 2). Sie werden abhängig von kontingenten Faktoren, die gleichsam außerhalb der Rechtfertigungsordnung liegen.

Tabelle 2: Legitimation, De-Legitimierung, Ent-Legitimierung

Legitimität	legitime Ordnung	Korrespondenz von Ansprüchen und Maximen	hohe Stabilität der Ordnung, Ansprüche als Legitimationsprinzipien	Gerechtigkeitserleben, keine interessenpolitische Mobilisierung
Legitimationskrisen	<i>delegitimierte</i> Ordnung	Konflikt zwischen Ansprüchen und Maximen	niedrige Stabilität der Ordnung, Ansprüche als Kritikprinzipien	Anspruchsverletzungen (Ungerechtigkeitserleben) als mögl. Ausgangspunkt von Mobilisierung
Legitimationserosion	<i>entlegitimierte</i> Ordnung	Entlastung der Ordnung von Ansprüchen	kontingente Stabilität der Ordnung (von weiteren Motiven abhängig)	weder Gerechtigkeits- noch Ungerechtigkeitserleben, Indifferenz hinsichtlich Mobilisierung

Zusammengefasst: Anzeichen für einen generellen Rückbau normativer Ansprüche in der aktuellen Arbeitsgesellschaft lassen sich zwar nicht benennen. Im Gegenteil finden wir durchaus stabile und eher konservative Prinzipien wie das der Leistungsgerechtigkeit im Begriffsinstrumentarium der Beschäftigten. Gleichwohl werden offenbar sowohl Reichweite und Adressatenkreis als auch die Anspruchshöhe reduziert (ohne freilich die normativen Prinzipien selbst infrage zu stellen). Dies führt nicht nur zu einer Dämpfung von Kritik an den Verhältnissen, sondern zugleich auch zu deren Ent-Legitimierung.

Bleibe abschließend zu fragen, wie unsere Befunde hinsichtlich der Potenziale für Mobilisierung und Politisierung zu bewerten sind.

7.3 Ausblick 2: Mobilisierungs- und Politisierungspotenziale

Auf den ersten Blick mögen unsere Befunde ernüchternd erscheinen: Zwar fehlt es den Beschäftigten nicht an Negativerfahrungen in der Arbeitswelt. Aber um die betrieblichen Herrschaftsstrukturen oder gar die kapitalistischen Verhältnisse insgesamt vehementer zu kritisieren, scheinen die normativen Ansprüche aufgrund der genannten Relativierungen und Rücknahmen nicht schlagkräftig genug zu sein. Allerdings zeigen sich mindestens zwei Punkte, an denen die legitimatorischen Risse schließlich zu breiteren Mobilisierungs- und Politisierungsprozessen führen könnten.

(1) Unsere untersuchten «Mobilisierungsfälle» (siehe Abschnitt 6) zeigen, dass sich interessenpolitische Auseinandersetzungen am Konkreten entzünden. Den Ausgangspunkt nehmen die Konflikte an Ungerechtigkeits-erfahrungen, die unmittelbar erlebbar sind, entweder weil die Beschäftigten selbst Betroffene sind oder weil sich das Unrecht in ihrem unmittelbaren Umfeld abspielt. An diesen lokalen Erlebnissen und Auseinandersetzungen werden allerdings häufig «größere Fragen» sichtbar, die auf Politisierung drängen. Erlebt wird das Unrecht zum Beispiel am Fall einer konkreten Betriebsschließung – aber wie kann es sein, dass die Geschäftsführung überhaupt so willkürlich mit ihrer Belegschaft umspringen kann? Fehlen hier nicht gesamtgesellschaftliche Regularien, die der privatkapitalistischen Willkür Einhalt gebieten? Diese Themen bleiben für die Beschäftigten virulent, auch wenn der konkrete Konflikt nicht mehr aktuell ist.

Auch im Fall der Erzieher*innen wurde zunächst mit den lokalen Bedingungen argumentiert, etwa mit dem Verweis auf die (vergleichsweise günstige) Finanzsituation der Kommune, die durchaus Spielraum bietet, um die Kitas und ihre Mitarbeiter*innen besser auszustatten und zu versorgen. Daran schlossen sich jedoch relativ schnell Fragen an, zum Beispiel nach der gesellschaftlichen Bewertung von Sorgearbeit, nach der Anerkennung von Professionalität oder nach geschlechterbezogener Ungleichheit von Vergütungsstrukturen. Auch hier war der Konflikt keinesfalls «gegessen», nachdem der (leider nicht sonderlich erfolgreiche) Streik abgeschlossen war.

Interessenpolitische Auseinandersetzungen tendieren also bisweilen zur «Formatänderung»: Nimmt man ihre Bestimmungsgründe ernst, werden sie durch eine endo-

gene Bewegungsdynamik großformatiger. Hier bieten sich wichtige Anschlusspunkte für betriebliche und gewerkschaftliche, aber auch politische Akteure, die diese Vermittlungsschritte zwischen konkretem Ungerechtigkeitserleben im Lokalen und gesamtgesellschaftlichen Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen unterstützen können.

(2) Die Beschäftigten stoßen in Arbeit und Betrieb immer wieder auf die Grenzen der Gestaltbarkeit aufgrund omnipräsenter Sach- und Marktzwangrechtfertigungen. Wie wir gesehen haben, reagieren sie darauf nicht selten mit der Zurückstellung ihrer Ansprüche. Ansprüche zurückzustellen, weil sie derzeit als nicht realisierbar erscheinen, ist allerdings nicht gleichbedeutend damit, diese Ansprüche vollständig aufzugeben. Die (aus der Herrschaftsperspektive betrachtet) «erfolgreiche» Rückstellung bleibt daran gebunden, dass die Alternativlosigkeits- und Sachlichkeitsargumente weiterhin und dauerhaft verfangen. Und gerade dies wird mehr und mehr fraglich. Mit der Zunahme gesamtökonomischer und gesellschaftlicher Krisentendenzen in den letzten Jahren – zuletzt mit der Corona-Krise – wird mehr und mehr offensichtlich, dass die Ökonomie keinesfalls so handlungsverschlossen und selbstgenügsam funktioniert, wie es jahrzehntelang in Sachzwangpredigten behauptet wurde. Vielmehr bedarf sie beständiger aktiver politischer Eingriffe. Mit dieser hervortretenden Steuerungs*notwendigkeit* wird zugleich auch ihre Steuerungs*fähigkeit* offensichtlich.

Andererseits geraten diejenigen, die die Alternativlosigkeitslogik weiterhin nicht bestreiten, irgendwann in Grenzkonflikte mit denjenigen Ansprüchen, die unhintergebar und nicht austauschbar sind, wie etwa mit dem Würdeprinzip. Wenn es dauerhaft und systematisch nicht möglich ist, unter kapitalistischen Bedingungen selbst basale (z. B. gesundheitliche) eigene Interessen zu verteidigen, werden auch in lokalen Konflikten letztendlich große Fragen nach gesellschaftlichen Transformationsnotwendigkeiten aufgeworfen.

Literatur

- Altmann, Norbert/Binkelman, Peter/Düll, Klaus/Stück, Heiner (1982): Grenzen neuer Arbeitsformen. Betriebliche Arbeitsstrukturierung, Einschätzung durch Industriearbeiter, Beteiligung der Betriebsräte, Frankfurt a. M./New York.
- Aulenbacher, Brigitte/Dammayr, Maria/Décieux, Fabienne (2015): Prekäre Sorge, Sorgearbeit und Sorgeproteste. Über die Sorglosigkeit des Kapitalismus und eine sorgsame Gesellschaft, in: Völker, Susanne/Amacker, Michèle (Hrsg.): Prekarisierungen. Arbeit, Sorge, Politik, Weinheim/Basel, S. 59–74.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Burawoy, Michael (1979): Manufacturing Consent. Changes in the Labor Process under Monopoly Capitalism, Chicago/London.
- Carls, Kristin/Gehrken, Hinrich/Kuhlmann, Martin/Thamm, Lukas (2020): Digitalisierung – Arbeit – Gesundheit. Zwischenergebnisse aus dem Projekt Arbeit und Gesundheit in der Arbeitswelt 4.0, SOFI Working Paper 19/2020, Göttingen.

- Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter (2011): *Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen*, Hamburg.
- Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter/Bischoff, Joachim (2013): *Krisenerfahrungen und Politik. Der Blick von unten auf Betrieb, Gewerkschaft und Staat*, Hamburg.
- Dubet, François (2008): *Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz*, Hamburg.
- Eckart, Christel/Herding, Richard/Jaerisch, Ursula/Japp, Klaus/Kirchlechner, Berndt (1975): *Arbeiterbewusstsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung. Empirische Thesen zum «instrumentellen Bewusstsein»*, in: *Gesellschaft – Beiträge zur Marxschen Theorie* 4, Frankfurt a. M., S. 7–64.
- Folbre, Nancy (2001): *The Invisible Heart. Economics and Family Values*, New York.
- Gramsci, Antonio (1999): *Amerikanismus und Fordismus [1934]*, in: ders.: *Gefängnishefte*, Bd. 9, Berlin, S. 2063–2101.
- Hack, Lothar/Brose, Hanns-Georg/Czasny, Karl/Hack, Ingrid/Hager, Frithjof/Moser, Roland/Viesel, Karin (1979): *Leistung und Herrschaft. Soziale Strukturzusammenhänge subjektiver Relevanz bei jüngeren Industriearbeitern*, Frankfurt a. M./New York.
- Hurrelmann, Klaus/Albrecht, Erik (2014): *Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert*, Weinheim.
- Hürtgen, Stefanie/Voswinkel, Stephan (2014): *Nichtnormale Normalität? Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte*, Berlin.
- Inglehart, Ronald (1989): *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a. M..
- Kelly, John E. (1998): *Rethinking industrial relations. Mobilization, collectivism, and long waves*, London.
- Kratzer, Nick/Menz, Wolfgang/Tullius, Knut/Wolf, Harald (2019): *Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit: Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb*, 2. Aufl., Baden-Baden.
- Kudera, Werner/Mangold, Werner/Ruff, Konrad/Schmidt, Rudi/Wentzke, Theodor (1979): *Gesellschaftliches und politisches Bewusstsein von Arbeitern. Eine empirische Untersuchung*, Frankfurt a. M.
- Menz, Wolfgang (2009): *Die Legitimität des Marktregimes. Leistungs- und Gerechtigkeitsorientierungen in neuen Formen betrieblicher Leistungs politik*, Wiesbaden.
- Menz, Wolfgang (2017): *Gerechtigkeit, Rationalität und interessenpolitische Mobilisierung. Die Perspektive einer Soziologie der Legitimation*, in: Artus, Ingrid/Birke, Peter/Kerber-Clasen, Stefan/Menz, Wolfgang (Hrsg.): *Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in den sozialen Dienstleistungen*, Hamburg, S. 278–305.

- Menz, Wolfgang/Dunkel, Wolfgang/Kratzer, Nick (2011): Leistung und Leiden. Neue Steuerungsformen von Leistung und ihre Belastungswirkungen, in: Kratzer, Nick/Dunkel, Wolfgang/Becker, Karina/Hinrichs, Stephan (Hrsg.): Arbeit und Gesundheit im Konflikt, Berlin, S. 143–198.
- Menz, Wolfgang/Nies, Sarah (2016): Gerechtigkeit und Rationalität. Motive interessenpolitischer Aktivierung, in: WSI-Mitteilungen 7/2016, S. 530–539.
- Menz, Wolfgang/Nies, Sarah (2019): Autorität, Markt und Subjektivität. Ergebnisse einer sekundäranalytischen Längsschnittstudie vom Spät-Taylorismus bis zur Digitalisierung der Arbeit, in: Dunkel, Wolfgang/Mayer-Ahuja, Nicole/Hanekop, Heidi (Hrsg.): Blick zurück nach vorn. Sekundäranalysen zum Wandel von Arbeit nach dem Fordismus, Frankfurt a. M., S. 175–217.
- Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter (2019): Digitale Kontrolle und Vermarktlichung. Beschäftigtenautonomie im Kontext betrieblicher Strategien der Digitalisierung, in: Prokla – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 195, S. 181–200.
- Menz, Wolfgang/Siegel, Tilla/Vogel, Mathias (2003): Leistungs- und Interessenpolitik aus der Perspektive von Beschäftigten, Abschlussbericht an die Hans-Böckler-Stiftung, Frankfurt a. M.
- Moore, Barrington (1987): Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt a. M.
- Neckel, Sighard (2008): Flucht nach vorn: Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft, Frankfurt a. M./New York.
- Nies, Sarah (2015): Nützlichkeit und Nutzung von Arbeit. Beschäftigte im Konflikt zwischen Unternehmenszielen und eigenen Ansprüchen, Baden-Baden.
- Nies, Sarah (2019): Kritik oder Affirmation? Zum anhaltenden Kritikpotenzial subjektiver Ansprüche an Arbeit, in: Kannler, Kim/Klug, Valeska/Petzold, Kristina/Schaaf, Franziska (Hrsg.): Kritische Kreativität. Perspektiven auf Arbeit, Bildung, Lifestyle und Kunst, Bielefeld, S. 103–119.
- Nies, Sarah (2021): Eingehetzte Autonomie und Perspektiven der Demokratisierung. Probleme der digitalen Transformation des Betriebs, in: Schmitz, Christoph/Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik?, Frankfurt a. M., S. 89–103.
- Nies, Sarah/Tullius, Knut (2017): Zwischen Übergang und Etablierung. Beteiligungsansprüche und Interessenorientierungen jüngerer Erwerbstätiger, Studie der Hans-Böckler-Stiftung, Bd. 357, Düsseldorf, unter: www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_357.pdf.
- Offe, Claus (1970): Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen «Leistungsgesellschaft», Frankfurt a. M.
- Sauer, Dieter (2005): Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen, Hamburg.
- Streeck, Wolfgang (2015): Wie wird der Kapitalismus enden?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3–4/2015, S. 99–111 (3) und 109–210 (4).

- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss einer verstehenden Sozialwissenschaft* [1922], hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen.
- Weber, Max (1988): *Soziologische Grundbegriffe* [1921], in: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen.

Richard Detje und Dieter Sauer

SOLIDARITÄT IN DER TRANSFORMATION

FORTSCHRITTSPOENZIALE IN ZEITEN DER KRISE¹

1 Prolog

Ein Virus hat die gesellschaftliche Reproduktion 2020/21 ins Stocken, teilweise zum Erliegen gebracht. Damit wurde eine Erschütterung des Alltagslebens ausgelöst, wie es sie in über sieben Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht gegeben hat.

In der Covid-19-Pandemie ist ein Krisentypus zum Vorschein gekommen, den man in den kapitalistischen Metropolen glaubte, mit der Pest (Zinn 1989) oder der «Spanischen Grippe» (Fuest 2020) hinter sich gelassen zu haben. Das hat sich als fataler Irrtum erwiesen. Die zoonotische, vom Tier auf den Menschen übertragene Infektion ist kein archaisches Ereignis, sondern bringt die Rückwirkungen menschlichen Lebens auf die innere und äußere Natur krisenhaft auf sehr moderne Weise zum Ausdruck.

«Diese Rückwirkungen bestehen in der Wirkungskette von Waldrodungen und Landverbrauch durch Urbanisierung, Agrarwirtschaft und industrielle Massentierhaltung, aus der daraus resultierenden Reduktion der Artenvielfalt und der Vermehrung von vielfach medikamentenresistenten, aber auch gänzlich neuen Viren und Bakterien auf Leberdiermärkten.» (Lieber 2020: 47)

Die Corona-Krise erweist sich – so gesehen – nicht als äußerer Schock, nicht als «schwarzer Schwan», sondern als Teil eines komplexen Systemzusammenhangs (Detje/Sauer 2021).

1 Der folgende Text hat den Charakter eines Arbeitspapiers und dient der Vorbereitung einer qualitativen empirischen Untersuchung. Es geht um die Klärung von Begriffen und Konzepten und die Zusammenstellung historisch-empirischer Befunde im ausgewählten Themenfeld.

Zwei Besonderheiten charakterisieren den neuzeitlichen Krisenverlauf. Erstens handelt es sich um eine Erschütterung, die den gesamten Weltmarkt ohne Ausnahme umfasst (Fratzscher 2020). Das war in der großen Finanz- und Wirtschaftskrise vor über einem Jahrzehnt noch anders. Damals waren die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) dynamische Zentren nachholender Industrialisierung, heute sind sie – mit Ausnahme Chinas, wo die Pandemie ihren Ausgangspunkt nahm – Hotspots der Infektionsentwicklung. Zweitens sind mit Industrie und Dienstleistungen die beiden großen Wirtschaftssektoren in den Krisenzusammenhang hineingezogen. 2008 verzeichnete das verarbeitende Gewerbe neben den Banken und anderen Finanzinstituten die größten Einbrüche, während der Dienstleistungssektor ungeschoren davonkam. In der Gegenwart ist Letzterer von der Wucht der sektoralen Einschläge eher noch stärker als die industrielle Produktion betroffen. Die Corona-Krise hat damit sowohl an Reichweite wie auch an Durchschlagskraft gewonnen. Nicht nur Produktionsprozesse, sondern nahezu die gesamte gesellschaftliche Reproduktion wurde infrage gestellt.

Dass die Pandemie ein derart weitreichendes Beben auslösen konnte, hat neben der ökonomischen Diffusion auch einen politischen Kern. In vier Jahrzehnten Neoliberalismus hat die Gesellschaft an Widerstandskraft eingebüßt. Bereits im Platzen der Dot-com-Blase im Jahr 2000, in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff., in der Eurokrise 2011 ff. und schließlich in der Pandemie zeigte sich, dass das «Fortschreiben» eines auf Vermarktlichung aller Lebensbereiche orientierten politischen Programms ins 21. Jahrhundert scheitern muss. Das Auf-die-Spitze-Treiben des Gegensatzes von privatem Reichtum und öffentlicher Armut, die forcierte soziale Spaltung der Gesellschaften und das Hintanstellen von sozialer Vorsorge machten das gesellschaftliche Leben verwundbarer. Über Jahrzehnte war daran gearbeitet worden, «Solidarität» den staatlichen Institutionen auszutreiben (Mayer-Ahuja/Detje 2020). Die fortschreitende Privatisierung des Krankenhaussystems gehört ebenso dazu wie das Madigmachen des Generationenvertrags in der Alterssicherung. «Gute Arbeit», «Zeitwohlstand», «Sozialstaatlichkeit», demokratische Partizipation, alles das, was individuelle und gesellschaftliche Abwehrkräfte stärkt, galt und gilt vielfach bis in die Gegenwart als Müßiggang auf Kosten der Produktivität. Zwei Narrative waren prägend. Erstens der unhinterfragte Vorrang internationaler Wettbewerbsfähigkeit, für die es – so die Engführung der Marktdogmatiker*innen – reiche, an zwei Stellschrauben zu drehen: an den Leistungsvorgaben und an der Kosteneffizienz. Das zweite Narrativ: Öffentliche Verschuldung öffne das Tor zur Unterwelt, jedenfalls aus der Perspektive jener oft zitierten «schwäbischen Hausfrau», die jeden Cent hütet, sich jedoch darüber ausschweigt, ob für ihre Kinder eine Kita, für ihre Eltern ein Platz im Pflegeheim und für sie selbst mehr als ein Niedriglohnjob drin sind. In der Corona-Krise haben sich diese Narrative als fatal herausgestellt. Das Virus fand in einer exponierten Klassengesellschaft mit stark angegriffenen wohlfahrtsstaatlichen Institutionen leichte Beute. Hierin erweist sich: Der Kapitalismus basiert auf sozialen Voraussetzungen, die er selbst nicht schafft. Sie müssen ihm – teilweise immer wieder neu – abgerungen werden.

In «Notfallsituationen» wie der Corona-Krise erschallt sogar in bürgerlichen Kreisen bis hinauf in Konzernzentralen der Ruf nach dem Staat. Selbst Kapitalbeteiligungen an von Insolvenz bedrohten Unternehmen stehen dann plötzlich auf der Agenda. Als eine der ersten Maßnahmen in der Corona-Krise wurde in Deutschland ein Fonds von 100 Milliarden Euro für staatliche Unternehmensbeteiligungen aufgelegt. Ob daraus ein neues «Zeitalter [...] eines Interventionismus» (Tooze 2018: 19) erwächst, gar eine «neue Wirtschaftsordnung», in der «wichtige Prinzipien des Kapitalismus [...] außer Kraft gesetzt» sind (Capital 2020: 36), kann man mit Skepsis bewerten. Mariana Mazzucato (2020) sieht in der Anrufung des Staates als «spender of last resort» weiterhin die Logik der «Sozialisierung von Risiken und Privatisierung der Gewinne». Und tatsächlich scheint ein intervenierender Staat, der Ressourcen struktur- und industriepolitisch zukunftsorientiert einsetzt und sich dafür richtungweisende Kompetenz gegenüber den Kapitaleigentümern verschafft, nur in Einzelfällen auf.² Der Ruf nach dem Staat als Teil eines Notstandsregimes erlaubt noch keinen gesicherten Blick in die Zukunft – die Konturen eines neuen postneoliberalen Wohlfahrtsstaates mit massiv ausgebauten wirtschaftlichen Interventionsmöglichkeiten sind noch extrem unscharf.

Bei aller Unsicherheit über den ersehnten Beginn und die neuen Konturen einer Post-Corona-Zeit scheint ein Orientierungspunkt unstrittig zu sein: Nur gemeinsam sei das Virus nachhaltig zu bekämpfen und zu verhindern, dass es in immer neuen Wellen das Infektionsgeschehen wieder anheizt. Das große WIR des «gesellschaftlichen Zusammenhalts»³ wird beschworen – über soziale Gräben und Klassenschranken hinweg. Mehr noch: Von höchster politischer Stelle wird «Solidarität» eingefordert. «Solidarität» der Generationen untereinander, «Solidarität» mit den «Held*innen der Arbeit», die «das Land am Laufen halten», «Solidarität» der Starken mit den Schwachen (vgl. Mayer-Ahuja/Detje 2020). Welch Renaissance eines Begriffs, der lange Zeit in der linguistischen Asservatenkammer weggeschlossen und als «Unwort» aus der Zeit der Großkollektive der Arbeiterbewegung gebrandmarkt war. In einer «Gesellschaft der Singularitäten» bestand dafür scheinbar kein Gebrauch mehr. Doch nun heißt es: Schalter umlegen! «Erste Bürgerpflicht in der Weltkrise: der Wechsel aus der Ich-AG in die Wir-Gesellschaft», mahnte der Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), Berthold Kohler, am 20. März 2020, an dem Tag, an dem die Gesamtzahl der Todesopfer der Pandemie in Italien erstmals die in

2 Statt programmierter Wirtschafts- und Strukturpolitik scheint der Staat auch im Hinblick auf die Bewältigung der Pandemiefolgen den Bedarfen einflussreicher Lobbys zu folgen. «Was dabei herauskommt, hat der Ökonom Jan Schnellenbach süffisant aufgespießt: Bis zu neun Milliarden Euro für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft; fünf Milliarden Euro für das löchrige Mobilfunknetz; fünf Milliarden Euro für künstliche Intelligenz, 2,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Elektromobilität; weitere zwei Milliarden Euro für die Autoindustrie; 1,2 Milliarden Euro für neue Busse und Lkw; eine Milliarde Euro für Airlines, die neue Flugzeuge kaufen (Lufthansa); zwei Milliarden Euro für Bauunternehmen und so weiter. Nur «wer keine Interessenvertretung am Tische hatte», sagt Schnellenbach, «ging leer aus» (ebd.: 39).

3 Ein neuer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierter Forschungsverbund zahlreicher Universitäten und Institute hat sich dem angenommen, siehe Deitelhoff u. a. (2020).

China überschritt. Gerade in der FAZ, jenem medialen Flaggschiff, das die Ich-AG und andere Formen prekärer, kaum existenzsichernder Arbeit als sozial- und arbeitsmarktpolitische Innovationen des 21. Jahrhunderts schlechthin gefeiert hatte.

«Solidarität» im gegenwärtigen Sprachgebrauch ist vor allem ein Krisenbegriff: Zusammenstehen in Notzeiten. «Wenn wir in den Monaten der Pandemie eines gelernt haben, dann das: Niemand bewältigt diese Krise allein. Nur als Wir, nur wenn wir gemeinsam handeln, finden wir den Weg in eine gute Zukunft», heißt es im Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) zum 1. Mai 2021. Doch was konstituiert dieses WIR? «Individuelle Verwundbarkeit» sei das «Grundmodell der Solidarität», erläutert der Soziologe Heinz Bude und fügt hinzu: «Man kann noch so reich, noch so schlau sein: Man kann sich nicht selbst schützen, wenn andere sich nicht auch schützen.» (Zit. n. DGB 2021) Solidarität jenseits von Stand und Klasse, Reich und Arm, oben und unten?

Was bedeutet «Solidarität», wenn in der Krise die gesellschaftliche und arbeitsweltliche Spaltung verstärkt wird? Wenn die Bereiche prekären Lebens und Arbeitens weiter anwachsen? Was bleibt von «Solidarität», sobald die Finanzierung der Krisenlasten auf der Tagesordnung steht? Wenn das Einfordern von «Solidarität» in eine Politik garantierten Reichtums an der Spitze der Wohlstandspyramide und erneuter Abstiegsdynamik am Sockel übergeht? Was bleibt von einem widerständigen, eigensinnigen Solidaritätsbegriff?

Wir zielen mit unseren nachfolgenden Ausführungen auf Engführung. Nicht auf menschenrechtliche, zivilgesellschaftliche «Solidarität». Uns interessieren arbeitsgesellschaftliche Grundlagen des neuzeitlichen Solidaritätsverständnisses (vgl. auch Brinkmann u. a. 2020).⁴ Dabei verlassen wir das Wohlfühlklima der Appelle an das große

4 Die Bedeutung von Arbeitswelt und Betrieb unterliegt historischen Wandlungsprozessen und Branchendifferenzierungen, die aber bis in die Gegenwart ganz im Gegenteil zur These der Abwertung, teilweise eher noch zu einer modifizierten Aufwertung geführt haben. Lutz Raphael bezieht explizit auch die hier unterlegte Entwicklung der Vermarktlichung und indirekten Steuerung der Unternehmensabläufe ein (Raphael 2018: 355 f.). «Ob Management-Ideologie oder enttäuschte Belegschaftserwartungen: In beiden Fällen stoßen wir auf den Betrieb oder das Unternehmen als Bezugspunkt von Zugehörigkeiten und Identifikationen, dessen Bedeutung im Untersuchungszeitraum offenbar deutlich zugenommen hat. [...] Hierin liegt die genuin politische Dimension der betrieblichen Sozialverhältnisse.» (Ebd.: 362) Hinsichtlich der Unternehmen als «Kreuzungspunkt von Solidaritäten» unterscheidet Raphael vier Typen oder (Untersuchungs-)Felder: erstens die «berufsbezogenen Verbindungen und Vergemeinschaftungen» von Facharbeiter*innen, Techniker*innen, Ingenieur*innen; zweitens die Reorganisationsprozesse der Arbeitszusammenhänge im *shop floor* – wir werden das weiter unten als Prägungen von Kollegialität diskutieren; drittens die Zunahme von kleineren und mittleren Betrieben mit überschaubaren Sozialräumen gegenüber der «Großfabrik», verbunden «mit einer weitergehenden Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen und Teilverantwortungen an einzelne Produktionsstätten oder Abteilungen in den Unternehmen» (ebd.: 373); und viertens der «Beziehung zwischen Belegschaft und Konzern oder Unternehmensgruppe, welche analytisch von der zum einzelnen Werk zu trennen ist – die These lautet hier, dass infolge der späten 1970er und der 1990er Jahre a) im Zuge der Europäisierung und Internationalisierung der Unternehmen und b) der Zunahme von Übernahmen und Fusionen nicht der konzernweite Bezug, sondern die lokale Solidarität an Bedeutung gewonnen hat.» (Ebd.) Dörre folgend kommt Raphael zu dem Ergebnis: «Der Industriebetrieb als Stabilitätsanker und als Gegenwelt zu den Distanz- und Ohnmachtserfahrungen in Gesellschaft und Politik gehört jedenfalls zu den vielleicht überraschendsten Befunden dieser Untersuchung.» (Ebd.: 418) Wir haben uns in «Krise ohne Konflikt?» (Detje u. a. 2011) kritisch mit der These des Betriebs als Stabilitätsressource auseinandergesetzt.

WIR. Unternehmen sind Orte des sozialen Antagonismus, der interessenpolitischen Antagonismen – trotz Beschwörung von «Betriebsfamilie», «Sozialpartnerschaft» und korporatistischer Kooperation. Mit der Frage nach den arbeitgesellschaftlichen Ressourcen erweitern wir im zeitgenössischen Kontext aber auch die Analyse, indem wir frühere Konzepte von «Arbeitersolidarität» maßgeblich in industriellen Produktionsprozessen hinter uns lassen und den Industrie und Dienstleistungen übergreifenden Entwicklungsprozessen folgen, die – wie eingangs betont – in der Corona-Krise wiederum eine besondere Prägung erhalten haben. Doch bevor wir uns genauer damit beschäftigen, was «Solidarität» ist und wie sie unter welchen sozialen Voraussetzungen entsteht, müssen wir noch eine zeitdiagnostische Schleife fahren und das Blickfeld von Krise auf Transformation erweitern. Die Prämisse, die dem zugrunde liegt, lautet: In Post-Corona-Zeiten werden die Transformationsprozesse der Arbeitswelt die prägenden Entwicklungsdimensionen sein. Schauen wir also näher hin: Transformation, was ist damit gemeint?

2 Transformation im Krisenprozess – Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Entwicklungsdynamiken

«Transformation» ist in kurzer Zeit zu einem Allerweltswort für tiefgreifende globale Umbrüche geworden. Eine Bezeichnung, die zugleich sperrig und unbestimmt ist. Doch liegt wohl gerade darin der Vorteil, gilt es doch, die Gleichzeitigkeit höchst unterschiedlicher Entwicklungsdynamiken einzufangen.

In Zeiten eines die Reproduktion von Natur und Gesellschaft bedrohenden Klimawandels ist die *Dekarbonisierung* der gesellschaftlichen Produktion sowie des Konsums eine umkämpfte, aber nicht mehr länger zu ignorierende Notwendigkeit. Das musste schließlich auch die Automobilindustrie zur Kenntnis nehmen.⁵ Das betrifft hochkompetitive, auf globale Märkte ausgerichtete Original Equipment Manufacturer (OEMs) mit einem feinteilig austarierten Netzwerk von Zulieferindustrien mit zusammen über 1,4 Millionen Beschäftigten. Deren Transformation erschöpft sich nicht im E-Antrieb und dem Aufbau der dafür erforderlichen (Lade-)Infrastruktur, gespeist aus erneuerbaren Energien, zumal der ökologische Fußabdruck beispielsweise der Batterieproduktion kritische Fragen hinsichtlich der Nachhaltigkeit aufwirft. Soll Mobilität tatsächlich Nachhaltigkeitserfordernissen entsprechen, bedarf es neuer Verkehrskonzepte, die den Umstieg vom individuell genutzten Pkw zu kollektiven Verkehrsträgern begünstigen. Es geht also nicht um einzelne Produkte, auch nicht nur um wenige Branchen, sondern um den Übergang in eine neue Art von Produktion, Dienstleistungen und Konsumtion.

5 Nachdem mit China der expansivste Absatzmarkt und mit Volkswagen neben Toyota der weltweit größte Automobilkonzern der Elektromobilität den Vorzug gegeben haben, sind auch andere Produzenten dieser Pfadvorgabe gefolgt. Anders scheinen gegenwärtig die Zielsetzungen für einen sinkenden CO₂-Ausstoß nicht einzuhalten zu sein. Das heißt aber nicht, dass nicht weiter an alternativen Antrieben wie zum Beispiel dem Wasserstoffantrieb geforscht und gearbeitet wird. Daimler und BMW haben sich eine Zwei-Wege-Strategie offengehalten.

Geradezu als «revolutionär» wurde die neue Stufe der *Digitalisierung* angekündigt: Industrie 4.0.⁶ Bezeichnung und Einordnung sind allerdings irreführend. Es sind nicht technologische Basisinnovationen und technische Systeme allein, die den Entwicklungsgang vorgeben. Maßgeblich sind vielmehr die Konfigurationen des renditegesteuerten Unternehmens, die Produktions- und Arbeitsorganisation, die Machtressourcen der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen und nicht zuletzt Regulierungsvorgaben. Kurzum: Wo meist mit technischen Sachzwängen argumentiert wird, ist in erheblichem Umfang (Industrie-, Unternehmens- und Arbeits-) Politik im Spiel. Rationalisierungs- und Automatisierungsfortschritte verändern Produktionsabläufe, Arbeitsorganisation und Qualifikationsanforderungen. Es ist vor allem die Verschränkung von marktorientierter Reorganisation und digitaler Vernetzung, die Rationalisierung verspricht. Durch zunehmende Datentransparenz können Erfolgsgrößen und Marktkennziffern in die laufenden Arbeitsprozesse integriert und über Echtzeitdaten dezentrale Einheiten gesteuert werden. Damit gehen enorm erweiterte Möglichkeiten der Kontrolle der Arbeit und davon ausgehend auch ihrer Verdichtung und Intensivierung einher.⁷ Sabine Pfeiffer (2015) spricht in diesem Zusammenhang von einem «digitalen Despotismus». Dabei finden die größten Veränderungsdynamiken möglicherweise gar nicht auf dem *shop floor* der industriellen Produktion, sondern in zwei andere Richtungen statt: zum einen durch Auflösung des unmittelbar kollektiven Charakters der Arbeit im Rahmen von digital vernetzten Plattformen mit teilweiser «Entbetrieblichung» und «Entkollektivierung» als Folgen, zum anderen durch Automatisierung und Rationalisierung indirekter Bereiche wie des Rechnungswesens, der Administration sowie der Neueinbettung von Forschung und Entwicklung.

Klaus Abel, zuständig für das Projekt «IG Metall vom Betrieb aus denken», prognostiziert: «Wir haben lange die Verwaltungsebenen nicht in den Blick genommen. Aber der Einsatz künstlicher Intelligenz wird die Arbeitswelt in den Büros massiv verändern. Routinearbeiten werden wegfallen, weil sie der Kollege Computer besser kann.» (Zit. n. Höhn 2025: 5) Nadine Müller vom ver.di-Arbeitsbereich Innovation und Gute Arbeit ergänzt: «Auch in der öffentlichen Verwaltung wird es in den kommenden Jahren wohl zu einem erheblichen Rationalisierungsschub kommen. Vieles, was heute noch persönlich im Amt erledigt werden muss, wird digital zu machen sein.» (Ebd.)

Der Strukturwandel in den Unternehmen und im wirtschaftlichen Gesamtprozess – die «Teilung der Arbeit im Atelier» und die Teilung der Arbeit innerhalb der

6 Die Chiffre steht nach (1) Mechanisierung und Dampfantrieb, (2) Fließband und Massenproduktion, (3) Automatisierung, Elektronik und Computern nun (4) für die digitale Vernetzung von Mensch und Maschine (cyberphysikalische Systeme) mit digitalen Assistenzsystemen (Datenbrille usw.) und die Vernetzung der Maschinen untereinander («Internet der Dinge»).

7 «Den Ergebnissen des DGB-Index Gute Arbeit von 2016 zufolge nimmt fast die Hälfte der befragten Erwerbstätigen (46 %) eine Zunahme von Überwachung bei der Arbeit aufgrund der Digitalisierung wahr» (Schwemmler 2018: 56).

Gesellschaft – verändern sich gleichermaßen. Man könnte meinen: eine gleich doppelte Transformation.

Dekarbonisierung und Digitalisierung vollziehen sich im Kontext einer *Neuausrichtung transnationaler Wertschöpfungsketten*. Über vier Jahrzehnte lang galt Globalisierung als Nonplusultra marktgesteuerter Liberalisierung. Das Ergebnis ist jedoch nicht die Zementierung eines Weltmarkts, in dem die USA als ökonomisches Führungszentrum ihre Position noch ausbauen können. Vielmehr entwickelte sich China zu einer konkurrierenden Macht, die Einfluss- und Kräfteverhältnisse verändert. Damit ist eine neue «Spielordnung» entstanden.

Diese Entwicklungsprozesse finden nicht isoliert voneinander statt, sondern durchdringen sich. Zudem verlaufen sie über Wirtschaftszweige und Branchen, erfassen die Industrie und die heterogene Landschaft des Dienstleistungssektors. Transformation bezeichnet die Gleichzeitigkeit und Parallelität von Dekarbonisierung, Digitalisierung und Dekomposition des Weltmarkts, die den gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess erschüttern, Pfad- und Richtungswechsel erzwingen.

3 Rückkehr des Staates in Zeiten einer «Krise der Demokratie»

Annähernd vier Jahrzehnte lang galt Marktsteuerung unter den ökonomischen und politischen Eliten als Garant für wirtschaftliche Effektivität, rigides Kostenmanagement, Flexibilität und Renditesteigerung. «Starving the beast» hatte US-Präsident Ronald Reagan dem (Wohlfahrts-)Staat zu Beginn der neoliberalen Epoche entgegengerufen. An deren Ende findet nun eine Neukonfiguration des Verhältnisses von Ökonomie und Politik statt.⁸

In der Corona-Krise wurde der starke Sozial- und Steuerstaat, nicht der «schlanke Staat» der neoliberalen Ära zum *game changer*. Mit öffentlichen Ausgabenprogrammen, die sich auf Billionen summieren, wird seit der Ausbreitung der Pandemie versucht, die Weltmärkte wieder flottzumachen, Arbeitsmärkte und soziale Reproduktionskreisläufe zu stabilisieren. Nicht ohne Erfolg: Berechnungen der International Labour Organization (ILO) zufolge wären die wöchentlichen Arbeitsstunden ohne staatliche Stützungsprogramme um bis zu 28 heruntergefahren worden. Massenarbeitslosigkeit hätte eine soziale Katastrophe nicht nur in den verwundbarsten Staaten Lateinamerikas, Asiens und Afrikas, sondern auch unter der arbeitenden Bevölkerung in den kapitalistischen Metropolen zur Folge gehabt. Eindringlich warnt die ILO davor, frühzeitig wieder in die Austeritätspolitik zurückzufallen.

8 Wer dabei auch an den dynamischen Aufstieg der AfD, den davon nicht verursachten, aber beschleunigten Zerfall des traditionellen Parteiensystems und die sukzessive Verschiebung der politischen Agenda nach rechts (-außen) denkt, liegt nicht falsch. Wir haben in unserer Untersuchung über «Gewerkschaften und Rechtspopulismus» begründet, dass arbeitsweltliche Transformation ein weiterer «Nährboden des Rechtspopulismus» ist. Vgl. Sauer u. a. 2018 sowie das Schwerpunktheft 3/2019 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI).

Der Kriseneinbruch 2020 hat gezeigt, dass seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 politische Lernprozesse stattgefunden haben. Der Staat hat in einer gleichsam als Notfall wahrgenommenen Ausnahmesituation reagiert und durch die umgehende Freigabe öffentlicher Stützungsprogramme dramatischere Einbrüche verhindert. Die «schwarze Null» als Symbol vermeintlich alternativloser Austeritätspolitik wurde kassiert. Darüber hinausgehende Lernprozesse – gerade im Hinblick auf die Verknüpfung von Stabilisierungs- und zukunftsorientierter Industrie- und Strukturpolitik – sind bislang jedoch nicht zu erkennen.

Die neue Rolle des Staates wird bei den politischen Interventionen, mit denen versucht wird, dem drohenden Klimawandel zu begegnen, zu überprüfen sein. Im Pariser Klimaprotokoll haben sich die unterzeichneten Staaten verpflichtet, die maximal zulässige Erderwärmung gegenüber vorindustrieller Zeit auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Das Ende des Zeitalters fossilen Wirtschaftens ist eingeleitet. In Deutschland sollen bis spätestens 2038 die letzten Kohlekraftwerke vom Netz gehen, bis 2050 soll die Wirtschaftsbilanz CO₂-neutral sein. Das ist spät terminiert. Damit wird das 1,5-Grad-Ziel voraussichtlich verfehlt, was heißt, dass irreversible Zerstörungen von natürlichen und sozialen Lebensprozessen drohen. Jetzt werden Unternehmen mit weitreichenden politischen Zielsetzungen und Normen konfrontiert, die einen Umbau ihrer Produkt- und Marktstrategien erzwingen sollen. Und das auch in jenen Branchen – wie zum Beispiel der Automobilindustrie –, die bislang ihre Unternehmenspolitik fast ausschließlich an den Nachfrage- und Konkurrenzbedingungen der Märkte ausgerichtet haben. Damit sind heftige Ressourcen-, Verteilungs- und Machtkonflikte in den kommenden Jahrzehnten absehbar. Das heißt: Nicht Markt allein, sondern Politik steht auf der Tagesordnung.

Für die Umwälzungen auf den Weltmärkten gilt das nicht minder. Nationalismus und Protektionismus sind keine gewinnbringenden Strategievarianten global ausgerichteter Unternehmen. Ihre eng aufeinander abgestimmten Wertschöpfungsketten werden erheblich gestört und müssen neu justiert werden. Nach vier Jahrzehnten marktgetriebener Globalisierung ist die Welt aus den Fugen geraten. Um die Vorherrschaft auf den Weltmärkten finden Kämpfe statt, auch um hegemoniale Herrschaft zweiter Ordnung in den USA, Europa, Südostasien und Afrika. Auch hier: *politics are back*.

Den Markt der Digitalisierung beherrschen die «Frightful Five» (Amazon, Apple, Facebook, Google/Alphabet und Microsoft). Vonseiten der USA ist das politisch gewollt. Auch wenn die politischen Versuche in der Europäischen Union (EU), zumindest eine Mindeststeuer zu erheben, den ökonomischen Verwertungsinteressen der Digital- und KI-Konzerne weit hinterherhinken, scheint man in der EU-Kommission doch zumindest darauf hinzuwirken, die überwältigende Marktmacht von Google, Facebook und Amazon zu begrenzen. Mit ihrem Digitalpaket – dem Digital Market Act (DMA) und dem Digital Service Act (DSA) – sollen zumindest die Transparenz bei kleineren Unternehmensübernahmen und bei der Datennutzung (DMA) sowie der Verbraucherschutz beispielsweise bei Hass- und Falschnachrichten ausgeweitet

werden; ferner sollen Algorithmen auf Verlangen der zuständigen Behörden offengelegt werden müssen. *Politics matters* auch in der digitalen Transformation.

Eingefleischte Vertreter*innen der Marktorthodoxie mag all das erschüttern. Dabei war bereits die Durchsetzung der «Herrschaft des Marktes» nicht zuletzt auch politischer Herrschaftswille – von (in der Terminologie Bourdieus) der linken, wohlfahrtsstaatlichen Hand des Staates zur rechten, deregulierenden, sicherheitspolitischen Hand.

Eine «Rückkehr der Politik» sagt aber noch wenig bis nichts darüber aus, wohin das politische Pendel schwingt. In der historischen Perspektive schwankte es zum einen in das «Zeitalter der Katastrophen» (Hobsbawm 1995): Nur sieben Jahre nach den Turiner Fabrikräten vollendeten die italienischen Faschisten 1925 ihre Diktatur; in Deutschland waren die Nationalsozialisten acht Jahre später in der Lage, mit der demokratischen zugleich eine auf Zivilisation basierende gesellschaftliche und politische Ordnung gänzlich außer Kraft zu setzen. Transformation kann aber auch in eine andere Richtung ausschlagen. In den USA setzte sich in der Great Depression die Politik eines New Deal durch, die Wirtschaftssteuerung, sozialen und politischen Progress sowie arbeits- und arbeitsmarktpolitische Reformen brachte (vgl. Lehndorff 2020); auch der skandinavische Wohlfahrtsstaat gehört in diese historische Fortschrittslinie. Neben Demokratiezertrümmerung war Demokratieerweiterung die historische Antwort. Der Korporatismus der Nachkriegszeit wird jedoch nicht einfach wiederzubeleben sein. Daraus erwachsen heute keine neuen Solidaritätsressourcen mehr. Für Solidarität im 21. Jahrhundert bedarf es neuer Rahmensetzungen.

Wohin schlägt das Pendel in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts aus?

«Krise der Demokratie» lautet die vielleicht dominante Zeitdiagnose (vgl. Decker u. a. 2019). Die stärkere Rolle der Transformation findet in einem «postdemokratischen» Raum statt (Crouch). Wahlen, Parlament und Gewaltenteilung entsprechen weiterhin formellen demokratischen Regularien, doch die Institutionen sind entkernt. Eine auf Druck von Teilen der Zivilgesellschaft in Stellung gebrachte politische Interventionsmacht mag punktuelle Erfolge erzielen, droht letztlich jedoch immer wieder ins Leere zu laufen und an einem nicht mehr steuerungs-fähigen politischen System zu stranden. Es gelingt, gesellschaftliche Machtressourcen zu mobilisieren, aber ein Mehr an Demokratie im institutionellen Feld der Politik ist damit nicht verbunden. Zivilgesellschaft und politisches System befinden sich in einem labilen Machtsystem: «Von unten» erfolgt kein Durchbruch, während Politik «von oben» seit Längerem Gefahr läuft, entlegitimiert zu sein. Ein *Circulus vitiosus*?

Eine zweite Krisendiagnose lautet: Die basalen Ressourcen von Demokratie sind stark angefressen. Zu diesen gehört der kollektive, gemeinschaftliche Einsatz für Fortschritt im Interesse der vielen. Demokratie, soziale Demokratie allemal, zerfällt, wenn das entsprechende Kollektivsubjekt nicht mehr auf die Bühne tritt. Exakt das hat pointiert Heribert Prantl (2019) ausgesprochen: «Solidarität ist Geschichte.» Die (alte) Arbeiterbewegung, die Ende des Ersten Weltkriegs Demokratie erkämpft und nach dem Zweiten Weltkrieg für «Neuordnung» gestritten hatte, gebe es nicht mehr.

Letztlich entscheidend dafür sei, dass die Machtressource «Solidarität» kaum noch zur Verfügung stehe – als Folge von sozialer Spaltung, Fragmentierung der Belegschaften, Deregulierung und Prekarisierung der Arbeitswelten. Und dort, wo soziale Kollektive noch in Erscheinung treten, drohe – so Prantl –, die einst rote Farbe AfD-blau überstrichen zu werden.

Beide Einwände benennen reale Problemdimensionen, doch die Realität ist widersprüchlicher. In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. konnte politische Handlungsfähigkeit – wie nicht wenige meinen: kurz vor der Systemschmelze – in kurzer Zeit mobilisiert werden. Und es gibt Befunde revitalisierter Solidarität. Dazu zählen Streiks im Dienstleistungssektor zur Aufwertung erzieherischer oder pflegerischer Arbeit ebenso wie die Wiederaufnahme der Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung und – grenzüberschreitend – gemeinsame Aktionen von Belegschaften transnationaler Unternehmen (Amazon, Ryanair etc.). Solidarität scheint nicht einfach zu versiegen, sondern auch in neuen Akteursgruppen neu zu entstehen. Auch in der Corona-Krise haben Beschäftigte nicht nur Erfahrungen mit einem krisengeprägten Kommandosystem gemacht, sondern auch eine neue Wertschätzung der Kooperation der Beschäftigten untereinander und über Hierarchien hinweg erfahren. In einer Ausnahmesituation werden kollegialer Zusammenhalt und gemeinsame Sinnstiftung erlebt, Arbeit wird als solidarischer Zusammenhang erfahren.

Wenn Solidarität eine grundlegende Voraussetzung von (sozialer) Demokratie ist, fällt noch etwas anderes auf: dass den Entstehungsbedingungen von Demokratie nahezu durchweg keine Beachtung geschenkt wird. Demokratiediskurse bewegen sich überwiegend in den institutionellen Grenzen des politischen Feldes und in der Zivilgesellschaft. Die Arbeitswelt hingegen scheint demokratischen Überlegungen weitgehend entrückt zu sein. Aber ohne Arbeitswelt und daraus erwachsende Solidarität ist Demokratie letztlich eine Luftnummer. Das gilt in Zeiten einer Transformation der ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse umso mehr.

4 Solidarität in der Arbeitswelt – Versuch einer begrifflichen Klärung

Doch was ist gemeint, wenn von «Solidarität» die Rede ist? Was ist der soziale Gehalt dieses Begriffs, der meist als wertorientierter Bezugsrahmen daherkommt? Es geht uns um Engführung, darum, ob damit (Handlungs-)Ressourcen bezeichnet werden, mit denen Einfluss auf Richtung und Gehalt der eingangs benannten Transformationsprozesse genommen werden kann, oder ob diese Ressourcen im 21. Jahrhundert nicht mehr mobilisierbar sind, (a) nach einer 40-jährigen Geschichte entfesselter, markt- und politikgesteuerter Konkurrenz, (b) nach einer ebenso langen Geschichte «nach dem Boom» (Raphael), das heißt der Erosion des fordistischen, von tayloristischer Arbeitsteilung und Massenproduktion geprägten Kapitalismus, und (c) angesichts der neuen Herausforderungen einer die soziale Fragmentierung möglicherweise auf die Spitze treibenden digitalen Wirtschaft.

Was sind Hauptelemente einer begrifflichen Klärung?

4.1 Die Grundlage: die kooperative Struktur des Arbeits- und Verwertungsprozesses

Die materiell-soziale Basis für Solidarität liegt in der *kooperativen Struktur des Arbeitsprozesses*, die die einzelnen Arbeiter*innen aufeinander bezieht und miteinander verbindet.

«Die Form der Arbeit vieler, die in demselben Produktionsprozess oder in verschiedenen zusammenhängenden Produktionsprozessen planmäßig neben- und miteinander arbeiten, heißt Kooperation.» (MEW 23: 344)

Der historische Ort für diese Aufhebung der Vereinzelung und ihre Zusammenführung ist der Betrieb. Es ist also zunächst eine funktionelle Gemeinsamkeit, die unter der Regie des Einzelkapitals hergestellt wird, eine eigene Quelle der Wertschöpfung («Schöpfung einer Produktivkraft») darstellt und dessen Profitabilität erhöht. In der Entwicklung des Kapitalismus stellt die Kooperation der vielen einen dreifachen Qualitätssprung dar:

Erstens geht die kollektive Nutzung der Produktions- und Arbeitsmittel mit einer Verwohlfeilerung derselben und der mit ihnen produzierten Waren einher:

«Diese Ökonomie in der Anwendung der Produktionsmittel entspringt nur aus ihrem gemeinsamen Konsum im Arbeitsprozess vieler. Und sie erhalten diesen Charakter als Bedingungen gesellschaftlicher Arbeit oder gesellschaftlicher Bedingungen der Arbeit im Unterschied von den zersplitterten und relativ kostspieligen Produktionsmitteln vereinzelter selbstständiger Arbeit oder Kleinmeister, selbst wenn die vielen nur räumlich, nicht miteinander arbeiten.» (Ebd.)

Es stellt sich die Frage, ob durch die durch Digitalisierung weiter voranschreitende Trennung gemeinsamer Raum- (Betrieb) und Zeiterfahrung eine neue Realität geschaffen wird.

Zweitens verändert Kooperation die Arbeitsverausgabung selbst, hebt sie auf eine neue Stufenleiter, indem

«bei den meisten produktiven Arbeiten der bloße gesellschaftliche Kontakt einen Wettetfer und eine eigne Erregung der Lebensgeister (*animal spirits*) [erzeugt], welche die individuelle Leistungsfähigkeit der Einzelnen erhöht» (ebd: 345).

Hier haben wir in nuce das, was als arbeitsinhaltliches Interesse beschrieben werden kann, ein subjektiver Antrieb, «gut» und «effizient/effektiv» zu arbeiten, Arbeit und Leistung als Einheit zu betrachten.

Drittens: Kooperation realisiert sich in einem System der Direktion und Teilung der Arbeit. Durch beides wird sie zugleich «aufgehoben». Der Produktionsprozess ist kooperativ, aber im Sinn der Kooperation diverser, separierter, teilweise isolierter

Teilarbeiten. Kooperation ist also nicht das gleichartige Nebeneinanderarbeiten, nicht Arbeit der gleichen, sondern Kooperation verschiedener Teilarbeiten. Und: Kooperation schließt Herrschaft ein – wobei funktionale Herrschaft von der Optimierung des Verwertungsprozesses nicht zu trennen ist.

Wenn wir weiter unten agile Arbeit als weiterentwickelte, «radikalisierte» Form indirekter Steuerung bestimmen (siehe Kapitel 7), bleibt dieser Herrschaftsbezug erhalten. Die These an dieser Stelle lautet: Kooperation ist die materiell-soziale Basis von Solidarität. Die Gültigkeit dieses Bezugsrahmens in einer digitalen Arbeitswelt, die von dezentralen Arbeitsformen und individualisierten Crowd-Arbeiten gekennzeichnet ist, ist zu prüfen.

Damit sind wir aber noch nicht bei «Solidarität» angekommen. Es gibt einen Zwischenschritt.

4.2 Zwischenschritt: Kollegialität

Solidarität kann nicht einfach mit Kooperation kurzgeschlossen werden. Was mit den «Lebensgeistern» bereits angesprochen wurde: Der bzw. die Lohnarbeiter*in tritt nicht nur als funktionaler Teil des Kapitals, sondern als (Kollektiv-)Subjekt in den kapitalistischen Arbeitsprozess. Die sozialen Beziehungen auf der Basis objektiver Kooperationsstrukturen kann man als Kollegialität bezeichnen. Kollegialität bezieht sich zunächst auf den funktionalen Zusammenhang des Arbeitsprozesses. Nicht jede Zusammenarbeit hat kollegialen Charakter, insofern stellt Kollegialität eine eigene, über den funktionalen Bezug hinausgehende Qualität dar.

Betriebe würden ohne Kollegialität, ohne die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung in der Arbeit nicht funktionieren. Kollegialität in diesem Sinn ist eine unsichtbare Ressource, die ein gemeinsames Interesse an Kooperation konstituiert. Gegenseitige Unterstützung ist eine Verpflichtung, die aus der kooperativen Struktur des Arbeitsprozesses resultiert – auch jenseits jeder ethischen oder moralischen Orientierung –, und sie ist zugleich Ausdruck des sozialen Miteinanders unter den Kolleg*innen. Kollegialität hat also sowohl eine instrumentelle, auf den Arbeitsprozess bezogene Basis als auch eine auf wechselseitige Unterstützung und Anerkennung ausgerichtete soziale Orientierung. Nach Kock und Kutzner ist

«die Grundlage kollegialer Beziehungen das Bemühen, die Arbeitsaufgaben als gemeinsame zu definieren und *Einvernehmen* darüber zu erzielen, was als Ziel der Zusammenarbeit gelten soll. Zusammenarbeit als soziale Beziehung erfordert ein gewisses *Verständnis* der Personen füreinander, das spontan entstehen kann, aber in der Regel bewusst von den Beteiligten hergestellt und geformt wird. Eine dritte Praktik zur Herstellung kollegialer Beziehungen besteht darin, dass die Arbeitenden an den Schnittstellen ihrer jeweiligen Tätigkeiten einander *entgegenkommen*. Schließlich entwickeln die Beschäftigten Praktiken gegenseitiger *Hilfe und Unterstützung*.» (Kock/Kutzner 2018: 464; Herv. im Original)

Kollegialität ist folglich nicht allein die subjektive Übersetzung der Anforderungen arbeitsprozesslicher Kooperation – sie ist voraussetzungsvoller. Sie erfordert einen gewissen Grad an Transparenz, Zeitressourcen, die Akzeptanz von Unterschieden und die Bereitschaft gegenseitiger Unterstützung (ebd.: 465).

Entsprechend bestimmt Hürtgen (2013) «verantwortungsvolle Zusammenarbeit» und Anerkennung des «Mensch-Seins» unter Kolleg*innen als die zwei Dimensionen von Kollegialität. Was «verantwortungsvolle Zusammenarbeit» ist, wird mit vom betrieblichen Leistungsregime definiert.

«Anerkennungstheoretisch formuliert geht es um die doppelte Anerkennung im Kolleg*innenkreis: als Leistungskraft und als Person. Arbeitsbegrifflich betrachtet insistieren die Gesprächspartner/innen damit auf den Zusammenhang zwischen dem subjektiv-menschlichen Charakter der Arbeit und ihrer sozial-konkreten Form als Erfüllung von Norm und Leistung. Kollegialität bedeutet, diesen Zusammenhang gut auszubalancieren und zu gestalten.» (Ebd.: 259)

Kollegialität ist also nicht nur die subjektive Übersetzung von Kooperation, die jenseits der Verschiedenheit der Arbeitsvorgänge ein gemeinsames Verständnis der Arbeitenden untereinander zum Ausdruck bringt, sondern sie ist zugleich zielgerichtet, indem Kooperation und Arbeitssteilung an Rationalitäts- und Effizienzkriterien gemessen werden. Kollegialität ist eingebettet in eine Arbeitswelt, die als ein leistungsorientiertes, meritokratisches System verstanden wird. Das macht Ausbalancierungsprozesse zu einem sehr komplexen und auch widersprüchlichen Vorgang. Komplex, weil «Leistungserfüllung» nicht einem einfachen Input-Output-Modell folgt, sondern selbst ein sozialer Vorgang ist, der vonseiten der Arbeitenden durch Gerechtigkeitsansprüche, vor allem «Fürsorge» und «Würde», gebrochen wird. Man unterstützt Kolleg*innen auch dann, wenn sie aufgrund besonderer Belastungen nicht zu den Normalperformer*innen zählen, sofern sie sich entsprechend anstrengen und nicht auf Kosten anderer «eine ruhige Kugel schieben». Im Folgenden ein Auszug aus einem Interview:

«Ich finde es halt viel schlimmer, wenn ich weiß, ich habe einen Kollegen, der kann, aber er will nicht. Setzt sich hin: «Ach nee, das interessiert mich jetzt gerade nicht, was die anderen tun», verlangt aber dann von uns, wenn er krank ist, dass wir seine Arbeit mit übernehmen. Also das sind dann so Sachen, nein, das geht nicht. Aber bei einem Kollegen, der jetzt schon älter ist und zum Beispiel auch vielleicht nicht so [...], dem greift man halt unter die Arme und versucht, das ihm so gut wie möglich zu zeigen.» (Zit. n. Kratzer 2015: 67 f.)

Was «Leistung» letztlich heißt, ist – selbstverständlich neben den prioritären Vorgaben des Unternehmens – nicht zuletzt auch Ausdruck des Verständnisses und Verhaltens der abhängig Beschäftigten untereinander. Kollegialität ist insofern ein durchaus ei-

gensinniges, eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen folgendes soziales Verhältnis – nicht nur untereinander, sondern auch gegenüber den im Unternehmen gesetzten Leistungs- und Normanforderungen. Was davon als «gerecht» und «legitim» anerkannt wird, fließt in das Verständnis darüber ein, wer zu dem Kreis der Kolleg*innen gehört. «Ausbalancierung» beinhaltet beides: Inklusion und Exklusion.

Für Richard Sennett (2019: 202 ff.) ist Kooperation als «soziales Dreieck» von vornherein in diesem erweiterten Kollegialität einschließenden Verständnis gemeint. Dessen Seiten bestehen aus «verdienter Autorität» gegenüber von den Beschäftigten anerkannten Vorgesetzten, «wechselseitigem Respekt» und «Vertrauen» der Kolleg*innen untereinander sowie aus verstärkter «Kooperation während einer Krise», wenn sich die Kolleg*innen wechselseitig im Krisenüberwindungsprozess unterstützend beistehen. Doch dieses Dreieck erodiert durch zunehmende Isolation in der Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts, indem E-Mail-Kommunikation an die Stelle der Face-to-Face-Kooperation tritt, wachsende Arbeitsbelastungen (wenn jede*r darauf fokussiert ist, sein bzw. ihr Pensum zu schaffen) und permanente Reorganisationsprozesse auf Kosten von Kommunikationszeiten gehen («Natürlich arbeiten wir in Teams», bemerkte ein Computertechniker prägnant, «aber die Dinge verändern sich ständig und wir verlieren immer wieder den Fokus», ebd.: 225) und die Arbeitsverhältnisse diskontinuierlicher, befristet und kurzzeitiger werden. Das Dreieck droht zu zerfallen.

4.3 Gemeinsamer und antagonistischer Interessenbezug: Solidarität

Aus Sennetts Sicht ist es zentral, Kooperation und darauf aufbauende soziale Beziehungen auszubauen. Kooperation hält er zur Überbrückung von sozialer Isolation für die zentrale inklusive, Zusammenhalt und Gemeinschaft stiftende Ressource. Die Arbeiterbewegung des vergangenen Jahrhunderts sei hingegen einem fatalen Irrtum aufgesessen:

«Das 20. Jahrhundert pervertierte die Kooperation im Namen der Solidarität. Und nicht nur tyrannische Regime drängten auf Einheit. Schon der Wunsch nach Solidarität lädt dazu ein, die Menschen zu beherrschen und von oben zu manipulieren.» (Ebd.: 372)

Solidarität als autoritäres und doktrinäres Einheitspostulat, als Formel für das Zwängen der vielen unter einen konformistischen Pensée unique? In der Arbeiterbewegung hat es an Interessenvertretungs- und Politikmodellen nicht gefehlt, die «Aktionseinheit» von oben nach unten gedacht und durchdekliniert haben und damit gescheitert sind. Doch Sennetts Solidaritätsvorbehalt ist nicht nur Rückschau, sondern mehr noch auf die Gegenwarts- und Zukunftsentwicklung gerichtet:

«Die Sehnsucht nach einer Solidarität, die inmitten ökonomischer Unsicherheit ein Gefühl der Sicherheit vermitteln könnte, führt heute zu einer radikalen Simplifizierung des sozialen Lebens: Abgrenzung gegen andere Gruppen, verbunden mit dem Gefühl, allein zu stehen und ganz auf sich selbst angewiesen zu sein.» (Ebd.: 374)

Solidarität mutiere damit zu einem Exklusionskonzept: solidarisch gegen «die anderen». In dem Maße, wie der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts durch die Zersetzung des «sozialen Dreiecks» soziale Beziehungen zerstöre, Kooperation auflöse und kollektiver Unterstützung den Boden entziehe, werde Solidarität zu einer abgrenzenden, destruktiven Realität. Solidarität und Ausgrenzung bilden in dieser Konstruktion ein Paar, scheinen nicht zu trennen zu sein. Damit zersetze sich Solidarität letztlich selbst als eine kollektive, von vielen unterstützte Machtressource. Solidarität, die in diesem Sinne als exkludierende Gruppenbildung verstanden wird, hebt sich selbst auf.

Doch Sennett macht einen doppelten Fehler: Jene «Kooperation», die nicht an den Spaltungsprozessen der Arbeitswelt zerbricht, idealisiert er: als «Werkstatterfahrung», als «Alltagsdiplomatie» und als «Nachbarschaftsgemeinschaft». Der heutigen Arbeitswelt (und einer sozial wie kulturell differenzierten Zivilgesellschaft) wird das nicht ansatzweise gerecht. «Solidarität» hingegen ist bei Sennett entleert von interessengeleitetem Handeln in einer antagonistischen Gesellschaft. Es ist jedoch der Interessenbezug, der den Kern arbeitsweltlicher Solidarität in einer kapitalistischen Gesellschaft ausmacht.

Die basalen Interessen an lohnabhängiger Arbeit ergeben sich aus dem Verkauf und den Nutzungsbedingungen der Ware Arbeitskraft: Kontinuität des Beschäftigungsverhältnisses auf Reproduktionsniveaus, die der Qualifikation und den Arbeitsanforderungen sowie den Niveaus der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums entsprechen; humane Arbeitsbedingungen, Sicherung der Gesundheit, des Wissens und Könnens im Arbeitsprozess, der Möglichkeiten beruflichen Aufstiegs. Darin zeigt sich, dass basale Interessen nicht starr, sondern dynamisch sind, indem sie (der Wert der Ware Arbeitskraft) zivilisatorische Entwicklung transportieren: das Interesse an der Höherentwicklung des Arbeitsvermögens, an stofflich gelingender guter Arbeit, auch das intrinsische Interesse an Kooperation, das Interesse, nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der Entwicklung der Arbeitsgesellschaft zu sein, also Arbeit als partizipativ, mitbestimmt und veränderbar zu verstehen.

Was Solidarität von Kollegialität unterscheidet, ist der übergreifende, Lohnabhängigkeit über den unmittelbaren Arbeitsbereich hinaus in Augenschein nehmende Interessenbezug.⁹ Solidarität, so könnte mit Lessenich gesagt werden, ist nicht «eine Praxis der Verbindung unter Gleichen, sondern die Überbrückung von Differenzen» (Lessenich 2019: 100). Hinzu kommt: Die Interessen der Verkäufer und der Käufer der Ware Arbeitskraft sind nicht identisch, sondern in ihrer Grundbestimmung gegensätzlich. Solidarität bedeutet die Identifizierung *gemeinsamer Interessen* und ist

9 Als Besitzer*in der Ware Arbeitskraft hat der bzw. die abhängig Beschäftigte ein *Interesse an deren Reproduktion*. Das ist zunächst ein individuelles Interesse, dem jedoch Kräfte einer *Verallgemeinerung* unterliegen: Zum einen sind dies die konkreten Beziehungen im Arbeitsprozess durch dessen kooperativen Charakter und zum anderen die Gefährdungen ihrer Ware, ihres Arbeitsvermögens durch gemeinsam erfahrene Vernutzung im Arbeitsprozess (z. B. der Gesundheit). Hintergrund ist die strukturelle Machtasymmetrie, die den individuellen Verkauf und die Erhaltung der Arbeitskraft systematisch gefährdet.

zugleich *Solidarität gegen* zuwiderlaufende Interessen. Insofern steckt in Solidarität ein Inklusions- und Exklusionsverständnis. Doch die Exklusion ist eine andere als jene, die Sennett abstrakt in Gruppenbildungsprozessen und politischen oder auch kulturellen Herrschaftsformen verortet; im arbeitsweltlichen Kontext ist Lohnabhängigensolidarität exklusiv gegenüber dem Kapital.

Doch diese Grundbestimmung funktioniert nicht wie ein elektronisches Navigationsgerät. Marx kommt am Ende des «Kapital» zusammenfassend auf den das Kapitalverhältnis charakterisierenden Verkehrszusammenhang zu sprechen, wonach die Einkommen, auf die der produzierte Reichtum verteilt wird, zugleich als dessen Quellen erscheinen (MEW 25: 822 ff.). Die Verteilungsverhältnisse werden auf Produktionsverhältnisse zurückbezogen. Profit, Grundrente und Arbeitslohn scheinen jeweils dem Einsatz von Kapital, Boden/Immobilien und der Verausgabung von Arbeitskraft geschuldet zu sein. Marx nennt das die «trinitarische Formel». In der bundesdeutschen Nachkriegsordnung bildete dies die Grundlage eines Verständnisses von Kapitalismus als «soziale Marktwirtschaft» (vgl. Zinn 1992) und der darin agierenden Interessenvertretungsorganisationen als «Sozialpartner».

Diese «Verkehrung» ist charakteristisch im Prosperitätszyklus, das heißt ohne krisenhafte Störung bei expandierender Kapitalakkumulation und einem nicht von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Arbeitsmarkt. Sie kann aber auch unter Krisenbedingungen in einer modifizierten Variante wirksam sein, wenn es darum geht, die Wettbewerbsposition des Nationalkapitals gegenüber der Konkurrenz anderer Nationalkapitale – oder den «eigenen» Produktionsstandort gegen andere – zu verteidigen. Ein «internationalistisches» Solidaritätsverständnis gerät dabei unter die Räder.

Solidarität als systemisch antagonistisches Verhältnis kann somit nicht als eine Konstante des Alltagsbewusstseins angesehen (und von Aktivist*innen gleichsam abgerufen) werden, sondern unterliegt der Praxisrelevanz. Solidarität entsteht aus realen *Gegensatzerfahrungen*. Solidarität als Gegenmachtressource ist ein *Praxisfeld*.

Doch auch ein Praxisfeld unter Krisenbedingungen hat nicht zwangsläufig einen explizit öffentlich zum Tragen kommenden antagonistischen Charakter. Dies war einer der Befunde unserer Befragungsstudie, die wir in der Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. durchgeführt haben (vgl. Detje u. a. 2011). Die Erkenntnis besteht aus zwei Teilen: (a) Krise wird neben der unmittelbaren ökonomischen Erschütterung vor allem als arbeitsweltlicher Normalfall wahrgenommen: *Krise ist immer*. «Sozialpartnerschaft» ist insofern eine gebrochene, fragile Konstruktion, weil «Krise» hier bedeutet: Vermeintliche Sicherheit ist permanent infrage gestellt, sei es durch Leistungsdruck, schlechte, prekäre Arbeitsbedingungen, Flexibilisierung der Arbeits- und Arbeitszeitanforderungen etc. Hinzu kommt (b): *Krise ist schwer adressierbar*. In der gut ein Jahrzehnt zurückliegenden Krisenkonstellation waren es die Finanzmärkte, die schwer als antagonistischer Gegenpart tatsächlich angreifbar zu machen waren, steckten sie doch selbst in einer existenzbedrohenden Lage und mussten als «systemrelevante» Akteure «gerettet» werden. Die «Adressierbarkeit» wäre

durchaus zu klären gewesen: Die IG Metall forderte 2009, dass Rettungsaktionen mit öffentlichen Geldern durch entsprechende Eigentumstitel abgesichert werden sollten, nach dem Motto: Wo öffentliche Mittel fließen, wird öffentliches Eigentum geschaffen. Doch davon wollte die Bundesregierung nichts wissen und die IG Metall beharrte nicht darauf, um andere arbeitsmarktpolitisch vorteilhafte Vereinbarungen (Kurzarbeitergeld) nicht zu behindern. Das geschäftsführende IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban (2013) hat die große Finanz- und Wirtschaftskrise als Fall eines «Krisenkorporatismus» analysiert, bei dem Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände den Finanzmarkt- und letztlich Systemerhaltungsinteressen der «Bankenrettung» nachgeordnet, aber mit konzertierten Branchen- und Konjunkturunterstützungsprogrammen nicht erfolglos waren.

Die Erfahrung, individuell seine Reproduktionsinteressen nicht ausreichend durchsetzen zu können, und die Erfahrung, im Kooperationszusammenhang dies als gemeinsame Gefährdung zu erkennen, schaffen die Möglichkeit der Konstitution *gemeinsamer Interessen*. Dazu gehört zwingend die Wahrnehmung gemeinsamer *Praxen*. Solidarität bedarf dieser *Praxen* (womit der Gegnerbezug erneut ins Spiel kommt), um alltagsrelevant zu sein. In der Geschichte der Arbeiterbewegung waren es Arbeitskämpfe, die als Solidarereignisse in das historische Bewusstsein eingeschrieben wurden. Möglicherweise hängt die Infragestellung von solidarischen *Praxen* deshalb auch nicht nur an sozialen Fragmentierungsprozessen, sondern auch an dem Fehlen gemeinsamer Aktions- und Widerstandserfahrungen wie zum Beispiel Streiks. Die Wiederaufnahme des Kampfes um Arbeitszeit Ende des vergangenen Jahrzehnts könnte gegebenenfalls ebenso wie die Streiks in Care-Berufen Hintergrund für die Neuerfahrung von Solidarität sein. In diesem Sinne können wir Lessenich folgen:

«Solidarität ist *kooperativ*, insofern die Idee wechselseitiger Verbundenheit nicht als stellvertretendes Eintreten für die Belange anderer ausbuchstabiert wird, sondern als gemeinsames Eintreten für beiderseitig geteilte Belange, auch über ansonsten bestehende Differenzen hinweg.

Solidarität ist *performativ*, indem [...] klargestellt wird, dass das Bewusstsein wechselseitiger Verbundenheit nur *im Akt* des gemeinsamen Eintretens für geteilte Belange wächst – die sich als tatsächlich geteilte wiederum erst über den «Umweg» dieses gemeinsamen Handelns erweisen.

Und Solidarität ist *transformativ*, insofern als Ziel der im gemeinsamen Handeln sich ausbildenden wechselseitigen Verbundenheit nicht etwa die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung einer gegebenen Sozialstruktur der Lebenschancen ausgegeben wird. Ziel solidarischer Praxis ist demgegenüber die grundlegende, radikale Veränderung des gesellschaftlichen Systems ungleicher Möglichkeiten der Teilhabe an der Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen.» (Lessenich 2019: 99; Herv. im Original)

Damit gemeinsame Interessen sich aber auch artikulieren und formieren können, bedarf es des *Austauschs* individueller Erfahrungen in gemeinschaftlichen Verständigungsprozessen.

Logisch folgt der Herausbildung kollektiver Interessen deren Verallgemeinerung zu *allgemeinen Interessen* (Staatsbürgerinteressen). Historisch entstand die interessenpolitisch untersetzte Solidarisierung im nationalen Kontext, war also mit der Organisation allgemeiner Interessen auf der politischen Ebene, das heißt mit der Bildung politischer (sozialistischer) *Parteien* verbunden. In dieser Verbindung reicht Solidarität über das betriebliche und gewerkschaftliche Aktionsfeld hinaus und bezieht lebensweltliche Bereiche ein.

Eine weiterreichende Perspektive resultiert aus der internationalistischen Tradition der Arbeiterbewegung (gewerkschaftlicher wie politischer Arm), in der ein universalistischer, auf die Menschenrechte bezogener Begriff von Solidarität programmatisch war. Diese universalistische Solidarität basiert nicht auf gleichen, gemeinsamen Interessen oder Staatsbürgerinteressen, sondern überwindet unterschiedliche Interessenlagen auf der Grundlage abstrakter Gleichheitsvorstellung der Menschen.

«Durkheims Unterscheidung von mechanischer und organischer Solidarität scheint hierbei immer wieder auf: mechanische als diejenige Form der Solidarität, die auf gemeinsamer Lage und Zugehörigkeit basiert, organische als jene, die auf der wechselseitigen (und, so könnte man ergänzen: Globalisierung der) Arbeitsteilung beruht und die Erfahrung wechselseitiger Angewiesenheit auch zwischen Lohnarbeitenden unterschiedlicher Ethnie und mit unterschiedlichem Staatsbürgerschaftsstatus zum Ausdruck bringt.» (Becker u. a. 2018: 396)

5 Gerät Solidarität in der Konkurrenz um Arbeitsplätze unter die Räder?

Ein Jahrzehnt lang ging es aufwärts. Von 27,7 Millionen im Juli 2009 wuchs die Zahl der Beschäftigten auf 33,5 Millionen im Juli 2019 (+21 %). Etwas flacher war der Anstieg der gesamtwirtschaftlich geleisteten Arbeitsstunden mit +8,7 Prozent. Ein erheblicher Zuwachs erfolgte über Teilzeitarbeit, insbesondere von Frauen. Sehr zu Recht wurde auf die prekären Schattenseiten des Arbeitsmarkts verwiesen: auf den Anstieg von Minijobs, Leiharbeit, Werkverträgen. Es war nicht alles Gold, was da glänzte.

In den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts könnte die Entwicklung einen gänzlich anderen Verlauf nehmen. Bereits 2019 wurde deutlich, dass ein außergewöhnlich langer ökonomischer Zyklus zu einem Abschluss kommt, mit schwer zu kalkulierenden Arbeitsmarktfolgen (wobei allerdings nicht nur die Nachfrage, sondern auch das Arbeitskräfteangebot demografiebedingt zurückgeht). In der Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung spiegelte sich früh auch ein Transformationsproblem wider. Globalisierung, über Jahrzehnte von Unternehmen, Regierungen und von der Mehrheitsmeinung der Ökonomenzunft als Wohlstandsmotor propagiert und mit transnationalen Wertschöpfungsketten und *global sourcing* unterlegt, geriet und gerät

in den Trubel einer Renationalisierung der Wirtschaftspolitik (am prominentesten «America First» und der Brexit) und protektionistischer Abwehrstrategien (der USA gegenüber China und des Vereinigten Königreichs gegenüber der EU).

Für die Unterbrechung der globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten sorgte schließlich ein Virus, das ausgehend von China, dann aber schnell in Europa als Epizentrum das ökonomische und soziale Leben zum Stillstand brachte. Die Autoindustrie, Flaggschiff der deutschen Exportökonomie, stellte in der zweiten Märzhälfte 2020 vorübergehend die Inlandsproduktion ein, wodurch bereits zuvor in großen wirtschaftlichen Problemen steckende Teile der Zulieferindustrie in einen Überlebensmodus schalteten. Noch stärker betroffen sind Bereiche des Dienstleistungssektors (Hotels und Gaststätten, Tourismus, Nicht-Lebensmitteleinzelhandel, Kunst und Kultur), die lange Zeit den Wirtschaftszyklus befeuerten, weil steigende Realeinkommen steigende Nachfrage generierten. In kurzer Zeit schalteten viele Gesellschaften in einen Überlebensmodus um.

Solidarität wird ob dieses überwältigenden Vorgangs neu kontextualisiert: Solidarität mit Nachbar*innen, Infizierten, Kranken, der medizinischen Notgemeinschaft, älteren Mitbürger*innen und jungen Familien, für deren Kinder Kitas und Schulen geschlossen sind. Eine Solidarität jedoch, die den bitteren Beigeschmack nationaler Abschottung und damit des «we first» hat – und so wie jede Nation für sich schließt auch die EU ihre Außengrenzen gegen das Elend außerhalb ihrer Welt. «Solidarität» wird hier zur Chiffre einer exklusiven, ausgrenzenden Überlebensgemeinschaft.

Von der Wucht dieser Entwicklung werden die weiterlaufenden Transformationsprozesse temporär in den Hintergrund gedrängt. Selbst eine verstärkt regressive Antwort ist nicht ausgeschlossen. Die Fortschritte in der Verknüpfung von «Ökonomie und Ökologie» können sich als zu fragil erweisen, wenn «Hauptsache Arbeit» erneut zur Überlebensparole wird. Gleichzeitig könnte Digitalisierung zu einer nationalen Wettbewerbsstrategie werden: Hauptsache Kostensenkung und Effizienzgewinne gegenüber Konkurrenten, was auch immer das an Arbeitsplatzverlusten kosten mag. Der Insider-Outsider-Konflikt wird nach außen – gegenüber anderen Volkswirtschaften – wie nach innen – zum Schutz der verbleibenden Teile der Stammebelegschaften – gewendet.

Angesichts eines drohenden Verlusts von *einem Viertel der Arbeitsplätze im Fahrzeugbau* im Zuge der Umstellung auf E-Mobilität und der Rationalisierungspotenziale durch Digitalisierung kann die Losung «Hauptsache Arbeit» in Kreisen der Stammebelegschaften einer verstärkten Orientierung auf ausgrenzende Solidarität Ausdruck verleihen. Solidarität würde damit nicht nur im Sinne einer die Gesundheit gefährdenden Epidemie, sondern auch arbeitsmarktpolitisch neu kontextualisiert werden. In beiden Fällen nicht als inklusive, sondern als exkludierende Orientierung. Arbeitsplatzsicherung des Kerns auf Kosten der prekären Peripherie? Der Leistungsträger*innen auf Kosten der «Ränder»? Der höher Qualifizierten auf Kosten der geringer Qualifizierten? Der «Inländer» auf Kosten der Wie-auch-immer-Stigmatisierten?

Exkurs: Arbeitsplatzgefährdung in der Automobilindustrie

Wie groß sind die Arbeitsplatzgefahren? Werfen wir einen Blick auf Ketten des Mobilitätssektors und den dort bis zu sechs Millionen Beschäftigten in Deutschland. Im Rahmen der «Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität» (NPM) liegt (Januar 2020) ein «1. Zwischenbericht zur Strategischen Personalplanung und -entwicklung» vor,¹⁰ gemäß den EU-Klimaschutzzielen 2030 und dem Klimaschutzprogramm der Bundesregierung.

Um die Vorgaben – EU-weite Reduktion des CO₂-Flottenausstoßes bei Neuwagen um 37,5 Prozent bis 2030 (im Vergleich zu 2021) – einhalten zu können, muss bis dahin der Anteil an Elektrofahrzeugen auf 30 Prozent steigen. Ein ambitioniertes Ziel: Um auf 30 Prozent aller zugelassenen Fahrzeuge zu kommen, muss der Anteil der E-Antriebe bei den Neuzulassungen bis 2025 auf 61 Prozent und bis 2030 auf 88 Prozent steigen, das heißt, die Umstellung auf E-Mobilität im Käufermarkt nahezu abgeschlossen sein.¹¹ Die beschäftigungspolitische Gesamtbilanz ist negativ – und die Zahlen sind brisant.

In erster Linie sind die rund 200.000 Beschäftigten im Antriebsstrang betroffen (Automobilhersteller und Zulieferer). Dort sinkt der Personalbedarf allein durch die Umstellung auf Elektromotoren bis 2030 um 14 Prozent. Wichtiger ist noch der damit verbundene Produktivitätseffekt, der sich aus einem höheren Automatisierungsniveau in der Produktion von Elektrofahrzeugen, einfacherer Herstellbarkeit von Komponenten sowie konstruktiver Weiterentwicklungen im Zuge des Hochfahrens der E-Mobilität ergibt. Unter Berücksichtigung dieser Produktivitätsfaktoren dürfte die Beschäftigung im Antriebsstrang um 39 Prozent sinken, was einen Verlust von 79.000 bis 88.000 Arbeitsplätzen bedeutet. Mit weiterer (Teil-)Automatisierung verändern sich die Arbeitsbedingungen (was außerhalb der Fragestellung des NPM-Zwischenberichts liegt) und die Beschäftigungsstrukturen. Betroffen sind in erster Linie die direkten Beschäftigten in der Fertigung und Montage (-41 %). Es trifft damit vor allem an- und ungelernte Arbeiter*innen. Die «fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung von Arbeitsprozessen werden weiter dazu beitragen, dass zukünftig insbesondere für diese Beschäftigtengruppe weniger Stellen zur Verfügung stehen werden» (NPM 2020: 34).

Anders sieht es zunächst noch im Gesamtfeld der Elektromobilität inklusive der Infrastruktur aus. Zusätzliche Investitionen im Fahrzeugbau selbst, in die Ladekapazitäten und die erforderliche Neuausrüstung des Stromnetzes sorgen in den kommenden

10 Dabei handelt es sich um ein Update früherer Untersuchungen (Bauer u. a. 2019; Mönning u. a. 2018). Bericht der «sozialpartnerschaftlich», das heißt von Arbeitgebern und Gewerkschaften organisierten AG 4 (Sicherung des Mobilitäts- und Produktionsstandortes, Batteriezellproduktion, Rohstoffe und Recycling, Bildung und Qualifizierung). Nachfolgende Zitate stammen aus diesem Bericht.

11 Damit verbunden ist eine Veränderung der Wertschöpfungsketten: Komponenten des Verbrennungsmotors werden nur noch in schnell verringerten Größenordnungen benötigt, der Elektromotor kommt mit erheblich weniger Komponenten aus, während für Software, Elektronik, Mobilitätsdienstleistungen neue Bedarfe entstehen.

zwei bis drei Jahre für Beschäftigungsaufbau (+30.000). Doch überwiegen danach die negativen Beschäftigungseffekte. «Der größte Jobabbau dürfte im Fahrzeugbau zu erwarten sein. Hier würden im Vergleich zum Jahr 2018 fast 240.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Bezogen auf die Branche Fahrzeugbau sind dies 24,58 %.» (Ebd.: 17). Hinzu kommen negative Ausstrahlungen auf benachbarte Branchen wie den Maschinenbau, die Metallerzeugung, die Fahrzeugtechnik und andere. Dort dürfte es zu einem Beschäftigungsabbau in Höhe von 200.000 Stellen kommen.

Die Bilanz des Umstiegs auf Elektromobilität (bis zu zehn Millionen Elektrofahrzeuge bis 2030) enthält somit einen Verlust von bis zu 410.000 Arbeitsplätzen. Dabei handelt es sich in dem Sinne um ein Worst-Case-Szenario, weil noch mit höheren als gegebenenfalls zu erwarteten Importen an Elektroautos und Batterien auf dem deutschen Markt gerechnet wurde. Das schnellere Hochfahren der E-Mobilität in den bundesdeutschen Produktionsstandorten könnte die Importquoten senken. Dennoch: «In keinem Fall werden die Automobilhersteller weiterhin im selben Maße für eine solche Wertschöpfung und Beschäftigung entlang der Zulieferketten sorgen können, wie es heute der Fall ist. Entsprechend müssen alle Unternehmen so bald wie möglich neue Wertschöpfungspotenziale identifizieren und die entsprechende Transformation ihrer Geschäftsmodelle einleiten.» (Ebd.: 19)

Doch es gibt gegenläufige Entwicklungen. Denn auf der anderen Seite verweisen die in den letzten Jahren geführten Arbeitskämpfe insbesondere um die optionale Verkürzung und Neuverteilung der Arbeitszeiten auf eine interessenspolitische Erweiterung und Neudefinition von Solidarität. Sie stehen für Mobilisierung der Gesamtbelegschaft für Teile der Beschäftigten: jene, die Verantwortung für Erziehung und Pflege tragen oder mehr Zeit für sich haben wollen. Ein praktischer Beleg für inklusive Solidarität.

6 Zuspitzungen arbeitsweltlicher Problemlagen – das Leistungsregime als Solidar- und Demokratiehürde

Die Dimensionen arbeitsweltlicher Zuspitzung und die damit ausgelösten Ängste sind vielfältig: Sie reichen von der bangen Frage, wie sicher der Arbeitsplatz im Zuge sozial-ökologischer und digitaler Transformation noch ist, sorgen für Unruhe in der Belegschaft durch die beschleunigte Verflüssigung organisatorischer Strukturen, prägen Gefühle der Überforderung durch wachsende und parallel zu bewältigende Arbeitsaufgaben (Multitasking) bei unzureichender Ressourcenausstattung, Entwertung von Qualifikationen und Erfahrungswissen sowie des «Nicht-mehr-Mitkommens» bei neuen Technologien bis hin zur weiter fortschreitenden externen und internen Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Beschäftigungsverhältnissen.

Ein entgrenztes Leistungsregime erweist sich aus Beschäftigtensicht als eines der Hauptprobleme im Transformationsprozess. Auf einem bereits hohen Niveau der Arbeitsintensität erfolgt weitere Arbeitsintensivierung. Im «DGB-Index Gute Arbeit» und in den WSI-Betriebsrätebefragungen sind Leistungsdruck und Arbeitsverdich-

tung sowohl entlang der subjektiven Wahrnehmungen wie der objektivierten Anforderungen nachgezeichnet (vgl. Ahlers 2020). Nach der Entwicklung der Arbeitsbedingungen seit 2011 befragt, berichten 80 Prozent der Betriebsrät*innen von gestiegener Arbeitsintensität (vor allem auch in Dienstleistungsbereichen: Kreditinstitute, Versicherungen, Verkehr/Lagerei, Gastgewerbe). In den Befragungen werden branchenübergreifend genannt: steigende Arbeitsmenge, gestiegene Leistungserwartungen, höhere Komplexität der Arbeit (darunter die Bewältigung paralleler Arbeitsprozesse mit entsprechender Termin- und Projektkoordination). Arbeitsintensivierung erscheint dabei oft als ein unaufhaltsam ablaufender stufenförmiger Prozess. Exemplarisch eine Schilderung aus unserer Krisenbefragung:

«[M]ir kommt das immer so vor, wenn man einem Hund die Wurst hinhält, die kann man immer höher ziehen. Der erwischt die Wurst nie! Und wenn wir 100 Prozent oder 105 Prozent erreicht haben, super, aber das ist gleich vergessen – es geht ja 110 auch. Es wird das Erreichte nicht mehr geschätzt. Und das macht die Leute krank.» (Zit. n. Detje u. a. 2011)

Was hier zum Schluss angesprochen wird, lässt sich so zusammenfassen: Arbeitsintensivierung geht mit abnehmender Arbeitszufriedenheit einher und wirkt damit als zusätzlicher Stressor.

Doch das ist nicht zwangsläufig der Fall, die Wahrnehmungen sind in verschiedenen Beschäftigtengruppen durchaus ambivalent. Ein intensiviertes Arbeitsregime kann auch als Herausforderung, als Motivation, als Lernanreiz und Wissensgewinn angenommen werden. Maßgeblich sind die Rahmenbedingungen. Nach den Ursachen der Arbeitsintensivierung befragt, sind die Antworten mehrschichtig, doch überwiegend in eine negative, nicht Entfaltungs-, sondern Belastungslage manövrierend: an erster Stelle unzureichende Personalausstattung, gefolgt von Führungsmängeln, schlechter Arbeits- und Prozessorganisation, ungeplanten Zusatzaufgaben etc.

Hier handelt es sich um Problemstellungen, die sich als Entwicklungstrends über einen Zeitraum von gut zwei Jahrzehnten aufgebaut haben – historisch können sie einem seit den 1980er Jahren entgrenzten Marktregime, dem Druck der Finanzmärkte auf Unternehmensrenditen seit Mitte der 1990er Jahre und einer intensivierten Kostenkonkurrenz in den Unternehmen, im Binnenmarkt und im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten zugeschrieben werden. Im Transformationsprozess erfolgt eine Dynamisierung:

«[A]ngetrieben werden diese Trends durch die fortschreitende Weiterentwicklung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die immer neue Formen der Arbeitsunterstützung und der Zusammenarbeit ermöglichen. In vieler Hinsicht können diese Technologien vielleicht sogar als der wesentlichste Treiber der dynamischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte gesehen werden.» (Korunka 2020: 17 f.)

Unsere Fragestellung zielt auf die Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung im Transformationsgeschehen. Steigende Arbeitsintensität kann durch mehr Personaleinsatz effektiv abgebremst werden. Interessenvertretungen fordern das in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle.

«83 % der Betriebsräte geben an, dass sie beim Arbeitgeber zur Entlastung der Beschäftigten mehr Personal gefordert hätten. Aber spürbare Personalaufstockungen gab es tatsächlich nur in einem Teil der Betriebe (38 %), vor allem im produzierenden Bereich (46 %) und weniger im Dienstleistungssektor (32 %)» (ebd.),

also eher dort, wo die Personalausstattung technisch oder organisatorisch bedingt oder per Tarifvertrag bzw. Betriebsvereinbarung reguliert ist, was bei Finanzinstituten, Versicherungen etc. weniger der Fall ist. Allerdings erfolgt Personalaufstockung vor allem in prekärer Form: durch Aushilfen und Leiharbeitskräfte oder personeller Mehrbedarf wird durch Mehrarbeit der Beschäftigten, also durch Überstunden kompensiert (vgl. Ahlers 2020). Letzteres ist die bei Weitem problematischste Maßnahme, da zur Intensivierung auch noch die Extensivierung der Arbeitszeit hinzukommt. Dennoch ist es einer der gebräuchlichsten Wege: Um das Arbeitspensum zu schaffen, wird auf Pausen verzichtet, die Arbeitszeit über deren Ende hinaus verlängert oder Arbeit von zu Hause aus erledigt.

Das Leistungsregime, so wird berichtet, führe letztlich auch zu einer Zerstörung sozialer Beziehungen im Betrieb:

«Verdichtung ist nicht nur schneller arbeiten, sondern Verdichtung ist Entmenschlichung [...]. D. h. ein soziales Gefüge, dass man sich morgens die Hand gegeben hat, wie es einem geht, dass man zusammen Kaffee getrunken hat am Automaten, um sich gegenseitig aufzubauen, wenn man mal einen Durchhänger hat. Das ist zerstört worden.» (Zit. n. Sauer u. a. 2018: 166)

So werden basale kollegiale Verhältnisse untergraben. Aber der Wunsch danach ist nicht weg, sondern bleibt. Daran sollte angeknüpft werden können, wenn es um Bedingungen für bessere Arbeitsbeziehungen, ein erfüllteres Arbeiten und Leben geht.

Demokratische Einflussnahme auf die durch digitale Transformation dynamisierte Leistungspolitik gehört zu den schwierigsten Feldern betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Bewährte Mitbestimmungsrechte gibt es über den industriellen *shop floor* mit Entgelten in der Form des Leistungslohns hinaus kaum. Deshalb kumulieren die regulatorischen Defizite in den indirekten Bereichen der Industrie und im Dienstleistungssektor. Aber auch dort, wo branchenübergreifend Betriebsrät*innen über reale Mitbestimmungsrechte verfügen, ist eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch interessenspolitische Einflussnahme nur bei wenigen Betrieben festzustellen. So in Fragen des betrieblichen Arbeits- und Gesundheits-

schutzes. Der gesetzlichen Verpflichtung zur ganzheitlichen Gefährdungsbeurteilung kommt deutlich weniger als die Hälfte der Betriebe (44 %) nach. Und obgleich 80 Prozent der Betriebsrät*innen von steigender Arbeitsintensität sprechen, spielt dieses Thema nur in 39 Prozent der Betriebe eine Rolle. Aber selbst diese Zahlen spiegeln die Realität nicht annähernd wider. «Tatsächlich haben [...] nur 11 Prozent der Betriebe auch entsprechende betriebliche Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.» Die Schlussfolgerung: «Damit ist das anerkannte Instrument der Gefährdungsbeurteilung wegen fehlender betrieblicher Konsequenzen oft wirkungslos.» (Ebd.: 35)

Nun wird betriebliche Reorganisation von Beschäftigten nicht an sich negativ bewertet, sie kann auch als Herausforderung angenommen werden. Ob dies geschieht, hängt maßgeblich davon ab, ob die Transformationsprozesse als transparent und bewältigbar erfahren werden und es möglich erscheint, die eigene Erwerbsbiografie im betrieblichen Regime aktiv zu gestalten. Selbst Höherqualifizierte in «modernen», hochtechnologischen Industrieunternehmen melden hier Zweifel an:

«[I]ch mache alle Weiterbildungsangebote, die die Firma mir gibt, mit. Und ich habe trotzdem subjektiv das Gefühl, ich muss mich immer mehr abstrampeln, nur um mein jetziges Niveau noch halten zu können. Ich bin nicht derjenige, der auf dem aufsteigenden Ast sitzt, sondern ich kämpfe im Prinzip wie die Sau, damit ich nicht noch weiter abgleite.» (Zit. n. Sauer u. a. 2018)

Wie sind die Beschäftigten in die betrieblichen Umwälzungen involviert? Welche Beteiligungsmöglichkeiten haben sie? Im «DGB-Index Gute Arbeit» 2019 sind die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Beschäftigten näher erfragt worden. Die Antworten spiegeln Einflussnahme und Fremdbestimmung zugleich wider. Die Möglichkeit, die Arbeit selbstständig planen und einteilen zu können, sehen die in der repräsentativen Untersuchung Befragten zu 67 Prozent in sehr hohem oder hohem Maße für sich gegeben. Doch das erweist sich bei näherer Betrachtung als Einflussnahme unter nicht selbst gesetzten und kontrollierten Rahmenbedingungen. Bereits bei der Frage nach dem Einfluss auf die Arbeitszeitgestaltung ist es nur noch die Hälfte der Beschäftigten (51 %), die diesen als (sehr) hoch bewertet. Bei der Gestaltung der Arbeitsmenge kehren sich die Verhältnisse um: 64 Prozent berichten von gar keinen oder nur geringen Einflussmöglichkeiten. Dabei zeigt sich, dass die oben wiedergegebene Interviewpassage durchaus exemplarischen Charakter hat: Nicht nur 66 Prozent der Beschäftigten in Helfer- und Anlernertätigkeit, auch 67 Prozent der in «fachlich ausgerichteter Tätigkeit» und 62 Prozent mit komplexer Spezialistenarbeit sehen für sich gar keinen oder nur geringen Einfluss auf die Arbeitsmenge (DGB-Index 2019: 55 ff.).

Die Schrauben im Leistungs- und Arbeitsregime werden, so Untersuchungs- und Befragungsbefunde, weiter angezogen – im digitalen Transformationsprozess stärker

als zuvor. Die Mitgestaltung der Beschäftigten verbleibt hingegen auf dem seit mehr als zwei Jahrzehnten bekannten Stand: An den Rahmenbedingungen, das heißt am quantitativ und qualitativ zu bewältigenden Arbeitspensum, können sie nichts ändern. Selbststeuerung und Interessenvertretung kommen damit an zentrale Schnittstellen der Arbeitsbedingungen nicht heran.

Dass Kollegialität und Solidarität in einem Regime der Diktatur der Kosten und der Konkurrenz weiter unter die Räder geraten, ist naheliegend. Die Hypothese aus vorliegenden Untersuchungen lautet: Die institutionellen Gegenmachtressourcen der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung waren seit jeher defizitär und werden in einem entgrenzten Marktregime zunehmend geringer. Im digitalen Transformationsprozess droht sich dies weiter zu verstärken.

Dabei bleibt es bei der prekären Ambivalenz von Selbststeuerung unter fremdgesteuerten, regressiv wirkenden Konditionen. Das kann auf Kollegialität wie Solidarbeziehungen zersetzend wirken. Der Widerspruch zwischen Selbst- und Fremdsteuerung kann aber auch progressiv entwickelt werden. Wo liegen die Restriktionen auf der einen und die Ressourcen auf der anderen Seite?

7 «Digitaler Kapitalismus» ist weder «digitaler Taylorismus» noch disruptiver Neustart¹²

Eines der zentralen Kennzeichen gegenwärtiger Wandlungsprozesse ist die Verknüpfung von marktorientierter Reorganisation und digitaler Transformation der Arbeit. Die Reorganisationsperspektive der Vermarktlichung und der innerbetriebliche Steuerungsmodus der indirekten Steuerung stellen seit Längerem einen Versuch dar, den allgemeinen Widerspruch von Markt- und Produktionsökonomie zu bewältigen. Bislang ist es den Unternehmen jedoch nicht gelungen, eindeutige und stabile Lösungswege zu finden. Die Reorganisation des Unternehmens bleibt ein permanenter Trial-and-Error-Prozess (Sauer 2016). Während durch die Globalisierung und die Finanzmärkte der Druck auf die Konzerne verstärkt wird, Marktorientierung und Konkurrenz weiter zunehmen, transnationale Unternehmungen und weitverzweigte Wertschöpfungsketten vermehrt ausgebaut werden und die Plattformlogik die Regeln der Marktordnung neu aufstellt, bergen digitale Technologien nun das Versprechen, den Suchprozessen und dem ewigen Trial and Error ein Ende zu setzen. Flexible *und* stabil laufende Prozesse, Transparenz, Echtzeitsteuerung, *one piece flow* – vieles von dem, was in früheren Entwicklungsphasen und Konzepten angedacht und versucht, aber nicht oder nur bruchstückweise realisiert werden konnte, scheint nun technisch möglich: der «reibungslose Kapitalismus» (Bill Gates) wird denkbar.

Die digitale Technik ist für die Unternehmen eine weitere Möglichkeit, das Verhalten der Beschäftigten entsprechend zu steuern: sie zu aktivieren, sie eng an die

12 Der folgende Abschnitt übernimmt die Argumentation eines Aufsatzes von Nies u. a. 2020.

Kund*innen zu koppeln und damit noch mehr Flexibilität zu erzwingen. Digitale Medien übernehmen dabei die Rolle «aktivierender Transparenz»: Sie zeigen den Beschäftigten in Echtzeit an, wie weit sie von der Erreichung der Kennzahlen (Ziele) entfernt sind, wie es um die Auslastung der Kapazitäten bestellt ist, welche Kundenforderungen offen sind und welche Terminziele eingehalten wurden. Solche Leistungsrückmeldungen gibt es zwar schon seit geraumer Zeit, die neue Transparenz zeichnet sich aber dadurch aus, dass Echtzeitdaten auf den Terminals erscheinen und dass neben Leistungsparametern auch Erfolgskennzahlen verwendet werden.

Die Verknüpfung von marktorientierter Reorganisation und digitaler Transformation von Arbeit deutet darauf hin, dass sowohl Kontroll- wie Steuerungstechnologien eingesetzt werden. Das bedeutet nun nicht Rückkehr zu einem traditionellen direkten Kontrollmodus im Sinne eines «digitalen Taylorismus» (vgl. etwa Nachtwey/Staab 2015). Trotzdem wird im Zuge der Digitalisierung die Autonomie der Arbeitenden neu verhandelt und bedroht: durch Beschneidung von Handlungsspielräumen, durch neue Zwänge zur beschleunigten Reaktion auf Marktanforderungen, durch wirksamere Kennzahlen und Rückmeldungen an die Beschäftigten, die dadurch gleichsam einem ökonomischen Dauerbeschluss ausgesetzt sind. Sofern die Beschäftigten und die Interessenvertretung nicht in die Auswahl und Handhabung dieser Kennzahlen einbezogen sind, kann durchaus der Eindruck einer perfekten Überwachungs- und Disziplinierungsmaschinerie entstehen.¹³

Doch das ist bestenfalls eine halbe Wahrheit. Denn die Folgen sind ambivalent. Kontrolle kann auch mit Effektivitätsverlusten einhergehen, wenn Initiative, Kreativität und Intelligenz aufseiten der Beschäftigten verloren gehen, Fähigkeiten, die durch indirekte Steuerung doch gerade stimuliert werden sollen. Der Einsatz digitaler Technik bietet das Potenzial, aus dem Betrieb ein einziges Panoptikum zu machen, wo alles gesehen, alles gewusst, alles kontrolliert wird. Eine derart verengte Einsatzlogik würde aber den Zweck, die Mitarbeiter*innen in Bewegung zu bringen, verfehlen. Kontrolle evoziert Strategien, sie zu unterlaufen, aber keine Energien, innovativ und flexibel die Unternehmensziele zu erreichen.

Eine weitere Ambivalenz ergibt sich durch das eigenartige Gemisch aus Agilitätsanforderungen und Ohnmachtserfahrungen, die aus der Konfrontation mit dem technischen und ökonomischen Apparat herrühren. Agilisierung heißt Entfaltung von Initiative, das Unmögliche möglich machen, heißt Überarbeit und Sprints, Empowerment und Optimierung, Entfesselung und Entgrenzung – alles Phänomene, die den Beschäftigten in ein aktives, ja hyperaktives Verhältnis zur Welt setzen. Dagegen steht

13 Eine solche Maschinerie beschreibt Kucklick (2014: 32): Beschäftigte werden «neuen Bewertungsmaßstäben unterzogen, die exakter und unerbitlicher sind denn je. Mit mathematischer Präzision wird ermittelt, wie nützlich wir sind, wie sehr wir den Erfolg eines Unternehmens befördern und worin genau unser Beitrag zur Produktivität besteht. Eine Art «Hyper-Meritokratie» droht, in der jede Äußerung, jede Handlung auf ihren ökonomischen Kern untersucht wird [...]. Je mehr wir über jeden Einzelnen wissen, umso schwerer fällt die Solidarität. Informationen sind der Gärstoff der Differenz.»

eine basale Ohnmachtserfahrung mit fast kafkaesken Zügen, etwa wenn Beschäftigte ihre Leistung erbringen, aber erfahren müssen, dass ihre Abteilung trotzdem abgewickelt wird; wenn sie ihre Belastungsgrenzen überschreiten, aber hören müssen, das sei noch nicht genug; wenn sie in unzählige Prozesse gezwungen werden, deren Sinn niemand mehr verstehen kann; wenn sie akribisch ihren Arbeitsvollzug dokumentieren sollen und dadurch kaum mehr zu wirklicher Arbeit kommen; wenn sie Algorithmen folgen sollen, deren Inhalt für sie eine Black Box ist. Sich tatsächlich ohnmächtig zu fühlen und trotzdem agil sein zu müssen, in diesem Widerspruch lebt und leidet der moderne Beschäftigte.

Digitale Technik in entsprechender Konfiguration könnte, wenn «man» wollte, krank machende Arbeit ersetzen, anspruchsvolle Arbeit unterstützen, den Betrieb demokratisieren und die Geschäftsprozesse allen Mitarbeiter*innen einsichtig machen, um damit die Voraussetzung für ihre Mitwirkung und Mitbestimmung zu schaffen. Und ja, digitale Technik bietet zugleich neue Möglichkeiten für eine umfassende Überwachung und Kontrolle von Arbeitsabläufen. Die Voraussetzungen dafür liegen aber nicht in der digitalen Technik, sondern in den Entwicklungen der Arbeitsorganisation und Steuerung von Leistung. Hier stellt sich die «demokratische Frage im Betrieb» neu.

Was bedeutet das für interessenpolitisches Handeln in der Transformation?

- Dekarbonisierung und Digitalisierung berühren in vielfältiger Weise das *arbeitsinhaltliche Interesse* der Beschäftigten. Mit dem Umbau des Produktportfolios (z. B. in der Automobilindustrie) werden mit den Berufen/Qualifikationen auch die arbeitsinhaltlichen Orientierungen und Interessen von großen Beschäftigtengruppen auf- und abgewertet. Wie reagieren die Beschäftigten darauf? Spielt das neben dem Beschäftigtenab- und -umbau überhaupt eine Rolle?
- Es ist davon auszugehen, dass die bisher bekannten Reproduktionsgefährdungen hinsichtlich Arbeitsplatzsicherheit, Gesundheit, Einkommen, Vereinbarkeit etc. in der Transformation eher noch zunehmen (Zuspitzungsthese). *Verletzungen von Reproduktionsinteressen* liegen also auf der Hand: zum Beispiel Beschäftigungsab- und -umbau, höherer Zeit- und Leistungsdruck durch marktorientierte Digitalisierung mit entsprechenden Folgen in Form psychischer Belastungen etc.
- Die zunächst individuellen Interessen können durch Gefährdungen, die mehrere oder viele Beschäftigten betreffen, die *Herausbildung gemeinsamer/kollektiver Interessen* anstoßen. Dabei ist die Reichweite der Verallgemeinerung zu beachten: Richten sich die gemeinsamen Interessen nur auf den Nahbereich des Arbeitsplatzes, die Abteilung oder den ganzen Betrieb, das Unternehmen, die Wertschöpfungskette?
- Wichtig für die Verallgemeinerung von Interessen sind die vorhandenen Möglichkeiten des *Austauschs und der Kommunikation*. Nur so können kollektive Erfahrungen fruchtbar gemacht und in gemeinsame Einschätzungen und Forderungen umgesetzt werden. Auch hier ist die Reichweite des Erfahrungsaustauschs wichtig: Gelingt es, Beschäftigtengruppen zu erreichen und zu mobilisieren, die bislang meist außerhalb gemeinsamer Gruppierungen standen, aber für die Interessenbil-

dung und -durchsetzung wichtig sind, zum Beispiel «Transformationsexperten» aus den Entwicklungsabteilungen.

- Auf allen Ebenen stellt sich die Frage nach *Inklusion und Exklusion* (Leiharbeit, Flüchtlinge etc.). Hierzu ein Zitat: «Diskutiert wird der universalistische Anspruch von Solidarität, der sich etwa an der Frage scheidet, ob Solidarität nur bei gleichen und gemeinsamen Interessen entstehen kann; ob sie – und auf welcher Basis – auch zwischen Arbeitnehmer*innengruppen mit unterschiedlichem Beschäftigungsstatus möglich und erforderlich ist (etwa zwischen ‹Stamm›- und prekär Beschäftigten) und unter Arbeitnehmer*innen unterschiedlicher Ethnien. Studien offenbaren eine Kluft zwischen der gewerkschaftlichen Normativität und Rhetorik (internationaler Solidarität und zwischen allen abhängig Beschäftigten) und praktischer Interessenvertretung, die sich in Form einer ‹exklusiven Solidarität› (Dörre u. a. 2013: 23; Becker 2015) der Stammbeschäftigten zeigt.» (Becker u. a. 2018: 396)

Fragen der Interessenbildung und vor allem ihre Durchsetzung (individuell/kollektiv) zeigen sich in exemplarischen Fällen, Kämpfen und Aktionen, zum Beispiel an der Arbeitszeit und tariflichen Regelungen: Alle kämpfen für Fortschritte, die nur Teilen der Belegschaft nützen (z. B. Arbeitszeitverkürzung zur Pflege, Erziehung etc.). Hier stellt sich die politische Frage, ob ein Arbeitszeitoptionsmodell letztlich fragmentierend oder verallgemeinernd wirkt.

8 Erosion der Kooperationsbeziehungen¹⁴

Alte Kooperationsbeziehungen im Arbeitsprozess sind brüchig geworden. Die räumliche und zeitliche Fragmentierung von Kooperationsstrukturen in der Vergangenheit wird meist als Ursache für die Erosion von Solidarität benannt. Digitalisierung scheint diese Entwicklung nun radikal zu verstärken. Dies wird insbesondere in der Plattformökonomie deutlich, in der der Arbeitnehmerstatus in prekäre Selbstständigkeit überführt wird, weltweites Offshoring durch Crowdsourcing erweitert und die Konkurrenz unter Beschäftigten intensiviert wird. Dabei ist zwischen Gigwork mit örtlich gebundenen Arbeitsaufgaben und unverbundener Cloudwork im globalen Internet zu unterscheiden (vgl. Haipteter/Hoose 2019).¹⁵

Durch diese Entwicklungen ist ein großer Strauß an Fragen aufgeworfen: Wie wirkt sich der zunehmend virtuelle Charakter von Kooperationsbeziehungen aus? Entstehen durch die digitale Vernetzung neue Verbindungen und damit neue soziale Beziehungen? Generell: Wie verändern sich die räumlichen und zeitlichen Kooperationsbedingungen als Basis von Kollegialität und Solidarität (Arbeiten in globalen

¹⁴ Vgl. Martin Ehrlich u. a. (2017).

¹⁵ Haipteter und Hoose (2019) beleuchten in ihrem Report neue gewerkschaftliche Ansätze der Interessenvertretung: «Fair Crowd Work» der IG Metall, Selbstständigenberatung bei ver.di sowie Initiativen der Betriebsratsgründungen bei Deliveroo. Fazit: «Der Bereich der Plattformarbeit mag voraussetzungsvoll für die Artikulation kollektiver Interessen sein, aber die konkurrenzfördernde Plattformlogik verhindert das Entstehen gemeinsamer Arbeitnehmeranliegen nicht» (ebd.: 18).

Wertschöpfungsketten, Leih- und Zeitarbeit, Crowdfunding etc.)? Wie entwickelt sich Kollegialität in der Transformation? Während Dekarbonisierung sich auf die *Produktinnovation* auswirkt, betrifft Digitalisierung die *Prozessinnovation* und ist damit ein stärkerer Wirkfaktor für Kollegialität. Dabei sind Unterschiede zwischen direkten und indirekten Bereichen zu erwarten. Die Verbindung von Digitalisierung und agilen Organisationskonzepten wird vor allem in den indirekten Bereichen stattfinden. Zielt Agilität auf neue Kooperationsformen? Kommt es zu mehr Empowerment (Selbstermächtigung, Selbstwirksamkeit) und was heißt dies für Kollegialität? Generell: Wie wirkt sich das Potenzial für höhere Autonomie und mehr Kontrolle auf die sozialen Beziehungen, das heißt auf Kollegialität und Solidarität aus? Wie werden soziale Medien bewertet: als eine neue Basis für Solidarität im Netz oder eine Verschärfung von individualistischer Konkurrenz? Können sie ein neuer Ort für Austausch und Kommunikation werden, der Solidarität befördert? Fragen wie diesen soll in unserer neuen Untersuchung nachgegangen werden.

Doch hier gilt nicht *Pars pro Toto!* Über den Umfang plattformvermittelter Arbeit gibt es kaum sichere Schätzungen. Bislang scheint es sich bei Crowdwork im Weiteren um Arbeit zu handeln, mit der ein zusätzlicher Nebenverdienst erzielt wird, während die Zahl der hauptberuflichen Crowdworker*innen sehr begrenzt ist. Allerdings verweisen Haipeter und Hoose darauf,

«dass der Blick auf (wenige) hauptberufliche Crowdworker «völlig zu Unrecht» dazu führe, diese Form der Arbeitsorganisation als unbedeutend einzustufen. Seine Relevanz erhielt das Thema Crowdsourcing stattdessen vor allem daher, dass immer mehr Unternehmen mit traditioneller Arbeitsorganisation testen würden, inwieweit sie zumindest Teile ihrer Wertschöpfung über die Auslagerung auf Crowds restrukturieren können. Dadurch vermögen es plattformvermittelte Erwerbsformen, traditionelle und regulierte Beschäftigung (in Unternehmen) unter Druck zu setzen.» (Ebd.: 5)

9 Kollegialität und Solidarität in der Corona-Krise

Die Entwicklung von Solidarität in der Transformation ist von hemmenden wie fördernden Einflussgrößen abhängig. Wir haben eine Reihe dieser Bedingungen diskutiert und in den überwiegenden Fällen standen die Risiken einer weiteren Erosion von Solidarbeziehungen im Zentrum. Transformationsprozesse sind immer auch Krisenprozesse und diese mischen sich mit der arbeitsweltlichen Erfahrung, dass die Leistungs- und Flexibilisierungsschrauben Jahr um Jahr angezogen werden. Unser bereits in früheren Untersuchungen zutage getretener Befund, dass aus Sicht der Beschäftigten in den Betrieben «immer Krise ist», wird in unserer letzten Studie zur «Corona-Krise im Betrieb» (Detje/Sauer 2021) erhärtet. Daran hat auch eine längere Prosperitätsphase zwischen 2010 und 2018/19 wenig geändert.

In unserer «Corona-Studie» machen wir zusätzliche Risiken deutlich: Staatliche Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise wie Kurzarbeit, mobile Arbeit oder

auch der Gesundheitsschutz verstärken bestehende Ungleichheiten und schaffen neue Fragmentierungen. Und auch die Beschäftigtengruppen, die bei der Bewältigung der Pandemie den Status der Systemrelevanz erhielten, wurden nicht zuletzt deshalb als «Held*innen des Alltags» gefeiert, weil sie sich großen Gefahren und Risiken aussetzten und sich über Grenzen hinaus belasteten. Dabei ist ihre prekäre Arbeits- und Lebenssituation sowieso schon durch miserable Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne gekennzeichnet.

Doch unsere Befragung zeigt nicht nur die negative Seite dieser Entwicklung. In der Ausnahmesituation werden gemeinsame Sinnstiftung erlebt und Arbeit als solidarischer Zusammenhang erfahren. Zur gesellschaftlichen Aufwertung kommt hier eine zweite Aufwertung hinzu: Die Beschäftigten erleben in der Krise einen Zusammenhalt untereinander, der die Qualität ihrer Arbeit aufwertet: Sie wird befriedigender und für sie persönlich wertvoller. Am Beispiel der Arbeitssituation in einem Krankenhaus sei dies verdeutlicht. Eine Pflegerin berichtet von ihren Erfahrungen:

«Das war natürlich eine komplette Umstellung jetzt auf den pflegerischen Umgang mit Infektionspatienten. Da bin ich sehr stolz auf mein Team, weil jeder war sehr interessiert und engagiert und alle haben sich auch untereinander ausgetauscht. [...] Jeder hat einfach bewusster gearbeitet und das war ein schöner Prozess, das mitanzusehen [...]. Jeder einzelne Mitarbeiter ist zu mir persönlich gekommen und hat seine Hilfe und Unterstützung angeboten. Es wurde angeboten, auf den Urlaub zu verzichten, es wurde angeboten, man könne sie am Wochenende anrufen, wenn irgendwas wäre, und man hat immer von dieser Welle gesprochen, dass sozusagen das Wasser wird zurückgezogen, das ist alles total ruhig und dann überrennt einen das [...]. Es war gigantisch, dieser Zusammenhalt in der Pflege. Es wurde dieser Zusammenhalt einfach im Menschen gefördert und ich hab kein einziges Mal gehört, ich mach das nicht, ich will das nicht, im Gegenteil. Jeder ist über sich selber hinausgewachsen und das war auch von dem ganzen Team das Feedback [...]. Also hätte ich mir nie so vorstellen können. Ich hab mir eher das Schlimmste ausgemalt und das war wirklich das Schöne an dem Ganzen, obwohl es so schlimm war.» (Zit. n. Detje/Sauer 2021: 78 f.)

Diese Solidarität von Kolleg*innen, die die unter Druck stehende Belegschaft unterstützt haben, hat nach Aussage der Befragten in mancher Klinik das Betriebsklima deutlich verbessert. Die Arbeit ist aufgrund der Sinnstiftung, der Kollegialität, des Miteinanders, auch aufgrund der Unterstützung, des gemeinsamen An-einem-Strang-Ziehens akzeptabler und befriedigender geworden. Das hat dazu geführt, dass eine Tätigkeit, deren Bedingungen von den meisten Beschäftigten scharf kritisiert werden, in der Corona-Krise eine Aufwertung auch in der Belegschaft erfahren hat, die diese selbst überrascht.

Diese Solidaritätserfahrung verbindet sich mit dem Wissen um die Bedeutung, die ihre Tätigkeit für das Überleben von Mensch und Gesellschaft hat. Darin steckt auch

ein Demokratisierungspotenzial für Arbeitskräfte, die in einer hierarchisch strukturierten betrieblichen Kooperation an unterster Stelle stehen. Von ihnen wird – ob an der Kasse beim Discounter, bei der Paketzustellung, im Krankenhaus oder im Produktionsbetrieb – verantwortliches Handeln in riskanten Situationen verlangt. Sie wissen, dass die Folgen der Pandemie nur mit ihrer Hilfe bewältigt werden können. Nur wenn sie die enormen physischen und psychischen Herausforderungen annehmen, können – wie in den Krankenhäusern – Menschenleben gerettet und die gesellschaftliche Reproduktion aufrechterhalten werden. Dieses (Selbst-)Bewusstsein bricht sich an der Einordnung in ein autoritäres Betriebssystem, das durch die pandemische Notfallsituation noch verstärkt wird. In unseren Interviews ist die Nachdenklichkeit über diese Diskrepanz deutlich geworden. Ob daraus Ansprüche an ein selbstbestimmteres Arbeiten und auf mehr Einfluss auf betriebliche Kooperationsprozesse resultieren, bleibt offen.

Es gibt noch andere Hinweise auf neue Kollegialitäts- und Solidarerfahrungen: Bei ausgedehnter Kurzarbeit und mobiler Arbeit außerhalb des Betriebs wird die betriebliche Arbeit als ein «Teil von Gemeinschaft» vermisst. Betriebsrät*innen treffen auf Kolleg*innen, die in den Betrieb zurückwollen:

«[A]lso, es gibt viele Kolleg*innen, wirklich viele, die froh sind, wieder arbeiten zu können, weil zu viel Freizeit und zu viel zu Hause, da ist ihnen auch die Decke auf den Kopf gefallen, da gibt es familiäre Spannungen, da gibt es ganz andere Schwierigkeiten.» (Zit. n. ebd.: 81)

Arbeit im Betrieb ist nicht nur Flucht vor familiären Spannungen, der Betrieb ist für viele auch positiv besetzter Ort des sozialen Zusammenlebens, ein wichtiger Teil des individuellen und kollektiven Alltags. Dieser wird vermisst, wenn der «Shut-» oder «Lockdown», Kurzarbeit oder auch Arbeitslosigkeit den Zugang zum Betrieb «versperren». Aber auch die Erfahrung lang anhaltender mobiler Arbeit, die nur virtuelle Kommunikation mit den Kolleg*innen erlaubt, kann Verlustgefühle entstehen lassen. Ein Betriebsrat findet dafür drastische Worte:

«[D]er Betrieb ist mehr als nur Arbeit, das ist auch ein Ort der sozialen Interaktion, das ist so etwas wie Familie und deswegen wollen auch viele Leute wieder arbeiten, womit ich persönlich jetzt gar nicht gerechnet hätte in der Form. Aber die wollen wieder zur Arbeit, weil zu Hause ist es eben doch nicht so schön, sie vermissen ihre Betriebsfamilie. Das ist ein Teil von Gemeinschaft und da scheißen sie dann auch ein Stück weit auf die Sicherheitsvorkehrungen.» (Zit n. ebd.: 82)

Der Betrieb als Ort sozialer Interaktion bleibt trotz aller schon lange existierenden Tendenzen seiner «Auflösung» ein wichtiger Bezugspunkt des kollegialen Austauschs – und damit eine Vorstufe von Solidarität. In der weiter voranschreitenden digitalen Transformation wird diese Frage umkämpftes Terrain sein.

Natürlich stehen Kollegialität und Solidarität in der Corona-Krise auch im Betrieb im Kontext von Ausnahme- und Notsituationen. Wir wissen nicht, was von diesen Erfahrungen in Post-Corona-Zeiten bleibt und was schnell wieder im alltäglichen Leistungsdruck und in Konkurrenzsituationen verschwindet. Aber es sind anders als im öffentlichen Diskurs nicht nur Beschwörungsformeln des «gesellschaftlichen Zusammenhalts», sondern konkrete Erfahrungen von Kolleg*innen in der alltäglichen Arbeit. Deswegen lohnt es sich, bei der Suche nach Solidaritätspotenzialen in unseren zukünftigen Befragungen daran anzuknüpfen.

Literatur

- Ahlers, Elke (2020): Arbeitsintensivierung in den Betrieben. Problemdeutungen und Handlungsfelder von Betriebsräten, in: WSI-Mitteilungen 1/2020, S. 29–37.
- Bauer, Wilhelm/Riedel, Oliver/Herrmann, Florian/Borrmann, Daniel/Sachs, Carolina/Schmid, Stephan/Klötzke, Matthias (2019): ELAB 2.0. Wirkungen der Fahrzeugelektrifizierung auf die Beschäftigung im Standort Deutschland. Abschlussbericht, Fraunhofer IAO, Stuttgart.
- Becker, Karina/Brinkmann, Ulrich/Voswinkel, Stephan (2018): Editorial, Industrielle Beziehungen, in: Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management 4/2018, S. 393–399.
- Brinkmann, Ulrich/Hassan-Beik, Maren/Zappino, Lukas (2020): Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung, Hamburg.
- Capital (2020): Das Ende des Kapitalismus, 12/2020.
- Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/ Küppers, Anne (2019): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hrsg.) (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog, Frankfurt a.M./New York.
- Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter (2011): Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht der Betroffenen, Hamburg.
- Detje, Richard/Sauer, Dieter (2021): Corona-Krise im Betrieb. Empirische Erfahrungen in Industrie und Dienstleistungen, Hamburg.
- DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2021): Was bedeutet Solidarität?, 20.4.2021, unter: www.dgb.de/themen/++co++e49001ac-7a67-11ea-99c0-52540088cada.
- DGB-Index Gute Arbeit (2019): Jahresbericht, Berlin.
- Dörre, Klaus/Happ, Anja/Matuschek, Ingo (Hrsg.) (2013): Das Gesellschaftsbild der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, Hamburg.

- Dörre, Klaus/Schickert, Christine (Hrsg.) (2019): Neosozialismus, Solidarität, Demokratie vs. Kapitalismus, München.
- Ehrlich, Martin/Engel, Thomas/Füchtenkötter, Manfred/Ibrahim, Walid (2017): Digitale Prekarisierung. Neue Verwundbarkeiten und Abwertungsprozesse in der Industriearbeit, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 2/2017, S. 193–211.
- Fratzcher, Marcel (2020): Die neue Aufklärung. Wirtschaft und Gesellschaft nach der Corona-Krise, Berlin/München.
- Fuest, Clemens (2020): Wie wir unsere Wirtschaft retten. Der Weg aus der Corona-Krise, Berlin.
- Haipeter, Thomas/Hoose Fabian (2019): Interessenvertretung bei Crowd- und Gig-work. Initiativen zur Regulierung von Plattformarbeit in Deutschland, IAQ-Report 5/2019, Duisburg/Essen.
- Hobsbawm, Eric (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien.
- Höhn, Hilmar (2020): Tiefe Transformation braucht mehr Demokratie, Dossier, hrsg. von der Hans-Böckler Stiftung, Düsseldorf.
- Hürtgen, Stefanie (2013): Mensch sein auf der Arbeit? Kollegialität als Balance von allgemein-menschlichen und leistungsbezogenen Aspekten von Arbeit, in: Billmann, Lucie/Held, Josef (Hrsg.): Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis, Wiesbaden.
- Kock, Klaus/Kutzner, Edelgard (2018): Arbeit als kollegiales Handeln – Praktiken von Solidarität und Konkurrenz am Arbeitsplatz, in: Industrielle Beziehungen 4/2018, S. 446–468.
- Korunka, Christian (2020): Arbeitsintensivierung: Ursachen, Verläufe und Risikogruppen, in: WSI-Mittellungen 1/2020, S. 11–18.
- Kratzer, Nick/Menz, Wolfgang/Tullius, Knut/Wolf, Harald (2015): Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb, Baden-Baden.
- Kucklick, Christoph (2014): Die granulare Gesellschaft. Wie die Digitalisierung unsere Wirklichkeit auflöst, Berlin.
- Lehndorff, Steffen (2020): New Deal heißt Mut zum Konflikt, Hamburg.
- Lessenich, Stephan (2019): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Stuttgart.
- Lieber, Christoph (2020): Krise und «Normalität». Was kann uns die Kritik der politischen Ökonomie zur Corona-Krise sagen?, in: Sozialismus.de 6/2020, S. 45–51.
- Mayer-Ahuja, Nicole/Detje, Richard (2020): «Solidarität» in Zeiten der Pandemie: Potenziale für eine neue Politik der Arbeit?, in: WSI-Mitteilungen 6/2020, S. 493–500.
- Mazzucato, Mariana (2020): Capitalism after the Pandemic. Getting the Recovery Right, in: Foreign Affairs 2/2020.

- MEW – Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin 1956 ff.; darin:
- Marx, Karl: Das Kapital [1867], Bd. 1, in: MEW, Bd. 23.
- Marx, Karl: Das Kapital [1867], Bd. 3, in: MEW, Bd. 25.
- Mönnig, Anke/Schneemann, Christian/Weber, Enzo/Zika, Gerd/Helmrich, Robert (2018): Elektromobilität 2035. Effekte auf Wirtschaft und Erwerbstätigkeit durch die Elektrifizierung des Antriebsstrangs von Personenkraftwagen, IAB-Forschungsbericht 8/2018, Nürnberg.
- Nachtwey, Oliver/Staab, Phillip (2015): Die Avantgarde des digitalen Kapitalismus, in: Mittelweg 36 6/2015, S. 59–84.
- Nies, Sarah/Reindl, Josef/Sauer, Dieter (2019): Digitalisierung, indirekte Steuerung und gesundheitliche (Selbst-)Gefährdung, in: Schröder, Lothar (Hrsg.): Gute Arbeit – Reader 2020. Arbeitsschutz und Digitalisierung – Impulse für eine moderne Arbeitsgestaltung, Berlin.
- NPM – Nationale Plattform Zukunft der Mobilität (2020): 1. Zwischenbericht zur strategischen Personalplanung und- Entwicklung im Mobilitätssektor, Berlin, unter: www.plattform-zukunft-mobilitaet.de/wp-content/uploads/2020/03/NPM-AG-4-1-Zwischenbericht-zur-strategischen-Personalplanung-und-Entwicklung-im-Mobilitätssektor.pdf.
- Pfeiffer, Sabine (2015): Warum reden wir eigentlich über Industrie 4.0? Auf dem Weg zum digitalen Despotismus, in: Mittelweg 36 6/2015, S. 14–35.
- Prantl, Heribert (2019): Auf der Suche nach der digitalen Solidarität, in: Süddeutsche Zeitung, 20.9.2019.
- Raphael, Lutz (2018): Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin.
- Sauer, Dieter (2016): Permanente Reorganisation – Unsicherheit und Überforderung in der Arbeitswelt, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen, S. 37–57.
- Sauer, Dieter/Detje, Richard (2019): Rechtspopulismus im Betrieb. Erscheinungsformen, Hintergründe, politischer Umgang, in: WSI-Mitteilungen 3/2019, S. 159–167.
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg.
- Sennett, Richard (2019): Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, Berlin.
- Schwemmler, Michael (2018): Alles unter Kontrolle? Digitalisierung der Arbeit als Machtverschiebung, in: Sozialismus 7–8/2018, S. 54–59.
- Tooze, Adam (2018): Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben, München.
- Urban, Hans-Jürgen (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaaten und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus, Hamburg.

- Zinn, Karl Georg (1989): Kanonen und Pest. Über die Ursprünge der Neuzeit im 14. und 15. Jahrhundert, Opladen.
- Zinn, Karl Georg (1992): Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich.

Jan Dorfschmidt, Björn Helmbrecht, Lucas Kuhlmann,
Justus Reber und Janna Wichern

«IHR DA OBEN, WIR HIER UNTEN?» SOZIALKRITIK, GESELLSCHAFTS- UND STAATSBILDER IN DEUTSCHLAND

EINE QUALITATIVE UNTERSUCHUNG IN DREI BRANCHEN

1 Einleitung

Ein Wahlabend. Journalist*innen legen der Öffentlichkeit die Wahlergebnisse dar. Eines war in den letzten vier Jahren sicher: In der Nachbetrachtung war irgendwann immer davon die Rede, die AfD sei die neue Arbeiterpartei. Insbesondere prekär Beschäftigte und Geringverdiener*innen würden rechts wählen. Das politische Bewusstsein von abhängig Beschäftigten rückte so, wenn auch in stark vereinfachter Form, in den Blick einer breiteren Öffentlichkeit.

Hier setzt die vorliegende empirische Studie an, wechselt aber die Blickrichtung. Wir verschließen nicht die Augen vor rechten Orientierungen, wollen uns aber intensiver mit «linken Potenzialen» bei Lohnabhängigen auseinandersetzen. Im Mittelpunkt unserer Untersuchung stehen Ansprüche an Arbeit und Sozialstaat, mithin Staats- und Gesellschaftsbilder, die sich bei Beschäftigten aus drei unterschiedlichen Sektoren der Arbeitsgesellschaft finden. Wir analysieren also sowohl Haltungen der Beschäftigten gegenüber der eigenen Arbeit und ihre Sichtweisen auf Staat und Politik als auch die Wahrnehmung der Gesellschaft allgemein.¹ Wir glauben, dass wir mit einem derart umfassenden «Zugang» am besten in der Lage sind, das politische Alltagsdenken der Befragten zu erfassen. Es geht uns um Potenziale, an die DIE LINKE – möglicherweise – anknüpfen könnte, um ein fortschrittliches Reformbündnis zu schmieden. Deshalb haben wir nicht nur einen umfassenden inhaltlichen Zugang gewählt, sondern auch mit

1 Diese Studie ist im Rahmen des Lehrforschungsseminars «Ihr da oben, wir hier unten? Sozialkritik, Gesellschafts- und Staatsbilder in Deutschland. Eine qualitative Untersuchung» entstanden, das von Thomas Goes an der Universität Göttingen durchgeführt wurde. Im Seminar haben wir uns Grundlagen der Einstellungs- und der qualitativen Sozialforschung angeeignet. Thomas Goes hat uns sowohl bei der Interpretation der Interviews als auch bei der Niederschrift der Ergebnisse unterstützt. Das Lehrforschungsprojekt begleitet eine größere Studie zum Arbeits- und Sozialstaatsbewusstsein, die am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) durchgeführt und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert wird.

unterschiedlichen Gruppen von Lohnabhängigen gesprochen. Zwischen Oktober 2020 und Februar 2021 haben wir 36 Beschäftigte interviewt, die im Gesundheitssektor, im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder in der Automobilindustrie arbeiten. Die Gespräche haben wir mithilfe eines stark strukturierten Interviewleitfadens geführt (siehe Anhang).² Entstanden ist diese explorative Arbeit im Rahmen eines empirischen Lehrforschungsseminars, das an der Universität Göttingen durchgeführt wurde.³

Inspiration haben wir in der Rechtsextremismusforschung gefunden. Nur haben wir deren Forschungslogik (Rekonstruktion autoritärer, sozialchauvinistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Denkweisen) gewissermaßen umgekehrt. In den uns vorliegenden Studien, die sich rechten Orientierungen bei Beschäftigten widmen, wird häufig der Zusammenhang zwischen sozialen Leiderfahrungen und rechten Verarbeitungsweisen betrachtet. Eine interessante Studie, die sich rechtspopulistischen Haltungen und Wahlentscheidungen widmet, ist die Arbeit «Rückkehr zu den politisch Verlassenen» von Hillje (2018). Der Autor versucht, die Tendenz, rechtspopulistisch zu wählen, auf sozialpolitische Bedingungen in den jeweiligen Regionen, in denen die Wähler*innen leben, zurückzuführen. Die Sichtweisen der Befragten wurden in der erwähnten Studie mithilfe stark strukturierter Kurzinterviews an Haustüren in mehreren Untersuchungsregionen erfasst. Die Interviews dauerten etwa 25

- 2 Von den 66 Prozent männlichen und 34 Prozent weiblichen Befragten sind elf Prozent im ÖPNV, dreizehn in der Kranken- und Altenpflege und zwölf in der Automobilindustrie beschäftigt. Bezogen auf die Geschlechtszugehörigkeit weicht die Pflegebranche mit einem Frauenanteil von 80 Prozent stark von den anderen beiden Branchen ab, in denen jeweils nur eine Frau befragt wurde. Bei einer branchenübergreifend ähnlichen Altersverteilung sind die Befragten im Durchschnitt 41,6 Jahre alt. Starke Unterschiede gibt es hinsichtlich der Entlohnung: Während die Hälfte der Beschäftigten der Automobilbranche 3.000 bis 4.000 Euro netto verdient, haben 80 Prozent der Pflegekräfte hingegen nur 1.000 bis 2.000 Euro am Ende eines Monats. Von den Beschäftigten des ÖPNV verdienen 73 Prozent 1.500 bis 2.500 Euro netto pro Monat. Bei den Pflegekräften gilt es zu berücksichtigen, dass knapp 60 Prozent der Befragten in Teilzeit beschäftigt sind. In den anderen Branchen sind hingegen alle Befragten unbefristet in Vollzeit beschäftigt. Die Arbeitsverhältnisse von zwei Beschäftigten in der Pflege sind auf jeweils ein Jahr befristet. Insgesamt weisen die Befragten in ihrem Berufsfeld eine Arbeitserfahrung von durchschnittlich 17 Jahren auf, von denen 13 Jahre beim aktuellen Arbeitgeber geleistet wurden. Über die Hälfte der Befragten hat einen Realschulabschluss, jeweils fünf Personen haben einen Hauptschulabschluss oder die Fachhochschulreife und sieben Personen ein Abitur. 89 Prozent haben eine einschlägige Berufsausbildung abgeschlossen. Von den übrigen elf Prozent hat die eine Hälfte einen Bachelor- und die andere Hälfte einen Masterabschluss.
- 3 Unser Ziel war es, möglichst viele Interviews mit Beschäftigten aus wichtigen Sektoren der Wirtschaft zu führen. Die Beschäftigten der Automobilindustrie stehen exemplarisch für den Kern der Industriebeschäftigten, der immer noch einen großen Teil der Lohnabhängigen ausmacht. Beschäftigte der Gesundheitsindustrie sind Beispiele für Arbeiter*innen der personenbezogenen Dienstleistungen, die unter Effizienz- und Kostendruck leiden. Und die Beschäftigten des ÖPNV stehen stellvertretend für einen Teil der Staatsbeschäftigten, die unter Austeritätsbedingungen arbeiten müssen. Mithin machen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes einen großen Teil der Lohnabhängigen (4,9 Millionen (Destasis 2021: 25) aus, wenngleich sich dahinter ganz unterschiedliche Tätigkeiten verbergen können (von Verwaltungstätigkeiten über Busfahren bis hin zum Streifenendienst). Den Zugang zu unseren Interviewpartner*innen fanden wir über Gewerkschaftssekretär*innen, die uns die Kontakte zu Beschäftigten vermittelt haben. Ursprünglich sollte unsere Studie auf einer höheren Zahl von Interviews beruhen. Allerdings wurde sowohl unsere Studien- als auch die Erhebungssituation durch die Corona-Pandemie erheblich erschwert bzw. verschlechtert. Den Kolleg*innen, die sich trotz der widrigen Umstände Zeit für ein Gespräch genommen haben, sind wir umso dankbarer. Aufgrund des Feldzugangs über Gewerkschaftssekretär*innen und Betriebs-/Personalrät*innen dürfte das Gros unserer Gesprächspartner*innen zum betrieblich verankerten Gewerkschaftsmilieu gehören.

bis 30 Minuten. Für eine qualitative Studie ungewöhnlich sollten möglichst viele Interviews geführt werden, um Aussagekraft und Vergleichbarkeit zu erreichen. Gleichzeitig sollten die Befragten – anders als in einer einfachen Fragebogenerhebung – zu Wort kommen (Kritiker*innen könnten einwenden, dass es sich weder um wirkliche qualitative noch um quantitative Sozialforschung handelt). Auf dieser Grundlage identifiziert Hillje das Gefühl der Menschen in strukturschwachen Regionen, von der Politik vernachlässigt zu werden bzw. verlassen worden zu sein. Arbeitsplätze fehlen, die Infrastruktur reicht nicht aus. Hieraus wiederum resultiert die Annahme, dass sich eine ablehnende Haltung gegenüber Migrant*innen aus der Tatsache ergibt, dass diese als Konkurrent*innen um Sozialleistungen betrachtet werden.

Im Fokus dieser Deutungen stehen als egoistisch wahrgenommene Politiker*innen, die sich nach Ansicht der Befragten von deren Lebensrealität entfernt haben, nur auf eigenen wirtschaftlichen Profit ausgerichtet sind und die eigentlichen Probleme der Bevölkerung nicht berücksichtigen (vgl. ebd.: 10). Auch wenn Politiker*innen gleichzeitig als mögliche Problemlöser*innen dargestellt werden, stellen die «politisch Verlassenen» einen Zusammenhang zwischen der eigenen schlechten Lebenssituation und der scheinbaren Weigerung der Politiker*innen her, sich dieser anzunehmen. Dies kann wiederum zur Problematisierung von Migration und somit zum Anschluss an rechtspopulistische Deutungsweisen führen (vgl. ebd.: 20).

Stehen bei der Studie «Rückkehr zu den politisch Verlassenen» eher Mangelserfahrungen in Regionen oder Nachbarschaften im Vordergrund, rücken andere sozialwissenschaftliche Untersuchungen die Arbeitswelt in den Fokus, zum Beispiel die der Forschergruppe um Ulrich Brinkmann, die die Studie «Solidarität und Skepsis» im Jahr 2020 vorgelegt hat. Bezugspunkt ist hier eine «multiple Krisendynamik» (vgl. Brinkmann et al. 2020: 11), die aus kulturellen, sozioökonomischen und politischen Krisenprozessen im Arbeitsalltag der Beschäftigten bestehe. Diese Prozesse zeigten sich im Verlust identitätsstiftender Milieus, im Abbau sozialer Sicherungssysteme, in einer sich dadurch ausdehnenden Prekarisierung sowie im Rückgang nationalstaatlich orientierter Politikformen. Sie erzeugten Abstiegsängste, Misstrauen in politische Institutionen und Ohnmachtsgefühle unter den Befragten. Das Zusammenwirken dieser Prozesse führe letztlich dazu, so die zentrale Annahme der Autor*innen, dass rechtspopulistische Deutungsmuster und Narrative attraktiver für Beschäftigte werden (vgl. ebd.: 18 ff.).

Hier knüpfen wir an. Auch wir wollen den Zusammenhang zwischen Erfahrungen in der Arbeitswelt einerseits und Gesellschafts- und Staatsbildern andererseits ausleuchten. Dieser Brückenschlag zwischen arbeits-, gesellschafts- und sozialstaatsbezogenen Deutungen ist eine Besonderheit unserer Studie, die sich in dieser Form in jüngeren Untersuchungen bisher nicht findet. Interessen und Ansprüchen, die Beschäftigte an den Sozialstaat haben, kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu.

Eine Grundprämisse unserer Untersuchung ist, dass Menschen die Erfahrungen, die sie im Arbeits- und Berufsleben sammeln, im Licht normativer Vorstellungen bezüglich einer gerechten und richtigen Ordnung verarbeiten (vgl. Kitschelt/Rehm 2014:

228). Sie hegen implizite oder explizite Ansprüche an eine «moralische Ökonomie» (E. P. Thompson). Wenn diese Wertvorstellungen verletzt oder einseitig aufgekündigt werden, kann eine Basis für solidarisches Handeln entstehen. Deshalb untersuchen wir, welche Auffassung von Gerechtigkeit und welche Vorstellungen von Politik, Staat und Gesellschaft die Beschäftigten haben. Die gleichzeitige Betrachtung des grundlegenden Verständnisses gesellschaftspolitischer Institutionen, das den Bezugsrahmen individueller politischer Willensbildung ausmacht, kann zu einer weiteren Erkenntnis dieser Vorstellungen beitragen. Wir gehen allerdings methodisch anders als die Forschungsgruppe um Brinkmann vor. Angeregt durch die Studie «Rückkehr zu den politisch Verlassenen» haben wir stark strukturierte Kurzinterviews geführt.

Wir teilen die – bei Brinkmann et al. mehr oder weniger implizite – Annahme, dass Krisen Phasen der Politisierung und des politischen Umbruchs sein können. Es gab in den vergangenen Jahren eine Mobilmachung von rechts. Man denke an Pegida, an rechte Mobilisierungen gegen Geflüchtete, an nach rechts offene Querdenker-Demonstrationen oder die Verfestigung nationalradikaler Milieus in der AfD und um sie herum. Unsere Arbeitshypothese lautet, dass Politisierung und Mobilmachung nach links ebenso möglich sind, also während gesellschaftlicher Krisen immer auch solidarischer Zusammenschluss und zivilgesellschaftliches Engagement für bessere Verhältnisse entstehen können. Das ist der Grund für unseren Perspektivenwechsel gegenüber der sowohl soziologisch als auch politisch wichtigen Rechtsextremismusforschung. Anders als die zitierten Studien richten wir den Blick auf Potenziale demokratischer und sozialer Erneuerung, die in den Deutungen von Beschäftigten möglicherweise ebenfalls zu finden sind.

Unsere Erwartungen haben sich durchaus erfüllt. Wir sind in unserer Untersuchung tatsächlich auf Meinungen und Orientierungen gestoßen, die Brücken nach links sein können, aber nicht sein müssen. Grundlegend konnten wir sechs Wahrnehmungen identifizieren, die von Beschäftigten aus allen Branchen geteilt werden:

- Die soziale Ungleichheit wächst und ist zu hoch.
- Die Gesellschaft gliedert sich in eine Ober-, Unter- und Mittelschicht, die Mitte erodiert.
- Politiker*innen sollen diese Probleme lösen, sie haben sich aber zu weit von den Menschen entfernt bzw. entfremdet; gleichzeitig besteht ein grundsätzliches Vertrauen in das demokratische System selbst.
- Der Sozialstaat ist wichtig, er soll für soziale Gerechtigkeit sorgen und den Unternehmen Grenzen setzen.
- Die Sozialkritik an der Ungleichheit und an konkreten sozialpolitischen Missständen basiert auf Leistungssinn und Leistungsbereitschaft. Bei einem Teil der Befragten führt das zur Abgrenzung von Menschen, denen sie unterstellen, nicht arbeiten oder nichts leisten zu wollen.
- Die Diagnose, dass soziale Ungleichheit wächst und die Mittelschicht erodiert, geht aber nicht zwingend mit dem Eindruck, die eigene Lebenssituation habe sich ver-

schlechtern, oder mit Aussagen, die ein Dringlichkeitsgefühl («Es muss sich unbedingt etwas ändern.») ausdrücken, einher.

Aufbau der Studie

Im Folgenden stellen wir unsere Forschungsergebnisse vor. Uns war es wichtig, die befragten Beschäftigten ausführlich im O-Ton zu zitieren, weil dies nicht nur die wissenschaftliche Prüfung unserer Interpretationen erlaubt, sondern überhaupt erst ermöglicht, politisch zu verstehen (auch in allen Doppeldeutigkeiten und Widersprüchen), wie die Kolleg*innen die Welt deuten. Unsere Analyse gliedert sich in fünf verschiedene Inhaltsabschnitte, die sich nach den in den Interviews aufgegriffenen Themen richten. Wir legen zunächst dar, wie unsere Gesprächspartner*innen ihre Arbeits- und Beschäftigungssituation wahrnehmen und bewerten (siehe Kapitel 2.1), und gehen dann auf ihre Deutung der Gesellschaft ein. Im Abschnitt «Gesellschaftsbilder» (siehe Kapitel 2.2) stehen wahrgenommene gesellschaftliche Probleme, Gerechtigkeitsvorstellungen und typische Wahrnehmungen gesellschaftlicher Ungleichheiten im Fokus. Ausführlich behandeln wir auch die (Sozial-)Staatsbilder (siehe Kapitel 2.3), auf die wir in den Interviews gestoßen sind. Welche Ansprüche an den Sozialstaat haben Befragte, wie zufrieden sind sie mit der Sozialpolitik, was soll anders werden? Einen eigenen Stellenwert hat die Sicht der Beschäftigten auf das politische System (siehe Kapitel 2.4): Wie sehen die interviewten Kolleg*innen die Parteien, was denken sie über Politiker*innen, welche Parteien unterstützen sie? Abschließend wenden wir uns den Potenzialen demokratischer und sozialer Erneuerung zu (siehe Kapitel 2.5). Im Schlusskapitel fassen wir unsere Ergebnisse bündig zusammen.

2 Befunde der Beschäftigtenbefragung

Die Ergebnisse der Interviews interpretieren wir entlang der fünf abgefragten Themenbereiche erwerbsarbeitsbezogene Sozialkritik, Gesellschaftsbilder, (Sozial-)Staatsbilder, Politikvorstellungen und Potenziale demokratischer und sozialer Erneuerung. Dabei analysieren wir die Antwortmuster der drei befragten Berufsgruppen gemeinsam. Sollten sich branchenspezifische Ergebnisse abzeichnen, stellen wir diese gesondert dar und vergleichen sie mit den Antworten aus den anderen Branchen. Der Fokus liegt auf den populärsten Antworten. Wir erörtern punktuell, aber auch denen entgegenstehende oder besondere einzelne Aussagen. Die Branchenzugehörigkeit der zitierten Beschäftigten wird dabei in Klammern mit den Kürzeln A für Automobilbranche, P für Pflegebranche und ÖPNV für den öffentlichen Personennahverkehr angegeben. Zusätzlich geben wir hier den Namen und das Alter der jeweils befragten Personen an.

2.1 Erwerbsarbeitsbezogene Sozialkritik

2.1.1 Arbeits(un)zufriedenheit

Die befragten Personen äußern unabhängig von ihrer Branchenzugehörigkeit eine grundsätzliche Arbeitszufriedenheit. Nach konkreten Problemen gefragt, formulieren

viele dennoch Kritik an ihrer Erwerbssituation. Betrachtet man zunächst die als positiv ausgedrückten Arbeitserfahrungen, dann fällt auf, dass Pflegende das Profil ihrer beruflichen Tätigkeit, vor allem den Umgang mit Menschen und die Möglichkeit, anderen zu helfen, schätzen:

«Was mir an meiner Arbeit gut gefällt, ist der soziale Umgang mit den Menschen, dass man Menschen helfen kann [...] und dass es mir eine Befriedigung gibt, dass ich eben diesen Beruf ausübe und er mir Spaß macht.» (Jana, P, 32)

Bei den befragten Angestellten des ÖPNV sorgen vor allem betriebliche Rahmenbedingungen für eine hohe Arbeitszufriedenheit:

«Aus dem ganz einfachen Grund, dass ich hier in einem Betrieb arbeite, der sehr sozial ist. [...] Wir kriegen [das] Fitnessstudio bezahlt, wir haben Obstkörbe, Getränkespender, wir haben mittlerweile an fast jeder Endhaltestelle eine Toilette.» (Johanna, ÖPNV, 48)

Das Tätigkeitsprofil sorgt auch hier für eine positive Wahrnehmung des Berufsalltags: «Der Umgang mit der Technik, der Umgang mit den Menschen, (..) für andere da zu sein, dass ich Leuten helfen kann, indem ich Mobilität gebe.» (Oliver, ÖPNV, 29)

Ganz anders scheint es den Befragten zu gehen, die in der Endmontage der Automobilindustrie arbeiten. Hier gehören die Arbeitstätigkeiten zu den am häufigsten genannten negativen Aspekten des beruflichen Alltags. Da den Beschäftigten hier allerdings vielfach zusätzliche Kompetenzen und Verantwortung übertragen werden, relativiert dies die wahrgenommene Unzufriedenheit teilweise:

«Mein Tätigkeitsfeld, weil ich auch noch Gruppensprecher bin, gefällt mir ganz gut. [Mir gefällt], dass ich da so ein paar besondere Aufgaben bekomme bzw. auch Urlaubsplanung usw. [Ich habe], was so über den normalen Mitarbeiter hinausgeht, eine Sonderfunktion.» (Fritz, A, 58)

Die Zufriedenheit der Beschäftigten aus der Automobilbranche speist sich insofern nicht zuallererst aus der Arbeit selbst, sondern vor allem aus der hohen Entlohnung: «Was mir gut gefällt, ist natürlich die Bezahlung; es ist immer wichtig, was zwischen Daumen und Zeigefinger ist.» (Tobi, A, 41) Für viele stellt der Lohn den entscheidenden Anreiz dar, sich für die Arbeit in der Endmontage zu entscheiden.

Während sich auch die Befragten aus dem ÖPNV sehr positiv über ihre Entlohnung äußern, kritisieren die Pflegenden die Diskrepanz zwischen der mit ihrer Tätigkeit einhergehenden Verantwortung und der geringen Bezahlung.

Interessanterweise nennen die Befragten der Automobilbranche – insbesondere die, die in der Endfertigung beschäftigt sind – die Relevanz des Teams und die kollegiale Zusammenarbeit als einen weiteren wichtigen Faktor für die positive Wahrnehmung.

mung ihrer Beschäftigungssituation. «Das heißt, der Fokus ist eher so ein bisschen bei den Menschen, anstatt auf der Arbeit, dementsprechend fühle ich mich auch wohl.» (Bernd, A, 28)

Befragte aus der Pflegebranche oder des öffentlichen Personennahverkehrs schreiben diesem Faktor hingegen deutlich weniger Bedeutung zu. Vor allem die Interaktion mit Kolleg*innen rückt in der Automobilbranche in den Vordergrund, wodurch angenommen werden kann, dass so die Monotonie der Arbeitsinhalte ein Stück weit ausgeblendet wird.

Widmet man sich den Gründen für die Unzufriedenheit mit der eigenen Beschäftigungssituation, fallen branchenübergreifende Ähnlichkeiten auf: Die Befragten der Pflegebranche problematisieren negative Auswirkungen der anhaltenden Rationalisierungsmaßnahmen auf ihren beruflichen Alltag, wie zum Beispiel die Straffung des Personaleinsatzes, Einsparungen bei Personalkosten oder die Einführung der Fallkostenpauschalen. Pflegendes kritisieren besonders, dass «man quasi [immer] am Wochenende arbeiten muss» (Manuel, P, 25). Sie stellen dabei auch einen Zusammenhang mit den Privatisierungen im Gesundheitssektor und den sich daraus ergebenden Profitinteressen der Unternehmen her. Die Kritik eines überwiegenden Teils der Pflegenden mündet in der Forderung an «die» Politik, die Privatisierung zu unterbinden, verschlechtere diese doch die Qualität der Pflege. Auch die Befragten aus der Automobilbranche nehmen einen steigenden Arbeitsdruck wahr. Allerdings verbinden sie diesen nicht mit den zunehmenden Rationalisierungs- und Profitstrategien des Unternehmens.

«Allgemein [...] kann ich sagen, dass es bei [Automobilkonzern] ganz schön anstrengend geworden ist. Für die, die da arbeiten müssen, [ist das] eine ganz schöne Knüppelei. Ja, das ist wesentlich anstrengender, die müssen viel mehr einbauen und viel mehr Sachen machen. Im Ein-Minuten-Takt und das ist natürlich schon mächtig anstrengend.» (Thomas, A, 58)

Auch im ÖPNV werden die Arbeitszeiten problematisiert. Hier betonen die Befragten ihren Unmut über die faktische, aber bis dato nicht als solche offiziell anerkannte Schichtarbeit: «Aber ja, ich habe mich jetzt arrangiert über die Jahre. [Das] ist halt unser Beruf, das lässt sich nicht verändern, wir sind ja Dienstleister.» (Jörg, ÖPNV, 62) Insbesondere die Schichtarbeit steht hier im Fokus, und alle geben an, darunter zu leiden. Dabei betonen viele, dass das Schichtsystem eine starke Rückkopplung auf das Privatleben habe und sowohl während der beruflichen Tätigkeit als auch im Privaten Müdigkeit und Lustlosigkeit fördere. Neben der körperlichen und psychischen Belastung empfinden sie die mit der Schichtarbeit einhergehende mangelnde Planbarkeit des Privatlebens als äußerst negativ:

«Man konnte früher sagen, man hat seinen Dienstplan, man wusste genau, wann man arbeitet, man konnte alles organisieren und machen, damit halt alle versorgt sind. [Das]

ist in der jetzigen Zeit gar nicht mehr so. Ich weiß jetzt zum Beispiel noch nicht, ob ich morgen arbeiten muss oder nicht, und das sind alles so Sachen, die [...] vor allem [im] Alltag sehr schwierig umzusetzen [sind].» (Jana, P, 32)

Bei den Pflegeberufen fällt auf, dass sich ausschließlich Befragte, die ihrer Tätigkeit in Teilzeit nachgehen, positiv über ihre Arbeitszeiten äußern. Sie ziehen Vergleiche zu Kolleg*innen, die in Vollzeit und im Schichtsystem arbeiten, oder zu ihrer eigenen vergangenen Arbeitssituation und sind erleichtert, dass sie durch die Teilzeit weniger Belastungen ausgesetzt sind.

2.1.2 Mitbestimmung und Anerkennung

Auffällig ist zudem, dass sich sowohl unter den Befragten aus dem ÖPNV als auch aus dem Bereich der Automobilfertigung allein Angehörige des Betriebsrats positiv über die bereits bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten äußern. Alle anderen eint das Gefühl, in der Arbeitswelt weder ernst genommen noch in betriebliche Entscheidungen eingebunden zu werden. Selbst die Betriebsrät*innen untermauern diese Erkenntnis. So antwortet ein Mitglied des Betriebsrats aus dem Bereich der Automobilbranche auf unsere Frage nach Mitbestimmungsmöglichkeiten: «Ich schon[, weil ich im] Betriebsrat [bin] (lacht). [...] Die normalen Mitarbeiter eher nicht.» (Theo, A, 47) Ein Betriebsratsmitglied aus dem ÖPNV äußert sich ähnlich auf dieselbe Frage: «Jetzt muss ich das natürlich differenzieren, nicht aus der Perspektive des Betriebsrats, sondern aus der Perspektive der Fahrer: [...] Nein!» (Jörg, ÖPNV, 62)

Die mangelnde Anerkennung der eigenen Tätigkeiten durch Vorgesetzte kritisieren Befragte sowohl aus der Pflegebranche als auch der Automobilbranche ausgiebig. Viele bemängeln, dass die eigenen Arbeitsanstrengungen nicht entsprechend honoriert werden oder den Belangen der Mitarbeitenden nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt werde:

«Man verlangt ja immer mehr, immer mehr, immer mehr und dann wird es nicht wertgeschätzt, auch wenn du mehr machst als alle anderen, gibt es kein ›Dankeschön‹ am Ende. Dabei wird die Arbeit stetig mehr.» (Theo, A, 47)

Zudem kritisieren die Interviewpartner*innen dieser beiden Branchen die hierarchischen Strukturen innerhalb der Betriebe, auch wenn damit «lediglich» Personalkritik gemeint ist und nicht die hierarchische Arbeitsorganisation per se beanstandet wird. Befragte des ÖPNV äußern sich uns gegenüber geschlossen zufrieden über die betriebliche Anerkennung und betonen in diesem Zusammenhang die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung

Neben diesen Aspekten spielt vor allem die Frage nach gesellschaftlicher Anerkennung der eigenen Tätigkeit eine entscheidende Rolle für die Befragten. Überwiegend Befragte aus der Pflege, aber zum Teil auch aus dem ÖPNV geben an, wichtige ge-

sellschaftliche Aufgaben zu erfüllen, die von der Gesellschaft, der Politik und zum Teil auch von Patient*innen bzw. Kund*innen nicht angemessen honoriert würden.

«Ich glaube, die aktuelle Situation zeigt uns, welche Berufe systemrelevant sind, und trotzdem ändert sich [...] in den Köpfen nicht viel. Zum Beispiel kann ich es nicht nachvollziehen, warum [...] Fußballspieler extrem viel verdienen, obwohl sie für die Gesellschaft an sich absolut nichts leisten, außer Unterhaltung. Aber zum Beispiel Ärzte, Pflegekräfte oder auch der Einzelhandel [...], die sind so was von wichtig und die verdienen trotzdem extrem schlecht. Zum Beispiel eine alleinerziehende Krankenschwester, die nicht voll arbeiten kann, die hat es echt schwer, ihre Familie zu ernähren. Und das, finde ich, kann echt nicht sein, wenn man so viel für die Gesellschaft tut.» (Betty, P, 27)

Zusätzlich zeigt sich, dass die von den Beschäftigten wahrgenommene Wertschätzung innerhalb der Endmontage der Automobilbetriebe durch eine gesellschaftlich etablierte negative Einordnung/Bewertung der Branche bestimmt ist:

«Gesellschaftlich, [...] das ist schwierig, das ist extrem schwierig einzuschätzen. Weil, du bist nur ein Mitarbeiter am Band. Ja, wenn du sagst: «Hör mal, ich bin bei [Automobilkonzern], ich hab jetzt dein Getriebe zusammengebaut.» Dann gucken sie dich alle an und sagen: «Höhöhö, ja wie lustig.» Wie gesagt, wenn du bei [Automobilkonzern] bist, dann hörst du auch ganz oft: «Ach, bei dem Betrugsverein bist.» Ich sag teilweise schon nicht mehr, wo ich arbeite.» (Tobi, A, 41)

Trotz intensiv geübter Kritik äußern die Interviewpartner*innen aus der Branche des ÖPNV und der Automobilindustrie wenig arbeitsweltliche Veränderungswünsche, auch wenn wir explizit nach ihnen gefragt haben: Vor allem die Befragten der Automobilbranche, die die Arbeitsintensität bemängeln, wünschen sich primär eine Veränderung der Arbeitszeitmodelle. Die Tatsache, dass in beiden Branchen relativ hohe Löhne gezahlt werden, könnte dazu beitragen, dass wahrgenommene Probleme relativiert werden.

Das befragte Pflegepersonal ergänzt seine Kritik hingegen durch vielfältige Verbesserungsvorschläge. Und auch die aus den Privatisierungen im Gesundheitssektor entstehenden arbeitsweltlichen Konsequenzen werden kritisch hinterfragt, während die Befragten der Automobilbranche und des öffentlichen Personennahverkehrs berufliche Probleme weniger kontextualisieren und demzufolge keine Kritik an herrschenden Marktprinzipien äußern.

2.1.3 Zwischenresümee

Zufrieden macht es Pflegenden und in geringerem Ausmaß auch die Beschäftigten des ÖPNV, anderen helfen zu können. Anders die Interviewten der Automobilbranche. Zufrieden sind sie mit der Entlohnung oder der Chance, das eigene Tätigkeitsprofil

durch Zusatzaufgaben diversifizieren zu können. Nahezu alle Befragten beanstanden die Schichtarbeit mitsamt ihren körperlichen und psychischen Auswirkungen. Zudem heben sie hervor, dass sie einen kontinuierlich steigenden Arbeitsdruck verspüren. Hierbei fällt besonders auf, dass ausschließlich die Pflegenden den Anstieg auf betriebliche Rationalisierungsbemühungen zurückführen, während die anderen Befragten den Ursprung unkommentiert lassen. In einem Punkt stimmen jedoch alle überein: Alle Interviewpartner*innen erleben eine abnehmende Wertschätzung ihrer geleisteten Arbeit. Befragte der Automobilindustrie fühlen sich von Vorgesetzten, Pflegende und zum Teil auch Beschäftigte des ÖPNV von «der Gesellschaft» nicht wertgeschätzt.

2.2 Gesellschaftsbilder

Neben verschiedenen arbeitsweltlichen Aspekten und Formen von erwerbsarbeitsbezogener Sozialkritik sprachen wir im Rahmen der Interviews den gesellschaftlichen Wahrnehmungshorizont der Befragten an, um Gerechtigkeitsvorstellungen, Umrisse kollektiver Identitäten und die Sicht auf zentrale gesellschaftliche Probleme herauszustellen.

2.2.1 Gesellschaftliche Problemdiagnosen

Im Hinblick auf gesamtgesellschaftliche Problemlagen zeigt sich zunächst eine aufschlussreiche branchenübergreifende Deckungsgleichheit: Die große Mehrheit der Befragten aller drei Sektoren nennt die rapide Zunahme der sozialen bzw. sozioökonomischen Ungleichheit als das zentrale Problem der bundesrepublikanischen Gesellschaft. In den betreffenden Aussagen greifen die Befragten dabei häufig auf das aus öffentlichen Diskussionen bekannte Bild der auseinanderklaffenden Vermögensschere zurück. Manuel, ein 25-jähriger Gesundheits- und Krankenpfleger, stellt kritisch fest,

«dass es auch viele Menschen gibt, denen es nicht so gut geht, die quasi auf der Straße leben müssen und sich über Wasser halten müssen [...]. Und 20 Meter weiter sieht man den Businessman im Anzug, der sein Mittagessen isst. Das finde ich schwierig. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer.» (Manuel, P, 25)

Die wahrgenommene größer werdende Spanne zwischen armen und reichen Teilen der Bevölkerung ist omnipräsent und prägt auch die gesellschaftlichen Vorstellungen nahezu aller Befragten aus dem ÖPNV sowie der Automobilbranche. So wird konstatiert, dass wir «hier in Deutschland ein Verteilungsproblem» (Oliver, ÖPNV, 29) hätten, das sich, «da die Schere immer weiter auseinandergeht» (Uwe, ÖPNV, 26), tendenziell zuzuspitzen drohe.

Dass diese Sicht eine realitätsgetreue Zustandsbeschreibung der sozialen Wirklichkeit darstellt, wurde empirisch mehrfach nachgewiesen: So macht eine quantitative Datenauswertung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) deutlich,

inwiefern sich verschiedene Einkommensformen und -höhen seit der Jahrtausendwende in unterschiedlicher Art und Weise entwickelt haben: «Während die realen Einkommen der obersten zehn Prozent um mehr als 15 Prozent stiegen, stagnierten sie in der Mitte der Einkommensverteilung und waren in den unteren Einkommensgruppen sogar rückläufig.» (Goebel et al. 2015: 571) Hohe sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die auf dem Produktionsfaktor Kapital basieren, stiegen insgesamt deutlich stärker als niedrige und lohnbasierte Einkommen von Arbeitnehmer*innen. Folgen dieser Entwicklungstendenz sind der Anstieg der Ungleichheit von verfügbaren Haushaltseinkommen sowie eine signifikante Zunahme des Armutsrisikos, von dem insbesondere Alleinlebende und Berufseinsteiger*innen betroffen sind (vgl. ebd.).

Den Umstand, dass sich die sozioökonomische Ungleichheit zunehmend verschärft, beziehen die Befragten wiederum auf eine weitere Problemdiagnose, die sich sektorübergreifend vorfinden lässt: Der drohende oder bereits eingetretene Niedergang der gesellschaftlichen Mittelschicht. Auch wenn es in allen Berufsgruppen einzelne Personen gibt, die der Auffassung sind, die Mittelschicht gebe es als solche bereits nicht mehr, geht die Mehrheit der Befragten weiterhin von ihrer Existenz aus, schränkt jedoch ein, dass sie ihre gesellschaftstragende Bedeutung zunehmend einbüße und ihr Fortbestand akut bedroht sei. «Die Mittelschicht stirbt langsam aus» (Theo, A, 47), sie «bleibt einfach auf der Strecke» (Thomas, A, 58) und «wird total ausgedünnt» (Betty, P, 27) – so die grundsätzliche Annahme, die, wie auch das folgende Zitat verdeutlicht, vorrangig auf die zunehmende sozioökonomische Ungleichheit der Gesellschaft zurückgeführt wird:

«Die wirkliche Mittelschicht gibt es [kaum] noch [...]. Die nimmt ab. [...] Es gibt nur noch die Oberen. Die werden gut bezahlt, sind in gut bezahlten Stellen, haben auch andere Posten, andere Möglichkeiten weiterzukommen. Und wenn ich mir dann viele jüngere Menschen ansehe, [...] die manchmal zwei, drei Jobs haben müssen, um über die Runden zu kommen, ist das nicht das, was unsere Väter mal vorgesehen haben. Diese Mittelschicht, die von ihrem Einkommen leben kann und noch ein bisschen was überhat, ist weniger geworden oder wird weniger. Es gibt nur noch [...] die Masse, [...] die lebt von der Hand in den Mund und die anderen haben einen Überfluss und wissen nicht, wohin damit.» (Jörg, ÖPNV, 62)

Ihr politisches Pendant findet die sozioökonomische Polarisierung in der von mehreren Befragten problematisierten Zunahme von radikalen Grundeinstellungen. So äußert sich eine knappe Mehrheit der Befragten des ÖPNV besorgt über einen sich abzeichnenden und womöglich weiter verschärfenden Rechtsruck in der Gesellschaft, der gerade vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands als enorme Gefahr betrachtet wird. In diesem Sinne antwortet Oliver, ein 29-jähriger Berufskraftfahrer auf die Frage, was in unserer Gesellschaft schieflaufe:

«Hier läuft einiges falsch, würde ich sagen. Schon [...] bei der Gesellschaft angefangen. Manchmal fragt man sich schon: «Was ist hier eigentlich los? Was habt ihr alle für Einstellungen?» Auch wie sich das politisch alles nach rechts entwickelt.» (Oliver, ÖPNV, 29)

Die Tatsache, dass, obwohl «wir das dritte Reich hatten, jetzt schon wieder die Rechten so im Vormarsch sind» (Betty, P, 27), betrachten auch Pflegende und Beschäftigte in der Autoindustrie kritisch. Teils wird dabei auf ein grundsätzliches Gefährdungspotenzial hingewiesen, das allen Formen von Extremismus gleichermaßen eigen sei. Befragten mit dieser Einstellung geht es folglich hauptsächlich darum, Extremismus generell zu vermeiden und dafür Sorge zu tragen, «[d]ass wir nicht total abrutschen. Ob rechtsextrem oder linksextrem, wir sollten wirklich aufpassen, dass wir nicht unter die Räder von irgendwelchen Radikalen geraten.» (Fritz, A, 58) Dass es dabei durchaus zu einer realitätsverzerrenden qualitativen Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus kommt, wird anhand folgender Aussage deutlich:

«Die Politik müsste mehr auf die Rechten und die Linken eingehen, weil die Rechten werden ja auch immer angegriffen. Das hört man von den Linken nicht, aber die sind ja in meinen Augen genauso schlimm, ne? [...] Die greifen ja die Polizei an und beschmeißen die mit Steinen und was weiß ich was alles.» (Thomas, A, 58)

Einer Minderheit zufolge manifestiert sich dieses Phänomen auch in einer Form von Meinungsunterdrückung durch die vermeintlich bewusste Abwertung von Andersdenkenden. Unter Rückgriff auf den gerade von rechtspopulistischen Akteur*innen mobilisierten «Topos des Mundtot-Machens» vertreten wenige Befragte die Auffassung, in der Bundesrepublik «wird freie Meinungsäußerung nicht gewollt» (Adam, A, 46) und dadurch verhindert, dass Personen, die sich kritisch äußern, von der Allgemeinheit «doch schnell in eine Ecke gestellt werden» (Michael, ÖPNV, 52). Besonders offenkundig trete dieses Phänomen in der Integrationsdebatte sowie im Kontext der gegenwärtigen Corona-Pandemie zutage:

«Mir sind da die Hände gebunden. Normalerweise bin ich immer proaktiv unterwegs [...]. Das Demokratieverständnis ändert sich gerade und man hat das Gefühl, wenn man sich kritisch äußert, in eine bestimmte Ecke gedrängt zu werden. Ich bin jetzt kein Querdenker oder so, was die ganzen Maßnahmen angeht, überhaupt nicht. Aber ich sehe, wie Leute mundtot gemacht werden. Das ist tatsächlich der Fall. [...] Das Ministerium hat eine Richtlinie an alle Lehrer verschickt, sie dürften sich nicht kritisch äußern, was die Maßnahmen angeht. Und das darf nicht sein. Man muss seine Meinung frei äußern können. Doch zum jetzigen Zeitpunkt ist es so, dass die Lehrerschaft dazu gedrängt wird, [...] ihre freie Meinung [nicht] zu äußern.» (Adam, A, 46)

Der 43-jährige Berufskraftfahrer Mark, der sich auf kommunaler Ebene für die SPD engagiert, ist der Ansicht, es existiere eine Art «Meinungsfaschismus», und zieht eine die historischen Realitäten verzerrende Parallele zum Nationalsozialismus:

«Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Politik zur Ordnung zu rufen, wenn sie übertreibt, und das machen zu wenige. Das könnte eventuell aber auch daran liegen, dass jeder, der mit Kritik kommt, in diese Ecke gestellt wird. «Der arbeitet gegen das System. Der ist andersdenkend.» [Das] erinnert so ein bisschen an [den] Anfang [des] Dritten Reichs, sage ich jetzt einfach mal.» (Mark, ÖPNV, 43)

Eine knappe Minderheit betrachtet diese skizzierten Entwicklungsdynamiken teils als Ursache, teils als Resultat einer Spaltung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohe. Diese Entwicklungen gingen also Hand in Hand damit, «dass wir ziemlich gespalten sind» (Fritz, A, 58) und es derzeit «kein Miteinander» (Ingrid, A, 42) mehr gebe. Einige Befragte führen «die Spaltung der Gesellschaft» (Christiane, P, 52) ferner auf Interaktions- und Kommunikationsdynamiken von sozialen Medien zurück:

«Ich finde, dass sich unsere Gesellschaft immer weiter voneinander entfernt. Ich weiß nicht, woran das liegt, ob das an den sogenannten sozialen Medien liegt. Ein Kollege hat sie mal ganz nett als «soziale Medien» beschimpft (lacht). Klar, das kann sehr gut zusammenbringen so was. [...] Es kann aber auch sehr, sehr schnell auseinanderführen, sodass man sich nur noch fragt: «Oh, wie viele Likes muss ich jetzt auf Instagram oder sonst wo haben?»» (Heinz, ÖPNV, 29)

Neben diesem dominierenden Problemkomplex, der die sozioökonomische Polarisierung, die Erosion der Mittelschicht, die zunehmende politische Radikalisierung und gesellschaftliche Aufspaltung vereint, stellen die Befragten weitere gesellschaftliche Krisendiagnosen: Während sie Probleme auf dem Wohnungsmarkt und im Bildungssystem nur vereinzelt benennen, sprechen einige der Beschäftigten der als prekär empfundenen Altersabsicherung eine bedeutende Rolle zu. Der marode Charakter des bundesrepublikanischen Rentensystems zeige sich unter anderem darin, dass es nicht wenige Arbeitnehmer*innen gebe, «die in Rente gehen, die jahrelang eingezahlt haben und jahrelang schwer gearbeitet haben und dann mit ihrer Rente nicht klarkommen» (Peter, ÖPNV, 46). Vor allem in der Pflege, seltener auch in den anderen Sektoren, wird zudem auf die dramatischen Konsequenzen eines heruntergewirtschafteten Gesundheitswesens im Allgemeinen sowie der gegenwärtigen Pflegekrise im Speziellen rekurriert. Dass es «jetzt [...] jahrelang einen Pflegefachkräftemangel gibt und dagegen irgendwie nicht so wirklich etwas getan wird» (Manuel, P, 25) und dass «man viele Jahre da gespart hat und gesagt hat, es funktioniert ja alles [...], fällt einem jetzt auf die Füße» (Jana, P, 32) – so die Diagnosen zweier Pflegekräfte, die mit aktuellen Forschungsbefunden durchaus übereinstimmen (vgl. Conrads et al. 2016).

Die Corona-Pandemie muss angesichts ihrer enormen Tragweite und Aktualität als ein krisendynamischer Sonderfall betrachtet werden. Alle Befragten thematisieren sie in der ein oder anderen Form und sie überlagert nahezu sämtliche anderen gesellschaftlichen Problemdiagnosen. Auch wenn sie gewiss eine eigenständige Problemdimension aufweist, die sich besonders offenkundig in den mehrheitlich als belastend, aber notwendig empfundenen alltäglichen Maßnahmen zur Eindämmung niederschlägt, beziehen sich alle Interviewpartner*innen auch bei der Thematisierung anderer gesellschaftlicher Krisenphänomene auf die Pandemie. In der Regel machen sie die Pandemie als einen Dynamisierungsfaktor aus, der bereits bestehende Problemlagen verschärft. So bemängeln einige Befragte, es gebe die Tendenz, Kritiker*innen der Corona-Maßnahmen auszugrenzen und zu diffamieren (u. a. Adam, A, 46). Andere führen die Querdenken-Demonstrationen wiederum als Beleg für einen demokratiegefährdenden Rechtsruck der Gesellschaft an (u. a. Mike, ÖPNV, 56). Wiederum andere verweisen auf die ungleichen sozioökonomischen Auswirkungen der Krise:

«Bestes Beispiel ist jetzt die Corona-Phase. Da sieht man, wer davon profitiert [...] und wer nicht. Viele [kleine] Unternehmen gehen gerade [...] den Bach runter. Und die großen, die machen da ihre Profite. Man sieht's ja an Amazon [...], [an den] großen Konzernen, Tesla oder VW [...]. Die Kleinen leiden einfach darunter.» (Marius, A, 31)

Einzelne befragte Personen führen die von ihnen wahrgenommenen sozioökonomischen Krisenphänomene auf die Funktionsbedingungen des Kapitalismus wie Privateigentum, marktwirtschaftliche Konkurrenz, Gewinnstreben oder Lohnarbeit zurück. Wohlgemerkt, es ist eine Minderheit, die dies tut. Der Berufskraftfahrer Michael sieht im Lohnarbeitsverhältnis, das Arbeitnehmer*innen zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zwingt, sowie in dem damit verbundenen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zentrale Momente von sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit:

«Wenn ich nur meine Arbeitskraft habe, die ich anbieten kann, und andere, die dann viel erben oder Geldvermögen haben, warum wird das anders bewertet als meine Arbeitskraft? Die wird [...] irgendwie anders besteuert und anders bewertet. Das finde ich schon ungerecht [...]. Ein typisches Beispiel ist für mich immer: Wenn ich ein Eigenheim habe, drei Kinder habe, [und] meine Fenster gehen kaputt, interessiert das keinen Menschen, wie ich meine Fenster kriege. Habe ich aber so viel Geld, dass ich mit meinen Wohnungen Geld verdienen kann, kann ich das als Mehrbelastung von der Steuer absetzen.» (Michael, ÖPNV, 52)

Eine andere vorgetragene Erklärung findet sich in der egoistischen Ellenbogengesellschaft, die sich vor allem in Bezug auf individuelles Gewinnstreben und finanzielle Zwänge zeige.

«Ich würde mal behaupten: Geld regiert die Welt [...]. Alle wollen immer nur das schnelle Geld machen (...). Aber es ist auch heutzutage in der Gesellschaft so (...) [...]. Deswegen würde ich [...] behaupten, dass jeder an sich denkt, weil er [...] irgendwie über die Runden kommen [muss]. Dann denkt halt auch jeder so, also viele zumindest.» (Uwe, ÖPNV, 26)

Ein ähnliches Bild zeichnen Beschäftigte der Automobilbranche: Sie beklagen, dass «Deutschland den zweitgrößten Billig[lohn]sektor hat, wenn nicht sogar den größten mit der Leiharbeit, die damals eingeführt worden ist» (Dennis, A, 44). Vor allem die Pfleger*innen führen die thematisierten Problemlagen auf strukturelle Gegebenheiten der Wirtschaftsform zurück. Denkbar ist, dass diese Branche angesichts der gerade unter Pandemie-Bedingungen augenscheinlicher werdenden Auswirkungen der Einführung neoliberaler Sparpolitiken im Gesundheitswesen sensibler für eben diese Zusammenhänge werden. Entsprechend kritisch äußert sich Jana, eine Pflegerin in Teamleitungsfunktion, über die zunehmende Ökonomisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen:

«Für mich funktioniert diese ganze Geschichte nicht, dass man mit einem Gesundheitswesen Geld verdienen muss. Ein Gesundheitswesen ist dafür da, um Menschen gesund zu machen oder zu helfen, und das ist für mich eigentlich keine Sache, womit man Geld zu verdienen hat. Ja, und das ist das große Problem, dass es hier in Deutschland die Möglichkeit gibt, dass [...] das Gesundheitssystem privatisiert werden kann. Das ist eigentlich der größte Fehler, finde ich, den sie je gemacht haben. Das müsste eigentlich alles in staatlicher Hand sein. Man dürfte damit keinen Profit machen.» (Jana, P, 32)

Auch wenn es nicht immer dieselben Ursachen sind, auf die die Probleme zurückgeführt werden, so ist doch eines bemerkenswert: In allen drei Branchen gibt es ein Bewusstsein dafür, dass Krisenphänomene wie die zunehmende soziale Ungleichheit auf ökonomischen Faktoren basieren.

Es ist zu erkennen, dass der Reflexion von ökonomisch-strukturellen Problemursachen durchaus dezidierte Kapitalismuskritik eigen ist, die insbesondere Profitmaximierung, die Stellung der Lohnarbeitenden, konkurrenzbedingten Egoismus und zunehmende Privatisierungs- und Ökonomisierungstendenzen beinhaltet.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass die Mehrheit der Befragten die Probleme relativiert, sodass die Intensität und Tragweite von geschilderten gesellschaftlichen Notlagen durch den Vergleich mit anderen Staaten abgeschwächt bewertet werden. Sie identifizieren zwar gesellschaftliche Problemlagen, ihr Gesamtfazit fällt dann häufig aber wesentlich milder aus. Exemplarisch lässt sich folgende Aussage des Berufskraftfahrers Michael über den ungerechten Charakter des deutschen Gesundheitssystems heranziehen:

«Auf der anderen Seite haben wir [...] auch im Gesundheitssystem eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, das ist so. Auch wenn immer das Gegenteil behauptet wird. Meine feste

Überzeugung ist, dass ich, wenn ich Privatpatient bin, doch anders behandelt werde als ein Kassenpatient. Aber nichtsdestotrotz denke ich, dass wir, was [die] medizinische Versorgung angeht oder so was, gut aufgehoben sind.» (Michael, ÖPNV, 52)

Auch Thomas, Angestellter in der Automobilbranche, äußert sich auf die Frage, wie zufrieden er mit dem bundesrepublikanischen Sozialstaat auf einer Skala von 1 bis 10 ist, in einer Art und Weise, die offenkundige gesellschaftliche Problemlagen relativiert bzw. entdramatisiert:

«Ich will nicht sagen, es geht gut, aber es hat jeder irgendwie etwas zu essen, ne? Und das gibt es in vielen Ländern gar nicht, ne? Das hat man jetzt ja bei Corona gesehen. Die Leute werden arbeitslos und haben nichts mehr. Dann würde ich dem deutschen Staat, obwohl ich nicht mit allem so richtig einverstanden bin, aber eine Sieben geben, weil die geben sich Mühe und versuchen ja ein bisschen was, aber es [braucht] noch viel Veränderung, was sie so tun könnten.» (Thomas, A, 58)

Beschäftigte sind mit dem deutschen Sozialstaat relativ zufrieden, weil sie ihn ins Verhältnis zu Missständen in anderen Staaten setzen. «Wir stehen ja auch gar nicht so schlecht da in Europa» (Arne, A, 47) und «Deutschland geht's ja noch relativ gut» (Ingrid, A, 42), heißt es beispielsweise unter den Beschäftigten der Automobilindustrie und auch Beschäftigte der anderen Branchen sind der Auffassung, dass wir im Vergleich zu anderen Regionen «hier im Land noch ganz gut gestellt» sind (Heinz, ÖPNV, 29). Die Pflegerin Marianne empfindet es gar als «Jammern [...] auf einem hohen Niveau» (Marianne, P, 50), wenn sich hierzulande über gesellschaftliche Schieflagen echauffiert wird. Eine derartige Annahme lässt die Äußerung von Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in Teilen somit gar unangemessen und damit illegitim erscheinen.

2.2.2 Probleme des Alltags

Neben gesellschaftlichen Problemen nehmen die Befragten auch eine Reihe von Problemen in ihrem Alltag wahr. Zwar gibt ein beachtlicher Teil von zehn Personen, darunter fünf Pfleger*innen, zwei Berufskraftfahrer sowie drei Angestellte aus der Automobilbranche, an, mit ihrem alltäglichen Leben zufrieden zu sein. Das Gros der Befragten verweist jedoch auf verschiedene Problemlagen, mit denen sie sich in ihrem Alltag konfrontiert sehen. Grundsätzlich lässt sich dabei zwischen Gegenwartsproblemen und Zukunftssorgen differenzieren.

In der Gegenwartsperspektive dominieren branchenübergreifend zwei Problemlagen den Alltag der Befragten: Zum einen betrachten zehn Personen es als enorme Herausforderung, Arbeits- und Privatleben miteinander in Einklang zu bringen. So sei es anstrengend, «die Arbeitsbelastung nicht in die Familie zu transferieren» (Arne, A, 47) oder zu gewährleisten, dass angesichts einer Vollzeitbeschäftigung «der private Teil

nicht zu kurz kommt und man immer nur ans Arbeiten denken muss» (Christian, ÖPNV, 23). Trotz einer allgemeinen Zufriedenheit mit der eigenen Berufssituation zeichnet sich an dieser Stelle bereits ab, dass der Arbeitsalltag tendenziell als Anstrengung erlebt wird, die es zu bewältigen gilt:

«Es strengt einen schon an, dass man immer arbeiten gehen muss und arbeiten gehen muss und dann verdient man nicht so viel [...]. Zu viel, um zu sterben, aber zu wenig, um zu leben, sagen wir es mal so [...] und deswegen ist es eine Herausforderung, die jeden Tag zu meistern ist, weil es ist schon immer schwer, [...] den Arbeitstag zu bestreiten.» (Uwe, ÖPNV, 26)

Neben dem «Unter-einen-Hut-Bringen von Familie und Beruf» (Sören, A, 39) sind es vor allem gesundheitliche Probleme, die nach Angaben der Befragten das alltägliche Leben erschweren. Die Interviewpartner*innen nennen sowohl eigene Gesundheitsbeschwerden (u. a. Fritz, A, 58) als auch psychologische, körperliche und altersbedingte Erkrankungen im näheren familiären Umfeld (u. a. Jens, P, 53).

Die Befragten erwähnen deutlich seltener konkrete Zukunftssorgen: Lediglich drei Berufskraftfahrer sowie jeweils zwei Befragte aus der Pflege und der Automobilbranche äußern ein Gefühl von Unbehagen bezüglich bevorstehender Zeiten. Wie das folgende Zitat der 29 Jahre jungen Pflegerin Frieda verdeutlicht, werden die Zukunftssorgen vor allem durch die Gefahr einer unzureichenden Rente und einer möglichen finanziellen Notlage im höheren Alter bestimmt. Sie beklagt sich darüber, dass

«man sich [...] auch schon in unserem Alter [...] Gedanken machen muss, ob man eine zusätzliche Rentenversicherung abschließt oder wie es aussieht, wenn ich später in Rente gehe. Kriege ich genug Rente? Kriege ich überhaupt was raus, wovon ich dann später leben kann?» (Frieda, P, 29)

Zwei Berufskraftfahrer sowie jeweils eine Person aus der Pflege und der Automobilindustrie äußern sich angesichts von Klimawandel, der Corona-Pandemie und vertiefter gesellschaftlicher Konfliktgräben besorgt über die Lebenswelt ihrer Nachkommen. Die prekäre (global-)gesellschaftliche Lage führe zu einer Verunsicherung, durch die sich die Beschäftigten folgende Fragen stellen: «Wie geht's in Zukunft mit der nächsten Generation, meinen Kindern, meinen Enkelkindern weiter?» (Jörg, ÖPNV, 62) «Will ich jetzt wirklich ein Kind in die Welt setzen?» (Heinz, ÖPNV, 29)

Die Tatsache, dass die große Mehrheit der Befragten den Klimawandel nicht als besorgniserregende Zukunftsproblematik adressiert, ist insbesondere vor dem Hintergrund der Revitalisierung der Klima- und Energiedebatte durch die Fridays-for-Future-Bewegung überraschend. Dieser Umstand erklärt sich aber teilweise durch den dezidierten Fokus auf arbeitsbezogene Fragestellungen innerhalb unseres (stark strukturierten) Leitfadens.

Interessant ist zudem, dass soziale Abstiegsängste, die rechte Akteur*innen für ihre politischen Zielsetzungen effektiv instrumentalisieren (vgl. Deppisch 2019), im Sample – mit Ausnahme einer Person, die die dramatischen Folgen eines möglichen Jobverlusts illustriert (Heinz, ÖPNV, 29) – nicht genannt werden. Gleichzeitig sollte betont werden, dass die bereits skizzierte Annahme einer «ausgeschlachteten» Mittelschicht tendenziell darauf hinweisen könnte, dass manche Beschäftigte einen kollektiven Statusverlust fürchten.

Die Corona-Pandemie nimmt auch im Alltag eine Sonderposition ein, indem sie die übrigen Problemwahrnehmungen überlagert. Die Befragten nennen zum einen die eintönige Lebensrealität unter Pandemie-Bedingungen, die sich darin zeige, dass man «im Moment halt gar nichts machen» könne (Marius, A, 31). Zum anderen verweisen sie auf die Notwendigkeit des Homeschooling, die Kinderbetreuung zu Hause sowie damit verbundenen Schwierigkeiten der Organisation des Alltags. Die Frage, «wie man das jetzt gerade am besten hinkriegt, wenn der Kindergarten wieder zu ist» (Carl, ÖPNV, 30), beschäftigt die Befragten in hohem Maße und viele zeigen sich «unzufrieden mit der Schulsituation [ihrer] Kinder» (Adam, A, 46). Vor allem einzelne Befragte aus der Pflege äußern weitere pandemiebezogene Zukunftsängste – darunter die «Sorge, dass meine Eltern erkranken» (Marianne, P, 50), sowie die generelle Befürchtung, «dass man nicht frei entscheiden kann, wie man jetzt in Zukunft leben möchte» (Frieda, P, 29).

2.2.3 Wahrnehmung der Sozialstruktur und Kollektivvorstellungen

Die bundesrepublikanische Bevölkerungsstruktur, ein weiterer zentraler Gegenstand der Analyse, wird über alle Branchen hinweg in Ober-, Mittel- und Unterschicht dreigeteilt. Wie bereits angedeutet, betrachtet sich dabei die große Mehrheit als Bestandteil einer schwindenden Mittelschicht, wobei diese Selbstdefinition in der Regel auf zwei Faktoren basiert: dem Verfügen über ein (Normal-)Arbeitsverhältnis sowie einer Entlohnung, die eine gewisse Sorglosigkeit und Privilegien, die über eine Grundabsicherung hinausgehen, gewährleistet:

«Ich würde mich noch zur Mittelschicht rechnen, ich bin nicht reich, ich bin aber auch nicht arm. Ich kann ja immer noch Leute unterstützen und ich kann immer noch in den Urlaub fliegen [...] und so. Das ist schon ein Privileg, das viele nicht [haben].» (Regina, P, 64)

Die Zuordnung zu einer so definierten Mittelschicht wird dabei häufig von der bereits erwähnten Feststellung begleitet, diese sei durch die dramatische Zunahme sozioökonomischer Ungleichheiten existenziell bedroht. Die Mittelschicht sei die «leidtragende» Gesellschaftsschicht. Ihre unvorteilhafte Stellung zwischen einem als schützens- bzw. unterstützenswert geltendem Unten und einem mächtigen, sich selbst schützenden Oben führe zur Ausschichtung der Mittelschicht. Die folgende Aussage eines Angestellten der Automobilbranche verdeutlicht diesen Trend:

«Mit meinem Gehalt fühle ich mich schon noch als Mittelschicht. Aber langsam, langsam geht es dahin, dass dir das Geld entzogen wird. Also es [...] wandert immer nur noch zu den Reichen. Alles wird teurer.» (Marius, A, 31)

Jana, eine 32-jährige Pflegerin, trägt das Argument vor, die Mittelschicht leide nicht nur unter der Oberschicht, sondern nehme gerade auch aufgrund der von staatlichen Unterstützungs- und Hilfsleistungen profitierenden Unterschicht eine unvorteilhafte Position ein. Sie zieht als Beleg dafür die ihrer Meinung nach unausgewogene Förderung der Kinderbetreuung heran:

«Ich sag mal, wenn man wirklich etwas braucht, wird ja immer in der Mittelschicht angesetzt, die dann eben mehr zahlt [...]. Die kommen immer nur an der Mittelschicht an, weil die Unterschicht kann ja gar nichts mehr anderes machen, weil die sind ja schon ganz unten, und bei der Oberschicht, ich glaube, da trauen sich die Politiker gar nicht so recht ran, weil, ich weiß jetzt gar nicht, wie ich mich da ausdrücken soll (lacht), [das] ist schwierig. [...] Ein spontanes Beispiel, das mir einfällt, ist die Betreuung im Kindergarten und die Sache mit der Essensbezahlung. Also ich weiß, dass Hartz-IV-Empfänger das Essensgeld für ihre Kinder und auch einen gewissen Betreuungszuschuss und alles gestellt bekommen. Und Leute, die wirklich arbeiten gehen, 35 oder 40 Stunden oder [die] beide arbeiten gehen, die müssen alles selber bezahlen. Jede Erhöhung, die festgelegt wird, muss man selber bezahlen und kriegt keine Förderung, obwohl man [...] vielleicht am Monatsende nur 100 oder 200 Euro mehr hat. Das finde ich dann schon ungerecht.» (Jana, P, 32)

Diese Form der Selbstidentifikation hat dabei weitreichende Folgen: Indem man sich als Teil einer Schicht sieht, die in ihrer Existenz bedroht ist, wird es möglich zu behaupten, dass der Verlust des eigenen Status drohe. Hierdurch wiederum könnten politische Angebote und Vorschläge, die diesem Statusverlust entgegenwirken, an Attraktivität gewinnen.

Des Weiteren ist die Diagnose einer schwindenden Mittelschicht Grundlage für eine in allen Branchen vorzufindende dichotome Gegenüberstellung eines wohlhabenden Oben und eines eher ärmlichen Unten. Ein Beispiel für ein derartiges Verständnis des Sozialgefüges ist folgende Äußerung des Berufskraftfahrers Carl über die ungerechte Bestrafung von Steuervergehen:

«Ich finde, dass jemand, der mehr verdient oder auch da oben in der Politik oder, ich sag mal, in der Öffentlichkeit tätig ist, müsste richtig hart bestraft werden (...). Und [...] den Ottonormalbürger, der seine Solaranlage nicht richtig angemeldet hat und das steuerlich dann nicht passt, den kann man doch nicht verknacken. So was Hirnverbranntes! Das ist doch quasi derjenige, der die Wirtschaft überhaupt am Laufen hält (...) und nicht derjenige, der da oben irgendwo in seinem Bürostuhl sitzt, ne?» (Carl, ÖPNV, 30)

In der Diskussion um die Corona-Pandemie tritt der Antagonismus von den normalen, einfachen Leuten «hier unten» sowie der Wirtschaftselite und Politik «da oben» besonders deutlich zutage:

«Es kann nicht sein, dass Manager mit dem goldenen Handschlag verabschiedet werden und der kleine Arbeiter einen Tritt kriegt. Ist ja jetzt auch gerade wieder so: Staatliche Unternehmen kassieren Tausende Milliarden oder Millionen von Unterstützung [durch] die Corona-Hilfe und setzen trotzdem den kleinen Mann auf die Straße und bauen Arbeitsplätze ab. Wie sie sich [in den] Jahren Millionen verdient haben. Oder die Großaktionäre: Da ist keiner bereit, etwas abzugeben. Die denken nur an Gewinnmaximierung. Und wenn es nicht läuft, wer geht dann? Der Malocher.» (Jörg, ÖPNV, 58)

Insgesamt rechnen die Befragten die Klasse der Politiker*innen sowie gut situierte Personen und Wirtschaftsakteur*innen, die über große ökonomische Ressourcen verfügen, der Oberschicht zu. Hierbei sehen sie diese beiden Kollektive bzw. die Sphären von Politik und Ökonomie generell als eng miteinander verzahnt an. Dass diese Verbindung vornehmlich als ein Problem von Lobbyismus und damit verbundenen Interessenskonflikten gedeutet wird, verdeutlicht folgende Äußerung des Produktionsmitarbeiters Bernd:

«Wenn ich mir vorstelle, Söder ist da irgendwie noch Wirtschaftslobbyist (lachen), darf das einfach nicht sein. Weil es ist einfach nicht möglich, sein Handeln in der Politik von seinen wirtschaftlichen Interessen [...] zu unterscheiden. Und daher bin ich der Meinung, entweder du bist Politiker oder Wirtschaftsmann.» (Bernd, A, 28)

Neben den Kernmerkmalen (Verfügen über Machtmittel, Einflussmöglichkeiten und Ressourcen) schreibt eine Minderheit – darunter zwei Pflegerinnen, drei Angestellte aus der Automobilindustrie sowie vier Berufskraftfahrer*innen – dieser Gruppe ferner gemeinwohlschädliche Charaktereigenschaften (Arroganz, Egoismus, Gier) sowie daraus resultierende amoralische, teils kriminelle Verhaltensweisen zu. Für sie ist es «irgendwie alles ein abgekapseltes Spiel da oben» (Marius, A, 31), das darauf angelegt sei, den elitären Kreisen die Befriedigung ihrer Partikularinteressen zu ermöglichen. Das Motiv zur Selbstbereicherung, das diese Akteur*innen vor allem durch Steuerhinterziehung und -schlupflöcher zu realisieren versuchten, steht zumeist im Mittelpunkt dieser Kritik:

«Das Problem ist, dass die Wirtschaftsmänner, die Geschäftsführer und so Wege finden, um die Steuer einfach herumzukommen. [...] Wenn du dir vorstellst, du bist [...] Unternehmer, dann geht's eigentlich darum, den Gewinn so klein wie möglich zu halten, indem [...] Geschäftsessen, Autokäufe, Büros und so weiter [abgesetzt werden]. Das wird, [...] bevor der eigentliche Gewinn ausgeschüttet wird, runterreduziert, sodass der Gewinn

kleiner ausfällt. Du kannst ja auf legale Art und Weise weniger Steuer zahlen. [...] Ob das ethisch und moralisch alles richtig ist, ist natürlich auch schwierig.» (Bernd, A, 28)

Gerade weil «die Reichen [...] alle Möglichkeiten haben, ihre Schäflein irgendwie so zu verteilen, dass sie keine Steuern mehr zahlen» (Sabine, P, 51), erscheint es von enormer Bedeutung, derartiges Verhalten stärker zu kontrollieren und einzudämmen. Dies, so die Annahme, solle beispielsweise durch erbschaftsrechtliche Anpassungen gewährleistet werden, «dass die Reichen nicht ihre Millionen oder Milliarden an ihre Kinder weitervererben» (Fritz, A, 58).

Innerhalb dieser Oben-Unten-Dichotomie grenzen sich die Befragten durchweg vom gesellschaftlichen Oben ab. Trotz der Selbstdefinition als Bestandteil einer schwindenden Mittelschicht rechnen sich die Befragten vornehmlich dem gesellschaftlichen Unten zu. Dieses Unten besteht ihnen zufolge aus vergleichsweise ohnmächtigen und mit wenig ökonomischen Ressourcen ausgestatteten «Ottonormalarbeitnehmer» und «einfachen Steuerzahlern». Diesem Kollektiv der «kleinen Leute, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben und dazu beigetragen haben, dass zum Beispiel die Regale im Supermarkt gefüllt sind» (Ingrid, A, 42), wird dabei eine gesellschaftstragende Rolle zugewiesen. Denn, so die dahinterstehende Grundannahme,

«dadurch, dass ich und andere Menschen arbeiten gehen und Abgaben, Steuern und Sozialversicherung zahlen, funktioniert es ja nur. [...] Die Wirtschaft, die Großwirtschaft, zahlt kaum Steuern und der kleine Mann, der zahlt die Masse hier im Staat. [...] Das ist einfach so.» (Jörg, ÖPNV, 62)

Branchenübergreifend fühlt sich der Großteil der Befragten dem niedrig gestellten, «einfachen Arbeitsvolk» zugehörig. Trotzdem sind wir auf eine weitere Abgrenzung gestoßen: auf eine – teils deskriptive, teils normativ-abwertende – Distanzierung gegenüber dem gesellschaftlichen «ganz Unten». Dieser Gruppe, die sich durch einen besonders niedrigen sozioökonomischen Status auszeichnet, werden zum einen die im Niedriglohnsektor Beschäftigten sowie Personen mit prekärem Arbeitsverhältnis, zum anderen Erwerbslose und Empfänger*innen sozialstaatlicher Leistungen zugeordnet. Primär richtet sich diese Abgrenzung, die auch der eigenen Selbstverortung dient, dabei gegen Leistungsbezieher*innen. Ebendiesen schreiben manche Interviewpartner*innen eine mangelhafte Arbeitsmotivation zu. Die negative Fremdrepräsentation dieser Gruppe von Bürger*innen, «die im Endeffekt der Allgemeinheit auf der Tasche» liegen würden (Mark, ÖPNV, 42), stellt dabei ein klassisches Motiv rechtspopulistischer Politik dar (vgl. Zoll 1984), das sich branchenübergreifend in unserem Sample identifizieren lässt:

«Es gibt auch viele Leute, die leben davon, die tun absichtlich nichts [...]. Wie gesagt, ich will da jetzt nicht irgendwie was Falsches sagen, aber man weiß ja selber, viele leben davon

und gehen nicht zur Arbeit. [...] Warum soll ich arbeiten gehen für andere, die nur auf der Couch sitzen und von uns leben?» (Marius, A, 31)

Die Abgrenzung von vermeintlich «Arbeitsfaulen» kann dabei gar in blanken Hass und den Wunsch nach verstärkten Repressalien umschlagen, wie folgende Äußerung verdeutlicht, die einen Extremfall darstellt und keineswegs repräsentativ für das Gesamtsample ist:

«Ich persönlich bin vielmehr der Meinung, wenn man den Leuten, die nichts tun, die Sachen eher noch kürzen würde und das denen nicht so einfach macht, so viel Geld für Nichtstun zu kriegen, würde man mehr Gewinn machen. Also gerade auch vom Gesellschaftlichen her, dass da dieser Hass auf diese Leute weniger wird. Ich merke das selber bei mir auch. Ich kann so etwas nicht ab, wenn da jemand ist, [der sagt:] «Nö, warum soll ich denn arbeiten gehen?» (...) Dann kriegst du auch kein Geld mehr. [...] Warum soll ich jeden Tag acht Stunden arbeiten gehen oder andere auch noch mehr, um dann im Monat 1.200, 1.300 Euro zu kriegen, und der liegt die ganze Zeit zu Hause und kriegt dasselbe? [...] Ich finde [...], man dürfte denen das Geld nicht so frei zur Verfügung stellen, sondern theoretischerweise müsste der Gutscheine kriegen. [...] Ich habe richtig Hass auf solche Menschen.» (Carl, ÖPNV, 30)

Letztlich konnten wir auch Grundzüge eines Abgrenzungsmechanismus rekonstruieren, der nicht primär an den sozioökonomischen Konflikten von oben/unten bzw. reich/arm anknüpft, sondern sich entlang der Achse innen/außen konstituiert. Er ist insbesondere unter den Berufskraftfahrer*innen verbreitet, tritt vereinzelt jedoch auch im Sample der Pfleger*innen und der Automobilbranche auf. Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte werden hier als «Andere» und «Fremde» repräsentiert, die der Mehrheitsgesellschaft gegenübergestellt und dadurch aus ihr ausgeschlossen werden:

«Ich finde, es läuft in dem Sinne schief, dass mehr für Drittländer, Asylanten und so – ich bin nicht rassistisch, nicht falsch verstehen –, dass sich mehr für diese Leute eingesetzt wird als für die eigenen Leute hier im Land. Wir haben im Land selber viele Leute, die dringend Hilfe bräuchten. [...] Ich finde, da müsste man im eigenen Land erst mal gucken und da mehr Hilfe reinstecken, als alles nach außen zu stecken.» (Johanna, ÖPNV, 48)

Ein solches Ungerechtigkeitsempfinden, das sich vor dem Hintergrund einer vermeintlichen Bevorzugung von Menschen, die nach Deutschland migriert sind, herausbildet, stellt in diesem Zusammenhang eine zentrale Erzählung dar. Hierbei wird häufig eine Argumentationslogik genutzt, die versucht, den xenophoben Charakter der eigenen Äußerungen durch die Betonung einer offenen und pluralen Grundhaltung zu relativieren:

«Ich will jetzt nicht rassistisch klingen, aber immer für die Flüchtlinge, immer mehr Flüchtlinge rein. Das ist doch auch nicht das Wahre. Ich bin schon dafür, Menschen zu helfen, die in Not sind [...]. Aber immer mehr Geld da rein, vom deutschen Steuerzahler oder von Menschen, die hier leben und arbeiten und ihre Steuern zahlen, nee (...). Das zu verkorksen für Menschen, die dann auch nur auf Kosten des Staats leben, also das ergibt für mich nicht so viel Sinn.» (Uwe, ÖPNV, 26)

Trotz der versuchten Relativierungen sind diese und weitere Äußerungen klar rassistisch. Manche Interviewpartner*innen bringen Menschen mit Migrationsgeschichte undifferenziert mit problematischen Verhaltensweisen in Verbindung und stellen sie dadurch kollektiv als «falsch» dar. So schreibt eine Pflegerin allen Muslim*innen ein Aggressionsproblem zu, wenn sie sagt, dass die Politiker*innen der Bundesrepublik angesichts pandemiebedingter Schließungen von Gotteshäusern «Angst vor unseren ausländischen Mitbürgern, vor den Muslimen haben, weil die auf die Barrikaden gehen, wenn die nicht in ihre Moschee dürfen» (Sabine, P, 51). Ähnlich drastisch äußert sich auch Jörg, ein 62-jähriger Berufskraftfahrer, über vermeintliche Intoleranz und missionarische Absichten von Migrant*innen:

«Jeder Mensch, der in Not ist, egal wo er herkommt, wo er lebt, was für eine Hautfarbe, was für eine Religion er hat, ist in unserem Land herzlich willkommen. Aber bitte: Wenn ich in ein Land fahre, [in die] Türkei oder so ein Land, habe ich da die Rechte und Pflichten und Gewohnheiten zu respektieren und zu akzeptieren. Hier will man uns unter Umständen unseren eigenen Glauben nehmen. [...] Aber sie sollen, wenn sie hier leben, unseren Glauben respektieren und unsere Mentalität, also unsere Werte. [...] Das erwarte ich von denen hier und die verlangen das sogar bei denen. Wie gesagt, ich bin bestimmt nicht rassistisch, aber da muss ich sagen, die Wertschätzung der eigenen Bevölkerung in unserem Land ist nicht so, dass ich sagen würde, sie ist gleich.» (Jörg, ÖPNV, 62)

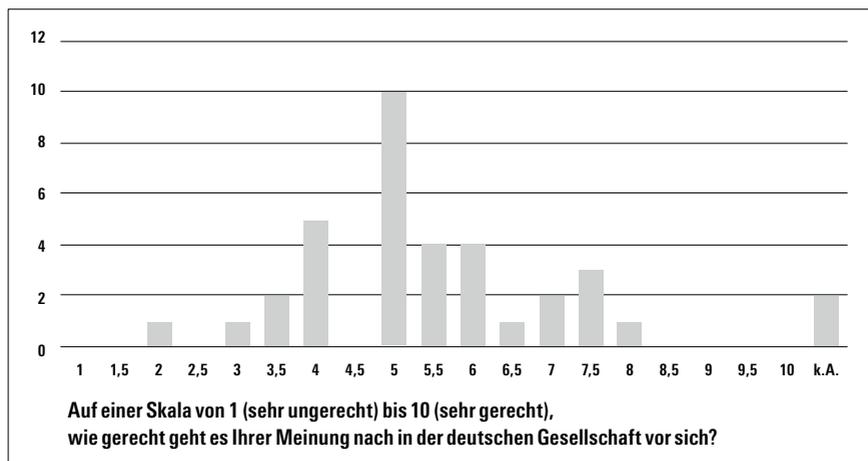
Derartige Argumentations- und Deutungsmuster wurden allerdings nur bei einer Minderheit des Gesamtsamples vorgefunden: Ein Produktionsmitarbeiter, zwei Pflegekräfte sowie vier Berufskraftfahrer*innen äußern sich im Kontext der Diskussion um Geflüchtete und Migrant*innen eindeutig diskriminierend und xenophob, zum Teil rassistisch.

2.3.4 Gerechtigkeitsvorstellungen

Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist für die Befragten aus allen untersuchten Berufsfeldern ein wichtiges Ziel, das der Sozialstaat verwirklichen sollte. Diese Grundhaltung speist sich aus der bereits umrissenen Wahrnehmung, die deutsche Gesellschaft sei von gravierenden Ungerechtigkeiten betroffen. Auf einer Skala von 1 (sehr ungerecht) bis 10 (total gerecht) stufen sowohl die Beschäftigten des ÖPNV als auch die der Automobilindustrie den Gerechtigkeitsgrad der Bundesrepublik im

Durchschnitt lediglich mit einer 5,5 ein, die Pflegekräfte gar nur mit einer 4. Branchenübergreifend stellen 5 (zehn Befragte) und 4 (fünf Befragte) die meistgenannten Werte dar (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Soziale Gerechtigkeit



Quelle: eigene Darstellung

Dass die gesellschaftlichen Umstände der Bundesrepublik nicht noch ungerechter bewertet werden, lässt sich unter anderem auf die bereits skizzierte Tendenz zur Relativierung von gesellschaftlichen Missständen durch den Vergleich mit anderen Ländern zurückführen. Auffällig ist darüber hinaus, dass aus Sicht der Beschäftigten eigene erbrachte Leistungen als Voraussetzung für eine angemessene Belohnung fungieren sollten. Idealtypisch lässt sich dabei zwischen zwei verschiedenen Arten differenzieren, wie Gerechtigkeitsempfinden und Leistungsprinzip verkoppelt werden. Vor allem Beschäftigte der Automobilindustrie und des ÖPNV artikulieren ein Leistungsprinzip, das insofern einen eher solidarischen Grundcharakter aufweist, als es primär am Gemeinwohl und dem Ziel der gesellschaftlichen Egalität ausgerichtet ist. Anders formuliert: Es ist von der Prämisse getragen, individuelles Leistungsvermögen so einzusetzen, dass soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit minimiert wird. Die individuelle ökonomische Leistungsfähigkeit lege dabei fest, welches Ausmaß an Unterstützung des Gemeinwesens gerecht ist, sodass grundsätzlich gelte: «Den Schwächeren muss geholfen werden» (Fritz, A, 58) und «wer viel hat, der kann auch mehr abgeben» (Oliver, ÖPVN, 29). Die für dieses Leistungsprinzip charakteristische Solidarisierung mit den gesellschaftlich schwächer Gestellten offenbart sich zudem besonders pointiert in der folgenden Aussage eines Berufskraftfahrers:

«Die Leute müssen gleichbehandelt werden. Dazu gehört auch, dass diejenigen, die nicht so gut dastehen, durch diejenigen, die besser dastehen, gestützt werden. Auf gut Deutsch gesagt: Solidarität (...). Zum Beispiel in der Krankenkasse. Dort zahlen ja alle den Beitrag entsprechend dem, was sie verdienen. Das heißt, die, die besser verdienen, stützen durch ihren Beitrag diejenigen, die schlechter verdienen.» (Mark, ÖPNV, 43)

Demgegenüber steht eine Konzeption von Leistungsgerechtigkeit, innerhalb derer die Gemeinwohlorientierung zugunsten einer stärker individualistischen Grundhaltung in den Hintergrund rückt. Dieser Sichtweise liegt ein neoliberales Arbeitsethos zugrunde, auch wenn dessen Präsenz unter den Beschäftigten nicht final von uns bestätigt werden konnte. Diese Grundhaltung basiert auf der Annahme von sich zunehmend nach finanzmarktkapitalistischen Produktionsweisen ausrichtenden Unternehmen mit «marktzentrierter Unternehmenskontrolle» und einer Orientierung am Shareholder Value (vgl. Brinkmann et al. 2020: 21). In der Konsequenz sehen sich einzelne Beschäftigte durch eine damit zusammenhängende Flexibilisierung der Unternehmen und Deregulierung marktbegrenzender Institutionen verstärkt Marktrisiken ausgesetzt. Folglich werden soziale Risiken individualisiert, Beschäftigte müssen sich konstant um ihren Status sorgen und Konkurrenzkämpfe unter den Beschäftigten treten intensiviert auf (vgl. ebd.: 22). Produkt dieser komplexen Zusammenhänge sind «marktkonform» disziplinierte Beschäftigte (vgl. ebd.) und deren Internalisierung eines auf der unternehmerischen und persönlichen Rentabilität basierenden und weniger auf Solidarität zu anderen Beschäftigten ausgerichteten Leistungsprinzips: das neoliberale Arbeitsethos.

Auch wenn wir ein entsprechendes Verständnis – wie erwähnt – nur in Ansätzen nachweisen konnten, dominiert es das Gerechtigkeitsdenken vieler Pflegekräfte, ist aber auch in den anderen untersuchten Branchen verbreitet. Jeweils die Hälfte der Befragten der Automobilbranche und des ÖPNV meinen, dass das Erbringen von Leistung belohnt anstatt (beispielsweise durch höhere Abgaben zu Umverteilungszwecken) vermeintlich bestraft werden sollte. Damit sich Leistungsorientierung effektiv entfalten könne, müsse gewährleistet werden, dass Personen, die viel erbringen, auch eine höhere Belohnung erhalten als solche, die nur wenig oder gar nichts leisten. Befragte, die diese Form von Leistungsgerechtigkeit vertreten, sind folglich der Auffassung, dass «eine gewisse Leistung, die man [er-]bringt, auch eine gewisse Gegenleistung von Staat oder System begründen sollte» (Heinz, ÖPNV, 29) und «dass Arbeit wertgeschätzt und bezahlt werden sollte und Nichtstun halt auch nicht honoriert werden sollte» (Marion, P, 56). Im Rahmen einer solchen Logik, die die Eigenverantwortung des Individuums hervorhebt, könnten trotzdem Ausnahmen wie individuelle Notlagen geltend gemacht werden, wie folgende Äußerung des Berufskraftfahrers Jörg zeigt:

«Ich bin schon der Meinung, wenn ich einen gewissen Lebensstandard haben will, muss ich arbeiten, muss ich dafür etwas tun. Ich habe, wie gesagt, [...] nichts dagegen, wenn jemand in Not ist, dass er vom Staat gefördert wird und unterstützt wird.» (Jörg, ÖPNV, 62)

Sollte jedoch der grundsätzliche Mechanismus der Belohnung und Bestrafung von Leistungs(un)vermögen nicht mehr gewährleistet sein, bestünde die Gefahr, dass die Arbeitsmotivation verloren gehe. Denn sobald sich die eigene Leistung nicht mehr auszahlen würde, «könnte man sich ja auch einfach zu Hause hinsetzen und von Sozialhilfe oder Hartz-IV oder sonst was leben» (Heinz, ÖPNV, 29).

In einigen wenigen Fällen legitimieren die Befragten mit diesem Leistungsprinzip Reichtum und dessen ungleiche Verteilung. Einige Interviewte nehmen eine egalitäre Umverteilung (bspw. durch stärkere Besteuerung Wohlhabender) als prinzipiell ungerechtfertigt wahr, was im Gegensatz zu der weitverbreiteten Kritik an sozialer Ungleichheit steht. Ganz auf individuelle Selbstverantwortung setzend, verstehen diese Befragten Vermögende vor allem deshalb als wohlhabend, weil sie dafür eine entsprechende Leistung erbracht und sich ihren Reichtum somit wohlverdient hätten. «[D]ie meisten, die viel verdienen, die tun ja auch extrem viel dafür» (Heinz, ÖPNV, 29) und haben es folglich «auch durch [...] harte Arbeit [...] geschafft» (Jana, P, 32) – mit dem von insgesamt drei Befragten hervorgebrachten Argument blenden sie soziale Rahmenbedingungen weitestgehend aus. Diesem Gerechtigkeitskonzept liegt folgender Grundsatz zugrunde: «Wenn ich mehr Geld verdienen will, dann muss ich halt auch mehr dafür tun und [...] es mir [nicht] irgendwie erschleichen oder so.» (Carl, ÖPNV, 30)

Wie sich in diesen Zitaten bereits andeutet, leiten sich aus jener Logik nicht nur legitime Formen von Reichtum, sondern auch illegitime sozioökonomische Konstellationen ab: Ferner gelte, dass nur diejenigen finanziell honoriert werden sollten, die eine dementsprechende Leistung erbracht haben. So kann sozialstaatlicher Leistungsbezug nur im Falle entsprechender Gegenleistungen (durch Arbeit) legitim erscheinen. Als ungerecht empfinden es viele Befragten, «wenn jemand nichts leistet und einfach nur das Glück hat, in einem Staat zu leben, in dem ein Grundeinkommen existiert» (Adam, A, 46) oder «wenn jetzt einer, der nie wirklich Lust hatte zu arbeiten, trotzdem das Gleiche kriegt, wie einer, der seit 45 Jahren gearbeitet hat» (Peter, ÖPNV, 46). Ähnlich äußert sich auch die Gesundheits- und Krankenpflegerin Betty über einen aus ihrer Perspektive als ungerecht empfundenen Bezug sozialstaatlicher Leistungen ohne arbeitsförmige Gegenleistung:

«Es kann nicht sein, dass sich der eine krumm macht und arbeitet und arbeitet und das Gleiche bekommt wie jemand, der zu Hause auf seiner Couch sitzt und nicht arbeitet. Das wäre einfach wirklich unfair. Ich glaube, die Arbeitslosigkeit würde so auch steigen, weil die Leute die Motivation verlieren, arbeiten zu gehen. Wenn ich das Gleiche kriege, wenn ich zu Hause auf meiner Couch sitze, dann brauche ich auch nicht arbeiten gehen.» (Betty, P, 27)

Unverkennbar ist, dass diese Gerechtigkeitskonzeption Hand in Hand mit der Idealisierung eines Ethos geht, das auf Glaubenssätzen wie individueller Leistungsbe-

reitschaft und Selbstverantwortlichkeit beruht. Aus dieser Perspektive wünschen sich viele Befragte, «dass der Staat mehr auf Eigenverantwortung setzt, wo es möglich ist» (Christiane, P, 52) und individuelles Leistungsvermögen zur Voraussetzung finanzieller Entlohnung gemacht wird. Es gilt: «Die Eigenleistung muss schon ein bisschen da sein» (Jens, P, 53), wenn man etwas erreichen und aus sich machen möchte, weil, so das gängige liberale Diktum: «Jeder ist ja selber seines Glückes Schmied.» (Mike, ÖPNV, 56)⁴ Der Berufskraftfahrer Mark bringt diese Auffassung und das dahinterstehende Menschenbild folgendermaßen auf den Punkt:

«Wie soll ein Mensch selbstständig leben, (..) wenn er immer irgendwo jemanden hat, der sagt: ‚Ach komm, hier nimm!‘ Das funktioniert nicht. Es wird überall in sämtlichen Bereichen, von Leistungsbereitschaft, Flexibilität etc. gesprochen (..) und auf der anderen Seite werden Ziele verfolgt, indem gesagt wird : ‚Du kriegst im Monat das und das und brauchst dafür nichts zu tun.‘ Ja, der freut sich. Der igelt sich irgendwo ein [...] und gut ist die Kiste. Aber Fortschritt erreiche ich damit nicht. Einen Fortschritt erreiche ich nur damit, indem ich den Leuten beibringe oder lehre, wie sie sich selbst versorgen können, wie sie selbst über sich hinauswachsen können.» (Mark, ÖPNV, 43)

Wie stark diese Glaubenssätze teilweise bereits internalisiert sind, zeigt sich in der negativen Wahrnehmung von Personengruppen, die diesen Maßstäben aus unterschiedlichen Gründen nicht gerecht werden (können). Gerade Pflegekräfte und Berufskraftfahrer*innen, seltener Beschäftigte in der Automobilindustrie lehnen «arbeitsfaule» Leistungsempfänger*innen, die angeblich «lethargisch geworden sind, also keine Eigeninitiative mehr» hätten (Regina, P, 64), sowie Personen, «die sich gerne auf dem Rücken anderer ausruhen» würden (Mike, ÖPNV, 56), ab. «Es [kann] nicht sein, dass wir hier alle Bürger mitfinanzieren, die quasi nichts oder wenig dafür tun, dass der Staat aufrechterhalten wird.» (Manuel, P, 25) In der Konsequenz müsse kritisch geprüft werden, ob der Leistungsbezug legitim sei, «weil manche, die machen halt nur Hartz IV, weil sie sagen: ‚Da kriege ich mehr, als wenn ich arbeiten würde.‘» (Susanne, P, 22) Insgesamt zehn Interviewpartner*innen – darunter zwei Personen aus der Automobilindustrie sowie jeweils vier Pfleger*innen und Berufskraftfahrer*innen – vertreten diese Sicht.

2.2.5 Zwischenresümee

Die Beschäftigten der drei Branchen nehmen eine zunehmende soziale Ungleichheit und eine damit zusammenhängende Spaltung der Gesellschaft wahr. Diese Beobachtung ist eng mit dem Eindruck verbunden, die Mittelschicht der Gesellschaft sei im

⁴ Mitunter mag ein derartiges Leistungsbewusstsein als Anknüpfungspunkt für das erwähnte neoliberale Arbeitsethos dienen. Im Rahmen unserer Forschung konnte diese Tendenz jedoch nicht genauer erforscht werden. Sie kann aber als Orientierung für weitere Forschungsarbeiten dienen.

Schwinden begriffen. Diese Annahme sattelt auf die Grundwahrnehmung der interviewten Beschäftigten auf, die Gesellschaft sei in Unter-, Mittel und Oberschicht geteilt. Die kollektiven Zuordnungen variieren jedoch kontextabhängig: So identifizieren sich die Beschäftigten unter Bezugnahme auf ihre Beschäftigung und Absicherung zum einen als Teil der Mittelschicht. Zum anderen ist jedoch die dichotome Deutung eines gesellschaftlichen Oben und Unten präsent. In diesem Kontext ordnen sich die Beschäftigten wiederum dem gesellschaftlichen «Unten» als den Leistungstragenden der Gesellschaft zu, das im Kontrast zu dem gesellschaftlichen «Oben» steht. Dieses «Oben» besteht den Befragten zufolge aus den wohlhabenden Teilen der Bevölkerung und den Politiker*innen.

Vor allem durch eine in den Interviews vereinzelt geäußerte Sichtweise auf Politiker*innen als gemeinwohlschädliche Akteur*innen ist hier ein möglicher Anschluss an rechtspopulistische Narrative identifizierbar. Nur vereinzelt lassen sich in diesem Kontext Abgrenzungen zu Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte feststellen. Diese Wahrnehmung paart sich mit einer allgemeinen Frustration über das bestehende politische Angebot, an die rechtspopulistische Akteur*innen anknüpfen können (vgl. Betz 1994), sollte es keine attraktiven linken Gegenkonzepte und Praxisformen geben. An die dargestellte Frustration ließe sich durchaus von links anknüpfen, etwa mit einer Kritik am «leistungslosen» Einkommen von Kapital- und Vermögensbesitzer*innen.

Die in diesem Themenblock angesprochenen Solidaritätsbekundungen erweisen sich jedoch vor allem im Zusammenhang einer branchenübergreifenden Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit als doppeldeutig. So fordert ein Teil der Beschäftigten eine Solidarisierung mit und Unterstützungen für sozial schwächer Gestellte. Vor allem in der Pflege sind jedoch individualisierte Leistungsgedanken präsent, denen die Erwartung eigen ist, dass die selbst erbrachte Leistung staatlich honoriert werden sollte.

Die dargestellten Zusammenhänge finden sich in allen drei Branchen. Es lassen sich aber auch Besonderheiten feststellen. So sind die erwähnten individualisierten Leistungsgedanken und das damit verknüpfte Gerechtigkeitsempfinden am stärksten in der Pflegebranche verbreitet. Die Beschäftigten dieser Branche äußern zudem die am stärksten ausgeprägte Kritik am derzeitigen Zustand des Gesundheitssystems. Bei den Beschäftigten der Automobilbranche ist bezüglich des Gerechtigkeitsempfindens vermehrt eine solidarisch egalitäre Grundhaltung festzustellen, zumal sie sozioökonomische Ungleichheit am differenziertesten kritisieren, indem sie den sogenannten Billiglohnsektor erwähnen. Auch unter den Beschäftigten des öffentlichen Personennahverkehrs wird ein Leistungsprinzip mit stark solidarischem Charakter mehrheitlich vertreten. Im Vergleich zu den anderen beiden Branchen ist hier zudem die Angst vor einem sogenannten Rechtsruck am stärksten ausgeprägt, gleichzeitig ist aber auch die Abgrenzung zu Menschen mit Migrationsgeschichte hier am intensivsten präsent.

2.3 (Sozial-)Staatsbilder

Den vielseitigen und unterschiedlichen Vorstellungen der Beschäftigten vom Sozialstaat kommt im Rahmen unserer Studie eine entscheidende Rolle zu. Vor allem die Aufgaben und Funktionen, die Beschäftigte durch den Sozialstaat erfüllt sehen wollen, geben einen erkenntnisreichen Einblick in deren (Sozial-)Staatsbilder.

2.3.1 Aufgaben des Sozialstaats

Als branchenübergreifende Gemeinsamkeit lässt sich, wie die folgenden Zitate verdeutlichen, feststellen, dass die Beschäftigten die Herstellung sozialer Gerechtigkeit als Hauptaufgabe des Sozialstaats benennen:

«Eine soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Ob das in der Arbeit ist, in der Medizin. Ja, das ist eine gute Frage (...). Soziale Gerechtigkeit fängt wirklich da an, auch die, die nicht so eine gute Ausbildung haben, dementsprechend gut abzuholen.» (Fritz, A, 58)

«Ich würde sagen, die wichtigste Aufgabe des Sozialstaats ist es, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Natürlich gibt es in einem Staat unterschiedliche Motivationen, also, es gibt unterschiedliche Gruppen im Sozialstaat Deutschland, wie unterschiedliche ethnische Gruppen, wie unterschiedliche Interessen. Es geht sicherlich darum, eine gewisse Regelung zu finden, was für [...] eine breite Masse [...] am gerechtesten wäre.» (Bernd, A, 28)

«Ja, (überlegt) dass sie irgendwann Familien unterstützen, die nicht viel Geld haben, aber viele Kinder, dass sie eine bessere Schulausbildung haben, weil die haben ja meistens keinen Laptop oder irgend so etwas, damit sie in der Schule mitkommen können oder um zu Hause lernen zu können. Also, dass alle einfach gleichbehandelt werden.» (Thomas, A, 58)

Die hier zitierten Interviewpartner*innen erwarten, dass der Sozialstaat eine Grundversicherung und die damit zusammenhängende Beseitigung von Armut mittels eines Sozialversicherungssystems sowie eine Bildungsgarantie ermögliche. Darüber hinaus äußern manche Befragten mitunter den Wunsch nach der bereits erwähnten Wiederherstellung einer Mittelschicht. Daran anknüpfend wünschen sich die Beschäftigten, dass die zunehmend größer werdende soziale Kluft, also die bestehende Ungleichheit effektiv bekämpft wird. Auch in diesem Zusammenhang unterscheiden die meisten zwischen einem reichen «Oben» und einem armen «Unten».

Neben diesen allgemeinen Gemeinsamkeiten teilen sich die Beschäftigten in zwei etwa gleich große Gruppen auf. Der eine Teil der Beschäftigten weist ein inklusives Sozialstaatsverständnis auf und fordert einen voraussetzungsfreien und gleichberechtigten Zugang zu den eben erwähnten Leistungen für alle Gesellschaftsmitglieder sowie staatliche Intervention dort, wo dies nicht möglich ist.

«Na ja, dass für beispielsweise Bildung und Krankenversicherung und all die ganzen Sachen, die von der Gesellschaft getragen werden müssen, dass die eben auch für alle zugänglich sind und auch in gleichem Maße zugänglich sind, sodass alle an diesem Sozialstaat teilhaben und teilhaben können, weil sonst bleiben bestimmte Aufgaben und bestimmte Bildungswege nur für Besserverdienende und so weiter offen.» (Sören, A, 39)

Verknüpft wird dieser Gedanke mitunter explizit mit der Hoffnung, durch einen derartig agierenden Sozialstaat bestehenden Ungleichheiten entgegenzuwirken.

«Soziale Gerechtigkeit zu schaffen – ob das in der Arbeit ist, in der Medizin ... Ja, das ist eine gute Frage. Soziale Gerechtigkeit fängt da an, auch die, die nicht so eine gute Ausbildung haben, gut abzuholen. Und das nicht dem paritätischen Verband zu überlassen. Alle Menschen, die hier in Deutschland leben, ab[zu]holen und [zu] versuchen, menschenwürdig und gleich zu behandeln. Nach dem Grundgesetz: Die Menschen sind vor dem Gesetz alle gleich, egal, wie viel Geld man hat und so weiter.» (Fritz, A, 58)

Das entscheidende Charakteristikum eines exklusiven Verständnisses hingegen besteht, wie im vorangegangenen Kapitel bereits erläutert, in der Annahme, dass die vom Sozialstaat erbrachten Unterstützungen an bestimmte Leistungen geknüpft sein sollten. Begleitet von der Annahme, die Leistungen des deutschen Sozialstaats würden zunehmend gekürzt, fordert die zweite Gruppe der Interviewten, dass Unterstützung hauptsächlich einem gewissen Personenkreis, in diesem Fall arbeitenden Bürger*innen, die durch entsprechende Steuern ihren Beitrag zum «System» leisteten, zustehen solle. Manche Befragte kritisieren in diesem Zusammenhang auch Hilfeleistungen für Geflüchtete.

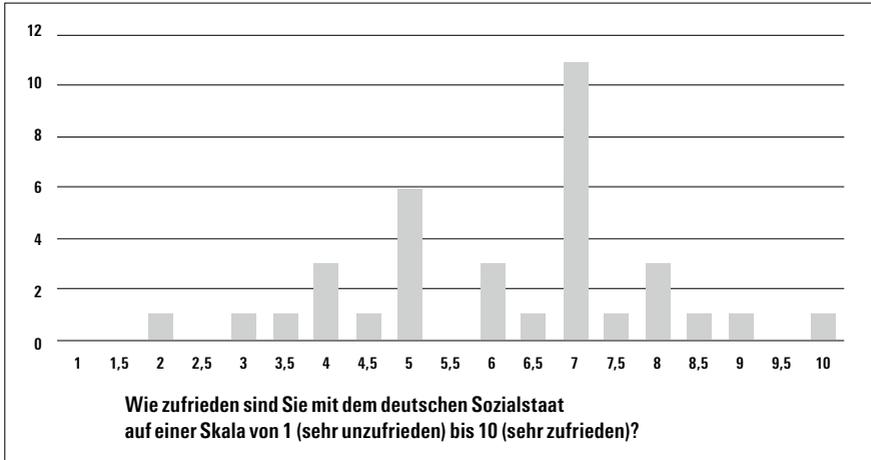
«Vor allem für die eigenen Leute, für die eigenen Landsleute da sein. Weißt du? Arbeit und hast du nicht gesehen [...]. Ja, es wird ja überall alles beschnitten und gekürzt [...] und wenn du arbeitest, dann musst du blechen.» (Theo, A, 47)

Zwar sollen auch Arbeitslose eine Unterstützung bekommen, diese solle aber nur so weit reichen, dass sie zu einer erneuten Arbeitssuche motiviere. Dies entspricht durchaus den neoliberalen Prinzipien der Agenda 2010, zeigt aber auch eine Anschlussfähigkeit an rechte Deutungsdiskurse, die Arbeitslose und Geflüchtete als «Sozialchmarotzer» darstellen (vgl. Groß et al. 2015). Auch wenn dieser Begriff von keinem der Beschäftigten genutzt wurde, ist diese Verinnerlichung des erwähnten Leistungsprinzips Grundlage für derartige Denkweisen.

2.3.2 Zufriedenheit mit dem Sozialstaat

Die Beschäftigten bewerten den deutschen Sozialstaat im Rahmen einer Skalierungsfrage im branchenübergreifenden Durchschnitt mit 6,2 von möglichen 10 Punkten.

Abbildung 2: Zufriedenheit mit dem Sozialstaat



Quelle: eigene Darstellung

Hierbei gilt die meiste Kritik einer mangelnden sozialen Absicherung und einem ausbaufähigen Gesundheitssystem. Darüber hinaus werden die Unterstützungsleistungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie herangezogen, um festzustellen, der deutsche Sozialstaat Sorge sich allgemein zu wenig um die Bürger*innen, während größere Unternehmen hingegen finanzielle Unterstützung erfüllen. Im Kontext der vorliegenden Forschungsarbeit schließt diese Betrachtung an die unter den Beschäftigten verbreitete Wahrnehmung einer sozialen Spaltung in ein reiches «Oben» und ein armes «Unten» an.

«Man sieht es jetzt auch gerade in der aktuellen Situation besser denn je, wenn es da um irgendwelche Finanzspritzen geht, die versprochen werden, und die Leute um ihre Existenz bangen, weil einfach nichts passiert.» (Betty, P, 27)

Trotz dieser Kritik zeigt das Antwortverhalten der Beschäftigten, dass sie den deutschen Sozialstaat grundsätzlich positiv bewerten. Entscheidenden Einfluss auf diese allgemeine Einschätzung hat der Vergleich des deutschen Sozialstaats mit anderen Ländern. Im Vergleich funktioniere der deutsche Staat verhältnismäßig gut. Hierbei heben sie vor allem die deutsche Kranken- und Sozialversicherung hervor, die trotz einer als mangelhaft empfundenen Absicherung eine ausreichende gute Lebensgrundlage schüfen.

«Ich finde, Deutschland macht schon sehr viel, man hat ja schon seine Sicherheit. Ich meine, manche haben noch nicht mal eine richtige Krankenversorgung. Also, wir haben schon echt viel.» (Oliver, ÖPNV, 29)

Unklar ist, inwiefern ein Zusammenhang zwischen der Sozialstaatswahrnehmung der Beschäftigten und deren Arbeits- und Lebenssituation besteht. Denkbar ist, dass die als positiv bewertete Gesamtsituation der Beschäftigten auch deren Wahrnehmung des deutschen Sozialstaats positiv beeinflusst.

2.3.3 Sozialstaat und Wirtschaft

Die Mehrheit der interviewten Beschäftigten wünscht sich einen Sozialstaat, der als Regulierungsinstanz die Macht von Unternehmen einschränkt. Sie erhoffen sich, dass ein derartig stark in die Wirtschaft eingreifender Sozialstaat mit einem gewissen Maß an Kontrolle und Überwachung der Unternehmen seinen Beitrag zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit leisten könnte.

«Ein Staat, der schon noch ein bisschen Kontrolle hat, dass nicht irgendwie Menschen ausgebeutet werden oder dass die Natur ausgebeutet wird. Ich finde schon, dass so ein bisschen Kontrolle sein muss.» (Marianne, P, 50)

«Ganz klar, ein Wirtschaftsunternehmen teilt nicht. Die sind auf Gewinn aus und denen ist das andere scheißegal. Die Konsumgesellschaft hat das ja ganz deutlich gezeigt und ich meine, [...] man [kann] eigentlich nur Sozialist sein. Weil nur das auch wirklich sozial ist. Ein Wirtschaftsunternehmen würde sich niemals darum kümmern, dass es den anderen Leuten gut geht; nur den eigenen Angestellten vielleicht. Weil es gibt ja Unternehmen, die verdienen viel Geld und die machen auch viel für ihre Leute. Die gibt's auch. Aber grundsätzlich ist es so, wer Kohle hat, kümmert sich nicht um die anderen. Ich glaube, das ist auch das, was momentan passiert, diese ganze Pandemie und diese wirtschaftliche Lage, wenn die Großen die Kleinen schlucken und nachher gibt's wieder eine neue Ordnung und so weiter. Wenn der Staat sich komplett raushält und das nicht ein bisschen kontrolliert, dann wird das so wie in den USA: Du hast entweder gar nichts oder ganz viel, wenn du gerade zum richtigen Unternehmen gehörst. Und bei denen ist es ja oft so, bei diesen Unternehmen, das darf man auch nicht vergessen: Solange ich denen was bringe, also gut arbeiten kann und so, solange behandeln die mich gut. Wenn ich aber irgendwann nicht mehr kann, weil ich krank geworden bin, dann ist es aus. [...] Und deshalb ist ganz klar [...]: Der Staat muss das kontrollieren.» (Regina, P, 64)

«Ich habe jetzt gar kein Beispiel dafür, aber ich finde schon, dass es im Grunde kontrollierter bleiben soll. Ich finde es schon ganz gut, wenn die Politik das mitkontrolliert, was diese großen Konzerne und Unternehmen so machen.» (Frieda, P, 29)

Auch diesen Deutungen ist die Annahme eines armen «Unten» und eines reichen «Oben» eigen, womit hier bestimmte Unternehmen gemeint sind. In diesem Zusammenhang lässt sich unter Teilen der Beschäftigten zudem ein Misstrauen gegenüber großen Konzernen feststellen, die nur auf Gewinn und Erfolg aus seien.

«Die sollen das irgendwie regulieren. Ich weiß jetzt nicht, wie die das machen sollen, dafür ist die Politik zuständig, aber [...] die sollen den kleinen Unternehmen einfach mehr Chancen geben. Dass die auch mal was verdienen. Weil das ist irgendwie alles ein abgekapseltes Spiel da oben.» (Marius, A, 31)

Für unsere Analyse ist die Tatsache besonders relevant, dass sich in den Antworten mitunter eine Kritik an der freien Marktwirtschaft und einem ungehemmten Kapitalismus herauskristallisiert. Die Mehrheit der Befragten befürwortet ein regulierendes Eingreifen des Sozialstaats in die Wirtschaft im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft.

«Eindeutig Nummer 1, Nummer 2⁵ funktioniert doch gar nicht. Die 2 ist ja der Kapitalismus an sich, das ist ja der Liberalismus, funktioniert aber nicht.» (Adam, A, 46)

Den Sozialstaat begreifen sie als einen entscheidenden Akteur, der den Bürger*innen in Form einer sozialen Absicherung Schutz vor einem freien Markt gewähre. Wie sich im Folgenden noch zeigen wird, lässt sich hieraus mitunter ein entscheidender Handlungsspielraum für gewerkschaftliche Politik ableiten. Ebenfalls interessant und lehrreich ist der Befund, dass ein derartiges Verständnis des Sozialstaats jedoch nur in einem bestimmten Ausmaß und Sinne bevorzugt wird. Ein Teil der Befragten betont beispielsweise eine gewisse Standortlogik, die einer – in unseren Worten – Erweiterung des Sozialstaats widerspricht. Laut dieser Standortargumentation könnten zu große Einschränkungen für die Unternehmen dazu führen, dass sie ihre Tätigkeiten ins Ausland verlegen.

«Ich wäre für das Zweite, dass er sich raushalten sollte. Weil [...], wenn man den Firmen so reinredet, dann packen die ihre Koffer und ziehen weiter, dorthin, wo das nicht der Fall ist. Man sollte den Firmen, auch dem Mittelstand, mehr Freiraum lassen, dass die auch noch selber entscheiden. Man muss ja nicht alles zulassen, aber grundsätzlich soll der Staat sich da raushalten [...], der Sozialstaat.» (Thomas, A, 58)

«Na ja, ich sage mal, jedes Unternehmen wird ja irgendwo seine Ziele verfolgen und die werden sie natürlich versuchen umzusetzen. Und wenn dann immer die Wirtschaft beziehungsweise der Staat da irgendwas abzieht oder wie auch immer, dann haben die ihre Problemchen.» (Peter, ÖPNV, 46)

Hier zeigt sich, wie zwiegespalten die Beschäftigten in ihren Sozialstaats- und Gerechtigkeitsvorstellungen sind. So sprechen sie sich unter Bezugnahme auf eine zu-

5 Hier wurde den Befragten folgende Frage vorgelesen: Welcher der folgenden beiden Aussagen stimmen Sie eher zu und inwieweit: «Der Sozialstaat soll die Macht von Unternehmen einschränken und der Wirtschaft klare Vorschriften machen» oder «Der Sozialstaat soll sich aus der freien Wirtschaft möglichst heraushalten?»

nehmende soziale Ungleichheit zum einen für eine verstärkte Umverteilung aus, die sich in diesem Kontext in der Befürwortung eines stärker eingreifenden Sozialstaats äußert. Zum anderen erfährt diese Forderung gewisse Grenzen, indem Teile der Beschäftigten, wie dargelegt, fordern, dass eine stärkere Besteuerung von Unternehmen nicht zu weit greifen sollte. In diesem Sinne sind die Beschäftigten durch eine gewisse Ambivalenz geprägt, die sich – wie noch im Folgenden dargelegt wird – als eine Konstante in unserer Erhebung erwiesen hat.

2.3.4 Sozialpolitische Veränderungen

Vermögenssteuer

Die eben erwähnte Ambivalenz zeigt sich auch im Zusammenhang mit der Diskussion über verstärkte Besteuerungsmaßnahmen. Branchenübergreifend stimmen die Befragten dem Vorschlag zu, durch eine Vermögenssteuer oder eine höhere Besteuerung von Unternehmen den Sozialstaat zu finanzieren.

«Ich finde schon, dass die Reichen mehr Abgaben machen müssen, um das zu finanzieren. Also, es wäre schon damit geholfen, dass man diese Schlupflöcher für die richtig großen Unternehmen schließt [...]. Ich weiß aber nicht, wie das gehen soll, ich bin kein Wirtschaftspolitiker [...], aber sie sollen schon höher besteuert sein, ja.» (Regina, P, 64)

«Wäre kein schlechter Ansatz [...], weil oft denkt man sich einfach, dass es Peanuts für so wohlhabende Unternehmen sind, die das schon möglich machen würden, das besser zu finanzieren und dieses Einkommen dann vielleicht an andere abzugeben, wo es dringender gebraucht wird. So könnte man das vielleicht besser regeln.» (Thomas, A, 58)

Die Interviewpartner*innen greifen hier die erwähnte Annahme, die soziale Ungleichheit nehme zu, auf: Indem Wohlhabende und Unternehmen stärker zur Finanzierung der Sozialpolitik herangezogen werden, könnte sozial umverteilt werden. Auch hier unterteilen die Beschäftigten die Gesellschaft in ein armes «Unten» und ein wohlhabendes «Oben», wobei angenommen wird, dass «die Reichen» den restlichen Teil der Gesellschaft durch Steuerhinterziehungen betrügen würden. Das geäußerte Ungerechtigkeitsempfinden und die damit zusammenhängenden Solidaritätsforderungen führen dazu, dass viele Beschäftigte eine stärkere Besteuerung befürworten.

«Ja, ich bin definitiv dafür [...]. Gerade die Reichen sind ja immer die, die meistens die Steuern hinterziehen, und das macht ja so viel Geld aus, das am Ende fehlt.» (Manuel, P, 25)

Allerdings: Die befragten Beschäftigten fordern keine radikale Steuerpolitik, der Reichtum «der Reichen» sollte nur bis zu einem gewissen Grad stärker besteuert werden. Denn deren Reichtum sei Ausdruck ihrer geleisteten Arbeit und damit auch «verdient» bzw. legitim. Auch lesen sich die Betrachtungsweisen der Beschäftigten

ambivalent. Zum einen sprechen sie sich, ausgehend von der Annahme einer zunehmenden sozialen Ungleichheit, für Umverteilungspolitik aus. Zum anderen soll diese Umverteilungspolitik aufgrund des erwähnten Leistungsempfindens auch nicht zu weit gehen. Diese Ambivalenz wird in den folgenden zwei Zitaten deutlich:

«Ja, das [...] ist eigentlich auch eine gute Möglichkeit, aber man darf es halt nicht zu ungerecht machen, würde ich jetzt mal behaupten [...]. Also einige von den Reichen haben sich das alles erarbeitet. Und denen will man ja auch nicht die Arbeit miesmachen, [...] deswegen muss man da auch ein bisschen aufpassen, wie viel man denen [...] sozusagen abknöpft.» (Uwe, ÖPNV, 26)

«Ja, aber gut, [...] wenn man reich ist, hat man das auch nicht geschenkt bekommen. Das ist dann sicherlich schon von Generation zu Generation [weitergegeben worden] oder [sie haben] Glück gehabt, man hat denen ja auch nichts geschenkt. Wenn der Staat nun sagt, gib mir was von deinem Kuchen ab, also Steuern, na gut, aber man soll ja nicht übertreiben.» (Theo, A, 47)

Grundeinkommen

Wir haben unsere Interviewpartner*innen um ihre Meinung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) gebeten. Auch in diesem Fall ist ihren Antworten eine gewisse Ambivalenz eigen. Insgesamt 15 der 36 Beschäftigten lehnen die Idee eines BGE per se ab. Die meisten Ablehnungen sind der ÖPNV-Branche zuzuordnen, in der keine Person einem Grundeinkommen gegenüber offen eingestellt ist. Nahezu allen ablehnenden Haltungen gemein ist das bereits erwähnte Leistungsprinzip, das auf ganz unterschiedliche Weise Eingang in die Antworten findet. Die Befragten lehnen das BGE branchenübergreifend aus der Annahme heraus ab, dass eine staatliche Unterstützung nur aufgrund einer zuvor selbst erbrachten Leistung als legitim anzusehen sei, denn jedes Gesellschaftsmitglied müsse durch Arbeit seinen Beitrag für die Gesellschaft leisten:

«Jeder muss für das, was er tut, vernünftig entlohnt werden und wenn jemand keinen Bock hat, was zu tun, dann kriegt er auch nichts. So sehe ich das [...]. Ich arbeite auch mein Leben lang. [...] Wenn man was haben möchte, muss man was dafür tun und es kann nicht sein, dass dann quasi wieder andere, die was tun, diejenigen, die zu Hause sitzen, mitfinanzieren. Finde ich nicht in Ordnung.» (Carl, ÖPNV, 30)

Die Befragten schaffen sich mit ihrer Erwerbsarbeit bzw. ihrer Beschäftigung somit eine Identität, die auf der Abgrenzung zu nicht arbeitenden Menschen basiert. Mitunter reicht das so weit, dass diesen unsolidarisches Verhalten zugeschrieben wird. Neben einer solchen Argumentation zeigen sich fünf Beschäftigte dem BGE gegenüber prinzipiell offen, stellen jedoch dessen Umsetzbarkeit bzw. Funktionalität infrage.

Diese gehören der ÖPNV- und der Automobilbranche an. Zum einen behaupten sie, das erwähnte Prinzip Sorge dafür, dass die Arbeitslosenzahlen anstiegen, zum anderen befürchten sie, der Staat könne eine solche Sozialreform nicht finanzieren. Daneben gibt es Beschäftigte, die sich zwar für ein Grundeinkommen aussprechen, dieses aber eben nicht bedingungslos vergeben, sondern an bestimmte Voraussetzungen knüpfen würden – etwa an eine vorliegende Erwerbsunfähigkeit. So solle weiterhin garantiert werden, dass die Gesellschaftsmitglieder zur Ausübung einer Beschäftigung motiviert werden.

Entgegengesetzt zu dieser Sichtweise gibt es unter den Beschäftigten branchenübergreifend auch elf Befürworter*innen des BGE. Durch das BGE soll aus Sicht dieser Beschäftigten in erster Linie ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und zu einer sozialen wie auch finanziellen Umverteilung geleistet werden. Neben einer finanziellen Umverteilung hoffen sie, den Leistungsbeziehenden durch ein Grundeinkommen eine bessere, motivierende und unbürokratischere Integrationsunterstützung zu gewähren, als dies mittels der sogenannten Hartz-IV-Maßnahmen geschehe.

«Dann könnte man zum Beispiel den Betrag, den Hartz-IV im Augenblick ausmacht, wesentlich erhöhen. [...] Es muss für alle gerechter werden. Wenn sich dann wenige ungerecht behandelt fühlen, sprich Millionäre und Firmen, dann ist es halt leider so. Aber wenn dann viele sich gerechter behandelt fühlen, das ist einfach besser für die Gesellschaft.» (Tobi, A, 41)

Renteneintrittsalter

Bei der Frage nach dem Renteneintrittsalter sind sich alle Beschäftigten einig. Unabhängig vom Alter der Befragten und der jeweiligen Branche, in der sie arbeiten, befürworten unsere Interviewpartner*innen ein niedrigeres Renteneintrittsalter. Unklarheit zeigt sich jedoch hinsichtlich der Frage, wie genau eine derartige Reform gestaltet werden sollte. Am häufigsten ist die Forderung nach der Rente ab 60 Jahren, während manche Beschäftigte dies jedoch für zu früh, andere wiederum für zu spät halten und sich gar eine Grenze ab 58 Jahren wünschen.

Ein Teil der Beschäftigten spricht sich für eine Staffelung des Renteneintrittsalters aus. Grundlage für diesen Wunsch ist die Gegenüberstellung von Berufen, in denen körperlich gearbeitet wird, und «geistiger» Arbeit im Büro. Aus dieser Gegenüberstellung wiederum leiten die Beschäftigten die Notwendigkeit ab, den Erstgenannten einen relativ früheren Renteneintritt zu gewähren. Kurz: Beschäftigte mit körperlich belastenden Berufen könnten aufgrund der Strapazen weniger lang arbeiten.

«Das Renteneintrittsalter sollte nach Beruf gestaffelt werden. Beispielsweise Leute, die schwer arbeiten, auf dem Bau, Dachdecker, Maurer oder auch im Paketdienst, das ist eine Keulerei – da fängt ja alles mit an. Und auch Bandarbeiter wie ich, die ihr Leben lang drei Schichten kloppen, die sollten früher in Rente gehen, die sollten von mir aus mit 60

gehen, und Lehrer oder so was, oder eben Beamte oder so, die sollten später gehen, mit 65 oder so.» (Thomas, A, 58)

Auffällig ist, dass sich auch hier die Interviewten mit Beschäftigten in anderen Branchen solidarisieren.

Weniger häufig ist die Forderung, das Renteneintrittsalter nach den Jahren, in denen Beschäftigte gearbeitet haben, zu staffeln. Mitunter wird in diesem Zusammenhang auch das bestehende Rentenfinanzierungssystem kritisiert, in das Selbstständige und Beamt*innen nicht einzahlen.

2.3.5 Zwischenresümee

Im Zusammenhang mit den (Sozial-)Staatsbildern bzw. gewünschten Sozialreformen nehmen Befragte immer wieder Bezug auf die von ihnen wahrgenommene Ungleichheit und Gliederung der Gesellschaft in oben, mitte und unten. Das «Oben» nimmt kontextabhängig verschiedene Ausdrucksformen an und reicht von wohlhabenden Menschen im Allgemeinen (den «Reichen») über Konzerne bis hin zu «der» Industrie. Interessant ist, inwiefern Solidarisierungen der Beschäftigten mit dem gesellschaftlichen «Unten» je nach Kontext variieren, es kann von ambivalenten Solidaritätsorientierungen der Beschäftigten gesprochen werden. So betonen sie einerseits die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit und solidarisieren sich zum Beispiel mit Beschäftigten aus dem Billiglohnsektor, weil sie die dort existierenden Arbeitsbedingungen als «unwürdig» bewerten. Das Ausmaß dieser Solidarisierungen hat andererseits jedoch durch das erwähnte Leistungsempfinden bedingte Grenzen. Es gibt klare Abgrenzungsbekundungen zu dem nicht arbeitenden und mit dem Vorurteil der «Faulheit» assoziierten Teil der Bevölkerung. Dieses ambivalente bzw. begrenzte Solidaritätsempfinden findet sich bei Befragten aus allen Branchen. Es handelt sich nicht um eine bedingungslose, sondern um eine an Leistungsbereitschaft geknüpfte Solidarität. Wer nicht leisten will (oder wem das unterstellt wird), soll auch nicht unterstützt werden, so könnte man es zuspitzen.

Die Beschäftigten der Pflege bekunden die meiste und vielseitigste Kritik am Sozialstaat und üben gar grundsätzliche Kritik am kapitalistischen System, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass der Gesundheitssektor die Branche innerhalb des Samples darstellt, die am stärksten von Privatisierungsmaßnahmen betroffen ist. Gleichzeitig zeigt sich jedoch vor allem vor dem Hintergrund der Grundeinkommensdebatte auch innerhalb dieser Gruppe ein starkes Leistungsbewusstsein: Staatliche Unterstützung solle an erbrachte Leistung anknüpfen. Die hier – im Verhältnis zu den anderen Branchen – besonders stark ausgeprägte Ambivalenz ist auf die Arbeitsbedingungen und Rahmenbedingungen in dieser Branche zurückzuführen. Die Beschäftigung in der Pflege weist innerhalb der untersuchten Branchen das größte Prekarisierungspotenzial bei gleichzeitig enormen Arbeitsanforderungen und schlechten Arbeitsbedingungen auf. Derartige Bedingungen führen bei den Beschäftigten

zum Erleben, selbst in ihrem Job viel leisten zu müssen. Gleichzeitig sind sie von den Befragten am stärksten mit den Defiziten des Sozialstaats konfrontiert und fordern deshalb verbesserte Sozialbedingungen.

Beschäftigte der Automobilindustrie sind diejenigen, die Verteilungskonflikte nicht exklusiv lösen wollen. Sie solidarisieren sich am häufigsten mit sozial schlechter Gestellten und mit Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Das lässt sich auf die verhältnismäßig hohe Lohnzufriedenheit und eine damit zusammenhängende Beschäftigungssicherheit zurückführen.

Die erwähnte Ambivalenz der Beschäftigten des ÖPNV weist letztlich die stärkste Übereinstimmung mit Prinzipien der sogenannten sozialen Marktwirtschaft auf. Beschäftigte sprechen sich für einen Sozialstaat aus, der stark in die Wirtschaft eingreifen sollte. Sie weisen aber auch darauf hin, dass dieses Eingreifen nicht die grundsätzlichen Prinzipien der Marktwirtschaft gefährden sollte. Weder Solidarisierungsbekundungen noch die Abgrenzung zu Arbeitslosen sind unter den Beschäftigten dieser Branche zu finden.

2.4 Politikvorstellungen

Ein Teil der in den Interviews gestellten Fragen zielte explizit auf das Verständnis von Demokratie und die Kritik bzw. die Zufriedenheit mit der politischen Situation in Deutschland ab. Im Folgenden versuchen wir, das Verständnis der Beschäftigten von politischen Abläufen und Präferenzen zu rekonstruieren.⁶ Dabei sind die Ausführungen der Befragten mitunter sehr heterogen und vielschichtig. Wir gehen deshalb zunächst auf Politikvorstellungen ein, die sich in großen Teilen des Samples wiederfinden. Anschließend besprechen wir wichtige Differenzierungen. Aus den Antworten ergeben sich aber nur selten Unterschiede, die sich auf die Branchenzugehörigkeit zurückführen lassen. Sofern trotzdem gewisse Unterschiede feststellbar sind, merken wir dies an.

2.4.1 Funktionsfähigkeit des politischen Systems

Die Mehrheit erachtet das demokratische politische System der Bundesrepublik als funktionsfähig. Die starke Identifizierung der Politik als Problemlösungsinstanz, wie wir sie im nächsten Punkt genauer beschreiben, deutet darauf hin, dass die Probleme, über die Beschäftigte reden, nicht als Resultat «des Systems» an sich gesehen werden. Nichtsdestotrotz äußern alle Befragten auch Unmut über die aktuelle politische Lage in Deutschland und über das politische Personal. Die Aussage eines Beschäftigten aus dem Automobilssektor bringt auf den Punkt, was in einigen anderen Aussagen umschrieben oder auch direkt angesprochen wird:

6 Grundlage hierfür ist die Annahme, dass erst durch die Gewährleistung gewisser sozialstaatlicher Leistungen, sogenannter sozialer Rechte, politische Rechte wie die politische Mitbestimmung ermöglicht werden (vgl. Heydel 2008; Busemeyer et al. 2012). Erst hierdurch ist folglich die Souveränität der einzelnen Bürger*innen als Teil der demokratischen Ordnung sichergestellt (vgl. Heide 2008: 62).

«Die Politik, also die Demokratie ist eine tolle Idee und sie funktioniert auch in großen Teilen. Das Problem ist einfach, diejenigen, die die Stimmung machen, sind aus meiner Sicht im Augenblick die Falschen.» (Tobi, A, 41)

2.4.2 Entfernung vom «Volkswillen»

Betont werden sollte, dass diese Aussage nicht nur auf unterschiedliche politische Präferenzen zu beziehen ist, sondern im Allgemeinen auf das Wirken der gewählten Mandatsträger*innen. Viele Befragte gehen von einer tendenziell steigenden Distanz zwischen Politiker*innen und Bürger*innen aus. So äußert beispielsweise ein Beschäftigter der Automobilbranche Folgendes:

«Ich würde dazu sagen, [...] die Politiker entfernen sich immer weiter vom Volk, die gehen auch nicht mehr unter das Volk, nur wenn sie wiedergewählt werden wollen. Das sind nicht mehr die Politiker, die es früher einmal gab. Die haben nicht mehr diese Ausstrahlung und Energie. Die sprechen auch nicht mehr fürs Volk, eigentlich sprechen die nur noch für sich.» (Thomas, A, 58)

Unterschiede zwischen den Branchen sind marginal. Besonders scharfe Kritik üben Beschäftigte aus der Automobilbranche, danach folgt der Pflegesektor und der ÖPNV. Die Interviewpartner*innen geben an, dass sich die Politiker*innen immer mehr vom Willen der Bevölkerung entfernen und diesen nicht oder nicht vollumfänglich repräsentieren würden.

«Die Frage ist, ob man mehr Leute, die an der Basis sind, ob man die verschiedenen Schichten mit in die Entscheidungsfindung integrieren kann, um einfach näher am Puls der Bevölkerung zu sein, weil man ja schon so ein bisschen das Gefühl haben könnte, dass diejenigen, die im Bundestag sitzen, nicht mehr so basisbezogen sind, weil sie nicht mehr so den direkten Kontakt haben. Die sind ja in der Schicht eher alle nach oben gewandert und die beziehen ja auch gute Bezüge und so weiter. Also, dass die sich gegebenenfalls mit einem, der nur 2.000 [Euro] brutto verdient, mit seinen Problemen gar nicht mehr richtig auseinandersetzen, weil denen geht's nicht so schlecht. Gott sei Dank – aber es sollte allen so gut gehen.» (Sören, A, 39)

«Ich bin auch der Meinung, die Politiker vertreten zu wenig die Interessen des Volkes. Aus dem ganz einfachen Grund: Wir haben immer mehr Berufspolitiker und immer weniger, die aus der Wirtschaft kommen, die sich in der Wirtschaft auskennen. Die meisten sind Beamte und Rechtsanwälte. [...] Und da wünschte ich mir wirklich, dass mehr fürs Volk getan wird und dass die Regierung repräsentativ aufgestellt ist, das heißt, aus allen Berufsgruppen was dabei ist. Das sehe ich momentan nicht. [...] Da muss man die Voraussetzungen schaffen.» (Fritz, A, 58)

Ein sehr kleiner Teil der Befragten gibt an, dass die wahrgenommene Distanz schlussendlich in der Aufgabenstellung begründet liege, politische Interessen auszuhandeln, und deshalb gewissermaßen weniger problematisch als unumgänglich sei. Eine Aussage, die diesen Standpunkt treffend umschreibt, kommt von einer Beschäftigten aus dem Pflegesektor:

«Ja, man kann nicht alle Interessen vertreten, weil ja viele widersprüchlich sind. Der eine sagt dies, der andere das. Also man kann es nicht [...] jedem recht machen.» (Susanne, P, 22)

Die Mehrheit der Befragten meint, die wahrgenommene Distanz führe zu politischen Entscheidungen, die in vielen Punkten zum Nachteil der gesamten Gesellschaft ausfallen würden. Hintergrund ist die Annahme, dass eben jene Distanz einer problemzentrierten Politik im Wege stehen würde. Politiker*innen werden als Menschen gesehen, die den Kontakt zur Basis verloren hätten und in die Oberschicht aufgestiegen seien. Sie hätten in diesem Sinne die Problemlagen der Mittelschicht und der Unterschicht aus den Augen verloren. Davon zeugen folgende Aussagen:

«Es gibt [...] Parteien, da denke ich mir, als Teil des unteren Mittelstandes oder wie auch immer, was habt ihr da jetzt für komische Gedanken. Das ist doch nichts, was dem Volk etwas bringt». (Heinz, ÖPNV, 29)

«Frau Merkel weiß garantiert nicht, was der Hartz-IV-Empfänger in seinem Kiosk macht, das geht gar nicht.» (Regina, P, 64)

Die Beschäftigten betonen, dass der Kontakt von der Politik zu den verschiedenen Schichten der Bevölkerung abgerissen sei und es den Entscheidungsträger*innen an Empathie fehle, sich in die Lebenslagen weiter Bevölkerungsteile hineinversetzen zu können.

Die Entfremdung wird auf die höheren Einkommen zurückgeführt, die Politiker*innen beziehen. Verhältnismäßig oft führen Befragte an, dass es dem politischen Personal an entsprechender Erfahrung mit dem Leben und den Arbeitsbedingungen der «kleinen Leute» fehle. Die berufliche Struktur von deutschen Parlamenten stehe nicht repräsentativ für die Gesellschaft, sondern repräsentiere nur noch «Anwälte» und «Akademiker». Ein Blick auf die tatsächliche Sozialstruktur des Bundestags zeigt, wie sehr dieser Eindruck der Beschäftigten der empirischen Realität entspricht. So lässt sich zum einen festhalten, dass rund 80 Prozent der Abgeordneten der derzeitigen Legislaturperiode Akademiker*innen sind (vgl. Graw/Klapsa 2019). Zum anderen machen Jurist*innen unter den im Bundestag vertretenen Grundberufen mit knapp 26 Prozent den größten Anteil aus (vgl. Datenhandbuch des Deutschen Bundestags 2018). Die dargestellten Zahlen stehen somit in enger Verbindung zu

den Forderungen der Beschäftigten, dass Politiker*innen, um die Problemlagen der Bürger*innen verstehen zu können, näher an den bereits erwähnten Lebensrealitäten der Menschen sein müssten. Hierbei werden neben arbeitsweltlichen Umständen auch regionale Gegebenheiten und anderweitige Alltagsbezüge genannt. So bringt eine Pflegekraft auf den Punkt, was in mehreren anderen Aussagen angeschnitten wird:

«Das ist immer so, man denkt, man weiß das, aber es ist nicht so. [...] Wenn man noch keine Kinder hat, meint man zu wissen, wie das wäre, dass das anstrengend ist und so, aber wie es wirklich ist, weiß man erst, wenn man wirklich welche hat. Und [in der Politik] ist es genauso. Die Probleme weiß man, wenn man sie hat, nicht, wenn man sie von außen betrachtet und denkt, man würde wissen, wie es ist. Das ist sicherlich das große Problem, dass die arbeitenden Politiker, die aus dem arbeitenden Volk [kommen], nicht mehr vorhanden sind. Wie soll ich was vertreten, was ich nicht wirklich verstehe?» (Antje, P, 54)

Im Zusammenhang mit dieser Kritik beklagt ein Teil der Befragten, dass sich die Politik nur dann auf bürgernahe Themen konzentriere, wenn die Zeit der Wahl anstehe. Entsprechende politische Maßnahmen würden daraus allerdings nicht erwachsen. Die Aussage einer Beschäftigten aus dem ÖPNV zeigt dies exemplarisch auf:

«Ich meine, man merkt es immer wieder, kurz vor den Wahlen wird alles Mögliche versprochen und wenn dann die Wahlen stattgefunden haben, dann [wissen die Politiker*innen] nichts mehr davon. [...] Die Bürgernähe fehlt, finde ich. Die machen alles am großen Tisch.» (Johanna, ÖPNV, 48)

In dieser Aussage wird bereits angeschnitten, was eine Minderheit der Interviewten direkt äußert: Politiker*innen seien nicht vertrauenswürdig und unehrlich. Wahlversprechen würden von ihnen nur bedingt oder gar nicht eingehalten. Während Beschäftigte aller Branchen das politische System der parlamentarischen Demokratie an sich kaum kritisieren, es ganz im Gegenteil sogar große Akzeptanz und Vertrauen erfährt, misstrauen sie dem politischen Personal weitläufig oder begegnen ihm mit großer Skepsis.

2.4.3 Verflechtung von Politik und Wirtschaft

Ihren Eindruck, Politiker*innen hätten sich vom Willen der restlichen Bevölkerung entfernt, drücken die befragten Beschäftigten vielseitig aus. Einige grundlegende Aussagen kehren aber wieder. Drei Punkte, die sich inhaltlich überschneiden und teilweise ineinandergreifen, werden von der Mehrheit der Interviewten angegeben.

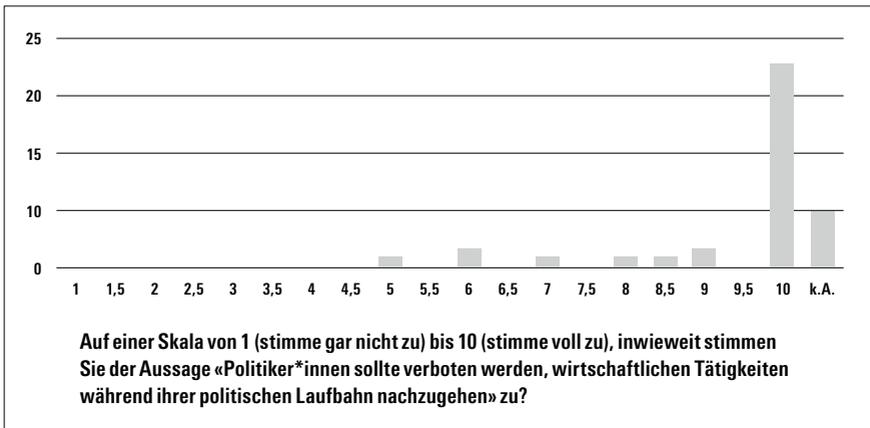
Erstens: Die Interessen, die in der Politik hauptsächlich verfolgt werden, seien zum einen ein Eigeninteresse an Machterhalt und Karriereentwicklung. Folgendes Zitat belegt diesen Zusammenhang und veranschaulicht gleichermaßen die Haltung gegenüber Politiker*innen recht eindringlich:

«Politiker [sind] schon immer Lügner [...], auf der ganzen Welt, ganz einfach. Die versprechen dir irgendwas vor der Wahl und dann [kann] man sich nicht mehr dran erinnern und dann stecken sie [alles] immer in die eigene Tasche.» (Theo, A, 47)

Zweitens: Zum anderen beklagen viele, wirtschaftliche Interessen großer Lobbygruppen würden die Politik letztendlich leiten und dem Staat und der Politik würde die Wirtschaft langsam «aus den Händen gleiten» (Arne, A, 47). In diesem Sinne wird Politik vornehmlich für «die da oben», also Reiche, selbstbezogene Politiker*innen und große Unternehmen, gemacht. Politiker*innen seien «befangen» (Michael, ÖPNV, 52), sie nutzten «ihre politischen Vorteile für die wirtschaftlichen Vorteile des Unternehmens» (Carl, ÖPNV, 30), das sie repräsentieren. Ein Beschäftigter aus der Automobilbranche geht noch einen Schritt weiter. Er behauptet, dass «so viel Lobbyarbeit betrieben wird [...], [dass] die Vermutung aufkommen könnte, wer schmiert, der regiert» (Sören, A, 39).

Drittens: Zudem wird dem politischen Personal unterstellt – hier besteht ein enger Zusammenhang mit den zuvor genannten Punkten –, sich im Amt zu bereichern und daher nicht unbefangen entscheiden zu können bzw. zu wollen. Diese Skepsis erstreckt sich fast über das gesamte Sample. Die Zustimmung zur Frage, ob Nebentätigkeiten in der Politik verboten werden sollten, ist die höchste aller Skalenfragen.

Abbildung 3: Trennung von Politik und Wirtschaft



Quelle: eigene Darstellung

Die Mehrheit plädiert für eine strikte Trennung von politischer Tätigkeit und Beschäftigung in der freien Wirtschaft. Eine Antwort aus dem ÖPNV macht deutlich, welche Gründe dahinterstehen:

«[Dem] stimme ich voll zu, aus dem ganz einfachen Grund: Ich habe diese Politiker gewählt, damit sie mich vernünftig vertreten, und zwar gleichgestellt gegenüber denjenigen, die mir Arbeit geben – auf gut Deutsch gesagt: den Unternehmern.» (Christian, ÖPNV, 23)

Dieses Verständnis unterstreicht sowohl den bereits festgestellten Repräsentationsmangel als auch das Misstrauen gegenüber Politiker*innen.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie seitens des Bundes und der Länder werden häufiger erwähnt. Wobei einerseits auf unklare, wenig nachvollziehbare Regelungen verwiesen und andererseits beklagt wird, dass die Maßnahmen des sozialen Rettungsschirms für einige Teile der Gesellschaft nicht ausreichend seien. Diese Teile würden von der Regierung im Stich gelassen. Besonders Letzteres reiht sich in verschiedenartige Unzufriedenheiten ein, hinter denen der Wunsch steht, der Sozialstaat solle ausgebaut werden. Vereinzelt problematisieren sie politische Themen, die den Abbau oder falsche Priorisierung des Sozialstaats betreffen. Viele Beschäftigte nennen die Privatisierung bzw. Vermarktlichung des Gesundheitssystems sowie Problemlagen bei Bildung und Kinderbetreuung.

2.4.4 Politische Grundhaltung

Die Mehrheit aller Aussagen deuten auf eine liberal-demokratische Grundhaltung der Befragten hin. Wohlgemerkt: Nicht im Sinne eines liberalen Staats, der sich aus Wirtschaft und Gesellschaft heraushalten soll. Im Gegenteil, der Wunsch nach einem starken Sozialstaat ist weit verbreitet. Wir meinen mit liberal-demokratischer Grundhaltung einerseits die Orientierung an der repräsentativen Demokratie, andererseits die Vorstellung, dass Demokratien vom Mitmachen der Menschen leben. Autoritäre Politikmodelle stehen derartigen Überzeugungen jedenfalls entgegen, einige Befragten wünsche sich solche aber. Gleichzeitig erteilen viele Befragte dem Vorschlag starker und härter durchgreifender Führungspersonen in der Politik eine klare Absage. Ein Befragter aus dem ÖPNV illustriert dies sehr pointiert:

«Nein, ich möchte keine Diktatur oder eine stärkere Führung haben. Ich möchte nicht in meinen Grundrechten durch irgendwen eingeschränkt sein. Wir sehen jetzt in diesem Krisenfall, was unsere Politik für eine Macht hat, und ich denke mir, alles andere wäre das, was wir schon mal hatten und nicht mehr haben wollen. Ich glaube nicht, dass wir in die Zeiten von brauner Diktatur zurückwollen oder was Ähnlichem oder der SED-Diktatur und was es alles gab. [...] Beim besten Willen nicht.» (Jörg, ÖPNV, 62)

Dieser Teil der Befragten meint, dass das politische System nur dann legitim sei und funktioniere, wenn sich alle Gesellschaftsteile daran beteiligen können. Sie begreifen die Lösung von Problemstellungen als Aufgabe aller, die in einer Gesellschaft leben. Ein Interviewpartner aus dem Automobilssektor umreißt dies recht treffend:

«Wie gesagt, Demokratie lebt davon, dass sich jeder Einzelne möglichst daran beteiligt und alles kritisch hinterfragt, ohne wie so ein Hackeklotz zu versuchen, andere niederzumachen. Das ist meine Grundauffassung.» (Fritz, A, 58)

Auch eine Pflegekraft unterstreicht diese Einstellung mit ihrer Antwort:

«Da glaube ich eher, dass es im Team besser geht, als einer, der hart durchgreift, würde ich definitiv sagen.» (Marianne, P, 50)

Diese Aussagen sprechen nicht unbedingt gegen den Wunsch nach Durchsetzungs- und Führungsstärke. Ein Großteil der Befragten, darunter auch einige, die die Wichtigkeit demokratischer Einbindung und Mitbestimmung betonen, wollen, dass Politiker*innen «auch mal härter durchgreifen» sollten, und verstehen dies als Teil von Demokratie. Sie erheben diese Forderung vor dem Hintergrund einer als überbürokratisiert wahrgenommenen Politik: Die scheinbare Überkomplexität der Politik und die Unfähigkeit, Entscheidungen zu treffen, führen dazu, dass sich viele Befragte einen Politikstil wünschen, bei dem politische Führungspersonen Verantwortung übernehmen und gezielt Entscheidungen treffen, anstatt lediglich Optionen zu diskutieren.

Die Beschäftigten, die ein solches Vorgehen der Politik begrüßen würden, lassen sich grob in zwei Gruppen aufteilen. Die eine Gruppe formuliert eher vage, wann und in welcher Situation sie ein derartiges Durchgreifen genau befürwortet. Es fallen Äußerungen wie «wenn es gerechtfertigt ist» (Heinz, ÖPNV, 29) oder «bei einigen Themen» (Ingrid, A, 42). Eine Person aus dem öffentlichen Personennahverkehr veranschaulicht dies:

«Ich finde es nicht schlecht, an geeigneter Stelle ruhig mal Rückgrat zu zeigen. Und auch [...] mal hart durchzugreifen, etwas bei unpopulären Problemen auch mal durchzusetzen.» (Michael, ÖPNV, 29)

Dieser Teil der Beschäftigten findet, dass hartes Durchgreifen, wenn es den eigenen politischen Interessen entspricht oder als notwendig betrachtet wird, dabei helfen könne, schwierige und unbeliebte Entscheidungen zu fällen. Ein Beispiel, das mehrmals auftaucht, ist das als zögerlich beschriebene Verhalten der Bundesregierung in Bezug auf die Covid-19-Pandemie. Eine Befragte aus dem Pflegesektor meint:

«Zum Beispiel die Corona-Pandemie, ich finde es falsch, was sie bis jetzt gemacht haben. Dieser Wischi-Waschi-Lockdown light. Zack, mach vier Wochen das Land dicht, komplett dicht, Ausgangssperren und alles und dann hätten wir diesen Dreck schon weg.» (Regina, P, 64)

In der anderen Gruppe findet sich eine stärker autoritär strukturierte Argumentationsweise, die sich übergreifend folgendermaßen zusammenfassen lässt: Um ein funktionierendes gesellschaftliches Zusammenleben zu gewährleisten, bedürfe es in der Gesellschaft und Politik eindeutiger Regeln und Gesetze, die erst durch eine «starke Hand» in Form eines durchgreifenden Staates zur wirklichen Anwendung kämen. Dies lässt sich gut anhand einer Aussage aus dem ÖPNV nachvollziehen:

«Wir haben, [...] so sehe ich das, ganz viele Gesetze beziehungsweise Vorschriften und so, [das sind] einfach viel zu viele. [...] Im Endeffekt weiß keiner, woran er ist. Da ist viel zu viel Schwammiges dabei beziehungsweise so Grauzonengesetze. Wenn man ganz klar sagt: «Das geht, das geht nicht», dann ist es gut. [Das] ist für alle einfacher. Und wenn dann der Politiker meint, er müsse seine Steuern nicht zahlen: Zack, ab ins Gefängnis und gut ist.» (Carl, ÖPNV, 30)

Wie aus diesem Zitat ersichtlich wird, ist der Wunsch nach klaren Regeln eng mit der Forderung nach konsequenter Bestrafung bei regelabweichendem Verhalten verbunden. Das bezieht sich nicht nur auf Verfehlungen von Politiker*innen, sondern auch auf Kriminaldelikte oder auf «Arbeitsverweigerer».

«Wenn ich höre, dass Jugendliche, die schon bekannt sind, jemanden halb zu Tode treten, mit einer Kleinigkeit bestraft werden, finde ich das ziemlich schade.» (Johanna, ÖPNV, 48)

Einige Beschäftigte aus dem Pflegesektor bemühen eine Analogie zur Kindererziehung, in der auch klare Regeln und Autoritätsverhältnisse notwendig seien. Generell zeigt sich die stärker autoritär strukturierte Argumentationsweise hauptsächlich bei Befragten aus dem ÖPNV. In beiden Gruppen gibt es Aussagen, die mal mehr und mal weniger direkt auf eine Sehnsucht nach einfachen Lösungsangeboten der Politik hindeuten. Eine Person aus dem Pflegesektor gibt zum Beispiel an:

«Manchmal vermisse ich das schon, dass mal wirklich einer sagt: «Jetzt wird das so gemacht, jetzt müssen wir alle da durch, das ist jetzt festgelegt, Schluss aus.» Es gibt [...] hier so viele Wege. Es gibt [...] kein richtiges: «Jetzt wird das so gemacht.» Das fehlt [...] schon manchmal. Man versucht, es allen recht zu machen, und das ist eben das wirklich große Problem, weil man kann nie allen was recht machen. Das funktioniert nicht.» (P1, Jana, 32)

In vielen Fällen sind es dieselben Personen, die der Meinung sind, dass sich in der Politik nicht alle Interessen verwirklichen ließen und es hier mehr Personen bedürfe, die «klare Verhältnisse» schaffen, und fordern, mutiger zu sein, unpopuläre Entscheidungen zu treffen und dabei nicht immer alle Interessengruppen zu berücksichtigen.

Übergreifend zeigt sich in einigen, zum Teil völlig unterschiedlichen Aussagen, ein Bedürfnis nach charismatischen Politiker*innen, mit denen sich die Menschen identi-

fizieren können. Diese gäbe es zurzeit so gut wie gar nicht mehr. Attribute, die hier genannt werden, sind vor allem Zuverlässigkeit, Fleiß, Ausstrahlung und in Anlehnung an die bereits angeführten Punkte Durchsetzungsstärke. Als Vorbilder werden dabei Personen wie Helmut Schmidt oder Willy Brandt genannt. Dies steht sicherlich im Zusammenhang mit dem großen Anteil an SPD-Wähler*innen unter den Befragten.

Grundsätzlich konnten wir einen Wunsch nach Vereinfachung von politischen Prozessen und Entscheidungen erkennen. Dieser tritt insbesondere im Kontext multipler gesellschaftlicher Krisen, wie der Corona-Krise, der Klimakrise oder auch einer erwarteten Wirtschaftskrise in den Vordergrund.

2.4.5 Parteipolitische Präferenz

Neun der Befragten würden die SPD wählen, wenn am nächsten Tag Bundestagswahl wäre. Mehrere ehemalige Stammwähler*innen schwanken noch, ziehen eine SPD-Wahl aber weiterhin in Betracht. Teile der SPD-Wähler*innen sowie ehemalige Befürworter*innen und ein Teil der Unentschlossenen merken an, dass sich die Partei in ihren Augen von ihren ursprünglichen Werten als Arbeiternehmerpartei entfernt habe. Der Anteil, der trotzdem an der SPD festhält, begründet dies oft damit, dass die Parteibasis sie dazu bewege, weiterhin diese Wahlentscheidung zu treffen. Acht Befragte würden die CDU wählen, was zumeist nicht mit umfänglicher Zufriedenheit mit der Regierung, sondern mit politischer Stabilität begründet wird. Fünf Personen würden die Grünen wählen, wobei einige Unentschlossene dies ebenfalls in Betracht ziehen. Das meistgenannte Argument für eine Wahl der Grünen ist die Klimakrise und die generelle Bedeutung des ökologischen Themenkomplexes. Drei der Befragten sind sich sicher, DIE LINKE zu wählen, da sie aus ihrer Sicht die einzige Partei ist, die glaubwürdig die Interessen der Unter- und Mittelschicht vertrete. Außerdem gaben uns gegenüber mehrere Unentschlossene an, noch zwischen der LINKEN und der SPD zu schwanken. Jeweils eine Stimme würde die FDP und das Team Todenhöfer erhalten. Neun der Befragten sind zurzeit unentschlossen. Von ihnen gibt eine Person an, noch nie gewählt zu haben. Bei den Parteipräferenzen lässt sich überdies kein Zusammenhang mit den verschiedenen Branchen herstellen, eindeutige Bezüge zwischen bestimmten Parteien und den eher autoritär strukturierten Politikvorstellungen sind nicht auszumachen.

2.4.6 Zwischenresümee

Alle Befragten äußern einen deutlichen Unmut gegenüber dem politischen Personal. Diese Unzufriedenheit drückt sich vor allem in der Wahrnehmung einer fortschreitenden Entfernung des politischen Geschehens vom Willen der Bevölkerung, aber auch durch das vermeintliche Fehlen subjektiver Fähigkeiten der einzelnen Politiker*innen, wie Empathie und Charisma, aus.

Zudem vermissen einige Befragte ein hartes Durchgreifen seitens der Politik. Sie kritisieren, dass Politiker*innen nicht mit den Lebensweisen der Personen, die sie vertreten sollen, vertraut seien und diese somit nicht angemessen repräsentieren könnten.

Außerdem behaupten viele Befragte übereinstimmend, dass die Politiker*innen nicht dem Gemeinwohl dienen, sondern vielmehr egoistische Motive dominieren, beispielsweise persönliche Bereicherung. Dieser Eindruck wird durch das oftmals als zu eng und ungleich bezeichnete Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft sowie durch herbe Lobbyismuskritik untermauert.

2.5 Potenziale demokratischer und sozialer Erneuerung

Durch die Frage des letzten Interview-Themenblocks konnten wir herausarbeiten, inwiefern die Denkweise der Befragten Potenziale demokratischer und sozialer Erneuerung aufweisen.

*2.5.1 Problemlöser*innen*

Um diese Fragen zu beantworten, haben wir zunächst danach gefragt, wer dafür verantwortlich sei oder verantwortlich sein sollte, die zuvor besprochenen arbeitsweltlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme zu lösen. Der größte Teil der Befragten sieht dafür die gewählten Politiker*innen in der Verantwortung, weil sie durch Wahlen legitimiert und dadurch mit der notwendigen Macht ausgestattet seien, die es zur Bewältigung komplexer Problemlagen bedürfe.

Damit geht nach Ansicht des Großteils der Befragten die Pflicht einher, dieser gesellschaftlichen Aufgabe entsprechend nachzukommen. Wie im vorherigen Kapitel erläutert, gehen die Meinungen darüber, inwiefern Politiker*innen dieser Aufgabe gerecht werden, auseinander. Viele finden, die Politik sei in der Realität aber unfähig oder mit inkompetenten Personen besetzt. Deshalb ist ein anderer Teil der Meinung, dass Politiker*innen nicht zwangsläufig etwaige gesellschaftliche Problemlagen lösen könnten. Viele Befragte sehen die Gesellschaft als Ganzes in der Pflicht, gemeinsam mit der Politik an Problemlösungen zu arbeiten. Der Busfahrer Jörg drückt diese Ansicht wie folgt aus:

«Wenn die Bevölkerung zusammensteht und die Probleme [...] gemeinsam anfasst, vernünftig anfasst und nicht mit Grölen, wie diese Querdenker, die da auf die Straße gehen [...]. Aber wenn ich gemeinsam, ja wenn das Volk und die Politiker gemeinsam handeln [...], dann können die Probleme gelöst werden.» (Jörg, ÖPNV, 62)

Als Möglichkeit der Einflussnahme, der Mitbestimmung und des Aufbaus von politischem Druck sehen die Befragten vor allem den gesellschaftlichen Diskurs. Dass Personen auf individueller Ebene politisch und gesellschaftlich etwas bewirken könnten, zweifeln hingegen viele an. Die meisten Befragten gehen davon aus, dass Einzelpersonen im Kleinen, vor allem in ihrem privaten Umfeld, für Veränderung sorgen könnten. Während manche Befragte meinen, dass die persönliche politische Handlungsfähigkeit sich auf das Private begrenze, so zieht der Großteil den Schluss, dass es den Zusammenschluss mit anderen bedürfe, um Veränderung zu erzeugen. Individuelles Handeln

verstehen sie als Ausgangspunkt kollektiver Organisation, die die Möglichkeit biete, gesellschaftlichen Einfluss zu nehmen. Organisation erachten dabei viele als gesellschaftliche Notwendigkeit. «Man muss sich schon organisieren bzw. man muss auch gewillt sein, [...] vernünftig mitzuwirken.» (Sören, A, 39) Dafür müssten sich Personen mit den gleichen Interessen zusammenschließen. Einige Befragte verweisen in diesem Zusammenhang explizit darauf, wie wichtig es sei, sich unter den Kolleg*innen zu organisieren. Als Mittel der politischen Einflussnahme werden Demonstrationen oder Streiks sowie die Arbeit in Gremien oder Ehrenämtern genannt. Die folgenden Aussagen stehen exemplarisch für diese Form des demokratischen Potenzials: «Das Volk kann auch eine ganze Menge dazu beitragen. Das Volk kann ja auch, [...] Entscheidungen [...] durch Streiks und was weiß ich was alles herbeirufen.» (Tobi, A, 41)

«Eine Demokratie lebt ja davon, dass sich jeder [...] daran beteiligt. Es fängt beim Ehrenamt an, beim Betriebsrat. Die ganzen Ehrenämter sind für mich ein sehr gutes Beispiel, dass Demokratie funktionieren sollte. Freiwillige Feuerwehr oder jeder, der sich ehrenamtlich engagiert.» (Fritz, A, 58)

Obwohl diese Sicht auch in der Pflegebranche dominant ist, sprechen sich einige Befragte eine persönliche politische Handlungsfähigkeit ab und äußern in Teilen, sie hätten keine Lust, sich politisch zu engagieren. Begründet wird diese Haltung mitunter mit dem Verweis auf die gesellschaftliche Rolle von Politiker*innen und fehlende persönliche Eignung:

«Es ist [...] wirklich schwierig und ich muss auch ehrlich sagen, ich würde ja niemals in diese politische Richtung gehen, weil ich da einfach viel zu hin und her gezogen wäre. Aber ich sage mal so, die, die sich dafür entscheiden, die werden ja auch dafür gebrieft, [...] dorthin zu gehen, und die wissen ja ganz genau, was sie wollen, und die müssen dann eben diese Entscheidungen treffen.» (Jana, P, 32)

Einige Befragte sind der Meinung, dass nur Personen mit genügend Geld gesellschaftliche Handlungsfähigkeit besitzen würden. Dieser auf Ungerechtigkeitsvorstellungen gründenden Kritik folgt aber nicht zwangsläufig Resignation, sondern auch der Wunsch, jenen Zustand zu beenden.

2.5.2 Direktdemokratische Mitbestimmung

Insgesamt ist ein großes Interesse an gesellschaftlicher Einflussnahme und Gestaltungsfähigkeit erkennbar. Inwiefern die Befragten diese insgesamt erweitern wollen, haben wir durch die Frage nach Zustimmung zu Mitteln direktdemokratischer Mitbestimmung eruiert.

Ein großer Teil der Befragten spricht sich dafür aus, Mitbestimmungsmöglichkeiten wie Volksentscheide zu integrieren, weil sie sich dadurch erhoffen, dass sich

die Interessen der Bevölkerung auch über punktuelle Wahlen hinaus abbilden und umsetzen ließen, was zu mehr Demokratie führe. Solche Sichtweisen verstehen wir als Ausdruck der bereits vorher erhobenen und unter den Beschäftigten häufig vertretenen Meinung, die Politik sei eine überkomplexe Institution, die die Vertretung der Interessen der Bevölkerung erschwere. Die Zustimmung für direktdemokratische Mitbestimmung kann durch folgendes Zitat illustriert werden:

«Ja, das finde ich gut. Weil dann hat man diese Basisanbindung mehr, was ich vorher bemängelt habe. Volksabstimmung ist zumindest basisdemokratisch und egal, wie man es dann mit einbaut, man hat zumindest den Bezug und weiß, wie die Bevölkerung [...] dazu steht. Manchmal steht die Bevölkerung eines Landes anders zu gewissen Themen, als es die Regierung vielleicht vermutet hätte.» (Sören, A, 39)

Immer wieder erwähnen Interviewpartner*innen, dass direktere Demokratie nur funktionieren könne, wenn sich alle bzw. ein sehr großer Teil der Bevölkerung an ihr beteilige. Solche Einschätzungen werden durch die Sorge eingeschränkt, direktdemokratische Abstimmungen würden dazu führen, dass wenig politisch informierte Personen an Einfluss gewinnen könnten.

Einige Befragte meinen, dass Abstimmungen unter einer ihrer Ansicht nach gespaltenen Gesellschaft nicht möglich seien. Sie ziehen das Brexit-Referendum heran, um sich gegen direktere Demokratie oder für stark reglementierte Formen dieser auszusprechen. Bei manchen führen solcherlei Sorgen dazu, dass sie sich gänzlich gegen die Implementierung direktdemokratischer Instrumente aussprechen. Dabei berufen sie sich auf die parlamentarische Demokratie, in der die Aufgabe der Entscheidungsfindung den gewählten Politiker*innen zugeschrieben wird:

«Ich würde sagen, das sollte vielleicht nicht möglich sein, weil ich denke, dass [...] Bürger und Bürgerinnen die Politiker wählen sollen, die dann die Entscheidungen treffen. Weil ich denke, dass bei den Bürgern und Bürgerinnen doch auch zu viel Halbwissen vorherrscht, und dass man dann eventuell die zentralen Fragen den wissenden Leuten übergeben sollte.» (Bernd, A, 28)

2.5.3 Veränderungswünsche

Mit der Frage danach, was die Befragten als Erstes verändern würden, wenn sie Bundeskanzler*in wären und völlig frei entscheiden könnten, wollten wir herausfinden, inwiefern die von den Befragten geäußerte Kritik Möglichkeiten einer progressiven Transformation beinhaltet und sich Potenziale einer sozialen Erneuerung erkennen lassen.

An dieser Stelle muss betont werden, dass ein großer Teil der Befragten auf die Frage mit der Aussage reagierte, dass ein*e Bundeskanzler*in nicht mit entsprechend viel Macht ausgestattet sei und auch nicht ausgestattet sein sollte. Das spricht für

ein breites demokratisches und herrschaftskritisches Verständnis von Politik. Zudem machen viele Befragte darauf aufmerksam, dass sie aus ihrer persönlichen, meist berufsspezifischen Perspektive sprechen würden. Sie hätten dementsprechend besondere Anliegen, die sie spontan zuerst umsetzen wollen würden, wären sich allerdings bewusst, dass darüber hinaus weitere Herausforderungen bearbeitet werden müssten. Die Veränderungen dieser «persönlichen» Themenbereiche zielten zudem stets darauf ab, das Leben vieler zu verbessern und einen Beitrag für die Gesellschaft als Ganzes zu leisten. Bei vielen Befragten lässt sich demnach ein sehr solidarisches Gesellschaftsverständnis erkennen. Die Reflexion der persönlichen Perspektive kann außerdem dazu dienen, sich über die eigene gesellschaftliche Stellung bewusst zu werden: Das wiederum hat das Potenzial, Grundlage eines politischen Kampfes zu sein.

Arbeitsweltliche Bezüge äußern sich beispielsweise in dem Wunsch von Krankenpfleger*innen, das Gesundheitssystem zu verstaatlichen, oder in der Forderung nach einer Viertagewoche eines in der Automobilindustrie Beschäftigten. Die Verbesserung der Tarifbedingungen fordern die Beschäftigten aller drei Branchen. Das folgende Zitat steht beispielhaft für die erste Forderung und zeigt zudem die erwähnte Betonung der persönlichen Perspektive. Es kann auch als Beispiel für eine der wenigen (indirekten) kapitalismuskritischen Aussagen stehen:

«Ich würde das Gesundheitssystem nicht mehr privatisieren. Ich würde das alles vom Staat finanzieren. Es gibt bestimmt vieles, was man jetzt ändern könnte, und [...] man versucht ja immer, für sich [...] das Beste rauszuholen aus jeder Entscheidung, die man [...] trifft. Aber das wäre jetzt zumindest meins, was ich jetzt [...] machen würde. Ich würde da einen Riegel davorschieben, dass man das Gesundheitssystem dazu verwendet, Geld zu verdienen, und würde das alles verstaatlichen.» (Jana, P, 32)

Unter Bezugnahme auf die Corona-Pandemie fordern einige Befragte, das Kurzarbeitergeld auf 100 Prozent aufzustocken. Diese Forderung sowie Pläne, in der eigenen Kanzlerschaft den Billiglohnsektor und die Zeitarbeit abzuschaffen, kommen von Beschäftigten der Automobilindustrie. Es lässt sich vermuten, dass sich in diesen Antwortmustern der hohe Grad gewerkschaftlicher Organisierung des Samples zeigt.

Neben arbeitsweltlichen Veränderungsvorschlägen ist der Wunsch nach einer gerechteren Gesellschaft sehr präsent. Viele Befragte äußern, dass sie als Kanzler*in dafür sorgen würden, die sozioökonomischen Unterschiede innerhalb der Bevölkerung zu verringern. Das folgende Zitat des Busfahrers Heinz illustriert diesen Wunsch:

«Ich würde gerne, mit welchen Mitteln auch immer, das müsste ich mir überlegen, (..) die soziale beziehungsweise die finanzielle Schere zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft wieder etwas schließen. Dass Oben und Unten, Arm und Reich etwas näher zusammenrücken und dass es gerechter verteilt ist.» (Heinz, ÖPNV, 29)

Auch wenn der Befragte nicht daran glaubt, dass der Unterschied zwischen Arm und Reich gänzlich verschwinden könnte oder sollte, so ist doch das Potenzial sozialer Erneuerung eindeutig erkennbar.

In vielen Interviews wird der Wunsch nach dem Ausbau des Sozialstaats laut. Wir fragten explizit sozialpolitische Veränderungsmöglichkeiten wie die Einführung einer Vermögenssteuer, der Renteneintritt mit 60 Jahren sowie die Einschränkung der Verflechtung zwischen Politik und Privatwirtschaft auf ihre Zustimmung hin ab. Im Kapitel 2.3.4 ist das Antwortverhalten der Befragten ausführlich dargelegt. Die Antworten enthalten diverse Potenziale sozialer Erneuerung und sozialpolitischer Transformation, stellen die Befragten doch die gesellschaftlichen Vermögensverhältnisse infrage und fordern durch einen früheren Renteneintritt ein besseres Leben jenseits von Lohnarbeit.

Des Weiteren will ein Teil der Interviewten mit Blick auf sozialstaatliche Veränderungspotenziale das Bildungssystem reformieren. Dabei sprechen sie sich sowohl für die qualitative Verbesserung der Bildung sowie für gleichberechtigte Bildungszugänge aus. Eine Person würde sich als Bundeskanzler explizit für demokratische und politische Bildung stark machen. Diesen Anspruch erwähnen auch andere Befragte. Außerdem gibt es Vorschläge für kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuung. Die Kinderbetreuungssituation ist ein Thema, das in fast allen Themenblöcken in einem großen Teil der Interviews immer wieder auftaucht:

«Ich würde versuchen, dass mehr Zeit, Geld und Aufwendung in die Kinderbetreuung und in die Schulen gesteckt wird. [...] Steck doch mal zwei Milliarden [Euro] in die Kinderbetreuung, was meinst du, was du hier dann plötzlich hättest: Glückliche Arbeitnehmer, glückliche Kinder und alles wäre schön.» (Arne, A, 47)

Zudem erwähnen die Befragten häufig den Klimawandel, für dessen Eindämmung sie sich als Kanzler*in stark machen würden. Konkrete Lösungsansätze wie bei den anderen Veränderungswünschen gibt es dabei allerdings selten, was mit dem globalen Ausmaß der Problematik zusammenhängen mag.

«Ich würde mich für den Klimaschutz stark machen. Schon auf der EU-Ebene funktioniert das nicht. Ich würde es für mein Land wenigstens versuchen. Aber nicht, weil ich nicht die Welt retten würde, sondern weil es nicht funktionieren würde. Es wäre zu groß.» (Christiane, P, 52)

Die Überlegungen der meisten Befragten fokussieren auf nationalstaatliche Lösungen, was in der Konzeption des Fragebogens und dem expliziten Bezug zum deutschen Sozialstaat begründet sein könnte.

An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass es eine geringe Zahl regressiver Antwortmuster auf die Frage gibt, was im Fall einer Kanzlerschaft getan werden wür-

de. Dazu gehören die Forderungen, Migrant*innen, die nicht arbeiten, abzuschieben oder Sozialleistungsempfänger*innen die Unterstützung zu kürzen oder gar gänzlich zu entziehen. Das internalisierte Leistungsprinzip wird an dieser Stelle auf die Spitze getrieben und im ersten Fall mit nationalistischen Vorstellungen kombiniert – allerdings lediglich in einem Interview. Den Wunsch nach der Kürzung von Sozialhilfen äußern explizit zwei Befragte.

Wie deutlich geworden sein sollte, lassen sich insgesamt diverse Potenziale demokratischer und sozialer Erneuerung und damit Anknüpfungspunkte für linke Politik in den Antworten der Befragten finden. Auch wenn eine Skepsis gegenüber der Möglichkeit der eigenen politischen Handlungsfähigkeit in allen Branchen präsent ist, so überwiegt doch die Einschätzung, dass Demokratie von allen Mitgliedern der Gesellschaft mitgestaltet werden muss und aus individuellem Handeln kollektive einflussreiche Organisation entspringen kann. Die Veränderungswünsche der Befragten kristallisieren sich zum größten Teil um die «soziale Frage» und um das Thema Gerechtigkeit. Linke Politik sollte an dieser Stelle anknüpfen und nach Lösungen für die (wahrgenommene) Ungerechtigkeit suchen, um eine regressive Vereinnahmung der eigentlich progressiven Potenziale zu verhindern.

3 Fazit: Potenziale für eine sozialere Demokratie

Welche Potenziale für ein soziales und demokratisches Reformbündnis finden sich gegenwärtig bei Beschäftigten aus wichtigen Wirtschaftssektoren? Auf diese Frage haben wir mithilfe der vorliegenden vergleichenden qualitativen Studie eine Teilantwort gegeben.⁷ Im Mittelpunkt des Vergleichs standen die Deutungen von Beschäftigten aus dem Gesundheitssektor, der Automobilindustrie und dem ÖPNV. In unseren Kurzinterviews sind wir sehr wohl auf linke Potenziale oder «Brücken nach links» gestoßen, die aber nicht immer eindeutig sind. Die wichtigsten Ergebnisse wollen wir abschließend zusammenfassen.

Politik und Demokratie: Wir haben in den Beschäftigteninterviews politische Repräsentationsdefizite festgestellt, auf die in der Forschung hingewiesen wird – auch in unserem Material zeichnet sich eine Skepsis gegenüber Politiker*innen ab. Das Misstrauen drückt sich etwa in der Vorstellung aus, Politiker*innen seien von wirtschaftlichen Interessen geleitet und nicht wirklich an den Anliegen der restlichen Bevölkerung interessiert. In dieser Hinsicht bestätigen unsere Befunde Eindrücke anderer qualitativer Testbohrungen und unterstreichen, dass das Politpersonal mittlerweile ein ernsthaftes Legitimationsproblem hat. Allerdings, und das ist ein wichtiger Aspekt, beziehen sich diese Rechtfertigungsprobleme nicht auf das politische System

7 Wir können lediglich eine Teilantwort geben, weil qualitative Untersuchungen niemals repräsentativ sind. Unsere Interpretationen lassen sich insofern nicht verallgemeinern. Dennoch lassen sich Schlussfolgerungen aus dem exemplarischen Material ziehen. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang, dass unsere Interviewpartner*innen überwiegend zum betrieblich verankerten Gewerkschaftsmilieu gehören dürften.

als solches, auf die bürgerliche Demokratie: weder im Sinne einer linken Sozialkritik, die offensiv mehr direkte Demokratie und Partizipation verlangen würde (auch wenn die Ausweitung bzw. Stärkung von Mitbestimmung im Betrieb durchaus differenziert als Beiträge zur Stärkung der Demokratie betrachtet werden), noch im Sinne einer rechten Systemkritik, die nach autoritärer Führung verlangen würde. Die Kritik an «den Politikern» wurzelt vielmehr im Anspruch, die eigenen Anliegen angemessen vertreten zu sehen. Die von uns Befragten – und zwar quer zu den drei Wirtschaftssektoren – vertrauen insofern auf die Demokratie. Auch wenn sie den Lobbyismus und die Entfremdung der Politiker*innen von der Bevölkerung kritisieren: Ein starkes «populistisches» Moment, bei dem diese Kritik in eine Kritik am System selbst übergeht, haben wir nicht gefunden, weder im Sinne eines demokratischen Links- noch eines antidemokratischen Rechtspopulismus. Trotz der wiederkehrenden Forderung nach «hartem Durchgreifen» lehnen die Befragten autoritäre Politikformen dezidiert ab. Dabei ist zu erwähnen, dass einige wenige die Migrationspolitik im Zusammenhang mit Verteilungsgerechtigkeiten des Sozialstaats kritisieren. Interessant ist, wie sich Teile der Beschäftigten hierbei entlang der Diskussion um Sozialleistungen sowohl von Migrant*innen als auch Leistungsbeziehenden abgrenzen. So stellen vereinzelte Beschäftigte Arbeitslose mitunter als «faul» und sich selbst als «hart arbeitend» dar. Auf der gleichen Selbstzuschreibung basiert die vereinzelt auftretende Forderung, nicht arbeitende Migrant*innen abzuschieben. Hier zeigt sich, wie Beschäftigte Vorurteile teilweise gegenüber diesen beiden Bevölkerungsgruppen zu einer positiven Eigendarstellung nutzen, um bestimmte Ansprüche auf Sozialleistungen bzw. Gerechtigkeitsvorstellungen abzuleiten. Insofern sind solche Meinungen nicht zu unterschätzen, ist der Eindruck dieser «Sozialstaatsungerechtigkeiten» doch durchaus weit verbreitet. Auf ein deutliches Verlangen nach «starken Politikern», die diese Probleme lösen, oder gar auf ein tiefes kulturelles Unbehagen («fremd sein im eigenen Land»), das Sehnsucht nach durchsetzungsstarken Führer*innen und «Volksrettern» nähren könnte, sind wir nicht in Reinform gestoßen. Was allerdings durchaus in einem Teil unserer Interviews zum Vorschein kam, ist der Wunsch nach Führungs- und Durchsetzungsfähigkeit, Regeltreue und härterer Bestrafung von Kriminalität. Es wäre übertrieben, hier von einem harten autoritären ideologischen Kern zu sprechen, Anknüpfungspunkte für rechte Politikangebote sind es aber allemal.

Ein größerer Teil der Befragten betrachtet politische Veränderungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Politiker*innen als Repräsentant*innen der Bevölkerung zwar eine besondere Rolle zu spielen haben, über deren Handeln hinaus jedoch Möglichkeiten der individuellen und kollektiven Einflussnahme bestehen. Die politische Linke kann an diese Deutungen anknüpfen. Die Aufgabe besteht darin, die Kritik an egoistischen und abgewandten Politiker*innen aufzugreifen, Beteiligungsansprüche zu stärken und darüber aufzuklären, dass die «Abkapselung von den Volksinteressen» im engen Zusammenhang mit einer Entwicklungsphase des Kapitalismus steht, in der Wirtschaftswachstum und Profitabilität der Unternehmen durch Sparpolitik und

verunsichernde Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erreicht werden soll(t)en. Allerdings: Ein «Reservoir der Politiklust» fanden wir in unseren Interviews nicht. Es gibt, so lassen sich unsere Befunde deuten, Bereitschaft zum demokratischen Engagement, aber Angebote zum «Mitmachen» oder «gemeinsamen Aufbruch», die gerade von der politischen Linken unterbreitet werden, dürften dennoch kein Selbstläufer sein.

Soziale Erneuerung: Die politische Linke kann aber nicht nur an diesem Unbehagen anknüpfen, es gibt auch eine soziale Unzufriedenheit, auf die sie sich beziehen kann. Insbesondere ist die im Sample allgegenwärtige Problemwahrnehmung zu nennen, die deutsche Gesellschaft zeichne sich durch eine zunehmende soziale Ungleichheit und durch einen abnehmenden sozialen Zusammenhalt aus. Was genau die von uns Befragten darunter verstehen, mag sich unterscheiden, aber die Deutungen lassen sich zu einer Kritik an sozialer Ungerechtigkeit und fehlendem Gemeinsinn verdichten. Diese gesellschaftsbezogenen Sichtweisen basieren insbesondere bei den Beschäftigten der Automobil- und Gesundheitsindustrie auf ambivalenten Bewertungen ihrer eigenen Beschäftigungssituationen, die Teil des sozialen Unbehagens sind. Pflegebeschäftigte kritisieren beispielsweise insbesondere die aus Marktsteuerung bzw. Privatisierung folgenden verschlechterten Arbeitsbedingungen und das Missverhältnis zwischen eigener Leistung und Anerkennung, Automobilbeschäftigte problematisieren Monotonie und Leistungsdruck. Ambivalent sind diese Kritiken allerdings, weil sie zuweilen relativiert werden, indem auf die guten Seiten der eigenen Situation hingewiesen wird. Weit verbreitet und über die Branchengrenzen hinweg geteilt ist vor diesem Hintergrund auch der Eindruck, als Beschäftigte innerhalb des Betriebs interessenpolitisch nicht ernst genommen zu werden. Auch das lässt sich als Teil eines sozialen Unbehagens deuten, verbirgt sich dahinter doch mangelhafte Anerkennung der eigenen Interessen und Leistungen.

Eng verbunden ist die Diagnose fehlender Gerechtigkeit und mangelnden Gemeinsinns mit der Annahme, die Mittelschicht sterbe aus: hier das gesellschaftliche Oben, das aus Wohlhabenden und – das ist wichtig – Politiker*innen besteht, dort ein Unten, dazwischen die schwindende Mitte. Beschäftigte aus allen drei Sektoren teilen diese Auffassung. Sie wird flankiert von einer fordernden Haltung dem Sozialstaat gegenüber. Dieser solle sozial umverteilen und den Unternehmen Grenzen setzen. Wohlgemerkt: Inwiefern diese Anforderungen «lediglich» ein Reformpotenzial («ein gerechter Kapitalismus wird durch einen Sozialstaat möglich, der Ungleichheiten mildert») darstellen oder auch ein systemtransformatorisches Potenzial bergen («Einschränkung der Unternehmensmacht und Ausweitung des ÖPNV als Einstiege in eine sozialistische Produktionsweise»), ist auf der Basis unserer Interviews so nicht zu beantworten. Es liegt aber die Vermutung nahe, dass das Potenzial für eine gemeinwohlorientierte Reformpolitik überwiegt. Die Forderung nach einer Art sozialstaatlichem Antikapitalismus findet sich fast gar nicht in unserem Sample, wenngleich einzelne Ideen – etwa die stärkere Einschränkung der Wirtschaftsmacht – zumindest diese Perspektive offenhalten.

Wichtig ist es, bei der Einordnung unserer Befunde zu unterstreichen, dass die in allen drei Branchen vorhandenen Solidaritätsforderungen (eines Teils) der Beschäftigten durchaus doppeldeutig sind. So äußern manche einerseits Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit und politischen Bemühungen, Menschen zu integrieren und zu unterstützen, die dem «sozialen Unten» zugeordnet werden. Hier finden sich also robuste Solidaritätsorientierungen – trotz politischer Dauerdiskurse, die in der Hochzeit der Neoliberalisierung darauf zielen, soziale Deklassierung als eigenes Versagen der Betroffenen darzustellen und Bezieher*innen staatlicher Transferleistungen zu stigmatisieren. Andererseits basieren diese Solidaritätsorientierungen auf einem Gerechtigkeitsverständnis der Beschäftigten, das stark vom Leistungsprinzip geprägt ist. Teilweise ist damit der Anspruch verbunden, leistungserbringende, «hart arbeitende» Bevölkerungsteile sollten bevorteilt werden. Bei einem (hier: kleineren) Teil folgt daraus auch eine Abwertung imaginerter «Fauler». Dieser Punkt zeigt sich vor allem entlang der Frage nach einer Befürwortung einer Vermögensumverteilung. Dabei bemängeln die Befragten eine grundsätzliche Vermögensungleichheit, verteidigen aber auch «verdientes» Einkommen. Hieran zeigt sich die bereits an verschiedenen Punkten betonte Ambivalenz der Beschäftigten. Innerhalb dieser Ambivalenz werden sowohl eine grundsätzliche Kritik an der sozialen Ungleichheit als auch die Verteidigung bestehender Verhältnisse – bedingt durch das erwähnte Leistungsprinzip – zum Ausdruck gebracht. Ein derartiges Leistungsprinzip kann mitunter als Grundlage für die Ausprägung des eingangs dargestellten neoliberalen Arbeitsethos dienen. Da wir dieses Ethos jedoch nicht intensiver erforscht haben, können wir nur auf dessen Spuren in unserem Sample hinweisen.

Anhang

Interviewfragen

1. Block: erwerbsarbeitsbezogene Sozialkritik		
Nr.	Thema	Frage
1.1	Arbeitszufriedenheit I	Was gefällt Ihnen an Ihrer Arbeit gut, was nicht so gut?
1.2	arbeitsweltliche Veränderungswünsche	Wenn Sie morgen drei Dinge an ihrer Arbeit ändern könnten: Welche wären das?
1.3	Arbeitszufriedenheit II	Auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 10 (total zufrieden): Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer aktuellen Arbeitssituation? → Begründung der Antwort
1.4	Lohnzufriedenheit	Und mit Blick auf die Bezahlung: Ausgehend von der gleichen Skala, wie zufrieden sind Sie mit der Entlohnung Ihrer Tätigkeit? → Begründung der Antwort
1.5	Wertschätzung	Haben Sie das Gefühl, dass die Arbeit, die Sie leisten, angemessen wertgeschätzt wird?
1.6	Mitbestimmung	Haben Sie das Gefühl, in Entscheidungen des Betriebes, die Ihre direkten Arbeitsbedingungen betreffen, mit eingebunden zu werden?

2. Block: Gesellschaftsbilder und -vorstellungen		
Nr.	Thema	Frage
2.1	gesellschaftliche Probleme	Wenn Sie auf unsere Gesellschaft und die Lage in diesem Land gucken: Was, denken Sie, läuft schief?
2.2	Sozialstruktur	In der Politik wird manchmal die Position vertreten, dass es hierzulande keine wirkliche Mittelschicht mehr gibt, sondern nur noch Ober- und Unterschicht von Bedeutung sind. Was sagen Sie dazu?
2.3	soziale Gerechtigkeit	Auf einer Skala von 1 (extrem ungerecht) bis 10 (total gerecht): Wie gerecht geht es Ihrer Meinung nach in unserer Gesellschaft vor sich? → Begründung der Antwort
2.4	alltägliche Probleme	Und wenn Sie an Ihr alltägliches Leben denken: Welche Probleme und Herausforderungen besorgen Sie dann am meisten?

3. Block: (Sozial-)Staatsvorstellungen		
Nr.	Thema	Frage
3.1	Aufgaben des Sozialstaats	Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Aufgaben und Funktionen, denen ein Sozialstaat nachkommen sollte?
3.2	Zufriedenheit mit dem Staat/ Sozialstaat	Auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 10 (total zufrieden): Wie zufrieden sind Sie mit dem deutschen Sozialstaat? → Begründung der Antwort
3.3	Wirtschaft und Sozialstaat	Welcher der folgenden beiden Aussagen stimmen Sie eher zu und inwieweit: «Der Sozialstaat soll die Macht von Unternehmen einschränken und der Wirtschaft klare Vorschriften machen» oder «Der Sozialstaat soll sich aus der freien Wirtschaft möglichst raushalten»?
3.4	Sozialpolitik I	Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu «Alle Menschen sollten vom Staat ein grundsätzliches Einkommen ausgezahlt bekommen, ohne dafür eine Gegenleistung erbringen oder bestimmte Bedingungen erfüllen zu müssen»?
3.5	Sozialpolitik II	Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu «Das Renteneintrittsalter sollte auf 60 Jahre herabgesenkt werden»?
3.6	Sozialpolitik III	Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu «Eine Reichensteuer oder die Besteuerung von Unternehmen sind gute Möglichkeiten, den Sozialstaat zu finanzieren»?

4. Block: Politikvorstellungen		
Nr.	Thema	Frage
4.1	politische Repräsentation	Es gibt in unserer Gesellschaft die Meinung, dass sich die Politiker*innen immer stärker von den Wähler*innen entfernen, weil sie sich kaum mehr für die Interessen des Volkes einsetzen. Dagegen behaupten andere, dass unsere Demokratie gut funktioniert, aber sich eben nicht alle Interessen und Anliegen verwirklichen lassen. Was denken Sie dazu?
4.2	Autoritätssehnsucht	Einige Politiker*innen und Bürger*innen dieses Landes sind der Auffassung, dass es zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme starker Führungspersönlichkeiten bedarf, die auch mal hart durchgreifen. Wie stehen Sie dazu?
4.3	Verflechtung von Politik und Wirtschaft	Auf einer Skala von 1 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll zu): Inwieweit stimmen Sie der Aussage zu «Politiker*innen sollte verboten werden, wirtschaftlichen Tätigkeiten während ihrer politischen Laufbahn nachzugehen»? → Begründung der Antwort
4.4	Sonntagsfrage	Welche Partei würden Sie wählen, wenn morgen Bundestagswahl wäre? → Begründung der Antwort

5. Block: Demokratische und soziale Erneuerung		
Nr.	Thema	Frage
5.1	Problemlöser*innen	Wir haben nun über verschiedene Probleme gesprochen: über individuelle, gesellschaftliche, politische, arbeitsweltliche. Wer kann (beziehungsweise sollte) diese Probleme denn Ihrer Meinung nach lösen und wie?
5.2	politische Handlungsfähigkeit	Glauben Sie, dass Sie als Einzelperson mit ihren Taten und Handlungen politisch und gesellschaftlich etwas bewirken können? → Begründung der Antwort
5.3	direkte Demokratie (flexibel)	In der Politik wird nicht selten die Position vertreten, dass Volksabstimmungen und Volksbegehren, wie sie zum Beispiel in der Schweiz stattfinden, für mehr Demokratie sorgen würden. Was meinen Sie dazu?
5.4	politische Gestaltungswünsche	Wenn Sie Bundeskanzler*in wären und völlig frei gestalten könnten: Was würden Sie in diesem Land sofort ändern?

Sozialstatistischer Fragebogen

Fragen zur Person	
Alter	_____ Jahre
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers
Migrationshintergrund	Geburtsland: _____ Geburtsland Mutter: _____ Geburtsland Vater: _____

Fragen zum Bildungsstand	
höchster allgemeinbildender Abschluss	<input type="checkbox"/> kein Abschluss <input type="checkbox"/> Hauptschulabschluss <input type="checkbox"/> Realschulabschluss/Mittlerer Schulabschluss <input type="checkbox"/> Fachhochschulreife <input type="checkbox"/> Abitur <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____

höchster allgemeinbildender Abschluss (Eltern)	<input type="checkbox"/> kein Abschluss <input type="checkbox"/> Hauptschulabschluss <input type="checkbox"/> Realschulabschluss/Mittlerer Schulabschluss <input type="checkbox"/> Fachhochschulreife <input type="checkbox"/> Abitur <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____
höchster Berufsabschluss	<input type="checkbox"/> kein beruflicher Abschluss <input type="checkbox"/> Abschluss einer Berufsausbildung <input type="checkbox"/> Fachschul-/Berufsakademie-/Meisterabschluss <input type="checkbox"/> Bachelorabschluss (Fachhochschule oder Universität) <input type="checkbox"/> Master-/Diplomabschluss oder äquivalent (Staatsexamen, Magister) <input type="checkbox"/> Promotion, Habilitation <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____

Fragen zum Beruf	
aktueller Beruf	_____
Berufserfahrung (aktuelle Tätigkeit)	_____ Jahre
Beschäftigungsdauer (aktueller Arbeitgeber)	_____ Jahre
Beschäftigungsverhältnis	<input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit <input type="checkbox"/> Leiharbeit/Zeitarbeit <input type="checkbox"/> Minijob/geringfügige Beschäftigung <input type="checkbox"/> Selbstständigkeit <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____
Befristung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar auf _____ Jahre
Nettoeinkommen in Euro	<input type="checkbox"/> < 1.000 <input type="checkbox"/> 2.500–3.000 <input type="checkbox"/> 1.000–1.500 <input type="checkbox"/> 3.000–4.000 <input type="checkbox"/> 1.500–2.000 <input type="checkbox"/> 4.000–5.000 <input type="checkbox"/> 2.000–2.500 <input type="checkbox"/> > 5.000

Fragen zu Erwerbsunterbrechung und Sozialleistungen	
Phasen der Erwerbslosigkeit	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar _____ (Anzahl)
Grund der Erwerbslosigkeit	_____
Dauer der längsten Arbeitsunterbrechung	_____ Jahre
Bezug von Sozialleistungen (Vergangenheit)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar folgende: _____
Bezug von Sozialleistungen (Gegenwart)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar folgende: _____

Literatur

- Betz, Hans-Georg (1994): *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, Berlin.
- Brinkmann, Ulrich/Hassan-Beik, Maren/Zappino, Lukas (2020): *Solidarität und Skepsis: Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung*, Hamburg.
- Busemeyer, Marius/Dahm, Jochen/Flecken, Eva/Gombert, Tobias/Krell, Christian/Lambertin, Knut/Ognyanova, Diana/Petring, Alexander/Rixen, Thomas (2012): *Sozialstaat und soziale Demokratie, Lehrbuch der sozialen Demokratie 3*, hrsg. von der Friederich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Conrads, Ralph/Holler, Markus/Kistler, Ernst/Kühn, Daniel/Schneider, Daniela (2016): *Branchenanalyse Gesundheits- und Sozialwesen*, Working Paper der Hans-Böckler-Stiftung 5, unter: www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-006339.
- Datenhandbuch des Deutschen Bundestags (2018): Kapitel 3.11 Berufsstruktur, 20.11.2018, unter: www.bundestag.de/resource/blob/273350/e521f1d217d7c-d471e8ec50217d1502a/Kapitel_03_11_Berufsstruktur-pdf-data.pdf.
- Deppisch, Larissa (2019): «Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn». Eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus, Thünen Working Paper 119, unter: www.econstor.eu/handle/10419/193140.
- Destasis (2021): *Finanzen und Steuern – Personal des öffentlichen Dienstes*, Fachserie 14, Reihe 6, korrigierte Fassung vom 5.11.2021.
- Goebel, Jan/Grabka, Markus/Schröder, Carsten (2015): *Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht*, Deutsches Institut für Wirtschaft, Wochenbericht 25, Berlin, unter: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.508489.de/15-25-1.pdf.

- Graw, Ansgar/Klapsa, Kaja (2019): Studienabbrecher, Professoren, Bummelstudenten – Wer im Bundestag sitzt, *Die Welt*, 15.6.2019, unter: www.welt.de/politik/deutschland/plus195289435/Bundestag-So-ist-der-Akademiker-Anteil-unter-den-Abgeordneten.html.
- Groß, Eva Maria/Hövermann, Andreas/Zick, Andreas (2015): «Sozialschmarotzer». Der marktformige Extremismus der Rechtspopulisten, in: Küpper, Beate/Zicker, Andreas (Hrsg.): *Wut – Verachtung – Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn, S. 95–108.
- Heydel, Frank (2008): *Sozialstaat, soziale Rechte und Demokratie*, Koblenz.
- Hillje, Johannes (2018): *Rückkehr zu den politisch Verlassenen: Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich*, Berlin.
- Kitschelt, Herbert/Rehm, Philipp (2011): *Occupations as a Site of Economic and Non-Economic Preference Formation*. Paper for the Annual Convention of the Council of European Studies, Barcelona.
- Zoll, Rainer (1984): *Die Arbeitslosen, die könnt ich alle erschießen. Arbeitsbewusstsein in der Wirtschaftskrise*, Bd. 2, Köln.

Yannick Pein

MOBILISIERUNG, VERBINDUNG, BRUCH **ÜBER ANALYSEN UND ANSPRÜCHE EINER** **«NEUEN KLASSENPOLITIK»**

1 Einleitung

Der Begriff der Klasse ist zurück. Nachdem dieser im politischen Diskurs durch seinen Gebrauch im Realsozialismus als diskreditiert, in der Sozialwissenschaft angesichts einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft als nicht mehr adäquat und seine Nichtverwendung auch innerhalb der gesellschaftlichen Linken als Gebot selbstkritischer Zurückhaltung nach überzogenen Erwartungen an ihn galt, ändert sich dies angesichts hoher Anteile der Arbeiterklasse an der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen weltweit zunehmend (vgl. Strohschneider 2018; Dörre 2018a: 114). So hat beispielsweise die AfD in der Bundesrepublik Deutschland unter Arbeitslosen wie Arbeiter*innen die höchsten relativen Stimmenanteile, dabei insbesondere unter männlichen und zudem oft auch gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der Produktionssphäre (vgl. Sablowski/Thien 2018: 61; Dörre 2018b: 120). Gleichzeitig wird bis in die bürgerliche Soziologie und das sie rezipierende Feuilleton die Diagnose einer neoliberalen Fragmentierung der Gesellschaft diskutiert, durch die – ausgelöst durch ein liberales Paradigma – einseitig differierende Identitäten gefördert und gefordert werden würden, während das Kollektiv-Solidarische verloren ginge (vgl. Baron 2018). Fernab davon, den akademischen wie publizistischen Mainstream zu bilden, konnten auch im bürgerlichen Feuilleton angesichts dieser Konstellation inklusive zunehmender Ungleichheiten, sich verfestigender sozialer Spaltungen und der Abnahme sozialer Sicherheit zugunsten eines allgemeinen Abstiegskampfes «für die öffentliche Diskussion aufbereitete wissenschaftliche Befunde und Interpretationsangebote, [...] die Aspekte der sozialen Polarisierung, der Krisenhaftigkeit und – zumindest in Ansätzen – auch der sozialen Antagonismen betonen, an Einfluss gewinnen» (Leisewitz/Lütten 2018: 27; vgl. Candeias 2017).

Dabei ist insbesondere die Analyse des französischen Soziologen Didier Eribon «vielerorts fast zu einem Passepartout der politischen Gegenwartsanalyse avanciert»

(Eiden-Offe 2018). Eribon thematisierte die (neoliberale) Abwendung linker Politik von der Arbeiterklasse und lieferte damit gleichzeitig einen Erklärungsansatz für den Erfolg rechtspopulistischer Kräfte speziell bei dieser gesellschaftlichen Großgruppe, der die akademische Wiederentdeckung der Klasse mitauslöste (vgl. Brown/Niggemann 2017; Hillebrand 2017: 4). Eribon sieht die Ursache für diesen Rechtsruck in der mangelnden Repräsentation der Arbeiterklasse, eine Aufgabe, die einst die politische Linke übernommen hätte, bevor sie sie zugunsten eines einseitigen Bündnisses ihrer Identitätspolitik mit dem Neoliberalismus vernachlässigt habe. Diese These wird auch von anderen linken, westlichen Intellektuellen wie zum Beispiel Nancy Fraser populär vertreten (vgl. Pieschke 2016: 14; Friedrich 2017c).

Teil dieses Diskurses ist auch die aktuell innerhalb der politischen und wissenschaftlichen Linken der Bundesrepublik geführte Debatte rund um eine «Neue Klassenpolitik» sowie die damit verbundenen Potenziale und Hoffnungen bezüglich einer alternativen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung jenseits der gegenwärtig dominanten und miteinander konkurrierenden politischen Formierungen von Neoliberalismus und autoritärem Rechtspopulismus. Insbesondere die innerhalb der Debatte vielfach betonte Möglichkeit, mithilfe einer solchen «Neuen Klassenpolitik» bestehende und sich (auch durch ebendiese politischen Formierungen) vertiefende sowie neu aufgemachte Spaltungslinien innerhalb der Gesellschaft zu überwinden und Menschen in unterschiedlichsten objektiv-materiellen Verhältnissen, persönlichen Betroffenheitslagen und daraus resultierenden Subjektivitäten und Identitäten für ein im weitesten Sinne emanzipatorisches politisches Projekt zur Entwicklung einer Gesellschaftsform jenseits kapitalistischer Verhältnisse zusammenzubringen, soll dabei genauer in den Blick genommen werden. Denn einerseits scheint das Ausmachen dieses Potenzials der gemeinsame Nenner aller an der Debatte beteiligten Akteur*innen zu sein, andererseits belassen es viele Beiträge lediglich bei der allgemeinen Erwähnung davon. Angesichts dessen scheinen vor allem die Beiträge besonders relevant zu sein, die sich mit der Frage der Formierung und Organisierung (kollektiver) politischer Subjekte auf Basis von Klassenbegriffen und -analysen auseinandersetzen. Diesen soll deshalb im Folgenden eine besonders intensive Beschäftigung zukommen.

Interessant sind daher die Fragen, welche grundlegenden Positionen, Fragestellungen, Probleme und Kontroversen in der Debatte rund um die «Neue Klassenpolitik» in Bezug auf den Aspekt der Organisierung politischer Subjekte auf Basis eines klassenanalytischen Begriffsinstrumentariums bestehen, welches die zentralen Ansprüche und Intentionen der «Neuen Klassenpolitik» sind und welche Notwendigkeiten sich aus einem so verstandenen Klassenbegriff ergeben. Entsprechend beabsichtige ich, den Stand der Debatte um eine «Neue Klassenpolitik» allgemein und speziell unter dem Aspekt der bewussten Organisierung und Formierung politischer Subjekte auf klassenanalytischer Basis auf Grundlage der Debattenbeiträge selbst herauszuarbeiten, um so Überblick, Einordnung und Analyse zu ermöglichen.

Grundsätzlich betrachte ich die gesamte Debatte rund um Klassenanalyse und -politik aus der Perspektive eines explizit marxistischen Klassenbegriffs. Im weitesten Sinne ist damit gemeint, dass es im Gegensatz zu bürgerlich-soziologischen Klassen- bzw. Schichtungs- und Milieumodellen nicht um rein deskriptive Analysen geht, die sich in einer möglichst exakten Darstellung gesamtgesellschaftlicher Arbeits- und Lebensverhältnisse erschöpfen. Vielmehr soll mittels des klassenanalytischen Begriffsinstrumentariums das theoretische Rüstzeug bereitgestellt werden, um basierend auf der Grundannahme real existierender Widersprüche eine politische Praxis zu entwickeln, die den Anspruch verfolgt, die gesellschaftlichen Verhältnisse durch die sie produzierenden Menschen ihren Bedürfnissen entsprechend bewusst einzurichten. Im Zuge ihrer Umsetzung und Reflexion kann eine solche politische Praxis wiederum auf die (Klassen-)Theorie zurückwirken, eine positivistische Trennung von Wissenschaft und Politik also vermeiden. Alle für diesen Text ausgewählten und betrachteten Beiträge teilen diese politische Stoßrichtung im allgemeinsten Sinne und werden in der Analyse und Einordnung an diesem Anspruch gemessen.

Dafür ordne ich zunächst die Debatte in ihren größeren, gesamtgesellschaftlichen Kontext ein, um dann zentrale Ansprüche und Notwendigkeiten einer «Neuen Klassenpolitik» herauszuarbeiten. Im Anschluss betrachte ich die aktuellen Beiträge der Debatte, die den bereits benannten Teilaspekt der Organisation zum Gegenstand haben, um aus diesen die zentralen Argumentationsstränge und vertretenen Positionen, auch in Relation zueinander, herauszuarbeiten.

2 Die Debatte um eine «Neue Klassenpolitik» – Stand, Einordnung und Analyse

Im breiteren bürgerlich-liberalen bis linken Klassendiskurs ist insbesondere der Begriff der Identitätspolitik als Meta-Bezugspunkt «zu einer ubiquitären Chiffre für die Probleme der Linken und ihrer Verantwortung für den Erfolg der Neuen Rechten avanciert» (van Dyk 2019). Gemein ist dabei allen Argumentationen, dass sie der (linken) Identitätspolitik einen mehr oder weniger partikularen Charakter unterstellen, der nur die Interessen einiger spezifischer Bevölkerungsgruppen im Neoliberalismus bedienen würde und der die als allgemein und wesentlich verstandenen Interessen der breiten (arbeitenden) Bevölkerung an sozialer Gerechtigkeit vernachlässigen würde, weshalb sich diese bei der politischen Rechten vermehrt aufgehoben fühle (vgl. Dowling et al. 2017: 416). Oder wie es Patrick Eiden-Offe zugespitzt formuliert:

«Statt sich um die «kleinen Leute» mit ihren Sorgen und Nöten zu kümmern, sei die Linke dem bunten Charme einer kulturalistischen Identitätspolitik erlegen, die recht eigentlich nie etwas anderes als der metropolitan-kosmopolitische Budenzauber einiger zahlungskräftiger Konsum-Citoyens gewesen sei.» (Eiden-Offe 2018)

Im liberalen Spektrum wird zunächst von einer bereits realisierten Gleichheit ausgegangen, der gegenüber die essenzialisierende Identitätspolitik als spaltend kriti-

siert wird. Durch ihre nicht repräsentative Partikularität zersetze sie das bürgerliche Gemeinwesen und begünstige damit den Aufstieg der als Gegenbewegung zu dieser Auflösung verstandenen rechten Kräfte. Es wird eine Entfremdung der diese Politik betreibenden Eliten von den Interessen der Massen ausgemacht, gegen die Letztere durch ihre Unterstützung rechter Politik rebellieren würden.

Die populäre linke Kritik geht insbesondere auf sozioökonomischer Ebene nicht von einer solchen Gleichheit aus, teilt aber durchaus die Argumentationsmuster der Spaltung, der Ablenkung vom Wesentlichen sowie der Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus. Als wesentlich wird hier die Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der Arbeiterklasse verstanden, die den genuinen Kern linker Politik darzustellen habe, die aber in der Vergangenheit zugunsten der Durchsetzung partikularer Interessen vernachlässigt worden sei. Dies habe die Arbeiter*innen in ihrem Klasseninteresse verletzt, sie als Wählerschaft linker Politik verprellt und für rechte Politikangebote empfänglich gemacht (vgl. van Dyk 2019). Die Hinwendung zur Rechten erscheint so tendenziell als gerechtfertigte Notwehr gegenüber der Priorisierung von Minderheitenanliegen durch die politische Linke, die eigentlich die Interessen der Arbeiter*innen zu repräsentieren hätte (vgl. Dowling et al. 2017: 411–413). «Die Annahme, die Linke habe sich zu sehr auf Kämpfe gegen kulturelle Diskriminierung konzentriert und darüber den eigentlich wichtigeren Kampf gegen ökonomische Ausbeutung vergessen, ist grundlegend für diese Argumentationsfigur.» (Ebd.: 413)

Die Rückbesinnung auf den Klassenbegriff geht hier also mit einer Re-Priorisierung ökonomischer und sozialer Fragen gegenüber einer primär kulturell verstandenen Identitätspolitik als Rückkehr zum Markenkern linker Politik einher, wodurch die Arbeiterklasse den Rechten abspenstig und als Massenbasis linker Politik zurückgewonnen werden soll (vgl. van Dyk 2019; Eiden-Offe 2018; Dehm/Gehrcke 2016).

2.1 Verhältnis zum populären Klassendiskurs

Diese letztlich auf eine Delegitimierung von Identitätspolitik zielenden Vorwürfe sind aus zweierlei Gründen relevant. Einerseits weil sie von einer «akademischen Diskursgemeinschaft (links-)liberaler und klassenpolitisch argumentierender Protagonist*innen getragen wird und Widerhall im parteipolitischen wie medialen Feld findet» (van Dyk 2019), andererseits weil ein Großteil der im Folgenden genauer betrachteten Beiträge rund um eine linke «Neue Klassenpolitik» sich im Verhältnis expliziter Auseinandersetzung und Abgrenzung zu diesen Argumentationsfiguren befindet. Geteilt wird mit dieser Diskursgemeinschaft die Annahme, dass der politische Aufstieg rechter Kräfte insbesondere durch die Mobilisierung deklassierter Lohnabhängiger zu erklären ist, was wiederum auf ein Versäumnis linker Politik in der Vergangenheit zurückgeführt wird. Hingegen verfolgen die Akteur*innen der «Neuen Klassenpolitik» den expliziten Anspruch, diese Versäumnisse zu beheben (vgl. Leisewitz/Lütten 2018: 35). Allen gemein ist dabei die Fragestellung, wie die Verlierer*innen vergangener ökonomischer, sozialer und kultureller Veränderungsprozesse zurückgewonnen werden können (vgl.

Friedrich 2018b). Größtenteils einig ist man sich auch darin, die Arbeiterklasse wieder verstärkt zu einem zentralen Ausgangs- und Bezugspunkt linker Politik machen zu wollen. Strittig ist hingegen, wer genau in welchem Kontext zu dieser Klasse gehört und wie die damit Gemeinten in welchen politischen Projekten miteinander verbunden werden sollen (vgl. Goes 2019a: 8). Auch nehmen die Beiträge bei der Ursachenforschung für diese Versäumnisse strukturelle Veränderungsprozesse sowohl innerhalb der Linken und der Arbeiter- als auch der herrschenden Klasse in den Blick, widersprechen einer einseitigen Interpretation Eribons, der zufolge die gesellschaftliche Linke die Auseinandersetzung mit politökonomischen Fragen vernachlässigt habe, und bemühen sich um eine differenzierte und kritische Betrachtung dessen, was in der Debatte oft verallgemeinernd als «linke» Politik bezeichnet wird, dabei aber eigentlich explizit sozialdemokratische Politik meine (vgl. Friedrich 2017b; Urban 2018a: 82; Demirović 2016: 26; Riexinger 2018a: 87–90; Neumann/Mezzadra 2017).

Entgegen der in der liberalen Debatte populären Deutung, der gegenwärtige Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte und die damit einhergehende politische Polarisierung seien Ausdruck eines primär kulturellen Konflikts zwischen kosmopolitischen Eliten und kommunitaristischen Massen, werden in der «Neuen Klassenpolitik» kulturelle Faktoren, die zum Erfolg der politischen Rechten beigetragen hätten, nicht relativiert, aber als letztlich nur durch den Einbezug ökonomischer Entwicklungen verstehbar angesehen (vgl. Graf 2019: 89; Fried 2017a). Deswegen bemühen sich einige Autor*innen, die aus Perspektive eines marxistischen Klassenbegriffs abstrakt-allgemeine Merkmale einer kapitalistischen Klassengesellschaft, wie sie auch für die heutige Bundesrepublik noch gelten, hervorzuheben. Ihre Basis sind die bestehenden Eigentumsverhältnisse, die die Gesellschaft in Besitzer*innen von Produktionsmitteln und Menschen, die zunächst nur ihre Arbeitskraft besitzen, unterteilen. Zwischen diesen Gruppen besteht insofern ein Ausbeutungsverhältnis, als dass für die Kapitalist*innen mit dem Besitz an Produktionsmitteln und dem Kauf der Arbeitskraft auch das Recht einhergeht, sich das Produkt des Arbeits- und Produktionsprozesses vollständig anzueignen, was das durch die Arbeitskraft und ihre Besitzer*innen geschaffene Mehrprodukt miteinschließt. Aus diesem asymmetrischen Verteilungsverhältnis folgen bestimmte Macht- und Herrschaftsverhältnisse, da die Besitzer*innen der Arbeitskraft zur Sicherung ihrer materiellen Reproduktion auf den erfolgreichen Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Besitzer*innen der Produktionsmittel angewiesen sind. Die Reproduktion dieser lohnabhängigen Existenzen ist somit stets latent gefährdet. Diese unterschiedlichen sozialen Lagen schaffen unter Besitzer*innen an Produktionsmitteln auf der einen und lediglich ihre Arbeitskraft Besitzenden auf der anderen Seite geteilte objektive Interessen, die gemäß dem geschilderten Ausbeutungsverhältnis zwangsläufig in einem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen. Der grundsätzliche Fortbestand solcher Strukturen wird aus dieser Perspektive auch für die Bundesrepublik angenommen, darauf aufbauend gehen alle Analysen der sozioökonomischen Gegenwart (zumindest implizit) davon aus, dass

sie maßgeblich durch ebensolche Klassenverhältnisse und vor allem durch den ihnen inhärenten Interessenantagonismus geprägt sei (vgl. Urban 2018a: 83 f.).

2.2 Sozio- und politökonomische Gegenwartsanalyse in der «Neuen Klassenpolitik»

Bei der genaueren Betrachtung dessen, was in der Gegenwart die so häufig erwähnte Arbeiterklasse ausmacht, werden in der «Neuen Klassenpolitik» auch kulturell-lebensweltliche und insofern auch identitätspolitische Faktoren berücksichtigt. Zentral ist hier zunächst die Grundannahme, dass die Arbeiterklasse und die darauf aufbauende politische Arbeiterbewegung keine endgültig abgeschlossenen, sondern nur jeweils historisch spezifisch auftauchende Formen darstellen, die sich in einem ständigen Prozess herausbilden, zersetzen und wieder neu bilden. Entsprechend dürfe die Auflösung einer historisch-spezifischen Form der Arbeiterklasse nicht, wie häufig geschehen, mit ihrer Auflösung an sich gleichgesetzt werden (vgl. Silver 2018: 200). Vielmehr seien auch differenzierte und fragmentierte Lohnarbeits- und Lebensverhältnisse kein Argument gegen eine durch Klassenzugehörigkeit maßgeblich bestimmte Gesellschaft, sondern nur eines für die Notwendigkeit einer diese Formen begreifenden aktualisierten Klassenanalyse (vgl. Riexinger 2018a: 69). Diese Formen hätten darüber hinaus nie den Charakter eines großen, homogenen Kollektivs, sondern seien durch die Vielfalt der konkreten Arbeitsverhältnisse und verschiedensten Arbeits- und Lebensweisen gekennzeichnet (vgl. Goes 2019a: 57–59).

Gemäß diesem Anspruch einer historisch-konkreten Analyse der Klassenverhältnisse wird sich in der Debatte ausführlich sowohl den objektiven Klassenlagen als auch ihren subjektiven Verarbeitungsformen in jüngerer Vergangenheit und Gegenwart gewidmet, die als gleichermaßen entscheidend für die Formierung politischer Kräfte auf Klassenbasis angesehen werden (vgl. Mayer-Ahuja 2018: 17). Innerhalb des grundsätzlichen Klassenantagonismus sei die für die gegenwärtigen klassenpolitischen Dynamiken entscheidende Entwicklung der Übergang vom Paradigma eines sozialdemokratischen Klassenkompromisses hin zu dessen Aufkündigung im Rahmen eines neoliberalen Paradigmas.¹ Konkret habe sich dies in zahlreichen neoliberalen Strukturereformen geäußert, die die materielle Lage der Arbeiterklasse zugunsten der Kapitaleseite verschlechtert hätten, während Letztere versuche, ihre Interessen immer kompromissloser durchzusetzen (vgl. Tügel 2018).

Diese neoliberalen Strukturereformen würden sich in ihrem allgemeinen Charakter durch die Durchsetzung grenzenloser Freiheit für das Kapital und seiner Märkte sowie der Freiheit für die lohnabhängigen Subjekte, sich auf fast jede erdenkliche Art und Weise diesen gegenüber verwerten zu können, auszeichnen (vgl. Wagenknecht/Stegemann 2018). Als zentrale Konsequenzen dieser Reformen seien eine Ausweitung der Kapitalmacht durch Schleifung gewerkschaftlicher Macht und sozialstaatlicher Standards zum

1 Für eine Darstellung dieses Klassenkompromisses und seiner Aufkündigung im Rahmen der Debatte siehe beispielsweise Friedrich (2018b) und Tügel (2018).

Umbau von nationalen Wohlfahrts- zu Wettbewerbsstaaten, die politisch organisierte kapitalistische Landnahme in Form von Privatisierungen sowie die systematische Disziplinierung, Mobilisierung und Leistungssteigerung der Arbeiterklasse im Interesse der Kapitalverwertung auszumachen (vgl. Goes 2019a: 128 f.). Begriffen wird dies als ein sich wechselseitig verstärkender Prozess von Schwächung bisheriger Machtressourcen der Arbeiterklasse wie des Sozialstaats und des gesellschaftlichen Sozialeigentums und der Ausweitung deregulierter und flexibilisierter Arbeitsverhältnisse, die sich wiederum negativ auf die Machtressourcen auswirken, die aus der bisherigen Organisationsform von Produktion und Arbeit (vor allem dem Großbetrieb) erwachsen (vgl. Graf 2019: 90 f.; Dieckmann 2017: 27). Aufseiten der objektiven Klassenverhältnisse resultiere dieser Prozess in einer stärker differenzierten und fragmentierten Arbeiterklasse, die angesichts des Rückgangs industrieller Produktion zunehmend im Dienstleistungssektor sowie einer warenförmig organisierten Reproduktionsarbeit angesiedelt sei, wobei diese Bereiche wiederum deutlich diverser und von prekariert und flexibilisiert verschärften Konkurrenzbedingungen zwischen den Arbeiter*innen geprägt seien (vgl. Hillebrand 2017: 7; Kaindl/Nagel 2017: 34; Hofmann/Ferschke 2017: 31). Auch aufseiten der subjektiven Reflexion und Reaktion bezüglich dieses Prozesses durch die Arbeiterklasse gingen damit schwerwiegende Entwicklungen einher:

«Die beschriebenen Umstrukturierungen haben gravierende Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Arbeiterklasse, auf die Arbeitsbeziehungen, Qualifikationsanforderungen und die Bewusstseinslage der Beschäftigten. Die neuen Managementkonzepte verallgemeinerten die Erfahrungen von Konkurrenz, machten die «kleinen Formen» kollektiver Gegenwehr [...] schwieriger. Der Druck des Marktes sitzt den Beschäftigten unmittelbar «im Nacken.» (Riexinger 2018a: 39)

Dies stelle die Grundlage für eine zunehmende Entsolidarisierung und Spaltung innerhalb der Belegschaften dar, die auf ideologischer Ebene durch eine Gegenüberstellung von individueller Freiheit und kollektiv-solidarischem Handeln, das als einschränkend und Zwang ausübend charakterisiert wird, zusätzlich aktiv befeuert werden würden (vgl. Wompel 2018b; Friedrich 2017b). Unterstützt von neoliberalen Narrativen wie dem der Selbstverwirklichung und Eigenverantwortung seien nicht zuletzt die kollektiven Organisationen und Institutionen der Arbeiterklasse wie Gewerkschaften, sozialdemokratische und kommunistische Parteien sowie die durch sie erkämpften und aufrechterhaltenen sozialen Rechte und Sicherheiten direkt als autoritär-kollektivistische, dem Individuum und seiner freien Entfaltung feindlich gegenüberstehende Besitzstandswahrer angegriffen und geschwächt worden, während den Lohnabhängigen «mehr Flexibilitäts- und Leistungsbereitschaft, weniger Sicherheits- und Einkommensansprüche [und] eine Stärkung individualistischer Orientierung und «selbstunternehmerischen Denkens» (Goes 2019a: 57–59) abverlangt werden würde (vgl. Riexinger 2018a: 9 f.).

Verantwortlich für diese in der popularisierten Debatte oft als Verrat des Klasseninteresses der Arbeiter*innen dargestellte Entwicklung machen die Protagonist*innen der «Neuen Klassenpolitik» allerdings speziell nur die Sozialdemokratie, die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik mit individuellen Freiheitsversprechen und liberalen Reformen verknüpfe (vgl. Riexinger 2018a: 87–90; Ehling 2016). Der vielfach vorgebrachte Vorwurf, die Linke habe sich zu sehr kulturell-partikularen Anerkennungsanliegen zugewandt, die ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse vernachlässigt und damit deren Unterstützung rechtspopulistischer Kräfte Vorschub geleistet, verfehle also in politökonomischer Hinsicht die Realität der letzten Jahrzehnte, da eine solche Verschiebung nicht unbedingt in der gesellschaftlichen Linken im Ganzen, sondern in erster Linie bei der etablierten Sozialdemokratie auszumachen sei.

Dabei würden die «kulturellen» Kategorien Geschlecht, Ethnie und Nationalität, neben den jeweiligen Arbeitsverhältnissen an sich, die größten strukturellen Spaltungslinien darstellen (ohne dass sie dabei als bloße Ideologie zu diesem Zwecke ohne eigenständige Wirkmächtigkeit missverstanden werden) (vgl. Schuster 2018). Sie besäßen vielmehr direkte wie mittelbare ökonomische Funktionen, indem sie neben der ideologisch-weltanschaulichen Spaltung – vermittelt über Sexismus, Rassismus und Nationalismus – auch die intensivere und spezifische Ausbeutung bestimmter Bevölkerungsgruppen ermöglichen und legitimieren würden (vgl. Friedrich 2018a: 18–21). Demensprechend wird die Arbeiterklasse in ihrer gegenwärtigen Komposition als zunehmend intersektional in dem Sinne verstanden, dass sie «vor allem weiblich, migrantisch, prekär und of colour» sei (Tsomou 2018).

Angesichts dieser hier nur knapp skizzierten Entwicklungen sei von einer auf ökonomischer Ebene in Erwerbsgruppen, auf kultureller Ebene in Milieus und auf politischer Ebene in ideologische Lager gespaltenen Arbeiterklasse auszugehen (vgl. Vester 2019: 10 f.). Schon der allgemeine Anspruch der Interessenvertretung aller Lohnabhängigen mache es notwendig, der Entgegensetzung von subjektiv-partikularer Identitätspolitik und objektiv-allgemeiner Klassenpolitik zu widersprechen und die verschiedenen Subjektivitäten der Klasse und damit auch die Unterdrückungserfahrungen, die viele von ihnen machten, miteinzubeziehen, solle dieser Anspruch nicht zu einer letztlich inhaltslosen Abstraktion verkommen (vgl. Wolter/Wischniewski 2016; Becker 2018). Die ökonomischen Ebenen von Unterdrückung und Anerkennung ließen sich von einer für Klassenverhältnisse blinden Identitätspolitik nicht begreifen und entsprechend nicht verändern, während eine identitätspolitisch motivierte Rückbesinnung auf den Begriff der Klasse und auf die damit verbundenen materiellen Verhältnisse eine Aufrechterhaltung dieser Errungenschaften unter gleichzeitiger Beteiligung breiter Massen von Betroffenen einfordern könnte (vgl. Friedrich 2017c; Woltersdorff 2017; Riexinger 2018a: 77–82). Nur über eine solche Verbindung von Fragen materieller Verhältnisse und individueller Anerkennung über den Begriff der Klasse unter der Zielsetzung eines universellen Emanzipationsprojekts, das nicht bloß bei der Betonung von Vielfalt und Differenz stehen bleibe, ließen sich identitätspolitische Erfolge überhaupt über libera-

le Forderungen formal-rechtlicher Gleichstellung hinaus ausbauen, während die sich dabei notwendigerweise entzündenden Kämpfe um materielle Lebensbedingungen gleichzeitig die Denunziation identitätspolitischer Kämpfe als neoliberaler Elitenprojekte entkräfte und ihre Verteidigung erleichtere (vgl. Woltersdorff 2017; Fried 2017b; Becker 2018; Candeias 2017; Hamlet 2018; Dörre 2019).

Angesichts dieses Anspruchs der Vertretung ökonomischer Interessen der Arbeiterklasse unter ihren im Neoliberalismus veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen wird von den Akteur*innen der «Neuen Klassenpolitik» nun kritisch festgehalten, dass sich die traditionell sozialpartnerschaftliche Form der Interessenvertretung der Arbeiterklasse von Gewerkschaften und Sozialdemokratie historisch überlebt habe. Diese «alte» Klassenpolitik müsse als Ausnahmezustand einer historisch-spezifischen Klassengesellschaft, nicht als allgemein anzustrebendes Ideal bewertet werden. Die Verteidigung der historischen Errungenschaften dieser Epoche habe zwar durchaus Bestandteil einer «Neuen Klassenpolitik» zu sein, gleichzeitig müsse diese aber vor allem programmatische, organisatorische und strategische Antworten auf die veränderten Kampfbedingungen eines aufgekündigten Klassenkompromisses finden (vgl. Wompe 2018b; Tügel 2018; Röttger/Wissen 2017; Demirović 2016: 27; Friedrich 2017b). Dafür werden auch die auf die Spontaneität der Massen setzenden Praxisformen symbolischer Eventpolitik insbesondere der alternativen, außerparlamentarischen Linken kritisch hinterfragt, da sie kaum in der Lage gewesen wären, dauerhafte Organisationen aufzubauen und Menschen außerhalb des eigenen Milieus für sich zu gewinnen (vgl. Scholz 2018: 206 f.).

Resultat all dieser Entwicklungen sei letztlich, dass das Klassenverhältnis zurzeit zwar deutlich ausgeprägt sei, indem sich Armut und die Ungleichheit der materiellen Lebensverhältnisse verschärft hätten, ihm aber nur ein geringes kollektives (Klassen-)Bewusstsein über die eigene soziale Lage und damit verbundene Handlungsperspektiven gegenüberstünden. Vielmehr dominiere eine Vorstellung von primär individueller Verantwortung für die jeweilige soziale Lage, nicht zuletzt auch, weil die Erfahrungsbasis organisierten kollektiven Klassenhandelns oftmals fehle oder nur noch spärlich vorhanden sei (vgl. Riexinger 2018a: 9 f.; Hürtgen 2017: 11). Soziale Kämpfe innerhalb der (neuen) Arbeitswelt fänden zwar durchaus verstärkt statt, seien aber – ebenso wie die Arbeitswelt und die in ihr tätige Klasse – stark fragmentiert und voneinander gespalten, was eine politische Artikulation gemeinsamer Interessen erschwere (vgl. Riexinger 2018a: 10 f.).

Mit einer «Neuen Klassenpolitik» wird die Absicht verbunden, dem hier skizzierten Entwicklungsstand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf der Ebene kollektiver politischer Organisation als Klasse Rechnung zu tragen. Neben der betrieblichen Arbeitswelt habe dies angesichts der Tendenz des Kapitals, beispielsweise mittels Privatisierungen sämtliche Lebensbereiche ökonomisch zu verwerten, auch andere Bereiche der Lebenswelt zu umfassen. Im Sinne einer Neuformierung der gegenwärtig demobilisierten Arbeiterklasse müsse es das Ziel sein, die Arbeiterklasse zu einem Subjekt zu

machen, das sich selbst und seiner Lage bewusst und zur Intervention in gegenwärtige Klassenverhältnisse fähig sei, um der Arbeiterklasse und ihren Interessen wieder mehr gesamtgesellschaftliche Durchsetzungs- und letztlich auch Gestaltungskraft zu verleihen (vgl. Hofmann/Ferschke 2017: 31; Goes 2017b: 13; 2019a: 136 f.; Graf 2019: 90 f.; Riexinger 2018a: 39–43; Wömpel 2018a: 159 f.; Kaindl/Nagel 2017: 34).

Dafür sei ein allgemeinpolitischerer Anspruch an Klassenkämpfe sowie eine stärkere Ermächtigung der Betroffenen unumgänglich, wie es beispielsweise auch Hans-Jürgen Urban von der IG Metall formuliert: «Klassenpolitik beruht auf der Ambition, Menschen in gemeinsamer Lage und mit ähnlichen Problemen zu solidarischen Praxen zu ermächtigen.» (Urban 2018b: 69) Gleichzeitig wird mit diesen Prozessen von Selbstermächtigung und Selbstorganisation die Hoffnung einer positiven Rückwirkung auf klassische, im betrieblichen Rahmen geführte Arbeitskämpfe durch die Herausbildung neuer politischer Subjekte verbunden (vgl. Wömpel 2018a: 159 f.; kollektiv aus Bremen 2018: 138 f.; Dörre 2018a: 117–120).

Neben der latenten Unfähigkeit der lohnabhängigen Menschen, ihre objektiven Arbeits- und Lebensverhältnisse selbstbestimmt und gegen die Interessen des Kapitals zu beeinflussen, stellen die gegenwärtig mangelnden politischen Ressourcen dieser auch auf der weiterführenden Ebene ihrer subjektiven Verarbeitung der dort gemachten Erfahrungen einen zentralen Problemkomplex der Debatte dar. Mit der «Ausweitung unsicherer, schlecht entlohnter, wenig anerkannter Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse» (Dörre 2019: 25 f.) ginge auch eine Konkurrenzsteigerung um die und unter den Arbeiter*innen einher. Begleitet durch die fortschreitende Auflösung alter Solidarkollektive und die Etablierung neuer Wirtschaftssektoren mit schwierigen Arbeits- und Organisationsbedingungen sowie mit dem Erfahrungsballast einer Reihe von Niederlagen der Arbeiterklasse versehen, bringe die neoliberale Ordnung in Form von «Unmut über gewachsene soziale Ungleichheiten und Existenznöte [sowie] Unbehagen über Entdemokratisierung und anhaltenden Flexibilitäts- und Marktdruck» (Goes 2017b: 12) permanent ihr eigenes Widerspruchspotenzial in der Arbeiterklasse hervor. Dieses könne sich allerdings aufgrund der dort als Resultat ihrer grassierenden Resignation, Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht oft lediglich als adressatenlose Wut artikulieren (vgl. Goes 2017c; Hürtgen 2017: 11). Mittlerweile sei dieser neoliberale Erfahrungshintergrund prekärer Arbeitsverhältnisse grundsätzlich überall in der Gesellschaft anzutreffen, allerdings in verschiedener Intensität und mit qualitativ unterschiedlichen Auswirkungen (vgl. Goes 2017b: 12). Zentrale Tendenz sei hier die zunehmende Polarisierung bezüglich sozialer Aufstiegschancen innerhalb der Gesellschaft, wobei sich von realem Abstieg betroffene, von ihm bedrohte und in ihrer Aufstiegschance eingeschränkte sowie an der sozialen Spitze weiter expandierende Gruppen voneinander differenzieren ließen.²

2 Genauere Darstellungen dieser Polarisierungen und Differenzierungen finden sich beispielsweise im Modell der «Zweidrittelgesellschaft» bei Goes (2017a; 2019a: 163–166) und der Diagnose der «doppelten sozialen Exklusion» bei Dörre (2019: 14).

Diese ökonomischen Entwicklungen würden auch im politischen System der Bundesrepublik eine spezifische Wirkung entfalten. Während jahrzehntelang mithilfe sozialdemokratische oder christdemokratisch-konservative Wohlfahrtsstaatmodelle beider Parteien verschiedene Klassenfraktionen und ideologische Lager in das politische System hätten integriert werden können, würden diese Repräsentationsbindungen durch die Herausbildung neuer neoliberaler Allianzen in beiden Parteien nun nachhaltig untergraben werden (vgl. Vester 2019: 41). Diese Entwicklungen hätten zunächst rein potenzielle politische Repräsentationslücken rechts und links beider Lager hinterlassen, die sich nun in Wechselwirkung mit den geschilderten sozioökonomischen Krisenphänomenen von Prekarisierung, Konkurrenz und Ungleichheit und ihrer Reflexion durch die Betroffenen als Kontroll- und Perspektivverlust bezüglich der eigenen sozialen Verhältnisse zu einer politischen Repräsentations- und Legitimationskrise verdichteten, in der verschiedene Klassenfraktionen sich ihrer bisherigen politischen Sprachrohre beraubt und ihre Erfahrungen im politischen System nicht mehr vertreten sehen würden. Es sei ein Misstrauen gegenüber den politischen Eliten entstanden, die offensichtlich kein Interesse daran hätten, den als vielfältige Zumutungen erlebten Entwicklungen entgegenzutreten. Das habe zu einer tendenziellen Aktivierung politisch bisher passiver Klassenfraktionen geführt (vgl. Kaindl 2016: 18–20; Vester 2019: 41; Goes/Bock 2017: 9, 22–27, 43 f.; Detje et al. 2018: 1–3).³

Gegenüber der liberalen Analyse der gegenwärtigen Krisenphänomene des politischen Systems betonen die Akteur*innen der «Neuen Klassenpolitik» den rationalen Kern dieser Verwerfungen, der eben in der sozioökonomischen Krise und den Defiziten des sie verwaltenden politischen Systems liege. So sei auch der Aufstieg des Rechtspopulismus als politisches Phänomen einer Verbindung von sozioökonomischer und politischer Repräsentationskrise zu verstehen, in der rechtspopulistische Kräfte wie die AfD an autoritäre, rassistische, sexistische und sozialchauvinistische Verarbeitungsweisen des Neoliberalismus anknüpfen und diese innerhalb entstandener Repräsentationslücken politisch popularisieren können (vgl. Bock/Goes 2018: 122 f.). Der Rechtspopulismus sei als Versuch von Teilen der herrschenden Klasse zu verstehen, unter bündnisartigem Einbezug von Teilen der Arbeiterklasse «die wachsende Unzufriedenheit konformistisch zu organisieren und entlang von rassistischen, antifeministischen und Homogenitätsideen ein neues, autoritär-neoliberales Herrschaftsprojekt durchzusetzen» (Fried 2017a), während gleichzeitig die eine offene und plurale Gesellschaft befürwortende Linke als Gefährder des eigenen sozialen Status dargestellt werden könnte (vgl. ebd.; Demirović 2016: 27).

Dabei bemühen sich die verschiedenen Akteur*innen innerhalb der Debatte auch zu betonen, dass diese spezifische Reflexion der sozioökonomischen Krise durch die lohnabhängigen Subjekte und die mit ihr zusammenhängende erfolgrei-

3 Zusammengefasst wird diese politökonomische Situation beispielsweise als «demobilisierte Klassengesellschaft» bei Dörre (2019: 22 f.).

che Formierung rechter Kräfte keine einseitige und zwangsläufige Reaktion auf die Legitimationsprobleme der herrschenden Ordnung sei, sondern vielmehr nur eine Entwicklungsmöglichkeit innerhalb allgemeiner politischer Polarisierungen darstelle (vgl. Goes/Bock 2017: 9). Die Erkenntnis einer von verschiedensten Spaltungslinien durchzogenen Arbeiterklasse bringt hier konsequenterweise auch die Anerkennung eines «per se widersprüchliche[n] und ungleich entwickelte[n] Alltagsbewusstsein[s]» (Bock/Goes 2018: 121 f.) mit sich, das je nach politischer Mobilisierung verschiedene Entwicklungsformen herausbilden könne (vgl. ebd.: 47). So ließen sich auch in der gegenwärtigen neoliberalen Arbeitswelt Ansätze eines politisch-progressiven Klassenbewusstseins ausmachen, sofern dieses nicht nur als abstrakte, idealistische und widerspruchsfrei ausformulierte radikale Systemkritik gedacht, sondern als in Erfahrungen der arbeitsweltlichen Alltagspraxis fundierte Widerspruchspotenziale gegen die bestehende ökonomische Ordnung verstanden werde (vgl. Hürtgen 2017: 8–10). Statt eine einseitige Verinnerlichung neoliberaler Subjektivierungsansprüche wie das der Konkurrenzorientierung anzunehmen, gelte es vielmehr, die zahlreichen normativen Vorstellungen zu berücksichtigen, mit denen Arbeiter*innen an ihre Tätigkeit herantreten und die in der Alltagspraxis häufig mit genau jenen Ansprüchen des Neoliberalismus in Widerspruch und Konflikt geraten (vgl. Hürtgen 2018: 103–105). So wiesen insbesondere die weit verbreiteten Ansprüche, eine gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit zu verrichten, auf die Gewährleistung der dafür notwendigen Bedingungen inklusive der Berücksichtigung universell-menschlicher Bedürfnisse der Arbeitenden sowie auf eine entsprechende Anerkennung des Geleisteten in Form stabiler Lebensverhältnisse hohes Widerspruchspotenzial zu neoliberalen Prinzipien der permanenten Effektivierung von Profit und Verwertung in der Produktion auf (vgl. ebd.: 104–106; 2017: 9 f.). Die Nichtverwirklichung dieser sozialen Interessen besitze zudem auch die Tendenz, in Gestalt einer sozialpopulistischen Interpretation zuvorderst als Verantwortung den Eliten aus Politik und Wirtschaft zugerechnet zu werden, womit der primäre Interessenantagonismus innerhalb dieser Verarbeitungsweise gegenüber der herrschenden Klasse und nicht bei der lohnabhängigen Konkurrenz ausgemacht werde (vgl. Goes/Bock 2017: 54–61). So eröffne die gegenwärtige sozioökonomische Krise an dieser Stelle auch die Möglichkeit, ihre Krisen- und Konfliktphänomene «für herrschafts- und ausbeutungskritische Lernprozesse nutzbar zu machen» (ebd.: 63) und dabei latent vorhandene reaktionäre Ressentiments und Weltanschauungen infrage zu stellen und sie aktiv zu transformieren (vgl. Goes 2017b: 13). Voraussetzung dafür sei eine arbeits- sowie allgemeinpolitisch organisierte Linke, die mittels kämpferischer politischer Intervention in der Lage ist, sowohl im Betrieb als auch in der Gewerkschaft nachvollziehbare Deutungsmuster für die gegenwärtigen Umbruchs- und Konfliktsituationen anzubieten (vgl. Goes/Bock 2017a: 61).

In Abgrenzung zu der oben skizzierten Kritik der Identitätspolitik des bürgerlich-linkoliberalen bis linken Diskurses gehen die Akteur*innen der «Neuen Klassenpolitik» allesamt von einem grundsätzlich vorhandenen universellen Kern der Identität

tätspolitik aus, wodurch sie potenziell vereinbar mit dem Anspruch an eine «Neue Klassenpolitik» sei.⁴ Das Potenzial von Identitätspolitik müsse darin gesehen werden, in diesen derart verkomplizierten und gespaltenen Klassenverhältnissen mit der auf Lohnabhängigkeit beruhenden Klassenzugehörigkeit das Gemeinsame zu betonen, um damit die so unterschiedlichen Individuen im Kampf um gemeinsame Interessen und Ziele politisch zusammenzubringen (vgl. Urban 2018b: 67 f.; Woltersdorff 2017). Nur durch die Herstellung einer solchen Kollektivität in Bewusstsein und Handeln könnten sich überhaupt erst die Widerstands- und Durchsetzungsfähigkeit konstituieren, die zur Verwirklichung dieser Interessen innerhalb der gegenwärtigen, kapitalistischen Gesellschaftsordnung nötig seien. Feminismus und Antirassismus seien als Kämpfe gegen die die Klasse betreffenden Unterdrückungsverhältnisse, also auf mehreren Ebenen für eine «Neue Klassenpolitik» unverzichtbar (vgl. Sablowski/Thien 2018: 69; Goes 2019a: 14).

Die Renaissance von Klassenfrage und -politik wird hier als Rückkehr materialistischer Analysen und Kritik klassenpolitischer Leerstellen in Antidiskriminierungspolitiken begrüßt und eine inklusive Klassenpolitik diskutiert, die explizit auch andere Unterdrückungsverhältnisse in Bezug auf Geschlecht, Rassismus und globale Ungleichheit miteinbezieht (vgl. van Dyk 2019; Friedrich 2017d). Auf dieser Grundlage soll mit der «Neuen Klassenpolitik» eine Strategie gefunden werden, die in der Lage ist, heterogene Bevölkerungsgruppen und ihre materiellen Interessen in einem verbindenden Emanzipationsprojekt politisch zusammenzubringen.

Die bereits erwähnten Spaltungs- und Fraktionierungspotenziale stellen eine «Neue Klassenpolitik» deshalb vor die zentrale Aufgabe, Praxis- und Organisationsformen zu untersuchen, die in der Lage sind, die solidarischen Potenziale realer Klassenerfahrungen auch konkret politisch zu verbinden (vgl. Candeias 2019: 10). Dass mit einem so intendierten Rekurs auf den Klassenbegriff tatsächlich auch eine kritische Reflexion bisheriger linker Politikformen sowie eine entsprechende qualitative Veränderung dieser einhergehen müssten, merken an dieser Stelle auch andere Akteur*innen der Debatte an. So müssten auch real existierende Konkurrenzverhältnisse zwischen verschiedenen Gruppen von Lohnabhängigen um materielle Ressourcen politisch ernst genommen und programmatisch miteinander vermittelt werden, statt sie lediglich moralisch zur wechselseitigen Akzeptanz aufzufordern (vgl. Wagenknecht/Stegemann 2018). Es wird eine grundsätzliche «Strategiekrise linker Politik» (Leisewitz/Lütten 2018: 36) ausgemacht, da sie solche Widerspruchskonstellationen, daraus resultierende Felder sozialer Konflikte und die entsprechenden politischen Organisations- und Mobilisierungsformen oft nur unverbunden nebeneinanderstelle und diese höchstens aufzuaddieren in der Lage sei. Die Hinwendung zu neuen Konfliktachsen jenseits des Klassenantagonismus habe zwar einerseits mit der konstatierten Differenzierung

4 Für eine ausführliche Begründung dieser Position siehe beispielsweise van Dyk (2019), Dowling et al. (2017), Woltersdorff (2017), Fried (2017b) und Becker (2018).

von Arbeits- und Lebensverhältnissen korrespondiert, habe jedoch andererseits auch eine Abkehr vom theoretischen wie praktischen Erfahrungsbestand der Arbeiterbewegung und ihrer analytischen wie politisch-praktischen Konzepte mit sich gebracht. Auf die Vereinnahmung ursprünglich subversiv-emanzipatorischer Forderungen nach Anerkennung und Gleichstellung durch den «neoliberal radikalisierten Kapitalismus» (ebd.: 37) habe diese Linke insofern keine Antwort, als dass diese Forderungen eben auch klassenneutral vorgetragen und beantwortet werden könnten. Ebenso habe sie Schwierigkeiten, ökonomische Polarisierungs- und Proletarisierungsprozesse und deren Widerspiegelung im subjektiven Alltagsbewusstsein als solche begrifflich zu fassen und politisch zu beantworten, insbesondere angesichts darauf aufbauender erfolgreicher rechter Mobilisierung (vgl. ebd.: 35–38).

Die Tatsache, dass in der politischen Linken der Bundesrepublik (sowohl traditionell gewerkschafts- und parteiförmig als auch außerparlamentarisch organisiert) erhebliche Defizite bestehen und sich infolge eines fehlenden alternativen linken Politikmodells eine national-soziale Rechte innerhalb des herrschenden neoliberalen Entwicklungsmodells als alternativer Pol zum finanzmarktkonformen Wettbewerbsstaat etablieren konnte, wird innerhalb der Debatte von verschiedenster Seite angenommen (vgl. Mayer-Ahuja 2018: 21; Pesch 2018; Candeias 2017; 2019: 8; Dörre 2019: 39 f.; Eberle 2017; Brie/Candeias 2017: 81; Fried 2017b; Friedrich 2017b). So, Aus dem Fehlen eines vergleichbaren progressiven sozialen Pols unter Beteiligung der gesellschaftlichen Linken samt einer eigenen an Erfahrungen und Erinnerungen anknüpfenden Erzählung, das als ein zentrales Defizit benannt wird, werden weitere entscheidende Maßgaben einer «Neuen Klassenpolitik» abgeleitet (vgl. Friedrich 2017c; Goes 2017a). Die Akteur*innen diskutieren eine «Neue Klassenpolitik» als die entscheidende übergeordnete Strategie der gesellschaftlichen Linken, um dem aufsteigenden Rechtspopulismus entgegenzutreten. Dieser wird dabei jedoch nicht als ein außerhalb der bestehenden Verhältnisse gelagertes Phänomen gefasst, vielmehr wird er als substanzielles Krisenphänomen des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus selbst verstanden, das auf ein Interregnum innerhalb des politischen Repräsentationssystems und damit auch auf dessen gegenwärtige Entwicklungsoffenheit sowie die des damit in Wechselwirkung stehenden ökonomischen Systems verweist. In dieser Phase gehe es für die Linke darum, sich in einem von struktureller und ideologischer Vereinzelung sowie verschärfter Konkurrenz geprägten Arbeitsalltag der Lohnabhängigen wieder als präzente Kraft zu bewähren, die in der Lage ist, die Menschen gegen die ihnen dort begegnenden Zumutungen und für ihre Interessen zu organisieren und so letztlich konkrete Verbesserungen ihrer Lebensverhältnisse zu erkämpfen (vgl. Brie/Candeias 2017: 83 f.; Friedrich 2017b; Candeias 2019: 8; Riexinger 2018a: 122 f.; Pesch 2018). Dies wird jedoch nicht allein idealistisch aus der Überzeugung abgeleitet, etwas gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck tun zu müssen. Vielmehr werden vielfältige, bereits real existierende Widersprüche und konkret geführte Konflikte zwischen der Klasse der Lohnabhängigen und dem neoliberalen Status quo identifi-

ziert, die es gelte, aufzugreifen und für eine gesamtgesellschaftliche Wirkmächtigkeit systematisch und somit politisch zu entwickeln und zu verbinden (vgl. Brie/Candeias 2017: 85). Insbesondere dem Aspekt der politischen Verbindung einzelner Konflikte ist dabei besondere Bedeutung beizumessen, da – wohl auch im Bewusstsein der Gefahr klassenreduktionistischer Verkürzungen – innerhalb der Debatte fast durchweg die Heterogenität und Fragmentierung nicht nur der Klasse selbst, sondern auch die ihrer konkreten Interessen und Konflikte betont werden. Die gesellschaftliche Linke komme nicht umhin, die Klasse zunächst in ihren zahlreichen Spaltungen und divergierenden Erfahrungen anzuerkennen, müsse dann aber, um tatsächlich einen Gegenpol zur national-sozial exklusiven und somit die Klasse gegeneinander ausspielenden Programmatik der Rechten zu bilden, die soziale Frage inklusiv-solidarisch durch die Herausarbeitung gemeinsamer Interessen beantworten (vgl. Goes/Bock 2017: 12–15, 37 f.; Riexinger 2016; 2018a: 122 f.). Nur auf der Ebene des Politischen könnten die verschiedenen progressiv-demokratischen Tendenzen aus einzelnen Fraktionen der Klassengesellschaft zu einem sozialen Block verbunden und ihnen gegenüber einer gegenwärtig noch übermächtigen Kapitaleseite zur Durchsetzungsfähigkeit verholfen werden (vgl. Dörre 2019: 35–37; Goes 2017a; 2017b: 15).

Umrissen wird diese klassenpolitische Programmatik, die in der Lage sein soll, die Krisenprobleme des Neoliberalismus inklusive seiner konformistischen Rebellion in Gestalt des Rechtspopulismus zu lösen, als Konzeption zur demokratischen Kontrolle der Wirtschaft und zum Schutz der eigenen Lebensverhältnisse vor Marktabhängigkeit (vgl. Detje et al. 2018: 4–6). Mit der Zielsetzung, alle von Wirtschaftsentscheidungen Betroffenen (und damit maßgeblich die Arbeiter*innen) auch zu den sie Bestimmenden zu machen, könnte das bisher von rechten Kräften besetzte Vakuum durch eine explizit linke Erzählung gefüllt werden, die sich unter Einbezug der Norm individueller Selbstbestimmung progressiv sowohl gegen reaktionäre als auch neoliberale Kräfte wendet (vgl. Goes 2017b: 15; Dieckmann 2017: 29; Graf 2019: 100 f.; Pesch 2018). Als alternatives Programm der Organisation von Produktion und Verteilung gesellschaftlichen Reichtums kann und soll die «Neue Klassenpolitik» somit auch explizit als Infragestellung der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise in ihrer neoliberalen Form verstanden werden und auf ihre Überwindung orientiert sein (vgl. Detje et al. 2018: 4–6; Dörre 2018d: 33; Friedrich 2017b; Sablowski/Thien 2018: 55).

Als paradigmatisch für den Stellenwert der Debatte innerhalb der Linken kann daher auch Bernd Riexingers Feststellung gelten: «Heute stehen wir in Europa an einem historischen Scheideweg: Verschärft sich unter dem Einfluss eines erstarken Rechtspopulismus eine autoritäre Entwicklung des (neoliberalen) Kapitalismus oder gelingt es, klare Alternativen von links hegemoniefähig zu machen?» (Riexinger 2018a: 157)

Einig ist man sich innerhalb der Debatte also darin, dass ihr langfristiges Ziel nicht allein in einer Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse oder gar nur eini-

gen Teilen von ihr liegen könne, sondern langfristig die Abschaffung der Klassen- und der sie begründenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse selbst anzustreben sei (vgl. Friedrich 2018a: 18). In welchem Verhältnis dabei kurz- bis mittel- sowie langfristige Ziele zueinander stehen sollen – ob also Kämpfe um konkrete und zunächst partikulare Verbesserungen für die Arbeiterklasse sinnvolle Zwischenschritte auf dem Weg in eine nachkapitalistische, sozialistische Gesellschaftsordnung darstellen oder ob diese vielmehr eine Anerkennung und damit Verfestigung bestehender Klassenverhältnisse bedeuten, ob also stattdessen auch in unmittelbaren Kämpfen die angestrebte Gesellschaftsordnung stärker zum Ausdruck kommen soll – ist dabei umstritten (vgl. Birkner 2018: 195; Dörre 2018b: 138 f. ; Riexinger 2018a: 12, 139, 152).

2.3 Ansprüche an eine «Neuen Klassenpolitik»

Allgemein wird mit der «Neuen Klassenpolitik» zunächst einmal der Anspruch einer Repolitisierung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse verbunden. Auf diesem Wege sollen insbesondere die ökonomisch, kulturell und politisch marginalisierten Teile der Gesellschaft, auch als Teil der Basis des rechtspopulistischen Aufschwungs, für linke Politikformen zurückgewonnen werden. Gegenüber der aktuellen politischen Konjunktur sollen in der «Neuen Klassenpolitik» die universalistischen Potenziale des Klassenbegriffs entfaltet werden und dieser soll um verschiedene, ebenfalls die Arbeiter*innen betreffende Herrschaftsverhältnisse erweitert und so für feministische sowie antirassistische Kämpfe anschlussfähig gemacht werden. Mario Candeias fasst diesen Anspruch folgendermaßen zusammen:

«Auf diese Weise könnte die neue Klassenpolitik als eine Art verbindender Antagonismus wirken, der unterschiedliche Gruppen, Klassensegmente und Bewegungen quer zu den verschiedenen Themen und Politikfeldern mit einer orientierenden Herangehensweise und konfliktorientiert gegenüber konkreten Gegnern zusammenführt, ohne die Differenzen zwischen den verschiedenen Teilen der Klasse zu negieren.» (Candeias 2019: 7 f.)

Zweiter Anspruch ist damit die Verbindung der sozioökonomisch vielfach fragmentierten Arbeiterklasse hin zu einem kollektiv agierenden politischen Subjekt.

Mit dem Ziel, die Arbeiterklasse als Mehrheit der von der ökonomischen Produktionsweise in ihren Lebensverhältnissen Betroffenen zum maßgeblichen Entscheider über diese zu machen, wird folgerichtig auch die Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse und ihre Entwicklung hin zu sozialistischen und wirtschaftsdemokratischen Verhältnissen verbunden.

Dass sich dafür auf den Klassenbegriff rückbezogen wird, hat handfeste Gründe und bringt grundlegende politisch-strategische Konsequenzen mit sich, die in der weiteren Konzeption einer «Neuen Klassenpolitik» unbedingt zur Kenntnis genommen werden müssen und die im Folgenden skizziert werden. Gemessen an den Krisendiagnosen linker Politik und den bereits erarbeiteten und benannten politischen Ansprüchen,

ist das Potenzial des (marxischen) Klassenbegriffs einerseits darin zu erkennen, dass er weniger auf die bloße Beschreibung sozialer Differenzierungen abzielt, sondern vielmehr die Produktionsverhältnisse als den sozialen Strukturzusammenhang analysiert, in dem sich verschiedene soziale (Groß-)Gruppen als Klassen überhaupt erst gründen. Mit dem Produktions- als Ausbeutungsprozess wird innerhalb dieses Theorems ein zentraler Kausalmechanismus benannt, der die Arbeits- und Lebensverhältnisse ganz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sowohl in ihrer (Re-)Produktion als auch in ihrer dynamischen Veränderung erklärend in Beziehung zueinander setzt. Das sich daraus ergebende antagonistische Agieren der Klassen wird hier gleichzeitig als eine grundlegende Triebkraft der sozialen Dynamik dieser Klassenverhältnisse betrachtet, womit die gemeinsame Klassenlage der Ausbeutung über alle sozialstrukturellen Bindendifferenzierung hinweg eine kollektive Verbindung einschließlich damit verbundener Machtressourcen darstellt, die Zugänge zu bewusster, politisch-organisierter Gesellschaftsveränderung eröffnet (vgl. Dörre 2018c: 42 f.; 2019: 14, 17–20; Mayer-Ahuja 2018: 15 f.; Lütten 2018: 187).

Inwiefern sich bei aller bestehenden Diversität der Individuen solch objektive Klassenlagen und Interessen in ein gemeinsames subjektives Bewusstsein dieser zusammenführen und eine darauf aufbauende kollektive politische Organisation mit einem eigenen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprojekt samt weltanschaulicher Erzählung entwickeln lassen, stellt einen zentralen daran anschließenden Gegenstand der marxistischen Klassentheorie dar und deutet gleichzeitig auf die Fruchtbarkeit hin, die eine Auseinandersetzung mit ihr für die gesellschaftliche Linke in ihrer gegenwärtigen Lage haben kann (vgl. Mayer-Ahuja 2018: 15 f.; Friedrich 2018a: 17 f.; Urban 2018a: 83).

Dieses Potenzial des marxistischen Klassenbegriffs sei allerdings nicht ohne bestimmte Notwendigkeiten und Schlussfolgerungen zu haben, die mit seiner Analyse inhärent verbunden seien. So seien mit ihm die Klassenverhältnisse als «zentraler, weil gesellschaftsbestimmender Strukturzusammenhang» gesetzt (Lütten 2018: 188), der die objektiven Verhältnisse bestimme, auf die sich eine Linke als politische Kraft gründen und zu beziehen habe (vgl. Sablowski/Thien 2018: 68 f.). Die Beseitigung der Klassenherrschaft und ihres zentralen Kausalmechanismus, der Ausbeutung, wird damit für jeden herrschaftskritischen Ansatz zum übergeordneten Ziel. Fragen von Anerkennung und Diskriminierung werden dem nicht untergeordnet, wohl aber als nicht durch Gleichstellung und Repräsentation innerhalb dieser Verhältnisse auflösbar begriffen.

Diese zu beseitigenden Klassenverhältnisse «haben ein materielles und politisches Zentrum. Es liegt in der organisierten Verfügungsgewalt über die Mittel der Produktion.» (Lütten 2018: 189) Über das bloße Aufwerfen der sozialen Frage unter dem Aspekt der Verteilung hinaus müssten es daher zentral diese Eigentumsverhältnisse sein, die durch klassenpolitische Auseinandersetzungen zu politisieren seien. Diskurse, Ideologie und Kultur berührten allesamt die Lebensrealität und Interessen der

Arbeiterklasse und stellten ebenfalls wichtige Felder klassenpolitischer Konflikte dar, über sie allein könnten Klassenverhältnisse aber nicht grundlegend verändert werden.

Die Verfügungsgewalt, die die zu ändernden Eigentumsverhältnisse maßgeblich kennzeichnet, liege wiederum in den Händen der herrschenden Klasse, sie stelle damit den zentralen Interessenantagonist dar, dem es durch klassenpolitische Organisation etwas entgegenzusetzen gelte. Eine «Neue Klassenpolitik» müsse also vor allem die Organisationsfrage stellen, deren zentrale Maßgabe der Aufbau klassenpolitischer Gegenmacht (als Organisationsmacht) darstelle. Diese Gegenmacht speise sich aus den verschiedenen konkreten Interessen aus Arbeits- und Lebenswelt der Lohnabhängigen sowie ihrem Widerspruchspotenzial zu bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen, bedürfe aber zu ihrer realen Entfaltung sowohl des aktiven Führens der sich potenziell daraus ergebenden Konflikte als auch ihrer bewussten Reflexion und politischen Vermittlung miteinander, sodass die gemachten Erfahrungen in Theorie und Praxis rückübersetzt und über Bildungsarbeit an die individuellen politischen Subjekte weitergegeben werden könnten sowie die eigene Programmatik gesamtgesellschaftlich popularisiert werden könne. Ergebnis dieses Prozesses müsse ein gemeinsames Klassenbewusstsein über die Klassenherrschaft, ihre Mechanismen und ihre Erklärfunktion für die individuelle (als kollektiv geteilte) Lage zu sein (vgl. Lütten 2018: 188–190; Dörre 2018c: 46 f.; 2018b: 123 f.; Scholz 2018: 210; Bock/Goes 2018: 123 f.). Nur so könne (und müsse) eine kollektive politische Gegenmacht aufgebaut werden, die fähig sei, die Abschaffung der Klassenverhältnisse durch einen letztlich unumgänglichen Bruch mit der bestehenden Eigentumsordnung gegen die herrschende Klasse und ihren Machtapparat durchzusetzen (vgl. Lütten 2018: 188–190).

Begreift man infolgedessen den Aufbau klassenbasierter Gegenmacht zur Durchsetzung einer neuen gesellschaftlichen Produktionsweise vermittelt über den Bruch mit der bestehenden als dritte zentrale Konsequenz der gegenwärtigen Krise linker Politikformen und ihrer Bearbeitung durch den Rückbezug auf den Begriff der Klasse, so stellen die hier dargestellten Ansprüche an eine «Neue Klassenpolitik» und Notwendigkeiten einer solchen gleichermaßen die Maßgaben dar, denen daran anschließende Formen politischer Organisation in Theorie und Praxis Rechnung tragen müssen.

3 Strategisch-organisatorische Konzeptionen einer «Neuen Klassenpolitik»

Entsprechend dieser drei herausgearbeiteten Anforderungen werden im Folgenden verschiedene organisatorisch-strategische Konzeptionen einer «Neuen Klassenpolitik» im Hinblick auf diese vorgestellt und analysiert.

3.1 Klassenpolitische Konzeptionen in der außerparlamentarisch-radikalen Linken

Dabei lässt sich zunächst die außerparlamentarische und radikale Linke als eine zentrale Strömung ausmachen, deren Vertreter*innen über eine solche strategisch-organisatorische Neuausrichtung im Zuge einer «Neuen Klassenpolitik» diskutieren (vgl.

Goes 2019b: 59). Auch sie definieren diese mit dem Anspruch, sowohl sozial- als auch identitätspolitische Kämpfe gegen den progressiven Neoliberalismus sowie den ihn herausfordernden autoritären Rechtspopulismus zu verbinden (vgl. Lower Class Magazine 2018a: 151). Von anderen Richtungen innerhalb der Debatte lassen sich die Ansätze der außerparlamentarischen Linken insofern unterscheiden, als dass bei ihnen durchgehend eine grundsätzliche Skepsis bis Ablehnung gegenüber traditionell bestehenden politischen Organisationsformen von «Klasse» und ihren Interessen, namentlich Partei und Gewerkschaft, besteht. Gründe hierfür gibt es verschiedene. So würden diese mit «Klasse» als ihrer zentralen politischen Subjektivität letztlich doch nur wieder deren materielle Interessen gegenüber anderen Herrschaftsverhältnissen priorisieren, durch ihre hierarchischen, repräsentativen und interventionistischen Strukturelemente der Herausbildung politisch bewusster und handlungsfähiger Subjekte an der Basis entgegenwirken und aufgrund ihrer parlamentarisch-sozialpartnerschaftlichen Orientierung eine inhärent sozialdemokratisch-reformistische Tendenz besitzen, die den revolutionären Bestrebungen radikaler Klassenpolitik zuwiderläuft (vgl. Neumann/Mezzadra 2017; kollektiv aus Bremen 2018: 140 f.; Schuster 2018). Letztlich laufen diese Argumentationen allesamt darauf hinaus, institutionalisierte Formen von Klassenpolitik wie Partei und Gewerkschaft ausschließlich der «traditionellen» bzw. «alte[n] Klassenpolitik» (Friedrich 2017a) inklusive ihrer vielfach kritisierten Defizite zuzuordnen, womit sie sich natürlich für eine «Neue Klassenpolitik» disqualifizieren. Unabhängig von der konkreten politischen Ausrichtung einzelner Akteur*innen diskutieren sie Klassenpolitik als strategische Orientierung ausschließlich in Bezug auf bestehende außerparlamentarische, bewegungsorientierte linke Organisationsformen, die aufgrund ihrer Zersplitterung und subkulturellen Selbstbezogenheit den identifizierten politischen Notwendigkeiten gegenwärtig nicht gerecht werden könnten (vgl. Schaber 2018; Lower Class Magazine 2018b; Bewernitz 2018: 147). Das klassenpolitische Selbstverständnis dieser Strömung bringt beispielsweise Martin Birkner auf den Punkt: «Eine derartige Position grenzt sich ab gegen eine reformistische Umverteilungsperspektive, gegen neoleninistische Avantgardepartei-Fantasien, aber auch gegen die kulturalistische Dämpfung der Klassenfrage im Rahmen einer Kritik des Klassismus.» (Birkner 2018: 195)

3.1.1 Repolitisierung in der außerparlamentarisch-radikalen Linken

Der durch Klassenpolitik angestrebten Repolitisierung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse soll zunächst einmal dadurch näher gekommen werden, indem die außerparlamentarische Linke die konkreten Alltagsinteressen der Arbeiterklasse zum zentralen Ausgangspunkt ihrer Praxis macht, statt wie oftmals nur auf die Attraktivität radikaler, aber dadurch auch abstrakter Forderungen zu bauen. Dafür sollen handlungsfähige Strukturen geschaffen werden, die diese Interessen in allgemeinverständliche und damit mobilisierungsfähige Programmatiken übersetzen. Mobilisiert werden sollen die Individuen der Arbeiterklasse jedoch nicht nur für ei-

ne passive Unterstützung dieser Programmatiken, sondern vielmehr für ihre aktive Umsetzung in Form einer politischen Praxis, die reale Verbesserungen im Alltag als Resultat des eigenen Handelns erfahrbar macht (vgl. Schaber 2018; Eberle 2017; kollektiv aus Bremen 2017; Lower Class Magazine 2018a: 153 f.). Die so aufzugreifenden Interessen der Arbeiterklasse werden zum einen aus ökonomischer Ausbeutung resultierend verstanden und ihre praktische Organisation wird damit notwendigerweise in der Sphäre von Arbeit und Produktion verortet (vgl. Eberle 2017; Schuster 2018). Zum anderen wird die Position geteilt, dass angesichts der inneren Differenzierung der Arbeiterklasse einerseits und Ökonomisierung ihrer Lebenswelt andererseits betriebliche Arbeitskämpfe allein nicht ausreichen, um ihre real existierenden Interessen politisch umfassend aufzugreifen (vgl. Birkner 2018: 196 f.; Wompel 2018b; 2018a: 159 f.). Entsprechend umfasst das klassenpolitische Verständnis dieser Strömungen sowohl das Aufstellen allgemeinerer sozialpolitischer Forderungen als auch ein möglichst breites Spektrum gesellschaftlicher Felder und Orte, auf und an denen für diese zu organisieren und zu kämpfen sei (vgl. Frank 2018; Negri 2017; Schuster 2018).

Ob und inwiefern bestehende Organisations- und Praxisformen der sozioökonomischen Realität schon angemessen sind, sie also ihren Widersprüchen und Interessenkonstellationen entsprechen, oder ob es eher ihrer Neu- und Weiterentwicklung bedarf, wird von den einzelnen Vertreter*innen dieses Debattenstrangs durchaus unterschiedlich bewertet (vgl. Schaber 2018; Frank 2018). Dennoch lassen sich akteursübergreifende Konzeptionen klassenpolitischer Praxis herausarbeiten, mit denen die gesellschaftlichen Teilbereiche bearbeitet werden sollen. Im Bereich der Arbeitskämpfe steht man, wie bereits erläutert, den institutionalisierten Gewerkschaftsapparaten aufgrund ihrer sozialpartnerschaftlich-reformistischen Orientierung sowie ihrer repräsentativ-hierarchischen Strukturen kritisch bis distanziert gegenüber. Gleichzeitig ist man sich ihres Charakters als, zumindest formaljuristisch, notwendigem Organisationsrahmen der Arbeiterklasse, der ihnen beispielsweise schon aufgrund ihres Streikmonopols zukommt, durchaus bewusst. Entsprechend werden hier verschiedene Ansätze alternativer, basisorientierter und allgemeinpolitischer Gewerkschaftspraxis befürwortet, die sich explizit außerhalb der tarifpolitischen Orientierung der Gewerkschaftsapparate und ihrer regulierenden Wirkung verorten (vgl. Frings 2018: 167, 172 f.; Lower Class Magazine 2018b). So zieht beispielsweise das Konzept des «Social Movement Unionism» (SMU) statt der arbeitsvertraglichen Zugehörigkeit zu einem Betrieb die Lohnabhängigkeit als das gemeinsame, existenzbestimmende Merkmal heran, aus dem heraus Konflikte geführt und politisiert werden sollen. Mit dieser Perspektive sollen dann Menschen nicht nur auf Basis ihres konkreten Lohnarbeitsverhältnisses in gewerkschaftliche Politik einbezogen werden, sondern vielmehr als lohnabhängige Subjekte, deren Lebensbedingungen wiederum von den Bedingungen der Erwerbsarbeit anderer bestimmt werden, an die sie deshalb also auch bestimmte Ansprüche zu stellen haben. Gemäß dem SMU haben Gewerkschaften

daher keine rein tarifpolitischen, sondern verstärkt allgemeinpolitische Forderungen aufzustellen. So müssten neben der reinen Lohnhöhe auch die Organisierung der Arbeit und Produktion selbst Gegenstand gewerkschaftlicher Politik sein, genauso wie die Reproduktionskosten und -bedingungen der Lohnabhängigen (bspw. beim Wohnraum oder im Gesundheitswesen). Form und Inhalt gewerkschaftlicher Kämpfe könnten sich auf diesem Wege dahingehend verändern, dass sie Menschen nicht nur als Lohnabhängige, sondern gleichzeitig auch als Produzierende und Bedürftige gesellschaftlich nützlicher und notwendiger Leistungen ansprechen. Auf diese Weise sollen wieder neue «Solidarisierungsprozesse» (Wompel 2018b) zwischen den Lohnabhängigen in Gang gebracht werden, die in der Vergangenheit durch zunehmende Fragmentierung der Betriebseinheiten erschwert worden sind. Gleichzeitig wird diese bewegungsorientierte Strategie für die institutionalisierten Gewerkschaftsapparate als Möglichkeit (und in gewissem Maße auch Notwendigkeit) der Erneuerung begriffen, da durch sie auf die Aufkündigung des sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromisses durch das Kapital und die entsprechend mangelnde Effektivität einer darauf ausgerichteten gewerkschaftlichen Strategie reagiert werden könnte. Für das Potenzial dieser Strategie lassen sich international wie auch in der Bundesrepublik bereits zahlreiche Beispiele finden (vgl. Wompel 2018a: 160–162; 2018b).

Einen ähnlichen Ansatz gewerkschaftlicher Erneuerung verfolgen Akteur*innen einer außerparlamentarischen Linken mit dem Konzept der Worker Center, die sowohl mit den Gewerkschaftsapparaten zusammen als auch eigenständig und unabhängig von diesen agieren sollen. Ihr Umgang mit der Problematik aufgekündigter Sozialpartnerschaft sieht hingegen so aus, dass sie bei der Organisierung von Lohnabhängigen den Fokus auf die legen, die sich innerhalb prekärer Arbeitsverhältnisse befinden. Gegenüber der fachspezifisch qualifizierten Arbeitskraft, die das zentrale Subjekt sozialpartnerschaftlich orientierter Strategien bildet, ließe sich bei den prekären Schichten als zu organisierendem Subjekt zwar eine relativ gesehen geringere, wobei immer noch vorhandene Produktionsmacht ausmachen. Dafür bestünde bei diesen ein deutlich höheres objektives Interesse an der Veränderung gegenwärtiger Arbeitsverhältnisse, da dort schlicht weniger materielle Privilegien zu verlieren seien. Gleichzeitig würden über das zentrale Kriterium der Prekarität deutlich breitere gesellschaftliche Bereiche als durch die klassische Gewerkschaft abgedeckt und dadurch ein diverseres und damit repräsentativeres Klientel politisch mobilisiert und organisiert werden können. Auch wird innerhalb dieser Organisationsform gegenüber den repräsentativen Strukturen hauptamtlicher Gewerkschafter*innen der Fokus auf die Bildung politischer Subjekte durch Basisarbeit, Selbstorganisation und Reflexion der eigenen Praxis gelegt. An dieser Stelle heben Vertreter*innen ebenfalls die positive Wechselwirkung mit den Gewerkschaften hervor, denen durch diese Strategie ein zusätzliches Potenzial politisch organisierter und praxiserfahrener Arbeiter*innen erschlossen werde, die als aktive Gewerkschaftsmitglieder wiederum Einfluss auf deren Politik und Praxis ausüben könnten (vgl. Bewernitz 2018: 145 f.). Im Rahmen

dieser Ansätze ließe sich schließlich die innerhalb dieses Debattenstrangs vertretene Forderung nach klassenpolitischer Organisation von Erwerbslosen, beispielsweise in Form von kollektiver Selbsthilfe und Erwerbslosenräten, einordnen (vgl. Eberle 2018: 110–113).

Eine vergleichbare Argumentation liegt auch der Konzeption «revolutionärer Stadtteilarbeit» (Schuster 2018) zugrunde: Hier zieht man aus der veränderten sozioökonomischen Realität der Arbeiterklasse in Betrieb und Gesellschaft die Konsequenz, soziale Räume der Lebenswelt wie eben den Stadtteil zum zentralen Ort klassenpolitischer Organisation und Auseinandersetzung zu machen. Als Ort des Zusammenkommens verschiedener klassenspezifischer Lebensrealitäten biete er einen idealen Rahmen, in dem niedrigschwellig lokale Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut werden könnten und vermittelt über diese kollektives Handeln konkret mach- und erfahrbar werden könnte. Neben einer den Worker Center ähnelnden Idee einer Stadtteilerwerbslosenrat könnten diese Strukturen beispielsweise Jugendarbeit, Frauenorganisation, Bildungsarbeit oder sozial-kulturelle Aktivitäten umfassen und auf diesem Wege auch feministische und antirassistische Anliegen aufgreifen (vgl. kollektiv aus Bremen 2018: 141; Lower Class Magazine 2018b). Auch bei diesem Ansatz werden damit nicht zuletzt Hoffnungen auf eine Dynamisierung der «traditionellen» Klassenkämpfe im Betrieb verbunden (vgl. kollektiv aus Bremen 2018: 138 f.).

Als zentrale Gemeinsamkeit der verschiedenen klassenpolitischen Organisationsstrategien der Akteur*innen des außerparlamentarisch-linken Spektrums zur Repolitisierung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse lässt sich vorläufig die verstärkte Organisation klassenspezifischer Interessen und Anliegen in Form außerparlamentarisch verorteter sozialer Bewegungen festhalten. Diese solle jedoch verstärkt auf gewerkschaftlich-betriebliche Kämpfe ausgerichtet sein und idealerweise in einer Art wechselseitigen Kooperationsbeziehung stehen, woraus sich beide Seiten eine Dynamisierung und Verstärkung der eigenen Konflikte erhofften. Dass diese Hoffnungen nicht allein den Denkstuben der Debattenakteur*innen entspringen sind, zeigen zahlreiche internationale wie nationale Beispiele für solche erfolgreichen Kooperationen (vgl. Nowak 2018: 180–184; Wompe 2018a: 160–162; 2018b).

3.1.2 Verbindende Klassenpolitik in der außerparlamentarisch-radikalen Linken

Die Verbindung der sozioökonomisch vielfach fragmentierten Arbeiterklasse hin zu einem kollektiv agierenden politischen Subjekt wird innerhalb der klassenpolitischen Konzeptionen der außerparlamentarischen Linken durchaus unterschiedlich gedacht. So sehen einige Vertreter*innen in den bereits vorgestellten konkreten Praxisformen zur Repolitisierung klassenspezifischer Arbeits- und Lebensverhältnisse gleichzeitig auch das Potenzial zu ihrer Verbindung angelegt. So würden beispielsweise im SMU die vielfach eingeforderte Erweiterung von Klassenpolitik um andere Herrschaftsverhältnisse sowie die darüber angestrebte Verbindung von identitätspolitischen und so-

zialen Kämpfen bereits praktiziert werden (vgl. Wompel 2018b; 2018a: 157). Mit der diesem Ansatz zugrundeliegenden Definition von Klasse über die Lohnabhängigkeit würden sowohl die zentrale, aus dem ökonomischen System resultierende Gemeinsamkeit in ihrem dazugehörigen Antagonismus zum Kapital als auch die Diversität der Individuen und ihre unterschiedlichen Identitäten erfasst (vgl. Wompel 2018a: 158; 2018b). Auf dieser Grundlage könne eine allgemeinere klassenpolitische Agenda formuliert werden, die in der Lage sei, statt einer einfachen Nivellierung von Differenzen die Individualisierung des Klassenbegriffs als eine Bereicherung für ihn zu verstehen, ohne dabei die (stets strategisch zu begründende) Grenze seiner notwendigen Kollektivierung zu vergessen (vgl. Wompel 2018a: 158 f.; 2018b). Da «in Arbeitskämpfen [...] sich oft ganz konkret [zeigt], wie rassistische und patriarchale Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung zusammenwirken» (Nowak 2018: 183), ließen sich über eine solche am Konzept des SMU orientierte konkrete Praxis erreichen,

«dass das Verbinden der eigenen Rollen und Funktionen im individuellen Selbstbild auch den postulierten Widerspruch zwischen sogenannten Identitätspolitiken und Klassenkämpfen verschwinden lässt. [...] Kämpfe um Anerkennung, Teilhabe und Mitsprache sind immer auch im Kontext ökonomischer Ausbeutungsverhältnisse zu verstehen und zu führen.» (Wompel 2018a: 162)

Ein ähnliches Potenzial sehen Vertreter*innen einer stadtteilbasierten Klassenpolitik in ihren Konzepten. Dort aufzubauende und die Individuen zum Eintreten für ihre konkreten Alltagsinteressen ermächtigende Strukturen sollten bei Arbeiter*innen einen Prozess der Politisierung anstoßen, in dessen Verlauf die lokale Praxis hin zu einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive entwickelt werden solle (vgl. kollektiv aus Bremen 2017). Da im Stadtteil als sozialem Raum verschiedene klassenspezifische Lebensrealitäten zusammenkommen würden, ließen sich über eine dort stattfindende Organisierung (bspw. als Worker Center, Stadtteilgewerkschaft oder Solidarity Network) die ihnen zugrunde liegenden gemeinsamen Klasseninteressen vermitteln und zu einer breiteren politischen Bewegung verbinden, die letztlich gegen das System kapitalistischer Produktionsweise an sich gerichtet sei (vgl. Bewernitz 2018: 145 f.; kollektiv aus Bremen 2017; 2018: 139 f.).

Andere Akteur*innen, insbesondere aus dem Umfeld des *Lower Class Magazines*, verstehen den angestrebten klassenpolitischen Organisierungsprozess hingegen weniger als eine Entwicklung solch konkreter klassenpolitischer Praxen, sondern vielmehr als Aufgabe ihrer Verbindung. Damit solle diesen keineswegs ihr klassenpolitischer Charakter abgesprochen werden, allerdings jedoch die Fähigkeit, über den begrenzten Radius des jeweiligen linken Organisationszusammenhangs eine gesamtgesellschaftliche Wirkmächtigkeit zu entfalten (vgl. *Lower Class Magazine* 2018a: 154; 2018b). Gerade dies sei angesichts des Organisationsgrads der herrschenden Klasse, der strukturellen Vereinzelung der Arbeiterklasse sowie des Bedarfs an revolutionären

Veränderungen und an einem sie vollziehenden Subjekt im Anschluss an die Debatte aber die vorrangige Aufgabe (vgl. kollektiv aus Bremen 2017; Schaber 2018). Als zentraler Mangel der (außerparlamentarischen) Linken wird deshalb auch ausgemacht, dass «es [...] keinen bundesweiten organisatorischen Zusammenhang [gibt], dem Neue Klassenpolitik als Selbstverständigung dienen könnte» (Lower Class Magazine 2018a: 155). Unter diesem stellen sich die Akteur*innen eine die jeweiligen Klassenpolitik betreibenden Kleingruppenzusammenhänge übergreifende, «als Initiativkraft agierende Organisation von Vollzeitaktivisten» (ebd.: 152) vor, die bereits vorhandene Stadtteilinitiativen, außerparlamentarische linke Gruppen, links- und alternativgewerkschaftliche Zusammenhänge sowie feministische und antirassistische Gruppen organisatorisch sowie strategisch-koordinativ verbindet (vgl. ebd.: 155 f.). Konkret schlagen sie für die Entwicklung einer solchen Organisation die Einberufung eines Kongresses all dieser politischen Zusammenhänge vor, auf dem durch die direkte Debatte die Gründung einer Art Dachverband angestoßen werden soll (vgl. Lower Class Magazine 2018b). Einen ähnlichen Ansatz vertreten sie in Bezug auf das Konzept der Worker Center, die durch eine koordinierende Vernetzung (bspw. in Form einer Föderation) und einen damit verbundenen strukturellen Wandel in Richtung Massenorganisation über ihre lokale Basisebene hinaus auch auf nationaler, kontinentaler und letztlich sogar globaler Ebene Wirkungskraft entfalten sollten (vgl. Bewernitz 2018: 147 f.).

Wiederum andere Akteur*innen der außerparlamentarischen Debatte ziehen deutlich weitergehende konzeptionelle Konsequenzen aus der Kritik der «alten» Klassenpolitik sowie der Forderung nach ihrer Erweiterung um andere Herrschaftsverhältnisse. Mit einer so beabsichtigten «Neuen Klassenpolitik» müsse die Revision sämtlicher Konzeptionen einer zentralen politischen Subjektivität, wie sie sich historisch beispielsweise traditionell in den Organisationsformen von Partei und Gewerkschaft gezeigt habe, einhergehen. Die Vielfalt der Ausbeutungs- und Herrschafts- sowie der durch sie geprägten Arbeits- und Lebensverhältnisse ließe sich nur adäquat durch die vielfältigen Organisationsformen der sozialen Bewegungen und ihrer Kämpfe abbilden, denen diese Qualität vor allem aufgrund ihres horizontalen, basisorientierten Charakters zukomme. Jede Form eines hierarchisierenden oder zentralisierenden Ansatzes von Klassenpolitik würde hingegen diese Vielfalt mit dem Versuch, sie unter ein politisches Kommando zu subsumieren, vereinheitlichen und damit eben dieser Qualität essenziell widersprechen. Neben dem Ort konkreter klassenpolitischer Praxis hätten diese auch Ort der strategisch-koordinativen Verbindung zu sein, deren angemessene Kooperationsform dann aber vielmehr die anlassbezogener und relativ unbeständiger Bündnisse sei. Langfristiges strategisches Ziel müsse es dementsprechend sein, solche basisdemokratischen Bewegungen und Organisationsprozesse auf möglichst vielen gesellschaftlichen Feldern zu entfalten sowie deren wechselseitige Koordination zu intensivieren. Zu dieser Verbindung brauche es nichtsdestotrotz auch hier eine neue Form kollektiver Subjektivität, die jedoch nicht die Hierarchien der

bestehenden Klassengesellschaft reproduzieren dürfe. Vorgeschlagen wird dafür eine solidarische Subjektivität mit dem zentralen «Wunsch nach Gemeinsinn» (Neumann/Mezzadra 2017) als Ausgangspunkt einer neuen politischen Kollektivität, deren verbindende Programmatik die selbstbestimmte Neugestaltung der gesellschaftlichen Produktion zum zentralen Anliegen habe (vgl. ebd.; Negri 2017; 2018). Ähnliche Vorstellungen einer die verschiedenen konkreten klassenpolitischen Praxen umfassenden und sie dadurch verbindenden Idee anzustrebender gesellschaftlicher Produktionsweise finden sich auch bei anderen Akteur*innen der Strömung, bei denen eine bestimmte (nämlich antikapitalistische) subjektive Haltung zur Klassengesellschaft und zu ihren konkreten Kämpfen zum konstituierenden Element der Klasse als politischem Subjekt wird. Strategische Aufgabe der (radikalen) Linken sei es demnach, in den verschiedenen sozialen Konflikten als Akteur präsent zu sein und dabei ihren Zusammenhang zur kapitalistischen Klassengesellschaft hervorzuheben. Letztlich sollen die einzelnen Auseinandersetzungen dadurch jeweils zu einem stellvertretenden Kampf gegen die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an sich politisch radikalisiert werden. Jenseits abstrakt-theoretischer Analysen und Argumente solle dieses Anliegen durch das praktische Engagement der (radikalen) Linken in den konkreten Konflikten politisch legitimiert und eine breitere Basis dafür gewonnen werden. Organisatorisch findet diese Strategie ihren Ausdruck in sich teilweise widersprechenden Vorschlägen von einer Öffnung der radikalen Linken gegenüber anderen linken bis als bürgerlich-reformistisch eingestuften Kräften als potenzielle Bündnispartner einerseits und in der Befürwortung einer lockeren, koordinativ wirkenden, Kräfte bündelnden und nach außen repräsentativ wirkenden organisatorischen Einheit aller ausschließlich radikal linken Kräfte andererseits (vgl. Eberle 2017; Frank 2018).

3.1.3 Durchsetzung einer neuen Produktionsweise in der außerparlamentarisch-radikalen Linken

Entsprechend der beiden unterschiedlichen theoretischen Positionen zu Form und Funktion einer kollektiven Subjektivität und ihres organisatorischen Ausdrucks lassen sich innerhalb der außerparlamentarischen Linken zwei zentrale Vorstellungen davon, wie klassenbasierte Gegenmacht aufgebaut und mit ihr einer neuen gesellschaftlichen Produktionsweise zur Durchsetzung verholffen werden soll, identifizieren.

So kommt bei den Konzeptionen, die die vorrangige Aufgabe in einem klassenpolitischen Organisationsprozess zur Formierung einer kollektiven Klassenmacht sehen, der Entwicklung konkreter, lokal verankerter und selbstorganisierter klassenpolitischer Praxen vor allem die Funktion zu, Potenziale klassenbasierter Gegenmacht freizusetzen und zu entfalten. Dies sei zwar auch der Beginn der angestrebten gesellschaftlichen Entwicklung hin zu einer anderen Produktionsweise und damit von elementarer Bedeutung hierfür (vgl. kollektiv aus Bremen 2017; Schuster 2018). Die Entwicklung und Umsetzung solch partikularer und ihren spezifischen Verhältnissen entspringenden Praxisformen allein werden für die Entfaltung einer kollektiven

Handlungsmacht allerdings noch als ungenügend bewertet, dafür brauche es eine konkrete überregionale Organisationsform, die die einzelnen Basisorganisationen verbinden und ihnen gegenüber als Initiativkraft agieren könne (vgl. Schaber 2018). Diese solle dabei jedoch nicht losgelöst von diesen bestehen, sondern vielmehr durch den Austausch der Organisationszusammenhänge konkreter klassenpolitischer Praxen und ihrer Subjekte gebildet werden (vgl. kollektiv aus Bremen 2017).

Die Kritiker*innen einer solchen zentralen politischen Subjektivität räumen der klassenpolitischen Praxis über die Entfaltung von Gegenmacht hinaus jedoch noch einen höheren Stellenwert ein. Da es in dieser letztlich um die Beseitigung sämtlicher Herrschafts- und Hierarchieverhältnisse zu gehen habe, dürfe sie diese in ihrer politischen Organisationsweise nicht reproduzieren und habe außerhalb ihrer Institutionen und Prozesse sowie damit verbundener Diskurse, Logiken und Begriffssysteme stattzufinden (vgl. kollektiv aus Bremen 2018: 141 f.). Stattdessen habe sich das gesellschaftliche Entwicklungsziel bereits in der Organisation klassenpolitischer Kämpfe zu spiegeln, was angesichts der Heterogenität gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse nur durch die Pluralität sozialer Bewegungen und ihr horizontales Verhältnis zueinander gewährt werden könne (vgl. Wompel 2018a: 165). Diesen Anspruch dem Ziel, eine klassenlose Gesellschaft mittels kollektiven Machtgewinns durchzusetzen, unterzuordnen führe jedoch letztlich dazu, beides getrennt voneinander zu betrachten und hierarchisch-repräsentative Organisationsstrukturen zu befürworten, die wiederum den bereits benannten essenziellen klassenpolitischen Qualitäten basisförmiger sozialer Bewegungen entgegenwirken würden (vgl. Birkner 2018: 195; Wompel 2018a: 165). Vielmehr solle hier also das verbindende Ziel einer herrschaftsfreien, klassenlosen Gesellschaft gleichzeitig auch als Triebkraft der sich wechselseitig verstärkenden Dynamik der einzelnen sozialen Bewegungen und ihrer basisorientierten Praxis fungieren (vgl. Birkner 2018: 197 f.).

3.1.4 Bewertung der außerparlamentarisch-linksradikalen Konzeptionen

Bei einer ersten kritischen Bewertung der klassenpolitischen Konzeptionen der außerparlamentarischen Linken lässt sich zunächst festhalten, dass sich viele Ansätze intensiv der Aufgabe der Repolitisierung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse widmen und dort entsprechend auch durchaus überzeugende Konzepte vorzulegen haben. So wird sowohl im Ansatz des SMU als auch in den Konzepten der stadtteilbasierten Klassenpolitik der veränderten, verstärkt fragmentierten und differenzierten Zusammensetzung des Klassensubjekts in Arbeits- und Lebenswelt Rechnung getragen, indem die Basis der politischen Mobilisierung und Organisation um den allgemeineren Faktor Lohnabhängigkeit bzw. um den Stadtteil als sozialen Raum der Kulmination von Klassenverhältnissen erweitert wird. Durch ihre dem basisorientierten und selbstorganisierten Wesen sozialer Bewegungen entsprechenden Strukturen wird dabei sowohl den politisch passivierenden und deaktivierenden Fallstricken einer «alten», stellvertretend agierenden Klassenpolitik begegnet

als auch der Reduzierung auf ausschließlich klassenfundierte Interessen vorgebeugt, da diese Konzepte durch ihre strukturelle Offenheit und Flexibilität auch für andere Herrschaftsverhältnisse anschlussfähig bleiben. Gleichzeitig wird dabei mit der auf abstrakt-theoretischer Ebene oftmals sehr grundsätzlich vorgetragenen Kritik an reformistischen, deradikalisierenden und passivierenden Effekten «alter» Klassenpolitik und ihren Institutionen (insbesondere Gewerkschaften) im Konkreten deutlich weniger dogmatisch umgegangen, sondern vielmehr nach Potenzialen und Grenzen der Kooperation gesucht. Sogar die Hoffnung auf eine Erneuerung der gewerkschaftlichen Apparate wird des Öfteren geäußert, was auf ein kritisch-realistisches Bewusstsein des Stellenwerts schließen lässt, den Gewerkschaften aufgrund ihrer diversen Machtressourcen für Klassenkämpfe am Arbeitsplatz trotz aller Kritik gegenwärtig immer noch besitzen.

Wie bereits dargestellt, gehen die Vorstellungen von der Verbindung der sozioökonomisch vielfach fragmentierten Arbeiterklasse hin zu einem kollektiv agierenden politischen Subjekt innerhalb der außerparlamentarischen Linken da schon deutlich weiter auseinander. Entsprechend separiert fällt ihre vorläufige Bewertung aus. Den Ansätzen, die eine solche Verbindung primär über ihre konkrete Praxis innerhalb der sozioökonomischen Lebensverhältnisse herstellen wollen, ist zunächst zugute zu halten, dass innerhalb der Konzeptionen ihrer Organisation recht unmittelbar erkennbar wird, inwiefern über sie vermittelt diese unterschiedlichen Realitäten und Interessen zusammenkommen können. So ließen sich sowohl über eine gewerkschaftliche Praxis, die die Betroffenheit von Lohnabhängigkeit in ihren vielfältigen Formen zum Ausgangspunkt nimmt, als auch über Klassenpolitik, die den Stadtteil zum sozialen Dreh- und Angelpunkt unterschiedlicher Klassenrealitäten macht, politische Forderungen aufstellen, die das Partikularinteresse einzelner Klassenfraktionen überschreiten und diese vielmehr in einen Austausch miteinander bringen. Die zahlreichen Beispiele für eine solche übergreifende Kooperation zwischen institutionalisierten Organisationen der Arbeit einerseits und sozialen Bewegungen andererseits zeugen davon. Jedoch wird aus den Ausführungen zu diesen Konzeptionen weniger deutlich, inwiefern sich auf diesem Wege eine Verbindung der verschiedenen Fraktionen über ihre sich überschneidenden Interessen, die Artikulation entsprechender Forderungen sowie das Führen des Konflikts um diese herstellen lassen könnte. Auch wie mögliche, handfest materielle Interessengegensätze zwischen mehr und weniger privilegierten Gruppen innerhalb der Klasse bearbeitet werden könnten, wird nicht weiter diskutiert. Eine Verarbeitung und Verfestigung der in diesen Konflikten gesammelten Erfolge und Erfahrungen innerhalb der organisatorischen Strukturen könnten hier Abhilfe schaffen, werden als solche aber höchstens in Bezug auf die Organisation politischer Bildung angedacht und sonst nicht weiter behandelt (vgl. kollektiv aus Bremen 2017). Diese Frage scheint sich als Problemstellung dabei aber auch in einem zumindest ambivalenten Verhältnis zu den eigenen Ansprüchen bezüglich hierarchiefreier und nicht repräsentativer Strukturen zu befinden.

Eben jener Problemstellung widmen sich vor allem die Ansätze, die die zentrale gegenwärtige Herausforderung in der Verbindung konkreter klassenpolitischer Praxen, vermittelt über eine Organisation jenseits der sie ausübenden Zusammenhänge, sehen. Dabei sei jedoch zunächst kritisch angemerkt, dass weder die dabei angeführten Praxis- noch die entsprechenden Organisationsformen darauf überprüft werden, ob und inwiefern sie den Maßgaben einer «Neuen Klassenpolitik», wie ich sie im vorherigen Teil herausgearbeitet habe, gerecht werden. Vielmehr wird diese Frage größtenteils durch den Verweis auf gegenwärtige Formen außerparlamentarisch-bewegungsförmiger Praxen beantwortet, deren Aufzählung daher oft wenig systematisch begründet und teilweise sogar willkürlich gewählt wirkt (vgl. Eberle 2017; Lower Class Magazine 2018b). Auch scheint die hier teilweise zugrunde liegende Annahme, dass die bestehenden Praxen im Grunde schon den gegenwärtigen Klassenverhältnissen angemessen seien, angesichts des ansonsten einhelligen Konsenses über die dort vorherrschenden Defizite innerhalb der gesellschaftlichen Linken mehr als fraglich. Nichtsdestotrotz wird mit der Verbindung als expliziter Aufgabe von Organisation hier zunächst eine Frage aufgeworfen, die andere Ansätze eher ausklammern. Vor allem das Element einer Initiativkraft, die von einer solchen klassenpolitischen Organisation ausgehen und so eine bewusste, strategisch-koordinative Verbindung verschiedener Klassenfraktionen ermöglichen soll, könnte dabei das Defizit der praxiszentrierten Ansätze beheben, deren Verbindung sich tendenziell auf konkrete Konflikte und sich dort verdichtende Interessenüberschneidungen beschränkt.

Auch wenn also durchaus die richtigen Fragen gestellt werden, so bleiben die gelieferten Antworten eher dürftig. An dieser Stelle zeigt sich vor allem das Defizit, dass die zu verbindenden konkreten Praxis- und Organisationsformen wenig bis gar nicht auf ihren klassenspezifischen Charakter und auf die sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten ihrer Verbindung hin untersucht werden. So wird die Problematik der Verbindung letztlich rein formaltechnisch durch die verstärkte Koordinierung bestehender Organisierungszusammenhänge, die dann konsequenterweise auch nur aufgezählt werden, in Form eines Dachverbands oder einer Föderation gelöst. Inwiefern aber eine Erweiterung des Aktionsradius bestehender basisorientierter Organisationsformen, wie beispielsweise der Worker Center, auf überregionaler Ebene auch strukturelle Konsequenzen für die einzelnen Organisationen nach sich zu ziehen hätte, wird nicht weiter erörtert. Vielmehr wird diese Frage, die insbesondere in Bezug auf die innerhalb dieser Strömung so kritisch bäugten repräsentativen und hierarchischen Strukturen einiges an Konfliktpotenzial bietet, entweder wiederum nur formaltechnisch als Aufaddierung bestehender Organisierungen bzw. als Erweiterung ihres Maßstabs beantwortet oder auf den Konstituierungsprozess einer solchen Organisation (z. B. in Form eines Kongresses) verschoben und nicht weiter behandelt. Auch die Frage des Aufbaus von klassenbasierter Gegenmacht bis hin zur Durchsetzung eines Bruchs mit der bestehenden Produktionsweise und ihrer politischen Ordnung wird auf diese Weise immerhin berührt und erscheint gerade an-

gesichts der innerhalb der Debatte konstatierten, relativ geringen Wirkmächtigkeit linker Kräfte auf gesamtgesellschaftlicher Ebene als eine sinnvoll zu ziehende Konsequenz, gerade auch weil hier der, ebenfalls in der Debatte diskutierte, deutlich höhere Organisationsgrad der antagonistischen herrschenden Klasse in die Überlegungen miteinbezogen wird. Auch hier werden daraus allerdings keine strukturellen Konsequenzen gezogen, die im Hinblick auf die zwangsläufig begrenzte Handlungsmacht von Kleingruppenzusammenhängen (auch bei ihrer organisatorischen Verbindung) aber notwendig erscheinen.

Des Widerspruchs zwischen kollektiver Organisation und realer Differenzierung der Klasse sind sich die Kritiker*innen einer solchen zentralen politischen Subjektivität und damit verbundener hierarchisch-repräsentativer Strukturen deutlich bewusst, die sie aufgrund ihrer vereinheitlichenden und Differenzen negierenden Wirkung ablehnen. Denn dass die jeweiligen konkreten sozialen Bewegungen und ihre anlassbezogenen Bündnisse einer gewissen Kollektivität zur Steigerung ihrer Wirkmächtigkeit bedürfen, wird durchaus anerkannt. Gelöst wird dieser Widerspruch durch den Entwurf einer neuen, solidarischen Subjektivität, die das Ziel einer grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Produktionsweise als Basis hat und die die individuellen Subjekte über ihre partikularen Lebensrealitäten und Interessen hinweg verbindet. Damit werden hier allerdings gewissermaßen Mittel und Zweck klassenbasierter Solidarität vertauscht, da gerade die Entwicklung von einem konkreten und partikularen hin zu einem allgemeinen und politischen Klassenbewusstsein, vermittelt über die Organisation klassenpolitischer Praxis, innerhalb der Debatte als eine zentrale Aufgabe identifiziert wurde. Vielmehr wird der Klassenbegriff damit seines objektiven, in den Produktionsverhältnissen wurzelnden Gehalts entleert und idealistisch-voluntaristisch über die subjektive Haltung der bzw. des Einzelnen zur kapitalistischen Klassengesellschaft ersetzt. Die durch die «Neue Klassenpolitik» erst zu erreichende Politisierung von sozialen bzw. Klassenkämpfen, die stets konkrete Arbeits- und Lebensverhältnisse und aus ihnen erwachsende Partikularinteressen zum Ausgangspunkt haben, wird auf diese Weise mit dem Mittel dafür in eins gesetzt und kann letztlich nicht erklärt werden. Auch kann das hier vertretene Organisationsprinzip zwar durchaus nachvollziehbar erläutern, inwiefern bestehende Herrschaftsverhältnisse in der Organisation selbst nicht reproduziert werden können. Gleichzeitig wird die Perspektive des notwendigen Bruchs mit der bestehenden Eigentumsordnung entweder komplett durch die Vorstellung einer Transformation aus dem Bestehenden heraus ersetzt oder verbleibt als lediglich gedanklich vorstellbare, also letztlich idealistische Option.

3.2 Klassenpolitische Konzeptionen in der Partei DIE LINKE

Als eine weitere bedeutende Strömung innerhalb der Debatte lassen sich verschiedene Aktive, Funktionär*innen und wissenschaftliche wie gewerkschaftliche Intellektuelle rund um die Partei DIE LINKE ausmachen, die die «Neue Klassenpolitik» ebenfalls als einen strategisch-programmatischen Ansatz verhandeln (vgl. Goes 2019b: 59).

Insbesondere die zahlreichen Beiträge des Co-Vorsitzenden der Partei Bernd Riexinger, der unter anderem ein ganzes Buch zu der Thematik veröffentlicht hat, sind dabei von zentraler Relevanz. Im Widerspruch zu den innerhalb der Debatte angeführten zahlreichen Vorwürfen parteiförmig organisierter Politik sieht er aus Perspektive seiner Partei nicht den politischen Überbau, sondern die sozioökonomische Basis und die in ihr stattfindenden Auseinandersetzungen als den zentralen Ort der Herausbildung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Parlamentarische Politik könne (und müsse) dort formulierte, progressive Forderungen zwar aufgreifen und verstärkend auf sie zurückwirken (vgl. Riexinger 2010). Für die langfristige Verschiebung der Verhältnisse zugunsten der Lohnabhängigen sei aber die Organisation konkreter, im Alltag verankerter Klassenkonflikte gegenüber parlamentarischer Stellvertreterpolitik höher zu bewerten, die Partei DIE LINKE habe sich also auch verstärkt als Organisation solch unmittelbarer Kämpfe zu begreifen (vgl. Riexinger 2015a; 2017: 49). Geteilt wird diese Position von diversen anderen Aktiven aus der Partei, die den Ausgangs- und Schwerpunkt ihrer Politik ebenfalls in der aktiven Organisation der Lohnabhängigen und ihrer Interessen im Rahmen einer konkreten klassenpolitischen Praxis und ihrer (zunächst systemimmanenten) Forderungen sehen (vgl. Hofmann/Ferschke 2017: 33; Krämer 2018). Die Organisation von Lohnabhängigen sei nicht zuletzt gegenüber rechtspopulistischen Parteien eine nicht zu unterschätzende Qualität, da diese ähnlich zu den bürgerlichen Parteien genau das nicht täten, sondern die Arbeiter*innen nur passiv als Wähler*innen mobilisierten (vgl. Ehling 2016). Diesem Verständnis nach bilden das Vorantreiben selbstorganisierter Kämpfe um bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse, die Verteidigung und Ausweitung von Rechten, die diese Verhältnisse unter demokratisch-partizipativen Gesichtspunkten absichern, sowie die Vertretung entsprechender Interessen auf parlamentarischer Ebene die übergeordneten Leitlinien parteiförmig organisierter (Klassen-)Politik (vgl. Riexinger 2018a: 158; Dörre 2018e). Den entscheidenden Gebrauchswert «einer sozialistischen verbindenden Partei» (Riexinger 2018a: 158) als klassenpolitischer Konzeption sieht Riexinger hierbei in ihrer Kompetenz, bezüglich solcher Klassenkonflikte strategische Schwerpunkte zu setzen, um dadurch zwar konkrete, aber dennoch für gesamtgesellschaftliche Verhältnisse repräsentative und exemplarische Konflikte zu entwickeln und zu führen (vgl. Riexinger 2016).

3.2.1 Repolitisierung in der Partei DIE LINKE

Die auf diesem Wege zu erfolgende Repolitisierung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse habe dabei auch weiterhin die Arbeitswelt und ihre Widersprüche nicht als alleinigen, aber doch äußerst zentralen Ausgangspunkt solcher Klassenkonflikte zu nehmen (vgl. Riexinger 2018a: 118). Innerhalb dieses Debattenstrangs werden die Gewerkschaften prinzipiell als «elementare, erste Klassenorganisationen des Proletariats» (Urban 2018a: 85 f.) begriffen, deren Funktion als «Selbsthilfe-, als Nothilfeorganisationen» (ebd.) es zu ihrer grundsätzlichen Exis-

tenzbedingung und daher primären Aufgabe mache, die Interessen der Arbeiterklasse unmittelbar zu vertreten (vgl. ebd.). Für die arbeitsweltlichen Verteilungskämpfe würden sie als gesellschaftlich etablierte Akteure der politischen Ökonomie der Arbeitskraft daher eine unverzichtbare Organisationsform «gegen die Zumutungen des kapitalistischen Systems» (ebd.) darstellen (vgl. Dörre 2016; 2018b: 128). Um dieser theoretischen Funktion jedoch auch in der Realität erfolgreich entsprechen zu können, sei eine ständige Anpassung an die Transformationen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erforderlich (vgl. Urban 2018a: 85 f.). Diese Position teilt auch Riexinger, demzufolge Klassenkämpfe stets den sich verändernden Formen von Produktion und Arbeit zu folgen hätten (vgl. Riexinger 2018a: 118). In der jüngeren Vergangenheit seien dies die, in der Darstellung der Debatte bereits verhandelten, von Kapital und Politik vorangetriebenen neoliberalen Umstrukturierungen gewesen, denen die Gewerkschaften abseits von Verteidigung des Status quo und sozialpartnerschaftlichem Co-Management allerdings nur wenig entgegenzusetzen gehabt hätten. Vielmehr habe sich dort statt des Selbstverständnisses als Institution zur Selbstorganisation das Bild eines Dienstleisters ausgebreitet, mit dem Ergebnis, dass sich sowohl die veränderte Zusammensetzung der Arbeiterklasse als auch neue Formen ihres Arbeitskampfes bisher nur ungenügend in gewerkschaftlicher Organisation und Praxis widerspiegeln würden (vgl. ebd.: 39–43 u. 118). Neben den bereits festgestellten verschärften Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung sei von dieser Klasse, so Riexinger, aber auch eine zunehmende Anzahl von sozialer Auseinandersetzungen ausgegangen (vgl. ebd.: 39–43): So habe es seit 2015 im Bereich des mittlerweile dominanten Dienstleistungssektors für das vergleichsweise streikarme Deutschland viele Arbeitskämpfe gegeben, wie zum Beispiel im Bereich der Erziehung, Pflege, Logistik oder im Einzelhandel. In diesen Branchen würden sich nicht nur die häufig erwähnten prekarierten und heterogenisierten Arbeitsverhältnisse bereits ganz praktisch widerspiegeln, vielmehr würden hier auch erste fortschrittliche Forderungen formuliert werden (vgl. ebd.: 10–12; 2015a). Für die Gewerkschaften müsse es daher nun darum gehen, den veränderten Bedingungen kapitalistischer Produktion Rechnung zu tragen und neue Entwicklungen von Arbeitskämpfen verstärkt aufzugreifen, um dort gemachte Erfahrungen gezielt zu verarbeiten und in Form neuer Arbeitskampfmethoden zu verallgemeinern. Eine solche gewerkschaftliche Erneuerung, wie sie neben Riexinger auch von anderen Akteur*innen der Strömung als Bestandteil einer «Neuen Klassenpolitik» befürwortet wird, habe nach ausführlicher Reflexion beispielhafter gegenwärtiger Arbeitskampfformen diverse Grundelemente zu beinhalten. Zum einen müsse immer eine möglichst breite Beteiligung an den Auseinandersetzungen angestrebt werden, was vor allem bedeute, neben den bereits Organisierten vor allem auch die prekär beschäftigten Belegschaften miteinzubeziehen. Auch sollten Arbeitskämpfe stets durch Organisations- und Mobilisierungskampagnen vorbereitet werden, bei denen die authentische Stärkung von Basisorganisation und nicht der reine Mitgliedererwerb im Fokus stünden. Letzterer sei kein Selbstzweck, der im Zweifelsfall auch

durch Entpolitisierung und Sozialpartnerschaft erkaufte werden könne, sondern diene dem Zuwachs an realer Organisationsstärke durch Gewinn handlungsfähiger Subjekte. Durch kollektives Auftreten aller Beteiligten (z. B. in Form von Streikversammlungen oder Demos) müsse für die Beschäftigten die kollektive Handlungsfähigkeit sowohl nach innen erfahr- als auch nach außen hin wahrnehmbar gemacht werden. Das würde zudem die notwendige wechselseitige Solidaritätsversicherung (insbesondere gegenüber prekär Beschäftigten) symbolisch verdeutlichen. Zum anderen müssten die Arbeitskämpfe jenseits dieser symbolischen Kollektivität auch real demokratisiert werden. Das könnte beispielsweise über möglichst breit aufgestellte Streikleitungen und Streikversammlungen als zentrale kollektive Gremien erreicht werden. In diesen könnten alle Beteiligten als aktive Subjekte des Arbeitskampfes agieren, was auch die Entscheidung über das Ergebnis des Arbeitskampfes miteinschließen sollte. Auf diesem kollektiv-demokratischen Wege sollten innerhalb der Gewerkschaft und mithilfe ihrer rechtlich-strategischen Beratung neue Formen des Arbeitskampfes entwickelt, angewendet und ausgewertet werden. Übergeordnete Leitlinie sei dabei, die Auseinandersetzungen sowohl mittels medialer Politisierung als auch einer gezielten Verbindung zu anderen Bevölkerungsgruppen und dort aktiven sozialen Bewegungen stärker in den öffentlichen Raum zu verlagern, um mögliche Solidarisierungspotenziale zu aktivieren (vgl. Riexinger 2018a: 117 f.; Artus 2015; Urban 2018a: 88–92).

Im Umfeld dieser noch relativ abstrakt verbleibenden strategischen Neuausrichtung von Arbeitskämpfen werden darüber hinaus bereits deutlich konkretere Strategien zur praktischen Umsetzung dieser Konzeption diskutiert und angewandt. Vor allem die verstärkte Basisorganisation, insbesondere in gewerkschaftlich bisher kaum bis gar nicht erschlossenen Wirtschaftsbereichen und Betrieben, soll mittels des Organizing-Ansatzes erreicht werden. Übergeordnetes Ziel ist es dabei, gerade die Teile der Gesellschaft zu aktiven politischen Subjekten zu organisieren, die sich am wenigsten für ihre Interessen einsetzen können.⁵

Innerhalb dieser Bestrebungen gewerkschaftlicher Erneuerung kommen der verbindenden sozialistischen Partei laut Riexinger zweierlei Aufgaben zu. So solle sie zum einen durch ihre Mitglieder als aktiver Teil der Gewerkschaften eine unterstützende und vorwärtstreibende Rolle bei der Organisation neuer Gruppen von Lohnabhängigen und der Entwicklung neuer Arbeitskampfformen innerhalb dieser gemäß den strategischen Grundsätzen spielen. Zum anderen solle die Partei als Ort des Erfahrungsaustauschs und des organisierten Lernprozesses zur weiteren notwendigen Reflexion gewerkschaftlicher Strategien und ihrer Übersetzung in Praxisformen fungieren, wofür in den Gewerkschaften selbst gegenwärtig noch der Raum fehle (vgl. Riexinger 2016; 2018b).

Für Riexinger ist aber auch klar, dass sich DIE LINKE als Organisation von Klas-

5 Für eine genauere Analyse solcher Ansätze vgl. beispielsweise Ehling (2018) und Boewe (2018).

senpolitik neben den Arbeitsverhältnissen auch den erweiterten Lebens- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse zu widmen habe. Da im Zuge neoliberaler Strukturreformen die öffentliche Daseinsvorsorge (bspw. bezüglich Bildung, Gesundheit und Wohnraum) zunehmend den Verwertungsinteressen des Kapitals preisgegeben worden sei, orientiere sich diese immer weniger an den Bedürfnissen der auf sie angewiesenen Lohnabhängigen. Ihre Wirkung sei also eine klassenspezifische, da die ökonomisch schwächsten Teile der Gesellschaft am stärksten auf diese Versorgungsstrukturen angewiesen seien. Parallel dazu sei auch im öffentlichen Sektor und all seinen Teilbereichen eine Zunahme sozialer Auseinandersetzungen zu verzeichnen, die somit ebenfalls als Klassenkämpfe zu begreifen seien, in denen die Partei konkret vor Ort aktiv zu sein habe (vgl. Riexinger 2018a: 144–151; 2018b; Kula 2017: 38 f.). Sie könne dabei parlamentarisch wie außerparlamentarisch Widerstandsmomente gegen kommunale Kürzungsmaßnahmen aufgreifen und unterstützen. Neben der Beleuchtung politischer Entscheidungsprozesse und dortiger Handlungsmöglichkeiten auf parlamentarischem Wege sowie der Verbindung zu den Gewerkschaften sieht Riexinger eine weitere ausdrückliche Praxisoption in der aktivistischen Mitwirkung in sozialen Bewegungen und unterstützenden Angeboten vor Ort (vgl. Kula 2017: 39).

Ähnlich wie Riexinger sehen auch Vertreter*innen des Netzwerks Bewegungslinke die Basis politischer Macht sowohl der gesellschaftlichen Linken im Allgemeinen als auch der Partei DIE LINKE im Speziellen in der Organisation gesellschaftlicher Konflikte. Hierfür sei Bewegungspolitik ein unverzichtbares Mittel, mit dem überhaupt erst der Handlungsspielraum und die Entscheidungsmacht auch für parlamentarische Politik geschaffen werde. Letztere könne wiederum die Forderungen der Bewegung öffentlich unterstützen, dieser Informationen liefern und ihre Erfolge in institutioneller Form festschreiben (vgl. Koch/Zelik 2019). Ein ähnlich wechselseitig ergänzendes Verhältnis von Partei und Bewegung macht auch Bernd Riexinger aus. So habe die Partei gegenüber außerparlamentarischen Bewegungen den Vorteil, nicht direkt von der politischen Konjunktur bestimmter Themen abhängig zu sein, sondern auf Basis dauerhafter Strukturen je nach Lage schwerpunktmäßig mobilisieren, organisieren und agitieren zu können. Gleichzeitig würden durch die Beteiligung an außerparlamentarischen Bündnissen der parlamentarischen Politik bestimmte Grenzen gesetzt, die die Partei nicht überschreiten dürfe, wolle sie sich nicht von sozialen Bewegungen isolieren. Außerparlamentarische Bündnisse könnten also gewissermaßen als Korrektiv der Partei fungieren, um zu weitreichende Zugeständnisse und Kompromisse zu unterbinden (vgl. Riexinger 2010).

Als Raum solch bewegungsförmiger Klassenpolitik wird das Stadtviertel auch innerhalb der Partei DIE LINKE zentral diskutiert, da in ihm verschiedenste klassenspezifische Betroffenheitslagen neoliberaler Politik zusammenkämen (vgl. Kaindl/Nagel 2017: 35). Ebenso gebe es schon zwei zusammenhängende strategisch-methodische Ansätze, mithilfe derer diese Aufgabe bearbeitet werden soll, und die bereits vom Parteivorstand um Bernd Riexinger als Modellprojekte initiiert worden sind (vgl.

Riexinger 2017: 49). Ziel ist es, mithilfe von Haustürgesprächen und von der Partei initiierten Projekten vor Ort mit Menschen auch jenseits bewegungs- oder parteiaffiner Milieus und Klassenfraktionen in den politischen Austausch zu kommen und diese zur Aneignung und Gestaltung der sie umgebenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermächtigen.⁶

3.2.2 *Verbindende Klassenpolitik in der Partei DIE LINKE*

Dabei werden sowohl gewerkschaftliche als auch bewegungsförmige Praxen als Basis zur Verbindung der sozioökonomisch vielfach fragmentierten Arbeiterklasse hin zu einem kollektiv agierenden politischen Subjekt durchaus anerkannt, da sie die Individuen jeweils in ein antagonistisches Verhältnis zu Kernprinzipien des neoliberalen Kapitalismus setzen. Gleichzeitig wird jedoch konstatiert, dass sie noch zu partikular und unkoordiniert stattfinden würden, um diesem das notwendige gesamtgesellschaftliche Alternativmodell entgegenzusetzen (vgl. Riexinger 2018a: 119). Dieser von Klassenpolitik zu lösenden Aufgabe komme die Partei zum einen ganz unmittelbar dadurch nach, dass ihre Mitglieder sowohl in Institutionen, Basisorganisationen und Bewegungen der Klasse tätige Akteur*innen darstellten und als solche in der Partei – auch als Raum für Vernetzungs- und Lernprozesse – in Auseinandersetzung und Vermittlung miteinander gerieten (vgl. Riexinger 2010; 2015a; Hofmann/Ferschke 2017: 33). Diese eher passive Scharnierfunktion der Partei sei allerdings nicht ausreichend, um die verschiedenen Klassenkonflikte miteinander zu verbinden, da hierfür auch reale gemeinsame Interessen vonnöten seien. Diese als latent bereits vorhanden zu identifizieren, herauszuarbeiten und politisch zu organisieren sei zum anderen die strategische Aufgabe der Partei, die sie in der Eröffnung verbindender Projekte wahrnehmen solle (vgl. Riexinger 2015b; 2018a: 70 f., 128; Bell 2011: 86). Ihre verbindende Qualität bestehe darin, dass sie die den einzelnen Kämpfen zugrundeliegenden Haupttendenzen zu ihrem Gegenstand mache. Anhand dieser könnten sie gesamtgesellschaftliche Kernforderungen formulieren, hinter denen sich verschiedene Gruppen der Klasse vereinigen könnten (vgl. Riexinger 2015a; 2018a: 128). Als ein solches Projekt schlägt Riexinger das «neue Normalarbeitsverhältnis» vor. Dieses setzt an den neoliberalen Meta-Entwicklungen der Deregulierung und Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen an und verbindet demgegenüber das Interesse an mehr Gestaltungsmacht über die eigene Arbeit mit der politischen Kernforderung nach einer kurzen Vollzeit als Regelarbeitszeit. Zudem knüpfe es an verschiedene, die einzelnen Fragmente der Arbeiterklasse übergreifende Interessen an. Viele sähen in der Arbeit ein Mittel, das zur Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum befähigen müsse und dabei eine selbstbestimmte und langfristige Planbarkeit des eigenen Lebens in verschiedenen Lebensphasen zu ermöglichen habe. Die Arbeit habe sich also

6 Für eine genauere Darstellung dieser Praxisformen vgl. Steckner (2017), Kaindl/Nagel (2017: 36) und Pieschke (2016: 16 f.).

den Bedürfnissen der Menschen anzupassen und nicht andersherum. Das schließe die Verteilung der notwendigen Arbeit mit ein, damit Über- wie Unterbelastung vermieden werde. Daran knüpfe der Wunsch nach mehr demokratischer Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen an (vgl. Riexinger 2016; 2018a: 130–132). Unter diesen Kerninteressen ließen sich wiederum diverse real existierende Kämpfe verbindend formieren. Zur allgemeinen Lohnverbesserung könnte über eine Erhöhung der Mindestlöhne auch die Steigerung und Ausweitung von tarifgebundenen Löhnen gefordert werden, was den Gewerkschaften das Kampffeld um die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifföhnen und der Zurückdrängung deregulierter Arbeitsverhältnisse eröffne, auf dem sie sich dann wiederum als Kampforganisation der Arbeiterklasse beweisen könnte. In diesem Rahmen könnten außerdem die Kämpfe um eine bedarfsorientierte Personalbemessung im Pflegebereich erweitert werden, die sowohl bei den Beschäftigten als auch den auf Pflege angewiesenen Bevölkerungsgruppen auf viel Unterstützung stoße und sich politisch auf kommunaler, Länder- und Bundesebene mit verschiedenen Bündnispartnern aufstellen ließe. Die Kernforderung nach einer Anpassung des eigenen Arbeitsvolumens um die kurze Vollzeit herum ließe sich dabei auf prinzipiell jedes Lohnarbeitsverhältnis anwenden und würde dort sowohl den Bedürfnissen der überlasteten Festangestellten als auch den der unterbeschäftigten Prekarisierten entgegenkommen und darüber hinaus die Möglichkeiten digitaler Rationalisierung progressiv nutzbar machen (vgl. Riexinger 2018a: 132–137).

3.2.3 Durchsetzung einer neuen Produktionsweise in der Partei DIE LINKE

Riexinger ist der Auffassung, dass all diese Erscheinungen, an denen sich eine «Neue Klassenpolitik» abarbeitet, letztlich auf die spezifisch kapitalistische Organisation der gesellschaftlichen Produktion zurückzuführen seien. Der Aufbau klassenbasierter Gegenmacht zur Durchsetzung einer neuen gesellschaftlichen, nämlich demokratisch-sozialistischen Produktionsweise müsse daher immer als Perspektive in einer solchen Klassenpolitik enthalten sein (vgl. ebd.: 152–157). Dafür sind zwei Gegenwartsdiagnosen für seine weitere strategische Konzeption entscheidend. So geht er einerseits – im Einklang mit den meisten Stimmen der Debatte – von einer Krise der gegenwärtigen, neoliberalen Formation des Kapitalismus aus, die mit verschärften Klassenkämpfen um die Ausrichtung des Staates einherginge und durch die sich Kräfteverhältnisse innerhalb und zwischen den Klassen verschieben würden. Andererseits sei eine revolutionäre, also die herrschende Klasse stürzende Dynamik keineswegs auszumachen. Angesichts dieser Ausgangslage dürfe Klassenpolitik nicht als Mittel zu einem möglichst kurzfristigen und unmittelbaren Bruch mit der kapitalistischen Ordnung missverstanden werden, sondern als eine Politik, die an Erscheinungen des gegenwärtigen Kapitalismus, sich daran entzündenden Widersprüchen und an darum geführten Auseinandersetzungen ansetze, um der in ihnen agierenden Arbeiterklasse durch ihre Verbindung eine höhere Durchschlagskraft zu verleihen (vgl. Riexinger 2010; 2018a: 152). Übergeordnetes Ziel im Sinne eines Transformationsprozesses

müsse es dabei sein, die Kräfteverhältnisse zugunsten der politischen Linken zu beeinflussen und auf diesem Wege eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hegemoniefähig zu machen. In Riexingers Konzeption der verbindenden sozialistischen Partei und ihrer Klassenpolitik ist diese Perspektive auf verschiedene Weise enthalten. So wird das Klasseninteresse der Lohnabhängigen klar über das Profitinteresse des Kapitals gestellt und somit antagonistisch zu ihm ausgerichtet. Die so angestrebte Verschärfung des Arbeit-Kapital-Konflikts solle durch eine gewerkschaftliche Erneuerung durch Parteimitglieder erfolgreich vorangetrieben werden (vgl. ebd.: 140 f.). Ebenso würden mit dem im Rahmen des Projekts «neues Normalarbeitsverhältnis» aufgestellten Forderungen nach wirtschaftsdemokratischen Partizipationsrechten einerseits die Machtressourcen von lohnabhängig Beschäftigten gestärkt werden, andererseits würde die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel durch das Kapital und damit letztlich die bestehende Ordnung des Privateigentums infrage gestellt werden. Damit ließen sich Vergesellschaftungsperspektiven eröffnen, die die Produktion und Distribution des gesellschaftlichen Reichtums zum Gegenstand kollektiv gesellschaftlicher Entscheidung machten. Die gleiche Tendenz ist in den Forderungen nach öffentlich-gemeinnützigen statt privaten Eigentumsformen für die Institutionen der allgemeinen Daseinsfürsorge enthalten. Das berühre nicht zuletzt andere Herrschaftsverhältnisse, wie beispielsweise das der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung, und mache sie so der Überwindung zugänglich (vgl. ebd.: 139). Riexinger betont, dass all diese Forderungen auch realisiert noch keinen vollständigen Sozialismus darstellten, allerdings durchaus an die Grenzen der bestehenden Eigentumsordnung stießen und den Konflikt mit ihr und ihren Profiteur*innen verschärfen würden. In diesem Widerspruch würden die Konturen einer anderen sozioökonomischen Logik erkennen und in Ansätzen demokratisch-sozialistischer Eigentumsformen auch bereits konkret erfahrbare. Dies könne Riexingers Auffassung nach wiederum den Erfahrungs- und Wissensstand bilden, aus dem heraus ein grundlegend alternativer Gesellschaftsentwurf zum Kapitalismus auch tatsächlich konkret erschlossen werden könne (vgl. ebd.: 152–157).

3.2.4 Bewertung der Konzeptionen der Partei DIE LINKE

Bei der Einordnung dieses Ansatzes ist zunächst festzuhalten, dass Riexinger und Co die Kritikpunkte an den repräsentativen und sozialpartnerschaftlichen Elementen «alter» Klassenpolitik und ihren Institutionen in Form von Gewerkschaft und Partei durchaus teilen. Daraus schlussfolgert Riexinger allerdings nicht die grundsätzliche Revision dieser Organisationsformen, sondern versucht vielmehr, sie mit den Maßgaben der «Neuen Klassenpolitik» zu vereinbaren. Die Aufgabe einer «verbindenden sozialistischen Partei» (ebd.: 158) könne es sein, die Entfaltung selbstorganisierter, -bestimmter und -ermächtigender Klassenkämpfe voranzutreiben. So begreift er die angestrebte Repolitisierung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse auch als Möglichkeit dieser Institutionen, sich sowohl zu erneuern als auch ihre

besonderen Qualitäten dabei unter Beweis zu stellen. Die Gewerkschaften betrachtet er nicht nur als notwendiges Übel zur Organisierung von Arbeitskämpfen, sondern als Organisationen, die sich, allein um ihre bloße Existenzberechtigung zu behalten, stets den veränderten Ausbeutungsverhältnissen der Arbeiterklasse anzupassen hätten. Entsprechend ausführlich und konkret werden von Riexinger dann sowohl die veränderten Produktions- und Klassenverhältnisse als auch die sich daran bereits jetzt entzündenden Arbeitskampfformen analysiert und konsequent in seine strategische Konzeption der gewerkschaftlichen Erneuerung eingearbeitet.

Gleichzeitig trägt die von ihm und Teilen seiner Partei vertretene Konzeption der Erkenntnis Rechnung, dass sich Klassenverhältnisse abseits der Arbeitsverhältnisse auch in differenzierten Lebensverhältnissen äußern, denen eine rein gewerkschaftliche Klassenpolitik gemäß ihren eigenen Maßgaben nicht gerecht werden könne. Außerdem erkennen sie die besondere Qualität der Organisationsform sozialer Bewegungen, sich hier entzündende Konflikte konkret und ihrem spezifischen Kontext entsprechend zu organisieren, explizit an. Statt daraus aber einen unauflösbaren Widerspruch von dezentraler Selbst- und zentraler Parteiorganisierung zu machen, werden vielmehr die Möglichkeiten eines wechselseitig-produktiven Verhältnisses parlamentarischer wie außerparlamentarischer Politik in Partei und Bewegung ausgelotet. Auch wenn dabei die Politisierung anderer Herrschaftsverhältnisse nicht in dem Maße behandelt wird, wie sie durch spezifische Organisationen Betroffener geleistet werden könne, zeigen sich die strategischen Praxisformen als bemüht anschlussfähig für diese. Das zeichnet die parteiförmige Klassenpolitik-Konzeption Riexingers gegenüber den rein außerparlamentarisch orientierten Ansätzen aus: Nach wie vor sind die jeweiligen Bewegungen und Zusammenhänge (trotz der relativ breit geführten Debatte) von einem undefinierten Nebeneinander mehr oder weniger klassenpolitischer Strategien bestimmt, was teilweise sogar explizit bemängelt wird. Trotz der, wie im ersten Teil gezeigt, größtenteils geteilten Analysen gegenwärtiger sozioökonomischer Verhältnisse und Entwicklungstendenzen scheint es äußerst schwierig zu sein, eine darauf aufbauende Klassenpolitik über den partikularen Einflussbereich einzelner Organisationszusammenhänge hinaus auf breiter Ebene umzusetzen. Demgegenüber kann Riexinger sowohl in Bezug auf Gewerkschaften als auch soziale Bewegungen die Qualität der Partei hervorheben, innerhalb ihrer eigenen Strukturen zunächst strategische Schwerpunkte und langfristige Ziele zu bestimmen, um diese dann über ihre außerparlamentarisch aktiven Mitglieder in die jeweiligen Organisationszusammenhänge zu tragen und in deren Praxis einfließen zu lassen. Wie eine damit einhergehende Verbindung der sozioökonomisch vielfach fragmentierten Arbeiterklasse hin zu einem kollektiv agierenden politischen Subjekt durch die Partei gelingt, kann Riexinger anhand des «neuen Normalarbeitsverhältnisses» als Beispiel für ein von ihr erarbeitetes und initiiertes verbindendes Projekt überzeugend darlegen. Das Konzept schafft es, zumindest in der theoretischen Darstellung, sowohl an zentrale Entwicklungen innerhalb der Arbeiterklasse als auch an daraus resultierende Interessenlagen

und Konfliktformationen anzuknüpfen, um diese hinter einer zwar allgemeinen, aber trotzdem für den Einzelfall konkret ausbuchstabierbaren politischen Forderung zu versammeln. Sowohl die Notwendigkeit einer strategisch-koordinativ als auch initiativ agierenden klassenpolitischen Organisation scheinen hier, zumindest mittelfristig, eingelöst.

Die Diagnose mangelnder revolutionärer Dynamik erscheint angesichts der allgemeinen Schwäche der gesellschaftlichen Linken, die ja einen zentralen Ausgangspunkt der Debatte bildet, nur realistisch. Dass sich in Rixingers Konzeption der Aufbau klassenbasierter Gegenmacht zur Durchsetzung einer neuen gesellschaftlichen, nämlich demokratisch-sozialistischen Produktionsweise deshalb vor allem auf die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse sowie auf das Anstoßen erster Transformationsprojekte im Bestehenden konzentriert, ist sowohl kohärent als auch durchaus erfolgsversprechend, da die politischen Programmatiken dazu ebenfalls sehr konkret an den diagnostizierten politökonomischen Verhältnissen der Gegenwart ansetzen. Gleichzeitig wird der notwendige Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise und ihrem Machtzentrum, den Eigentumsverhältnissen, durchaus antizipiert, wenn Rixinger in sämtlichen Kernforderungen seiner klassenpolitischen Konzeption die Tendenzen herausstellt, die letztlich auf eine Verschärfung des Widerspruchs zwischen Privat- und Kollektiveigentum hinauslaufen. Gerade weil jedoch die Eigentumsfrage hier auf lange Sicht auch auf die politische Ebene gehoben und damit zum Gegenstand eines konkreten Konflikts gemacht werden soll, erscheint der Bruch als ebenfalls durch die Organisierung zu leistende Aufgabe nur mangelhaft theoretisiert. Hier taucht zumindest die Gefahr auf, diese Frage auf unbestimmte Zeit in die Zukunft zu verlagern und im Ergebnis trotz revolutionärer Zielsetzungen über sozialdemokratische Umverteilungspolitik nicht hinauszukommen.

3.3 Klassenpolitische Konzeptionen bei Candeias und Porcaro

Den bereits dargestellten Kerngedanken einer Klassenpolitik mit Konzeptionen strategischer Organisierung in Form systematischer Verallgemeinerung aufzugreifen ist auch die zentrale Aufgabe, der Mario Candeias mit seinen Beiträgen Rechnung tragen will. Diese bauen dabei unter anderem auf der Debatte um eine fragmentierte «Mosaiklinke» (Candeias 2019: 8) sowie den Auseinandersetzungen mit Mimmo Porcaro und dessen Reflexion verschiedener strategischer Ansätze der italienischen PRC (dt. Partei der Kommunistischen Neugründung) auf, auf die sich in der folgenden Darstellung deshalb auch bezogen wird (vgl. ebd.: 8; Goes 2019b: 62 f.).

Ausgangspunkt ist für Candeias die Erkenntnis, dass Klassen nur als soziales Verhältnis sowohl zur antagonistischen als auch zu ihrer eigenen Klasse existieren. Um kollektive Interessen real zu formieren, müssen diese aber in konkreter Auseinandersetzung mit dem Kapital sowie anderen Klassenfraktionen herausgearbeitet werden (vgl. Candeias 2018a). Angesichts der vielfältigen Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen versagen ihm zufolge wachsende Teile der ausgebeuteten Klasse der

gegenwärtigen neoliberalen Hegemonie die Gefolgschaft, während kapitalismuskritische Positionen durchaus an Popularität gewinnen. Diesen fehle allerdings jegliche Handlungs- oder gar Machtopion, weshalb sie letztlich ohne politische Konsequenz blieben. Als Hoffnungsmoment sieht Candeias demgegenüber ein produktives, post-avantgardistisches Verhältnis neuer Formen linker Parteien und selbstorganisierter Bewegungen zueinander, aus welchem sich das Potenzial zur Weiterentwicklung in Richtung eines gesamtgesellschaftlichen Hegemonieprojekts ergebe (vgl. Candeias 2010a: 7–11; 2019: 8). Dies bedeute nicht, dass die Konzeptionen alter Arbeiter- bzw. Massenparteien dabei in Gänze verworfen werden. Im Gegenteil, die Erfüllung ihrer zentralen Funktionen⁷ sei in der konstatierten Situation umso notwendiger. Angesichts der in der Debatte zur Mosaiklinken bereits festgestellten enormen sozialen Differenzierung gegenwärtiger kapitalistischer Gesellschaften könnten diese allerdings nicht mehr von einer Organisation erfüllt werden, vielmehr müssten die Fraktionen und Gruppen ihre partikularen Interessen zunächst in spezifischen Organisationsformen formulieren und artikulieren, um falschen Vereinheitlichungen vorzubeugen und konkrete politische Praxis umsetz- und erfahrbar zu machen. Nur auf dieser Basis könnten die unterschiedlichen Organisationsformen von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der Partei dann auch in Vermittlung zueinander treten (vgl. Porcaro 2012; 2018; Candeias 2010b; 2018a; Urban 2010).

3.3.1 Repolitisierung bei Candeias und Porcaro

Aufbauend auf den Erfahrungen linker Krisenpolitik in Südeuropa⁸ komme in dieser Konstellation einer linken Partei als «soziale Partei» (Porcaro 2010) die Aufgabe zu, die Repolitisierung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse durch den Kampf um unmittelbare materielle Interessen und Bedürfnisse in basis- und selbstorganisierter Form voranzutreiben. Nach der Identifizierung lokaler Alltagsinteressen und -konflikte, insbesondere in den Lebensorten der abgehängten Arbeiterklasse, sollten solidarische Netzwerke in Form genossenschaftlich-demokratischer Organisationen aufgebaut werden. Deren lokale Einheiten würden die Elementarteile dieser Netzwerke bilden, in denen die Mitglieder sich wechselseitig beim Kampf um alltägliche Interessen organisieren und unterstützen könnten. Als solche sollten sie gleichermaßen als Vorfeldorganisationen der Partei dienen, ohne dabei jedoch einseitig abhängig von dieser und ihrer ideologischen wie praktischen Autonomie beraubt zu sein. Vielmehr sollten sie der Klasse einen unmittelbaren Nutzen bringen, in der Klasse praktische Erfahrungen, entsprechendes Wissen und politische Handlungsfähigkeit generieren und dies über die organisierenden Aktivist*innen wiederum mit

7 Zu diesen Funktionen gehören etwa «Transformation der populären in herrschende Klassen, kulturelle und programmatische Arbeit, Politikmanagement» (Porcaro 2012).

8 Zu den Erfahrungen mit dieser Krisenpolitik als erfolversprechende Strategie gegen die extreme Rechte vgl. Candeias (2015: 66).

der Parteiorganisation in Verbindung bringen. Durch das kontinuierliche Wachstum partizipativer Selbstorganisation der Klassensubjekte in Form von Bewegungspolitik sollten sich diese einerseits zu politischen Subjekten mit Bewusstsein über ihre gesellschaftliche Handlungsmacht entwickeln und andererseits innerhalb der Partei ein detaillierteres Wissen über die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die eigene Verankerung in diesen gewinnen (vgl. Porcaro 2010; 2012; 2013a; Candeias 2015: 66 f.; 2016a: 155 f.; 2017; Brie/Candeias 2016). Daraus würden sich sowohl für die Bewegung als auch für die Partei Konsequenzen ergeben. Während Erstere ihren Schwerpunkt weg von kurzlebigen Kampagnen und Protest-Events hin zu langfristiger Organisation zu verlagern habe, müsste Letztere den Fokus auf die Stärkung ihrer Basisstrukturen gegenüber der sonst oftmals priorisierten parlamentarischen Politik legen (vgl. Candeias 2015: 67 f.).

3.3.2 Verbindende Klassenpolitik bei Candeias und Porcaro

Das mittel- bis langfristige Ziel solle darin bestehen, das unverbundene Nebeneinander der verschiedenen Praxisformen über ein transformatorisches Projekt hin zu einem kollektiv agierenden politischen Subjekt zu verbinden, jedoch ohne dabei die reale Gleichberechtigung der spezifischen Organisationsformen aufzugeben. Gleichmaßen dürfe die Pluralität nicht einfach als Qualität an sich verabsolutiert werden, es bräuchte vielmehr einen produktiven Umgang mit ihr (vgl. Candeias 2010b; Kaendl/Rilling 2012). Im Rahmen des übergeordneten Ziels der Transformation der gesellschaftlichen Produktions- und Lebensverhältnisse müssten die realpolitischen Praxen an konkreten Interessen ansetzen, diese aber in einer solchen Art und Weise reartikulieren, dass sie für die partikularen Interessen anderer wiederum anschlussfähig seien (vgl. Candeias 2010a: 19 f.; 2010b). So könnten konkrete Konfliktfelder immer wieder bestimmt werden, innerhalb derer jeweils verschiedene Akteur*innen mit einer spezifischen Praxis für ein gemeinsames Einstiegsprojekt in den langfristigen Transformationsprozess kämpfen. Diese hätten dabei immer die unmittelbaren Interessen verschiedener Akteur*innen innerhalb der Klasse zu bedienen, um eine Spaltung und Integration partikularer Interessen in den Block der herrschenden Klasse zu verhindern (vgl. Decker 2018: 44 f.; Candeias 2010b). Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft von einer Wachstums- hin zu einer Reproduktionslogik, die von einer Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse begleitet werde, sei ein solches Projekt (vgl. Candeias 2010b; Urban 2010). Dieser Herausforderung zu begegnen war bereits in der Debatte um die Mosaiklinke das zentrale Motiv. Gelöst werden sollte es durch die Funktion einer neuen linken «verbindenden Partei» (Porcaro 2010). Als solche sollte sie unterschiedliche Individuen, Gruppen und Interessen durch wechselseitige Vermittlung ihrer Gemeinsamkeiten und Widersprüche zu einer politischen Einheit zusammenbringen. Vorgestellt wurde sich das innerhalb des Konzepts so, dass die Partei Impulse aus der Mosaiklinken aufnehme, dieser gegenüber dann bestimmte Konflikt- als Projektfelder benenne und versuche, die verschiedenen

Akteur*innen und Interessen über jeweils angemessene Netzwerk- und Zusammenchlussformen als einen kollektiven politischen Akteur zu konstituieren. Dabei solle sie aber nicht das Monopol des politischen Handelns beanspruchen, sondern die gemeinsame Linie über permanente Prozesse der Aushandlung und Konsensbildung bestimmen (vgl. Porcaro 2010; 2016; Kaindl/Rilling 2012; Urban 2010).

An diese Überlegungen knüpft Candeias später in seiner klassenpolitischen Konzeption vom verbindenden Antagonismus an, in der über politische Projekte verschiedene Teile der Klasse miteinander in Verbindung gebracht werden sollen (vgl. Candeias 2017). Parallel dazu wurde sich um erste Reflexionen und Weiterentwicklungen des Konzeptes bemüht, die vor allem daraus resultierten, dass weder aus den verschiedenen sozialen Bewegungen (vor allem der Globalisierungskritik) noch den verschiedenen Organisationen der Linken eine real erfolgreiche verbindende Partei hervorgegangen ist (vgl. Porcaro 2016). Als ein zentraler Mangel wurde dabei ausgemacht, dass es über die punktuelle Assoziation hinaus auch einer langfristigen strategischen Vermittlung der Bewegungen bedürfe, deren Resultat letzten Endes ein gemeinsames politisches Programm inklusive einer strategisch begründeten Priorisierung der gemeinsamen Ziele zu sein habe (vgl. Porcaro 2012). Auch sei dies angesichts der Permanenz fragmentierter Klassensubjekte und dem stets nur temporären Charakter ihrer Einheit eine permanent zu lösende Aufgabe, die entsprechend auch Einzug in parteiförmige Organisationskonzepte zu finden habe (vgl. Porcaro 2018; Rehmann 2013). Als zweites Defizit wurde ausgemacht, dass es trotz einiger Erfolge einzelner Basisorganisationen und der Umsetzung verbindender Projekte nicht gelungen sei, eine mobilisierungsfähige politische Kraft zu etablieren, die in die diagnostizierte Repräsentationslücke hätte vorstoßen können (vgl. Candeias 2018b). Grund dafür sei die im ursprünglichen Ansatz implizite Gleichsetzung von Bevölkerung und sozialen Bewegungen als deren unmittelbar politischer Organisationsform. In Wirklichkeit würden aber auch diese nur eine privilegierte Minderheit innerhalb der Klasse repräsentieren, die die entsprechenden Ressourcen zur politischen Organisation aufbringen könne. Entsprechend sei auch die angestrebte gesellschaftliche Verankerung der verbindenden Partei über Ausweitung und Vernetzung der Bewegungen nur auf diese Gruppen beschränkt, während besonders marginalisierte Teile der Arbeiterklasse und deren Interessen weiterhin politisch nicht adressiert werden würden (vgl. ebd.; 2015: 69; Porcaro 2012; 2016; 2015: 22 f.). Um diesen zentralen Anspruch an eine «Neue Klassenpolitik» einzulösen, brauche es als Ergänzung ein strategisches Konzept von Repräsentation und populärer Mobilisierung (vgl. Porcaro 2013b; Candeias 2018b). Candeias argumentiert hier für ein primär organisch-populäres Konzept von Repräsentation, bei dem sich die populäre Legitimation der Partei aus ihrer engen Kooperation mit den Bewegungen und Solidarstrukturen sowie deren konkret geführten Konflikten speist. Ergänzend dazu sollten auch populistische Strategien im Sinne einer diskursiven Verdichtung und Sammlung bestehender Interessen zur Erweiterung von (vor allem elektoralen) Machtressourcen eingesetzt werden. Ähnlich zur

alten Massenpartei könne die politische Unterstützung der Massen auch ohne deren vollständige politische Aktivierung über Charisma gewonnen werden, wobei dieses ein postautoritäres, sich auf der Durchsetzung besserer materieller Lebensverhältnisse und ermächtigender Politikformen gründendes Charisma zu sein habe (vgl. Candeias 2015: 70; 2016a: 163; 2018b).

3.3.3 Durchsetzung einer neuen Produktionsweise bei Candeias und Porcaro

Diese Überlegungen sind auch für den Aufbau klassenbasierter Gegenmacht zur Durchsetzung einer neuen gesellschaftlichen, nämlich demokratisch-sozialistischen Produktionsweise von großer Relevanz. Da sich das langfristig angestrebte revolutionäre Subjekt nur in der politischen Praxis konstituiere, habe die gezielte Entwicklung, Umsetzung und Reflexion dieser Praxis zentrale Bedeutung (vgl. Porcaro 2018). Insbesondere angesichts der in der Debatte ausgemachten latenten bis akuten Krisensituation sei die politische Handlungsfähigkeit zu solch einem fokussierten, gerade auch kurzfristigen Agieren notwendig, um in die relative Entwicklungsoffenheit einer solchen Situation auch wirklich eingreifen zu können (vgl. Brie/Candeias 2016). Gerade für solche Krisensituationen seien viele linke Strategie- und Organisationskonzepte allerdings nicht angemessen. Diese beinhalteten oftmals noch die dominante Vorstellung einer demokratischen Transformation, bei der durch den fortschreitenden Aufbau selbstorganisiert-dezentraler Strukturen und deren wechselseitiger Assoziation die Macht von Staat und Kapital zunehmend dezentralisiert und letztlich ihres Gehalts entleert werde. Dem gegenüber hätten aber die jüngsten Krisen der Vergangenheit gezeigt, wie stark gesellschaftliche Macht durch das Kapital gegenwärtig in national-staatlichen wie transnationalen Institutionen und Finanzmarktakteuren konzentriert sei und relevante Ressourcen, wenn nötig auch mit autoritären Mitteln, zur Reproduktion des Gesamtsystems zentralisiert werden können. Bevor diese Machtressourcen also demokratisiert werden könnten, stehe zunächst die Eroberung ihrer Hauptquartiere an, die in den Eigentumsverhältnissen sowie in der Staatsführung zu lokalisieren seien. Angesichts der in der Krise offensichtlich gewordenen Fähigkeit der besitzenden und herrschenden Klasse, fokussiert handeln zu können, müsse die ausgebeutete, beherrschte Klasse in die Lage gelangen, einen Bruch mit der bestehenden Staats- und Produktionsform anzustreben (vgl. Porcaro 2010; 2012; 2013a; 2015: 21 f.; 2016).

Entsprechend sei die verbindende Partei zu einer strategischen bzw. führenden Partei weiterzuentwickeln, die einerseits die heterogene Vielheit der Klasse als Basis ihrer kollektiven Handlungsmacht anerkenne, aber andererseits auch dazu in der Lage sei, die notwendige programmatische, strategische und taktische Einheit zur Herbeiführung qualitativer Brüche mit den bestehenden Kräfteverhältnissen herzustellen (vgl. Porcaro 2010; 2016). Die zentral zu lösende Problemstellung stelle sich so dar, dass solch ein kohärentes Vorgehen nicht einfach aus dem Austausch möglichst vieler Akteur*innen entstehe, gleichzeitig aber auch nicht ohne diese erarbeitet und wirksam umgesetzt werden könne. Demgegenüber schienen konzentrierte, hierarchische und

autoritäre Formen der Führung einerseits funktional attraktiv, brächten aber andererseits die inhärente Gefahr der Institutionalisierung, Verselbstständigung und damit Ablösung von der Basis und den realen Verhältnissen mit sich. Um dies zu vermeiden, solle die Führung keine permanente und abgeschlossene Entität bilden, sondern vielmehr als eine Funktion in bestimmten konjunkturellen Momenten des Verhältnisses zwischen Partei, Bewegung und Massen von jeweils spezifischen Akteur*innen ausgeübt werden (vgl. Candeias 2016b). Somit wäre sie in der Bewegung verankert, ohne jedoch mit ihr identisch zu sein. Als solche solle die Führung verschiedene Kompetenzen der jeweiligen Akteur*innen versammeln und ihre Widersprüche transparent und von der Basis kontrollierbar bearbeiten (vgl. Rehmann 2013). Dafür sollten diese Führungsgruppen durchaus auch mit relevanter Entscheidungsgewalt ausgestattet sein (vgl. Porcaro 2013a). Eine gewisse Institutionalisierung wäre dann insofern auch kein negativer Effekt, wenn sich die Form dieser der konkreten konjunkturellen Situation und ihren Erfordernissen anpasse. Dementsprechend wären für Candeias und Porcaro sowohl eine «transversale Führungsgruppe» (Candeias 2016b) mit wechselnder Arbeitsteilung als auch beispielsweise kleine und bewegliche Zirkel denkbar, solange eben die Rückkopplung zur Bewegung gewährleistet sei (vgl. Porcaro 2016; Candeias 2010b).

Wie für die Führung müsse es dann ebenfalls Konzepte für eigene Regierungs- und Staatsformen geben (vgl. Porcaro 2012). Dabei seien zunächst Vorstellungen linearer Machtübernahmeprozesse zu überwinden, in denen soziale Bewegungen zum Mittel der Machtübernahme degradiert seien und der Staat und seine Institutionen zumindest ab diesem Zeitpunkt als neutrale Mittel gesellschaftlicher Gestaltung fungieren würden. Der Staat und seine Institutionen seien in ihrer gegenwärtigen Form immer noch Anstalten kapitalistischer Macht und ihrer repräsentativ-demokratischen Herrschaftsform und würden gerade aufgrund ihres passiv repräsentativen Charakters bei politischen Niederlagen und Misserfolgen zum Bruch des Klassenbündnisses führen. Stattdessen müsse die Eroberung institutioneller Macht als Moment verstärkter, selbstorganisierter Bewegungsdynamik und der Entwicklung neuer Praxisformen zwischen Institutionen, Partei und Bewegung genutzt werden. Übergeordnetes Ziel müsse dabei die Neukonstituierung zentraler Institutionen mit möglichst dezentralem und basisdemokratischem Charakter sein, um auf diesem Wege politische Handlungs- und Entscheidungsmacht zunehmend von der bürgerlich-kapitalistischen zur Arbeiterklasse zu verschieben. Diese «Institutionen der Bewegung» (Porcaro 2013b) hätten neben der Funktion, in Konkurrenz mit den bestehenden Institutionen zu sein, auch die Aufgabe, Subjekte innerhalb der Arbeiterklasse für die Übernahme weiterer staatlicher Funktionen auszubilden. Entsprechend solle also nach einer (partiellen) Machtübernahme nicht einfach die Partei mit den Bewegungen, Institutionen und ihren jeweiligen Funktionslogiken in eins gesetzt werden, sondern ihre relative Autonomie als Ort verbindender Organisation beibehalten. Dies gelte ebenso für die anderen Organisationsformen, die in dieser Situation ein neues wechselseitiges Ver-

hältnis zueinander zu bestimmen hätten. Diese Transformationsperspektiven dürften dabei jedoch nicht als gleitender Übergang in den Sozialismus missverstanden werden, sondern als Strategie, über die Verschärfung bestehender Widersprüche die Frage des Bruchs mit Grundprinzipien der herrschenden Verhältnisse auf die Tagesordnung zu setzen (vgl. Candeias 2010a: 22 f.; 2010b; 2013; 2016a: 158, 160 f.; Porcaro 2013b).

3.3.4 Bewertung der Konzeptionen von Candeias und Porcaro

Auch bei Candeias' und Porcaros Konzeptionen wird der inneren Differenzierung und Fragmentierung der Arbeiterklasse durch Anerkennung der Notwendigkeit spezifischer Organisationsformen Rechnung getragen. Dieser Heterogenität der Subjekte sei die Massenpartei alten Typs nicht mehr gewachsen, weshalb sie allerdings, anders als bei vielen außerparlamentarischen Akteur*innen, nicht in Gänze zu verwerfen sei. Vielmehr wird sich, parallel zu Riexinger, um die Bewahrung ihrer zentralen Funktion in neuer Form und um die Vermittlung dieser zu bewegungsförmiger Politik gemäß den Maßgaben einer «Neuen Klassenpolitik» bemüht. Als «soziale Partei» könne sie durch den gezielten Aufbau solidarischer Selbsthilfestrukturen zu der Repolitisierung des Alltags der Arbeiterklasse beitragen. Wie Riexinger betonen auch Candeias und Porcaro den Vorteil einer zentralen Organisation wie der Partei, den Aufbau solcher Strukturen systematisch fördern zu können, statt wie bei einseitig bewegungsorientierten Ansätzen ausschließlich auf deren spontanes Entstehen aus den Widersprüchen heraus zu vertrauen. Stärker noch als bei Riexinger wird hier allerdings auf den Vorteil verwiesen, den dieses Verhältnis zu den Bewegungen für die Partei habe, denn Letztere könne daraus ein akkurateres Wissen über die gesellschaftlichen (Kräfte-) Verhältnisse erlangen.

Dies ist vor allem für die Verbindung der einzelnen Klassenfraktionen relevant, die eine weitere zentrale Funktion der Partei als eben «verbindende Partei» zu sein habe. Damit wird eine Ressource benannt, mit der über das rein formaltechnische Bündnis einzelner Akteur*innen hinaus übergreifende Interessen, die Konfliktfelder, auf denen sie sich äußern, und die Projekte, in denen sie tatsächlich in Verbindung zueinander treten, bestimmt werden könnten. Diese Projekte nehmen hier also einen ähnlichen Stellenwert bezüglich der Verbindung wie bei Riexinger ein, wenngleich sie deutlich unkonkreter ausgearbeitet sind, was aber wiederum durch den theoretisch-abstrakten Grundcharakter dieses Debattenstrangs zu erklären sein dürfte. Wodurch sich Candeias' und Porcaros Konzeptionen gegenüber anderen Debattenbeiträgen in diesem Problemfeld hervorhebt, ist, dass Konsequenzen aus der ja weitgehend geteilten Diagnose von der Krise des neoliberalen Kapitalismus und der dadurch entstehenden Repräsentationslücke auch in die strategisch-organisatorischen Überlegungen miteinbezogen werden. Dabei wird die permanente Gefahr der Spaltung und partiellen Integration der Klasse und ihrer verschiedenen Akteur*innen durch und in den Machtblock der herrschenden Klasse betont, eine Methode, auf die diese insbe-

sondere zur Bewältigung von (potenziellen) Krisen zurückgreift. Eine wechselseitige Wirkungs- und Kontrollbeziehung zwischen den einzelnen Klassenfraktionen und ihren Akteur*innen untereinander herzustellen wird hier als eine permanent zu bearbeitende Aufgabe hervorgehoben, deren Institutionalisierung als genuine Funktion der Organisationsform Partei zu verstehen ist.

Indem Candeias und Porcaro die Frage nach der repräsentativen Funktion einer klassenpolitischen Organisation stellen, machen sie auf ein zentrales Defizit eines Großteils der Debatte aufmerksam. Wie auch das Konzept der verbindenden Partei ursprünglich selbst, gehen die Debattenbeiträge zu großen Teilen (zumindest implizit) davon aus, dass sich die divergierenden Interessen der breiten Klassenbasis letzten Endes allesamt über soziale Bewegungen organisieren und repräsentieren lassen könnten. Dabei wird jedoch die an so vielen Stellen diagnostizierte Prekarisierung relevanter Teile der Arbeiterklasse ignoriert, durch die ihnen die Ressourcen zur eigenen (politischen) Interessenvertretung geraubt werden. Aus der Feststellung, auch über den Ausbau sozialer Bewegungsdynamiken die Zielgruppe der Arbeiterklasse, die auch einen relevanten Teil der Unterstützungsbasis des Rechtspopulismus bildet, weiterhin politisch nicht erreichen zu können, folgt konsequenterweise die Erarbeitung eines eigenen Repräsentationskonzepts. Dessen popular-organischer Ansatz bezieht seine Legitimität vor allem aus der Präsenz von Partei und Bewegungen in konkreten Klassenauseinandersetzungen, steht also in kohärentem Zusammenhang mit der bisherigen Konzeption und scheint deswegen auch in der Lage, diesem klassenpolitischen Defizit zumindest vom Ansatz her beikommen zu können.

Ebenso konsequent verweisen Candeias und Porcaro auf die problematische Tendenz vieler linker Strategieansätze, den zur Durchsetzung einer alternativen Gesellschaftsordnung notwendigen Bruch mit der kapitalistischen Eigentumsordnung und seinem politischen System implizit bis offen durch die Vorstellung ihrer demokratisierenden Transformation zu ersetzen. Demgegenüber verdeutlichen und aktualisieren Candeias und Porcaro anhand der jüngsten Krisenpolitiken die Konsequenz des marxistischen Klassenbegriffs, indem sie gesellschaftliche Macht innerhalb kapitalistischer Klassengesellschaft zentral in der Eigentumsordnung verorten. Dementsprechend ausführlicher als in anderen klassenpolitischen Ansätzen widmen sie sich einer Konzeption von Führung klassenfundierter Macht, die auf einen Bruch mit dieser Ordnung orientiert. Dabei werden die Attraktivität konzentrierter, hierarchischer Führungen sowie die damit einhergehenden Gefahren einer Verselbstständigung gegen die Basis durchaus reflektiert und insofern berücksichtigt, als dass die Führung je nach situationsbedingten Erfordernissen unterschiedliche Kompetenzen der Basis versammeln solle und auf diesem Wege auch in steter Rückkopplung zu den Bewegungen stehe.

Ähnlich wie Riexinger denken Candeias und Porcaro den Prozess dieser Machteroberung als Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und Verschärfung bestehender Widersprüche, bei dem letztlich die Frage des Bruchs zu einer der tagespoli-

tischen Agenda wird. Gleichzeitig gehen sie damit aber nicht der Frage aus dem Weg, welche Form die eigene Regierung und Verwaltung haben sollte. Vielmehr erkennen sie die notwendige, weil orientierende Wirkung dieser Frage bereits für die Organisation und Praxis der Gegenwart und beziehen sie dementsprechend in die Strategie der Machteroberung und Gesellschaftsveränderung mit ein, was in einer Konzeption wechselseitiger Wirkungsbeziehungen zwischen Partei, Bewegungen sowie eroberten, transformierten und neu geschaffenen Institutionen resultiert.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Beiträge von Candeias und Porcaro den zum Zeitpunkt dieser Arbeit fortgeschrittensten Stand der Debatte zur «Neuen Klassenpolitik» repräsentieren. In ihrer Konzeption sind sowohl die zahlreichen basis- und selbstorganisierten Organisationsansätze außerparlamentarischer Bewegungen und Initiativen aufgehoben als auch die initiativ und strategisch-koordinierende Funktion, die eine verbindende Partei (wie z. B. nach Riexinger) bei der Entfaltung und Verbindung solcher Praxisformen einnehmen kann. Sie entwickeln außerdem die mit der «Neuen Klassenpolitik» verbundene Hoffnung auf eine grundsätzlich andere gesellschaftliche Organisationsform hin zur Frage des Bruchs mit der bestehenden Ordnung weiter und konkretisieren die politische Führung als eine Aufgabe, der sich klassenpolitische Organisation ebenso zu stellen hätte wie der Politisierung und Verbindung von Interessen der Arbeiterklasse. Die von ihnen gelieferten Ansätze bewegen sich angesichts eingeschränkter Praxiserfahrungen noch im Bereich abstrakter Theoriedebatten, eröffnen damit aber ein zentrales Feld zukünftiger klassenpolitischer Theorie- wie Praxisarbeit.

4 Fazit

In der Debatte rund um die «Neue Klassenpolitik» lassen sich drei zentrale Ansprüche identifizieren, denen darauf aufbauende politische Organisations- und Praxisformen gerecht werden müssen. Erstens sollen sie zu einer Repolitisierung der sozioökonomischen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse beitragen, um nicht nur die marginalisiertesten Fraktionen für linke Politikformen zurückzugewinnen, die durch den neoliberalen Status quo und dem rechtspopulistischen Aufschwung abhanden gekommen sind, sondern auch der anhaltenden Strategiekrise der Arbeiterklasse beizukommen. Dabei sollen zweitens die universalistischen Potenziale des Klassenbegriffs entfaltet werden, um die ökonomisch, kulturell wie politisch vielfach fragmentierte Arbeiterklasse über die unterschiedlichen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sowie die daraus resultierenden lebens- wie arbeitsweltlichen Differenzen hinweg zu einem kollektiv agierenden politischen Subjekt zu verbinden. Auf Grundlage dieser so erlangten politökonomischen Handlungsmacht soll drittens langfristig einer gesellschaftlichen Produktionsweise jenseits der kapitalistischen zur Durchsetzung verholfen werden, deren verbindendes Kernelement die Selbstbestimmung der Arbeitenden in Bezug auf ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse ist. Aus der Verbindung dieser Ansprüche und dem Rückbezug auf einen marxistischen Klassenbegriff ergibt sich die Notwendigkeit

eines Bruchs mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, den ein so formiertes Klassensubjekt herbeizuführen in der Lage sein muss.

Dem Anspruch der Repolitisierung wird sowohl in den Ansätzen der außerparlamentarischen Linken, in den Konzeptionen, die im Umfeld der Linkspartei entwickelt wurden, als auch in den theoretischen Debatten von Candeias und Porcaro ausgiebig Rechnung getragen, indem dort (mit unterschiedlichen Schwerpunkten) verschiedenste Formen von Basis- und Selbstorganisation diskutiert werden. In ihrer Gesamtheit kann den hier vorgestellten Praxisformen durchaus das Potenzial zugestanden werden, die Arbeiterklasse in all ihrer Binnendifferenzierung abzudecken oder sie zumindest anschlussfähig für diese zu machen. Bei der Art und Weise der Verbindung der vielfältigen Klassensegmente, die über ein bloßes Aufaddieren hinausgeht, zeigen sich zwischen den klassenpolitischen Konzeptionen hingegen deutliche Differenzen. Während der partikuläre Charakter basisorientierter Selbstorganisation in den außerparlamentarischen Ansätzen höchstens formaltechnisch oder idealistisch überwunden wird, heben sowohl Riexinger und Co als auch Candeias und Porcaro die dogmatische Trennung von außerparlamentarisch-selbstorganisierten und parlamentarisch-repräsentativen Organisationsformen auf und bemühen sich um die Entwicklung eines produktiven Verhältnisses zwischen beiden. Während Riexingers Ausführungen von der Nähe zur realpolitischen Praxis der Linkspartei und somit der leichteren Konkretisierung (wie in Form des «neuen Normalarbeitsverhältnisses») profitieren, zeichnen sich die Darstellungen von Candeias und Porcaros zur verbindenden Funktion der Partei durch ihren theoretisch-abstrakten und insofern verallgemeinerbareren Charakter aus, ohne die Potenziale und Gefahren der verschiedenen Organisationsformen unterbelichtet zu lassen.

Bei der Formierung eines über die kollektive Verbindung auch zum Bruch mit der bestehenden Eigentumsordnung fähigen Subjekts erweisen sich die Defizite rein außerparlamentarisch-bewegungsförmiger Ansätze als gravierend, da sie entweder im Idealistischen verbleiben oder den Bruch durch die Vorstellung einer fortschreitenden Transformation ersetzen. Demgegenüber thematisieren sowohl Riexinger als auch Candeias und Porcaro den herbeizuführenden Bruch als eine klassenpolitisch zu bearbeitende Aufgabe, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Während Riexinger durch die Verschiebung von Kräfteverhältnissen und die Verschärfung von Klassengegensätzen den Bruch mit den bestehenden Eigentumsverhältnissen zwar explizit auf die tagespolitische Agenda setzt, diesen innerhalb der Organisationskonzeption dann aber nicht mehr weiter behandelt, erscheint der Bruch bei Candeias und Porcaro in Gestalt ihrer «strategischen Partei» und deren Verhältnis zu anderen klassenpolitischen Organisationsformen explizit als Gegenstand ihrer theoretischen Auseinandersetzung. Mit der Thematisierung der politischen Führung bestimmen und konkretisieren sie gleichzeitig auch eine zentrale Fragestellung zukünftiger klassenpolitischer Debatten, der sich in Theorie wie Praxis zu widmen sein wird.

Literatur

- Artus, Ingrid (2015): Prekär und widerständig, in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/prekaer-und-widerstaendig/.
- Baron, Christian (2018): Abgrenzung statt Solidarität, in: neues deutschland, 16.3.2018, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1073515.linksliberalismus-abgrenzung-statt-solidaritaet.html.
- Becker, Lia (2018): New Queens on the block. Transfeminismus und neue Klassenpolitik, in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/new-queens-on-the-block/.
- Bell, Hans-Günter (2011): Klassengesellschaft ohne Arbeiterklasse? Über das Fehlen der Klassen im Entwurf für ein Programm der LINKEN, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 85, S. 79–88.
- Bewernitz, Torsten (2018): Über die Gewerkschaft hinaus? Eine Neue Klassenpolitik muss praktisch werden – Worker Center wären ein Ansatz dafür, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 145–150.
- Birkner, Martin (2018): Ist eine revolutionäre Klassenpolitik möglich? Über den scheinbaren Antagonismus zwischen Interessen- und Identitätspolitik, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 194–198.
- Bock, Violetta/Goes, Thomas E. (2018): Organisieren, Verbinden – und populistisch sein. Linkspopulismus und Neue Klassenpolitik, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 121–126.
- Boewe, Jörn (2018): Revival am Nullpunkt? Ansätze gewerkschaftlicher Erneuerung nach drei Jahrzehnten Neoliberalismus, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 116, S. 70–80.
- Brie, Michael/Candeias, Mario (2016): Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie, in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/rueckkehr-der-hoffnung-fuer-eine-offensive-doppelstrategie/.
- Brie, Michael/Candeias, Mario (2017): Linkspartei: Gegen das politische Vakuum, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2017, S. 81–86.
- Brown, Sue/Niggemann, Janek (2017): Die Klasse der Anderen ist eine andere Klasse. Scham, Ekel und sozialer Voyeurismus in Didier Eribons Rückkehr nach Reims, arranca!, unter: <https://arranca.org/archive:path=%2Fausgabe%2F51%2Fdie-klasse-der-anderen-ist-eine-andere-klasse>.
- Candeias, Mario (2010a): Passive Revolution vs. Sozialistische Transformation, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Papers, Berlin, unter: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/2853/pdf/rls_paper_Candeias_2010.pdf.

- Candeias, Mario (2010b): Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: LuXemburg Online, unter: 1/2010, S. 6–17, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/LUXEMBURG/LUXEMBURG_1001.pdf.
- Candeias, Mario (2013): Eine Situation schaffen, die noch nicht existiert, in: LuXemburg Online, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/eine-situation-schaffen-die-noch-nicht-existiert/>.
- Candeias, Mario (2015): Gegenmittel gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus. Perspektiven einer verbindenden linken Partei, in: ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 12, Berlin S. 55–73, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien12_Rechtspopulismus.pdf.
- Candeias, Mario (2016a): Die verbindende Partei im Praxis-Text, in: PROKLA 182, S. 153–166.
- Candeias, Mario (2016b): Lost in the Crowd? Gedanken zu Porcaros «strategischer Partei», in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/lost-in-the-crowd-gedanken-zu-porcaros-strategischer-partei/.
- Candeias, Mario (2017): Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus, in: LuXemburg Online, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/eine-frage-der-klasse-neue-klassenpolitik-als-verbindender-antagonismus/>.
- Candeias, Mario (2018a): Das «unmögliche Prekariat». Wie Klasse neu gedacht und gemacht werden kann, in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/wiedergelesen-das-unmoegliche-prekariat-wie-klasse-neu-gedacht-und-gemacht-werden-kann/.
- Candeias, Mario (2018b): Populistisches Momentum? Lernen von Corbyn, Sanders, Mélenchon, Iglesias (Ein indirekter Kommentar zur Kampagne von #aufstehen), in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/populistisches-momentum-lernen-von-corbyn-sanders-mlenchon-iglesias-ein-indirekter-kommentar-zur-kampagne-von-aufstehen/.
- Candeias, Mario (2019): Vorwort: Wozu Klassenpolitik und -analyse?, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. Beiträge zur Klassenanalyse (2), unter Mitarbeit von Mario Candeias und Horst Kahrs, Manuskripte – Neue Folge 23, Berlin, S. 7–10.
- Decker, Samuel (2018): Die Debatte erweitern. Für eine stärkere Verankerung linker Politik im (Arbeits-)Alltag, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 40–45.
- Dehm, Diether/Gehrcke, Wolfgang (2016): Ohne Rot-Rot gelingt kein Rosa-Rot-Grün. Die LINKE-Politiker Diether Dehm und Wolfgang Gehrcke über Chancen und Voraussetzungen eines linken, sozialen Politikwechsels, in: neues deutschland, 10.11.2016, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1031651.ohne-rot-rot-gelingt-kein-rosa-rot-gruen.html.

- Demirović, Alex (2016): Die Schwerkraft in Reims. Bemerkungen zu Eribons Sozialanalyse, in: LuXemburg Online (Hrsg.): Klasse, Scham und die Linken. Debatte zu Eribons Rückkehr nach Reims, S. 20–27, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Eribon-Paper-final-2.pdf.
- Detje, Richard/Dörre, Klaus/Kronauer, Martin/Schumann, Michael (2018): Zeitenwende – Zeit für eine Wende der Linken, in: SOFI – Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hrsg.): Zeitenwende. Ehrenkolloquium für Michael Schumann zum 80. Geburtstag, SOFI Working Paper 12/2018, S. 1–6.
- Dieckmann, Sophie Luise (2017): Klassenkampf. Die Digitalisierung als Klassenfrage. Was die Debatte um Arbeit 4.0 mit Klassenkampf zu tun hat und warum LINKE und Gewerkschaften radikalere Forderungen aufstellen müssen, in: *realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken* 7/2017, S. 26–29.
- Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen, theoriekritik, unter: www.theoriekritik.ch/?p=2833.
- Dörre, Klaus (2018a): Aufstehen für einen neuen Sozialismus. Transformierende, nicht konservierende Klassenpolitik ist das Gebot der Stunde, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, Berlin, S. 114–120.
- Dörre, Klaus (2018b): Demokratische Klassenpolitik – eine Antwort auf den Rechtspopulismus, in: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (Hrsg.): *Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*, Weinheim/Basel, S. 120–141.
- Dörre, Klaus (2018c): Die Bundesrepublik – eine demobilisierte Klassengesellschaft. Neun Thesen aus dem PKJ, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 116, S. 40–50.
- Dörre, Klaus (2018d): Die Systemfrage kehrt zurück! Bemerkungen zur «Zeitenwende» samt Replik zur Kritik, in: SOFI – Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Hrsg.): *Zeitenwende. Ehrenkolloquium für Michael Schumann zum 80. Geburtstag*, SOFI Working Paper 12/2018, S. 22–34.
- Dörre, Klaus (2018e): Aufstehen für einen neuen Sozialismus: Transformative, nicht konservierende Klassenpolitik ist das Gebot der Stunde, *Blickpunkt WiSo*, 15.11.2018, unter: www.blickpunkt-wiso.de/post/aufstehen-fuer-einen-neuen-sozialismus-transformative-nicht-konservierende-klassenpolitik-ist-das-gebot-der-stunde--2271.html.
- Dörre, Klaus (2019): Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): *Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. Beiträge zur Klassenanalyse (2)*, unter Mitarbeit von Mario Candeias und Horst Kahrs, Manuskripte – Neue Folge 23, Berlin, S. 11–56.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs?, in: *PROKLA* 188, S. 411–420.

- Eberle, Hannah (2017): Die Klassenfrage ist (heute wieder) die Organisationsfrage!, interventionistische Linke, unter: <http://blog.interventionistische-linke.org/klasse-mit-differenz/klassenfrage-organisationsfrage>.
- Eberle, Hannah (2018): Was Erwerbslose und Prekäre eint. Die Kämpfe von Erwerbslosen als Teil der Klassenauseinandersetzungen, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 109–113.
- Ehling, Janis (2016): Warum Eribon den Aufstieg der Rechten nicht erklären kann, in: LuXemburg Online (Hrsg.): Klasse, Scham und die Linken. Debatte zu Eribons Rückkehr nach Reims, S. 9–13, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Eribon-Paper-final-2.pdf.
- Ehling, Janis (2018): Weg vom Schreibtisch, kritisch-lesen, 10.4.2018, unter: <https://kritisch-lesen.de/rezension/weg-vom-schreibtisch>.
- Eiden-Offe, Patrick (2018): Der Prolet ist ein anderer. Klasse und Imaginäres heute, in: Merkur, 30.1.2018, unter: www.merkur-zeitschrift.de/2018/01/30/der-prolet-ist-ein-anderer-klasse-und-imaginaeres-heute/.
- Frank, Marie (2018): Mit Haltung ums Ganze. Marie Frank fordert einen zeitgemäßen linken Klassenbegriff, in: neues deutschland, 16.5.2018, unter: www.neues-deutschland.de/amp/artikel/1088215.radikale-linke-und-klassenkampf-mit-haltung-ums-ganze.amp.html.
- Fried, Barbara (2017a): Die Linke im Einwanderungsschland, in: LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/die-linke-im-einwanderungsschland/.
- Fried, Barbara (2017b): «Feminism is for everyone». Perspektiven einer feministischen Klassenpolitik, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/feminism-is-for-everyone-perspektiven-einer-feministischen-klassenpolitik/.
- Friedrich, Sebastian (2017a): Für eine «Neue Klassenpolitik». Warum trotz sexistischer, rassistischer und nationalistischer Spaltungen gemeinsame Kämpfe möglich sind, in: analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, 16.5.2017, unter: https://archiv.akweb.de/ak_s/ak627/18.htm.
- Friedrich, Sebastian (2017b): Eine neue Klassenpolitik, Blickpunkt WiSo, 8.6.2017, unter: www.blickpunkt-wiso.de/post/eine-neue-klassenpolitik--2050.html.
- Friedrich, Sebastian (2017c): Eine neue linke Erzählung. Klassenpolitik hier, Antirassismus und Feminismus dort: Wir sollten verstehen, dass sie alle zusammengehören, unter: www.sebastian-friedrich.net/eine-neue-linke-erzaehlung-kaempfe-klassenpolitik-hier-antirassismus-und-feminismus-dort-wir-sollten-verstehen-dass-sie-alle-zusammengehoren/.
- Friedrich, Sebastian (2017d): Der zerfetzte Pappkamerad, in: analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, 12.12.2017.

- Friedrich, Sebastian (2018a): Neue Klassenpolitik. Eine Perspektive gegen die neoliberale und die rechte Erzählung, in: ders. (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 12–22.
- Friedrich, Sebastian (2018b): Falsche Polarisierungen und richtige Fragen. Was der Niedergang der SPD mit dem Richtungsstreit in der LINKEN zu tun hat, in: analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, 20.2.2018, unter: https://archiv.akweb.de/ak_s/ak635/44.htm.
- Frings, Christian (2018): Neue Klassenpolitik ohne Klassenkampf? Die Mystifikation des gesellschaftlichen Antagonismus im regulierten Tarifkonflikt, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 166–174.
- Goes, Thomas E. (2017a): Abstiegs-gesellschaft oder Ausweitung der Kampfzonen?, in: LuXemburg Online.
- Goes, Thomas E. (2017b): Neue Klassenkämpfe im autoritären Kapitalismus und populäre Klassenpolitik, in: realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken 7/2017, S. 12–15.
- Goes, Thomas E. (2017c): «Die LINKE als Kraft der radikalen Demokratisierung», Marx 21, 21.7.2017, unter: www.marx21.de/interview-goes-eribon-linke-klassenpolitik/.
- Goes, Thomas E. (2019a): Klassen im Kampf. Vorschläge für eine populäre Linke, Köln.
- Goes, Thomas E. (2019b): Linke Potenziale und klassenpolitische Voraussetzungen. Empirische Befunde und Forschungsperspektiven, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. Beiträge zur Klassenanalyse (2), unter Mitarbeit von Mario Candeias und Horst Kahrs, Manuskripte – Neue Folge 23, Berlin, S. 57–141.
- Goes, Thomas E./Bock, Violetta (2017): Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte, Köln.
- Graf, Jakob (2019): Kämpferischer Kommunitarismus? Warum wir auch in Zeiten der demobilisierten Klassengesellschaft an einem sozioökonomischen Klassenbegriff festhalten sollten, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Klassen – Fraktionen – Milieus. Beiträge zur Klassenanalyse (1), unter Mitarbeit von Mario Candeias und Horst Kahrs, Manuskripte – Neue Folge 22, Berlin, S. 89–101.
- Hamlet, Raoul (2018): Klassenpolitik, Identität und Triple Oppression. Einige kritische Anmerkungen zur Debatte um den Hauptwiderspruch und den Erfolg der Neuen Rechten, in: Autonomie Magazin – Magazin für Autonomie, Selbstermächtigung und Kommunismus, 9.3.2018, unter: www.autonomie-magazin.org/2018/03/09/klassenpolitik-identitaet-und-triple-oppression-einige-kritische-anmerkungen-zur-debatte-um-den-hauptwiderspruch-und-den-erfolg-der-neuen-rechten/.
- Hillebrand, Heinz (2017): The Making of the (West-)German Working Class, in: realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken 7/2017, S. 4–7.

- Hofmann, Lisa/Ferschke, Michael (2017): Eine Partei als Volkstribun, in: *realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken 7/2017*, S. 31–33.
- Hürtgen, Stefanie (2017): Klassenbewusstsein – anders, als gemeinhin gedacht, in: *realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken 7/2017*, S. 8–11.
- Hürtgen, Stefanie (2018): Denn sie wissen, was sie tun. Alltagspraxen von Lohnabhängigen als Ausgangspunkt für Widerstand und Solidarität, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, Berlin, S. 103–108.
- Kaindl, Christina (2016): Gedanken zur Klassenpolitik, in: *LuXemburg Online* (Hrsg.): *Klasse, Scham und die Linken. Debatte zu Eribons Rückkehr nach Reims*, S. 18–20, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Eribon-Paper-final-2.pdf.
- Kaindl, Christina/Nagel, Sarah (2017): Sozialismus ist Fußarbeit. Warum es eine Methode neuer Klassenpolitik sein kann, mit Menschen an der Haustür zu sprechen, in: *realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken 7/2017*, S. 34–36.
- Kaindl, Christina/Rilling, Rainer (2012): Eine neue «gesellschaftliche Partei?», in: *LuXemburg Online*, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/eine-neue-gesellschaftliche-partei/.
- Koch, Rhonda/Zelik, Raul (2019): Raus auf die Straße, rein in den Betrieb, in: *neues deutschland*, 10.12.2019, unter: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1129956.bewegungslinke-raus-auf-die-strasse-rein-in-den-betrieb.html>.
- kollektiv aus Bremen (2017): «Es gibt keine Abkürzung der Revolution», *kritisch-lesen*, 10.10.2017, unter: <https://kritisch-lesen.de/interview/es-gibt-keine-abkürzung-der-revolution>.
- kollektiv aus Bremen (2018): Klassenkampf mit der Stadtteilgewerkschaft. Revolutionäre Stadtteilarbeit als Teil Neuer Klassenpolitik, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, Berlin, S. 138–144.
- Krämer, Ralf (2018): Theorie für Kapitalismusanalyse und den alltäglichen Klassenkampf, in: *LuXemburg Online*, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/theorie-fuer-kapitalismusanalyse-und-den-alltaeglichen-klassenkampf/>.
- Kula, Elisabeth (2017): Kommunalpolitik als Klassenpolitik. Ein Plädoyer für das Große im Kleinen, in: *realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken 7/2017*, S. 38–39.
- Leisewitz, André/Lütten, John (2018): Neue Klassendiskussion. Anmerkungen zu Klassentheorie, Klassenverhältnissen und zur linken Strategiekrisis, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 116, S. 26–39.
- Lower Class Magazine (2018a): Der Kongress der Kommunen. Neue Klassenpolitik braucht die Anbindung an reale Organisationsprozesse, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, Berlin, S. 151–156.

- Lower Class Magazine (2018b): Kongress der Kommunen, 23.4.2018, unter: <https://lowerclassmag.com/2018/04/23/kongress-der-kommunen/>.
- Lütten, John (2018): «Klasse» als Strategiebegriff. Über Suchbewegungen, falsche Abgrenzungen und den Gebrauchswert des Klassenbegriffs, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 185–193.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2018): Klasse. Vom Elefant im Raum zum Schlüssel politischer Mobilisierung?, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 116, S. 15–25.
- Negri, Toni (2017): Populismen. Gestern und Heute, interventionistische Linke, unter: <https://blog.interventionistische-linke.org/klasse-mit-differenz/populismen-gestern-und-heute>.
- Negri, Toni (2018): Die Klasse verlässt die Fabrik, Prager Frühling – Magazin für Freiheit und Sozialismus, unter: www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1426.die-klasse-verl%C3%A4sst-die-fabrik.html.
- Neumann, Mario/Mezzadra, Sandro (2017): Jenseits von Interesse und Identität, interventionistische Linke, unter: <http://blog.interventionistische-linke.org/klasse-mit-differenz/jenseits-von-interesse-und-identitaet>.
- Nowak, Peter (2018): Im Arbeitskampf wird's konkret. Außerbetriebliche Solidarität hilft nicht nur den Arbeiter_innen, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 180–184.
- Pesch, Dennis (2018): Einen Versuch ist es wert, in: neues deutschland, 16.5.2018, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1088335.radikale-linke-und-klassenkampf-einen-versuch-ist-es-wert.html.
- Pieschke, Miriam (2016): It's the Democracy!, LuXemburg Online (Hrsg.): Klasse, Scham und die Linken. Debatte zu Eribons Rückkehr nach Reims, S. 14–17, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Eribon-Paper-final-2.pdf.
- Porcaro, Mimmo (2010): Partei in der Krise, LuXemburg Online, www.zeitschrift-luxemburg.de/partei-in-der-krise/.
- Porcaro, Mimmo (2012): Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/linke-parteien-in-der-fragmentierten-gesellschaft.
- Porcaro, Mimmo (2013a): Occupy Lenin, in: LuXemburg Online, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/occupy-lenin/>.
- Porcaro, Mimmo (2013b): Occupy-Lenin-Debatte: Kunststücke, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/occupy-lenin-debatte-kunststuecke/.
- Porcaro, Mimmo (2015): Der MoVimento 5 Stelle und linke Strategien gegen Rechtspopulismus, in: Candeias, Mario (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 12, Berlin, S. 20–26, unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien12_Rechtspopulismus.pdf.

- Porcaro, Mimmo (2016): Occupy Machiavelli. Zwischen verbindender und strategischer Partei, LuXemburg Online, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/debatte-occupy-machiavelli-zwischen-verbindender-und-strategischer-partei/>.
- Porcaro, Mimmo (2018): Verzweifelt gesucht ... Weshalb es mit dem revolutionären Subjekt nicht so einfach ist, LuXemburg Online, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/verzweifelt-gesucht-weshalb-es-mit-dem-revolutionaeren-subjekt-nicht-so-einfach-ist/>.
- Rehmann, Jan (2013): Verbindende Partei oder zurück zum «Bewegungskrieg», LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/verbindende-partei-oder-zurueck-zum-bewegungskrieg/.
- Riexinger, Bernd (2010): Die Linke in Bewegungen und Bündnissen, LuXemburg Online, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-linke-in-bewegungen-und-buendnissen/>.
- Riexinger, Bernd (2015a): Kein ruhiges Hinterland. Gegenhegemonie organisieren, LuXemburg Online.
- Riexinger, Bernd (2015b): Wege zum Infrastruktursozialismus, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/wege-zum-infrastruktursozialismus/.
- Riexinger, Bernd (2016): Ein unmoralisches Angebot. Die LINKE als Partei gewerkschaftlicher Erneuerung, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ein-unmoralisches-angebot-die-linke-als-partei-gewerkschaftlicher-erneuerung/.
- Riexinger, Bernd (2017): Organisieren, um zu gewinnen, in: *realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken 7/2017*, S. 49.
- Riexinger, Bernd (2018a): *Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen*, Hamburg.
- Riexinger, Bernd (2018b): *Sozialistische Klassenpolitik*, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/sozialistische-klassenpolitik/.
- Röttger, Bernd/Wissen, Markus (2017): *Ökologische Klassenpolitik*, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/oekologische-klassenpolitik/.
- Sablowski, Thomas/Thien, Günther (2018): Die AfD, die ArbeiterInnenklasse und die Linke – kein Problem?, in: *PROKLA 190*, S. 55–72.
- Schaber, Peter (2018): Vom Reden zum Tun, *Lower Class Magazine*, 25.2.2018, unter: <https://lowerclassmag.com/2018/02/25/vom-reden-zum-tun/>.
- Scholz, Nina (2018): Neue Klassenpolitiken. Die Debatten und die realen Kämpfe gehören zusammen, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, Berlin, S. 206–210.
- Schuster, Theo (2018): Radikale Klassenpolitik statt Sozialdemokratie, *Lower Class Magazine*, 18.1.2018, unter: <https://lowerclassmag.com/2018/01/18/mklassenpolitik-statt-sozialdemokratie/>.

- Silver, Beverly J. (2018): Die Erneuerung der globalen Arbeiterklasse. Der Aufschwung von Arbeiterunruhe und Klassenkämpfen seit 2008, unter Mitarbeit von Christian Frings, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 199–205.
- Steckner, Anne (2017): «Die Asys müssen weg!», LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunikationsstrategien-gegen-rechts/.
- Strohschneider, Tom (2018): Erwartung und Enttäuschung: Wie neu ist die «neue Klassenpolitik»? in: OXI. Wirtschaft anders denken, 29.5.2018, unter: oxiblog.de/erwartung-und-enttaeuschung-klassenpolitik-debatte-linke-begriff-theorie-thien-engster/.
- Tsomou, Margarita (2018): Trotz allem! Einstiege in eine feministische Transformation, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/trotz-allem/.
- Tügel, Nelli (2018): Ökonomische Kämpfe, Identitätspolitik und »die Linken«. Wessen Siege, warum Niederlagen? Wie sich die Voraussetzungen für linke Kämpfe nach dem Fordismus änderten, in: neues deutschland, 7.1.2018, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1075279.oekonomische-kaempfe-identitaetspolitik-und-die-linken.html.
- Urban, Hans-Jürgen (2010): Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik-Linke braucht, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/lob-der-kapitalismuskritik-warum-der-kapitalismus-eine-starke-mosaik-linke-braucht/.
- Urban, Hans-Jürgen (2018a): Sind Gewerkschaften (noch) Klassenorganisationen?, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 116, S. 81–95.
- Urban, Hans-Jürgen (2018b): Zerschellt die Mosaiklinke an der Migrationsfrage? Plädoyer für einen linken Verständigungsdiskurs, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin S. 63–69.
- van Dyk, Silke (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus, Bundeszentrale für politische Bildung, unter: www.bpb.de/apuz/286508/identitaetspolitik-gegen-ihre-kritik-gelesen-fuer-einen-rebellischen-universalismus?p=all.
- Vester, Michael (2019): Von Marx bis Bourdieu. Klassentheorie als Theorie der Praxis, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Klassen – Fraktionen – Milieus. Beiträge zur Klassenanalyse (1), unter Mitarbeit von Mario Candeias und Horst Kahrs, Manuskripte – Neue Folge 22, Berlin, S. 9–67, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_22.pdf.
- Wagenknecht, Sahra/Stegemann, Bernd (2018): Von linker Moral und neoliberalen Interessen. Unser Plan für eine Sammlungsbewegung, Zeit Online, 6.6.2018, unter: www.zeit.de/2018/24/linke-sammlungsbewegung-sahra-wagenknecht-populismus/komplettansicht.

- Wolter, Kerstin/Wischnewski, Alexandra (2016): Vorwärts: Wir brauchen eine Politik für morgen. Vorschläge für eine linke Politik, die die neue Arbeiterinnenklasse mitnimmt. Eine Antwort auf Diether Dehm und Wolfgang Gehrcke, in: neues deutschland, 15.11.2016, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1032174.vorwaerts-wir-brauchen-eine-politik-fuer-morgen.html.
- Woltersdorff, Volker (2017): Für eine queerfeministische Klassenpolitik der Scham, LuXemburg Online, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/fuer-eine-queerfeministische-klassenpolitik-der-scham/.
- Wompel, Mag (2018a): Klassenkampf als Soziale Bewegung. Das Konzept des Social Movement Unionism, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin, S. 157–165.
- Wompel, Mag (2018b): Nichts Neues in der «Neuen Klassenpolitik»? , in: Prager Frühling – Magazin für Freiheit und Sozialismus, unter: www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1422.nichts-neues-in-der-neuen-klassenpolitik.html.

DIE AUTOR*INNEN

Richard Detje

ist Mitarbeiter von WISSENTTransfer und Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Jan Dorfschmidt

studiert Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen mit dem Schwerpunkt Arbeitssoziologie und Sozialstrukturanalyse moderner Gesellschaften.

Björn Helmbrecht

studiert Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen mit dem Schwerpunkt Arbeitssoziologie.

Horst Kahrs

ist Sozialwissenschaftler, war bis Ende 2021 beim Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschäftigt und befasst sich nun als Senior Fellow weiterhin mit den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen.

Lucas Kuhlmann

studiert Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen mit dem Schwerpunkt Arbeits-, Politik und Wissenssoziologie.

Wolfgang Menz

ist Professor für Soziologie, insbesondere Arbeit, Organisation und Innovation am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg.

Sarah Nies

vertritt die Professur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Digitalisierung in der Arbeitswelt an der Georg-August-Universität Göttingen und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München.

Yannik Pein

ist Student des Masterstudiengangs «Arbeit in Betrieb und Gesellschaft» (Arbeitssoziologie) an der Georg-August-Universität Göttingen und ist Mitglied der Partei DIE LINKE.

Justus Reber

ist Student des Masterstudiengangs «Arbeit in Betrieb und Gesellschaft» an der Georg-August-Universität Göttingen.

Dieter Sauer

ist Sozialforscher am Institut für sozialwissenschaftliche Forschung München und Honorarprofessor für Soziologie.

Janna Wichern

ist Studentin des Masterstudiengangs «Arbeit in Betrieb und Gesellschaft» an der Georg-August-Universität Göttingen.

«Die Beschäftigten stoßen in Arbeit und Betrieb immer wieder auf die Grenzen der Gestaltbarkeit aufgrund omnipräsenter Sach- und Marktzwangrechtfertigungen. Sie reagieren darauf nicht selten mit der Zurückstellung ihrer Ansprüche. Ansprüche zurückzustellen, weil sie derzeit als nicht realisierbar erscheinen, ist allerdings nicht gleichbedeutend damit, diese Ansprüche vollständig aufzugeben. Die [...] «erfolgreiche» Rückstellung bleibt daran gebunden, dass die Alternativlosigkeits- und Sachlichkeitsargumente weiterhin und dauerhaft verfangen. Und gerade dies wird mehr und mehr fraglich.»

Wolfgang Menz und Sarah Nies